

Dublin gilt wieder, funktioniert aber nicht; Die Ankündigung der Bundesregierung, das EU-Asylsystem für Syrer wieder anzuwenden, läuft ins Leere. Die Regelung scheitert auch in Zukunft an der praktischen Umsetzung.

ZEIT-online

Donnerstag 12. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 45

Length: 1009 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Zentrale Registrierungsstelle für **Flüchtlinge** in Heidelberg

© Uwe Anspach/dpa

Manchmal lohnt es sich, im Lärm der politischen Debatte über **Flüchtlinge** genauer hinzusehen. Da hieß es zu Beginn der Woche: Das Dublin-Verfahren werde jetzt auch wieder für **Flüchtlinge** aus Syrien angewendet, der großzügige Umgang mit diesen **Asylbewerbern** habe nun ein Ende. Bedeutet dies, dass **Flüchtlinge** aus Syrien Deutschland schneller wieder verlassen müssen? Beweist die Bundesregierung damit ihre Handlungsfähigkeit? Wohl kaum.

Deutschland hatte im August beschlossen, das geltende System für **Asylverfahren** in der EU für syrische **Flüchtlinge** auszusetzen. Die Grundlage für dieses Verfahren haben die EU-Staaten in einem Vertrag festgelegt, der im Jahr 1990 in Dublin unterschrieben und inzwischen mehrmals reformiert wurde. Seit Januar 2014 gilt die dritte Überarbeitung dieser sogenannten Dublin-Verordnung. Danach müssen die Behörden bei jedem **Asylbewerber** überprüfen, ob er über ein anderes Land zuerst in die EU eingereist ist. Trifft dies zu, muss der Betroffene eigentlich dorthin zurückgeschickt werden.

Wegen der großen Zahl der Asylbewerber vor allem aus Syrien aber entschied die Bundesregierung im Sommer, die Dublin-Verordnung für sie vorläufig nicht mehr anzuwenden. Damit sollte vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) entlastet werden. Doch schon bevor die Flüchtlingskrise im Sommer eskalierte, funktionierte das Dublin-System nicht wie vorgesehen. "Der rechtliche Aufwand für eine Überstellung ist riesig. Das Verfahren dauert entsprechend lange, oft Monate", sagt Anna Lübke, Professorin für Öffentliches Recht an der Hochschule Fulda. Daher seien auch schon in den vergangenen Jahren nur "vergleichsweise wenige Personen" tatsächlich in die EU-Länder überstellt worden, in die sie zuerst eingereist waren. Außerdem gibt es noch mehrere praktische und juristische Hürden, die derzeit eine Überstellung verhindern.

Dublin gilt wieder, funktioniert aber nicht Die Ankündigung der Bundesregierung, das EU-Asylsystem für Syrer wieder anzuwenden, läuft ins Leere. Die Regelung sc....

#Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt.

- BAMF (@BAMF_Dialog) 25. August 2015

Abschiebung nach Griechenland unmöglich

Die meisten Flüchtlinge sind in diesem Jahr von der Türkei über die griechischen Inseln in die EU eingereist. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks waren es bisher mehr als 640.000 Menschen. Eigentlich hätten die griechischen Behörden alle diese Personen in einem formalen Verfahren registrieren und vor allem ihre Fingerabdrücke erfassen müssen. Denn nur wenn die Fingerabdrücke in der europäischen Datenbank Eurodac gespeichert sind, lässt sich sicher klären, in welchem Mitgliedsland ein Asylbewerber zuerst registriert wurde, um diesen wieder dorthin zurückschicken zu können. Fingerabdrücke aber wurden in den Sommermonaten in Griechenland gar nicht oder nur sehr sporadisch abgenommen, weil zu viele Menschen auf den Inseln ankamen. Sie reisten dann einfach weiter.

Die Dublin-Verordnung funktionierte also an diesem Punkt schon nicht, und noch an einem weiteren: "Im Jahr 2011 verpasste der Europäische Gerichtshofs für Menschenrechte dem Dublin-System eine menschenrechtliche Grenze mit seiner Entscheidung, Überstellungen nach Griechenland zu untersagen, weil die Aufnahmebedingungen für Asylsuchende dort untragbar waren", sagt die Juristin Lübbe. Seither ist es für Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten des Dublin-Systems rechtlich nicht mehr möglich, Asylsuchende zurück nach Griechenland zu schicken, selbst wenn diese dort zuerst registriert worden wären.

Eine ähnliche Situation ergibt sich für Ungarn. Bevor das Land im Sommer seine Grenzen durch Zäune abriegelte, betraten die meisten Flüchtlinge hier zum zweiten Mal EU-Gebiet. Zuvor waren sie aus Griechenland ausgereist und durch Mazedonien und Serbien gefahren, die beide nicht Mitglied in der EU sind. Nun gilt für Ungarn zwar kein genereller Überstellungsstopp wie für Griechenland, doch auch nach Ungarn werden wegen des dortigen prekären Umgangs mit Asylsuchenden kaum Menschen abgeschoben. Außerdem haben auch die ungarischen Behörden längst nicht alle Flüchtlinge mit Fingerabdrücken erfasst.

"Im Ergebnis wird diese Situation dazu führen, dass Menschen, die über Griechenland nach Deutschland einreisen und keine engen familiären Bindungen in andere EU-Länder haben, in Deutschland bleiben werden", sagt Anna Lübbe. Wenn die deutschen Behörden im Sinne des Dublin-Systems nämlich keinen anderen Staat finden könnten, der für einen Asylsuchenden zuständig sei, dann werde Deutschland selbst für das Asylverfahren verantwortlich, erklärt die Juristin. Die Behörden könnten den Menschen dann nicht etwa nur einen Duldungsstatus geben. "Man hört immer wieder, Deutschland verhalte sich nicht korrekt, weil es Asylsuchende aus Syrien nicht wieder wegschicke. Das stimmt aber nicht", sagt Lübbe. Die Dublin-Verordnung lasse es zu, die Asylverantwortung selbst zu übernehmen. Nicht korrekt verhielten sich hingegen die anderen Staaten, die Asylsuchende nicht registrierten und einfach weiterwinkten.

Angesichts dieser Lage wird deutlich, warum die Opposition das Vorgehen der Regierung für kaum nachvollziehbar erklärt. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt etwa sagt: Dass die "gescheiterte Dublin-Verordnung" nun wieder gelten solle, werde die "Asylverfahren verlängern, mehr Gerichte beschäftigen und keines der aktuellen Probleme lösen". Dublin sei das Symbol "für eine verfehlte europäische Abschottungspolitik anstelle eines fairen Verteilsystems".

Die Entscheidung der Regierung, sich nun wieder an die Dublin-Verordnung zu halten, kann höchstens als Symbolpolitik verstanden werden. Sie soll womöglich weitere Menschen davon abhalten, sich nach Deutschland aufzumachen - ähnlich wie die Ankündigung, den Familiennachzug zu begrenzen.

De Maizière verteidigt die Flüchtlingspolitik des beschleunigten Asylverfahrens im Bundestag:

Dublin gilt wieder, funktioniert aber nicht Die Ankündigung der Bundesregierung, das EU-Asylsystem für Syrer wieder anzuwenden, läuft ins Leere. Die Regelung sc....

End of Document

Die Kampagne zur Abschreckung ist nur ein Symptom; Deutschland wirbt auf dem Balkan mit Videos und Anzeigen gegen die Auswanderung. Das sieht herzlos aus, ist aber die logische Konsequenz der Gesetzeslage.

ZEIT-online

Donnerstag 13. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Balkan; Ausg. 32

Length: 928 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Lenz Jacobsen ist Politikredakteur bei ZEIT ONLINE.

© Privat

Die Gesichter der Männer und Frauen sind verpixelt, wie bei Verbrechern. Sie steigen in Busse der Polizei ein und wieder aus, sie haben einfache bunte Plastiktaschen dabei, die sie immer wieder auf die Bänder der Sicherheitskontrollen legen müssen. Immer um sie herum: deutsche Polizisten, die sie abtasten, ihre Sachen durchwühlen, zum Schluss in das Abschiebe-Flugzeug bugsieren. Dazu warnt eine Stimme aus dem Off: "Vertrauen Sie keinesfalls auf Versprechungen, in Deutschland würde man aus wirtschaftlichen Gründen Asyl erhalten." Sollte es zur Abschiebung kommen, müsse man gar die Kosten, "von meist vielen Tausend Euro" selbst tragen. "Ruiniere Sie nicht sich und ihre Familie für ihre Schleusung nach Deutschland!"

Das Video ist Teil einer Offensive der Bundesbehörden, um in den Ländern des Balkans diejenigen abzuschrecken, die nach Deutschland kommen und hier Asylanträge stellen - die dann zu mehr als 99 Prozent abgelehnt werden. Zur Kampagne gegen das "Zielland Deutschland" gehört auch eine Facebook-Anzeige, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in den Balkanländern schalten wird und die ebenso wenig einladend ist.

Schön anzusehen ist das alles nicht. Willkommenskultur? Keine Spur. Stattdessen Abschreckung. Eine falsche, verwerfliche Kampagne also? Ich bin mir da nicht so sicher.

Die Kampagne richtet sich eindeutig an Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen fliehen. Laut deutschem Recht ist aber Armut oder die Hoffnung auf eine bessere Zukunft kein Einwanderungsgrund. Das mag man für falsch halten, für schäbig gar. Doch es ist die gesetzliche Realität, an der sich die Bundesbehörden orientieren müssen. Anders gesagt: Würden BAMF und Bundespolizei sich nicht bemühen, die Zahl der offensichtlich unbegründeten Asylanträge zu reduzieren, hätten sie ihre Aufgabe verfehlt.

Die Kampagne zur Abschreckung ist nur ein Symptom Deutschland wirbt auf dem Balkan mit Videos und Anzeigen gegen die Auswanderung. Das sieht herzlos aus, ist ab....

Keine der Informationen im Video oder der Anzeige ist falsch: Arbeitssuche ist kein Asylgrund, Abschiebungen sind teuer, die allermeisten Anträge von Bürgern der Balkan-Länder werden abgelehnt. Das vorher zu wissen, könnte bei einigen dafür sorgen, dass sie sich nicht auf eine Reise machen, die sich für sie nicht lohnt.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery(".newsletter-teaser-image img").css("border", "1px solid #efefef"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("method", "POST"); jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Wer allerdings einen Auswanderungsgrund hat, den auch das deutsche Asylrecht akzeptiert, wer nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen kommt, für den gelten die Warnungen der Kampagne ganz offensichtlich nicht.

Nicht die Polizei muss Antworten finden, sondern der Gesetzgeber

Nun gibt es genug Gründe, den politischen Status quo zu kritisieren. Warum, beispielsweise, dürfen Asylbewerber nicht aus ihrem Verfahren heraus eine Arbeitserlaubnis beantragen? Warum schließen sich diese beiden Wege, Asyl und Einwanderung, bisher aus? So hätten auch diejenigen eine Chance in Deutschland, die weder in ihrer Heimat verfolgt noch hochqualifizierte IT-Kräfte sind. Wenn nun schon die deutsche Abschreckung bis auf den Balkan reicht, warum sollte man sich nicht schon dort, bei den deutschen Botschaften und Konsulaten, um Asyl bewerben können? Dann müssten sich viele gar nicht erst auf den im Video beklagten "beschwerlichen und sehr teuren Weg" nach Deutschland machen.

Das alles sind allerdings keine Fragen an die Bundespolizei oder das BAMF, sondern an die Gesetzgeber. Sie müssen Antworten finden auf die dramatische europäische Realität, in der beispielsweise zwei Drittel aller albanischen Jugendlichen das Land verlassen wollen, weil sie dort keine Perspektive für sich sehen. Die Migration, die aus den ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Ländern entsteht, ist schließlich eine Realität, die auch eine Abschreckungskampagne nicht beenden wird.

Bisher gibt es diese Antwort nicht. Weil die Mehrheitsverhältnisse nicht nur im deutschen Parlament und auch unter den Wählern nicht so sind, dass eine dramatische Liberalisierung der Regeln, ein Abreißen der Einwanderungsmauern, realistisch ist. Michael Martens beschrieb es jüngst in der *FAZ* so: "Wenn die demokratisch gewählte Regierung eines Landes den Bau eines Grenzzauns beschließt, ist das nicht per se antieuropäisch oder undemokratisch". Und weiter: "Die Flüchtlinge, die nach Europa wollen, haben Menschenrechte. Die Bürger der EU-Staaten haben Wahlrecht."

Das steckt den Handlungsspielraum ab. Solange die Bürger, auch in Deutschland, ihr Wahlrecht nicht nutzen, um eine wie auch immer geartete radikale Veränderung der Einwanderungs- und Asylpolitik durchzusetzen, werden BAMF und Bundespolizei, Länder und auch die Kommunen weiterhin diejenigen sein, die mit den ungewohnten Massen an Asylanträgen, auch offensichtlich unbegründeten, umgehen müssen. Das so unschöne kleine Video ist dafür nur ein Symptom.

Load-Date: August 13, 2015

Akzeptanz von Flüchtlingen sinkt; Flüchtlingsfeindliche Haltungen nehmen in Deutschland zu. Immer mehr Menschen sehen sie als Konkurrenz und die Regierung damit überfordert. Auch Menschen mit Abitur

ZEIT-online

Donnerstag 10. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 46

Length: 528 words

Body

BERLIN, GERMANY - MAY 07: Neo-Nazis and other right-wing activists gather in front of Hauptbahnhof railway station under the banner "We for Berlin - We for Germany" to protest against German Chancellor Angela Merkel's refugee policy on May 7, 2016 in Berlin, Germany.

© Carsten Koall/Getty Images

Flüchtlinge sind in Deutschland immer weniger willkommen. Nur noch 41 der Deutschen befürworten den Zuzug von Flüchtlingen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. 59 Prozent lehnen ihn ab. Vor einem Jahr war das noch anders, wie eine erneute Umfrage der Initiative Markt- und Sozialforschung ergab. Im Oktober 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, war das Meinungsbild nahezu ausgeglichen: 49 Prozent stimmten dafür, 51 dagegen.

Die Zustimmung im Osten der Republik fällt mit 36 Prozent schwächer aus als im Westen mit 42 Prozent. Zwei von drei Menschen mit niedrigem Einkommen lehnen diese Aussage ab und nur 57 Prozent der Menschen mit höherem oder hohem Einkommen.

Auch mit der These, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, identifizieren sich immer weniger Menschen. 61 Prozent stimmten zu, 2015 waren es noch 65 Prozent gewesen. Es gibt deutliche regionale Unterschiede. Im Osten lehnen das knapp 49 Prozent ab, im Westen mit 37 Prozent etwas mehr als ein Drittel. Besonders die 14- bis 24-Jährigen sehen Deutschland als ein Einwanderungsland - 71 Prozent, deutlich mehr als der Durchschnitt.

Die Diskussion, ob Deutschland Einwanderung braucht, läuft seit Jahren. Die SPD hatte am Montag einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt, das Migrationswillige nach Punkten bewertet. Asylsuchende sollen davon aber nicht profitieren dürfen. Die Union lehnte den Entwurf ab. Das Thema wird nun 2017 den Wahlkampf bestimmen.

Nach wie vor sind die Deutschen mehrheitlich der Meinung, der Zuzug von Flüchtlingen solle begrenzt werden. Besonders stark ist die Zustimmung bei Menschen zwischen 35 und 49 Jahren: 96 Prozent. 69 Prozent der Deutschen befürworten einen sofortigen Aufnahmestopp.

Akzeptanz von Flüchtlingen sinkt Flüchtlingsfeindliche Haltungen nehmen in Deutschland zu. Immer mehr Menschen sehen sie als Konkurrenz und die Regierung damit

Deutschland überfordert?

Immer kritischer sehen die Befragten auch die von der Bundesregierung veranlasste Einreise von Flüchtlingen aus Ungarn im September 2015 - damals wurde die Entscheidung der Kanzlerin noch von zwei Dritteln begrüßt, heute sind 85 Prozent dagegen. Am größten ist die Ablehnung in Sachsen und Thüringen, wo sich mehr als 90 Prozent gegen die Entscheidung aussprechen. Auch Menschen mit Abitur oder höherer Bildung halten die Entscheidung zu 81 Prozent für falsch.

Besonders unter Menschen mit niedrigerem Bildungsstand ist das Gefühl verbreitet, dass Deutschland die Kosten der Flüchtlingskrise auf Dauer nicht tragen kann. 87 Prozent zweifeln das an, fast jeder Zweite sogar sehr stark.

Die Zahl der Flüchtlinge ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. Von Januar bis September kamen nach Angaben des zuständigen Bundesamtes 213.000 Flüchtlinge; 2015 waren es im gleichen Zeitraum 577.000. Grund war unter anderem die von den Staaten geschaffenen Erschwernisse, auf der Balkanroute Staatsgrenzen zu überwinden sowie das Abkommen mit der Türkei zur Rücknahme illegal in die EU weitergereister Flüchtlinge.

Load-Date: November 10, 2016

End of Document

Ein guter Vorstoß ins Nichts; Die Koalition will die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklären. Die Grünen haben einen besseren Vorschlag - auch wenn der wohl erst mal folgenlos bleibt.

ZEIT-online

Dienstag 5. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sichere Herkunftsländer; Ausg. 26

Length: 851 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Ein tunesischer **Flüchtling** sitzt in einer Unterkunft in Bautzen.

© Sean Gallup/Getty Images

Die Grünen haben sich offenbar entschieden: Diesmal wollen sie nicht die Hand dazu reichen, eine Reihe weiterer Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Der Hauptgrund: In den drei Maghrebstaaten Algerien, Tunesien und Marokko, denen die Bundesregierung diesen Status geben möchte, gibt es erhebliche Zweifel an der Lage der Menschenrechte.

2014 und 2015 hatten grün mitregierte Länder der Einstufung von sechs Balkanstaaten als sicheren Herkunftsländern zugestimmt, zum Entsetzen vieler Parteifreunde, die darin eine weitere Aushöhlung des **Asylrechts** sahen. Nun will die große Koalition das Konzept auf die Maghrebstaaten ausdehnen. Doch mit Ausnahme von Baden-Württemberg haben Vertreter aller Landesregierungen mit grüner Beteiligung diesmal einen Aktionsplan unterzeichnet, der ein solches Vorgehen ablehnt. Die Koalition bräuchte aber im Bundesrat die Unterstützung von mindestens drei Ländern mit grüner Beteiligung, um ihr Vorhaben umzusetzen. Bleiben die Grünen hart, wonach es aussieht, ist die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten damit gescheitert.

Für die Grünen ist diese Entscheidung ein notwendiger Akt der Politikhygiene. Schließlich gelten sie in besonderer Weise als politische Repräsentanten von Menschenrechts- und Flüchtlingsinteressen. Im grünen Milieu würde die Einstufung der Maghrebstaaten als "sicher" viel Vertrauen kosten. Denn zweifelsohne ist die Menschenrechtslage dort zumindest für bestimmte Gruppen wie beispielsweise Homosexuelle, kritische Blogger und Journalisten sowie Oppositionelle sehr viel schwieriger als in den Westbalkanstaaten.

Nicht mit der CDU verderben

Allerdings - und da beginnt die Realpolitik - belassen es die Grünen nicht beim Nein. Sie haben vielmehr einen eigenen Vorschlag unterbreitet, wie Asylverfahren für Menschen aus Ländern mit sehr niedrigen Anerkennungsquoten beschleunigt werden können. Das hat natürlich auch strategische Gründe. Einerseits will die

Ein guter Vorstoß ins Nichts Die Koalition will die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklären. Die Grünen haben einen besseren Vorschlag - auch wenn

Ökopartei, die außer in Baden-Württemberg auch in Hessen bereits mit der CDU koalitiert, sich diese Option für nach der Bundestagswahl offenhalten. Bloße Verweigerung auf einem für die Konservativen so wichtigen Feld erscheint da schwierig. Zum anderen müssen die Grünen sich gegen den Eindruck verwahren, sie hätten in der Flüchtlingskrise keine Lösungen anzubieten.

Manches von dem, was nun unter dem Titel *"Fast and Fair"* daherkommt, ist durchaus geeignet, konservative Herzen höher schlagen lassen. Auch die Grünen wollen Asylverfahren von Menschen aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote auf bis zu 48 Stunden verkürzen. Allerdings nicht, indem Rechte der Asylbewerber beschnitten werden sondern dadurch, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) einerseits über eine Altfallregelung entlastet wird und gleichzeitig solche Asylanträge künftig prioritär behandelt würden. Zudem soll es in jedem Stadium des Verfahrens eine unabhängige Rechtsberatung für die Asylsuchenden geben. Dies könnte durchaus ebenfalls zur Beschleunigung beitragen, weil es weniger Beschwerden nach der Entscheidung gäbe.

Keine Einschränkung des Asylrechts

Dass der grüne Ansatz richtig ist, zeigen die Erfahrungen mit Asylverfahren von Menschen aus den bisherigen sicheren Herkunftstaaten. Die gesunkene Verfahrensdauer hat in diesen Fällen nämlich weniger mit einem vereinfachten Prozedere als damit zu tun, dass Anträge etwa von Flüchtlingen aus den Westbalkanstaaten vorrangig behandelt werden. Dass seit Langem sehr viel weniger Flüchtlinge aus den Balkanstaaten kommen als noch Anfang 2015, liegt wiederum daran, dass man dort nun besser über die relative Chancenlosigkeit eines Asylantrags in Deutschland informiert ist, durch Rückkehrer, aber auch durch Aufklärungsinitiativen der Bundesregierung. Daran wollen die Grünen ebenfalls anknüpfen: Eine Informationskampagne soll den Menschen in den Maghrebstaaten klarmachen, wer in Deutschland auf Asyl hoffen kann - und wer nicht.

Der Vorteil der grünen Lösung liegt auf der Hand: Wenn Menschen aus den Maghrebstaaten nach Deutschland fliehen, die wirklich verfolgt sind, hätten sie auch künftig keine schlechteren Chancen, dies darzulegen, als Menschen aus anderen Staaten. Denn rechtliche Einschränkungen gäbe es für sie - anders als im Fall der sicheren Herkunftsländer - ja keine. Abgelehnte Asylbewerber müssten Deutschland dagegen zügig wieder verlassen.

Dass die Koalition auf den grünen Vorschlag eingeht, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Regierungsparteien lassen sich Lösungen nun mal ungern von der Opposition diktieren. Hinzu kommt: Anders als von der Union behauptet, ist derzeit der Handlungsdruck nicht besonders groß. Im ganzen Jahr 2015 wurden nur 4.190 Asylanträge von Menschen aus den Maghrebstaaten gestellt, es handelt sich also um eine relativ kleine Gruppe von Flüchtlingen.

Die Grünen wiederum werden damit leben können, wenn ihr Aktionsplan am Ende ein Papier bleibt. Sie haben mit diesem Vorstoß dennoch gezeigt, dass grüne Prinzipien und Realpolitik sich nicht ausschließen müssen. Theoretisch zumindest.

Load-Date: July 5, 2016

"Das neue Ausweisungsgesetz ist eine Überreaktion"; Die Bundesregierung will straffällige Ausländer künftig schneller ausweisen. Asylrechtsexperte Thomas Oberhäuser fürchtet: Das Gesetz trifft die Falschen.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 4

Length: 586 words

Body

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wollen das Ausweisungsrecht verschärfen.

© Wolfgang Kumm/dpa

Nach den Ereignissen von Köln hat die Bundesregierung schnell reagiert. Nur knapp vier Wochen, nachdem ausländisch aussehende Männer in der Silvesternacht Frauen sexuell bedrängt und bestohlen haben, will sie nun die Regeln für die Ausweisung straffälliger Ausländer deutlich verschärfen.

Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet. Thomas Oberhäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht des Deutschen Anwaltsvereins (DAV), hält die geplante Reform jedoch für eine "deutliche Überreaktion der Politik".

"Diese Neuregelung wird nicht nur Flüchtlinge und Menschen, die erst kurz hier sind, treffen, sondern noch sehr viel häufiger solche, die hier gut integriert sind, aber straffällig werden", kritisiert Oberhäuser im Gespräch mit ZEIT ONLINE. Migranten müssten künftig fürchten, schon bei relativ kleinen Vergehen ausgewiesen zu werden.

"Das bringt die Balance des gesamten Systems in Gefahr", warnt der Ausländerrechtsexperte. Zudem sei unverständlich, warum der Gesetzgeber diese Neuordnung für sinnvoll halte. Schließlich sei die jüngste Reform des Ausweisungsrechts doch erst zum ersten Januar dieses Jahres in Kraft getreten.

Wird ein Ausländer in Deutschland straffällig, werden Ausweisungs- und Bleibeinteressen gegeneinander abgewogen. Bisher galt eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren als schwerwiegender Ausweisungsgrund, künftig soll dies bei jeder Freiheitsstrafe der Fall sein, selbst wenn sie zur Bewährung ausgesetzt wurde. Voraussetzung ist, dass es sich um eine Straftat gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamten handelt.

Straffällig heißt nicht schlecht integriert

"Das neue Ausweisungsgesetz ist eine Überreaktion" Die Bundesregierung will straffällige Ausländer künftig schneller ausweisen. Asylrechtsexperte Thomas Oberhäu....

"Damit ist das halbe Strafgesetzbuch erfasst", kritisiert Oberhäuser. Künftig müsse schon mit einer Ausweisung rechnen, wer mehrere Diebstähle begangen habe oder sich gegen seine Verhaftung wehre. Dass jemand straffällig werde, sei aber kein Beweis dafür, dass er nicht gut integriert sei. Schließlich begingen Deutsche auch Straftaten. Die Ausweisung sei jedoch eine Art zweite Bestrafung für Ausländer, sagt Oberhäuser. Dies müsse auf schwere Straftaten beschränkt bleiben.

Auch Flüchtlinge können künftig schneller ihren Schutzstatus verlieren. Während bisher erst eine Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung dazu führte, dass jemandem der Asylstatus verweigert oder aberkannt wurde, soll dafür künftig eine Freiheitsstrafe, auch auf Bewährung, für ein Jahr reichen. Diese radikale Absenkung des Strafmaßes zeige, welche Übergewichtung das vermeintlich öffentliche Interesse durch die Reform erhalte, kritisiert Oberhäuser.

Eine Ausweisung ist keine Abschiebung

Der Öffentlichkeit werde suggeriert, dass die Reform dazu beitrage, kriminelle Flüchtlinge schneller abzuschieben. Das sei aber häufig nicht der Fall. Denn auch ein straffälliger Flüchtling könne nicht abgeschoben werden, wenn ihm in seinem Heimatland Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung drohe.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) verteidigte das Gesetzesvorhaben dagegen. Kriminelle müssten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn kriminelle Ausländer künftig schneller abgeschoben werden könnten, dann diene das auch dem Schutz von Hunderttausenden Flüchtlingen, die unbescholten in Deutschland lebten, sagte er.

Load-Date: January 27, 2016

"Wir wissen, dass es falsch ist"; Städte planen Großsiedlungen für Flüchtlinge. So schaffen sie soziale Probleme, kritisiert der Stadtsoziologe Jürgen Friedrichs. Doch bessere Optionen bräuchten Zeit.

ZEIT-online

Freitag 30. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsunterbringung; Ausg. 44

Length: 1313 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Wohncontainer auf dem Gelände einer **Flüchtlingsunterkunft** in Hamburg-Bahrenfeld

©Bodo Marks/dpa

ZEIT ONLINE: Herr Friedrichs, in Hamburg plant die Stadt gerade an mehreren Standorten Großsiedlungen für **Asylbewerber**, auf einer Wiese an einem Eisenbahndreieck sollen 800 Wohnungen für bis zu 4.000 Menschen entstehen, bezugsfertig bis Weihnachten 2016. Was halten Sie davon?

Jürgen Friedrichs: Nichts. Die **Flüchtlinge** werden so konzentriert und auch noch diskriminiert. Man erkennt sofort: "Da wohnen die **Asylanten**." So wird ein ganzes Wohngebiet zum **Flüchtlingsheim**. Das ist nicht gut. Die Menschen dort haben keinen Austausch mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Deutsche treffen sie dann allerhöchstens mal im Supermarkt. Sie können von ihnen im Alltag nicht lernen. Sie haben keine anderen Verhaltensmodelle als die anderen **Flüchtlinge** in der unmittelbaren Nachbarschaft, an denen sie sich bei der Integration orientieren können.

ZEIT ONLINE : Was wäre besser?

Friedrichs: Es wäre viel besser, die Flüchtlinge über unterschiedliche Stadtteile zu verteilen, in kleineren Gruppen, sie einzugliedern in die bestehenden Wohnstrukturen. Baulücken zu bebauen und vernünftigen sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen, in dem sich Deutsche und Migranten mischen. Je kleinflächiger die Unterbringung, desto besser.

ZEIT ONLINE: Die Hamburger Bausenatorin sagt nun, sie könne einfach nicht mehr anders. Es ginge nur noch darum, wo man überhaupt noch so schnell bauen könne.

Friedrichs: Das verstehe ich. Es ist unglaublich mühsam für die Verwaltung, ein Baulückenkataster zu erstellen, herauszufinden, wo es Brachflächen gibt, die man kleinteilig besiedeln kann. Das Dilemma ist: Der Zeitdruck ist so hoch, dass die Städte sich nun für kurzfristige Lösungen entscheiden, von denen wir langfristig wissen, dass sie falsch sind.

"Wir wissen, dass es falsch ist" Städte planen Großsiedlungen für Flüchtlinge. So schaffen sie soziale Probleme, kritisiert der Stadtsoziologe Jürgen Friedrichs....

ZEIT ONLINE: Ist es für Verwaltung und Politik einfach bequemer, groß und schnell und auf die grüne Wiese zu bauen? In etablierten Stadtvierteln hätten sie vielleicht mit mehr Widerstand zu rechnen.

Friedrichs: Aber das Ziel muss doch sein, dass Flüchtlinge und Deutsche sich begegnen. Das gelingt doch eher, wenn im Haus nebenan ein paar von denen einziehen, als wenn Tausende am Stadtrand landen. Wo man dann mit Kränen nur die Bauteile aneinandersteckt. Eine Rückkehr dieser Art des Bauens, eine Renaissance der Großsiedlungen, hielte ich für fatal.

ZEIT ONLINE: Können diese Großsiedlungen für Flüchtlinge sich nicht im Laufe der Zeit auch durchmischen und attraktiver werden?

Friedrichs: Kaum. Die Erfahrung in solchen Gebieten zeigt: Wer ein höheres Einkommen hat, zieht weg. Die Ärmere können nicht weg. Die Wegzüge verschlechtern also den Zustand des Gebietes. Es ziehen dann neue, arme Migranten nach. Wenn diese Viertel also einmal ein gewisses niedriges Niveau haben, was Einkommen und Bildung angeht, dann wird das auf absehbare Zeit so bleiben.

ZEIT ONLINE: Wie ließen sich diese Fehler also verhindern?

Friedrichs: Es gibt eine Menge von Planern und Fakultäten, die sich mit der kleinräumigen Unterbringung beschäftigen und dazu tolle Ideen haben. Nicht für 500 oder 5.000 Wohneinheiten, sondern vielleicht 50 oder 100, die aber von vornherein eine räumliche Integration der Flüchtlinge bewirken und eine soziale Integration zumindest ermöglichen.

ZEIT ONLINE: Warum sind diese Experten nicht die Gestalter der Flüchtlingsunterbringung?

Friedrichs: Ich hoffe, dass sie es werden. Auch wenn die Umsetzung solcher Konzepte für Kommunen viel mühsamer ist als Massenunterkünfte.

ZEIT ONLINE: Vielleicht setzen sich die besseren Lösungen ja durch, wenn der ärgste Zeitdruck vorbei ist.

Friedrichs: Ja, das wäre schön. Aber ich weiß nicht, ob wir da optimistisch sein können. Hier in Köln will die Stadt jetzt die Turnhallen räumen und dafür Unterkünfte bauen. Das ist gut, aber im Nachsatz heißt es: Wir werden die Turnhallen dann leider gleich wieder füllen müssen, weil wir die neuen Flüchtlinge sonst nicht unterbringen.

Schwieriger wird es noch dadurch, dass wir schon so Probleme haben, genug Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Eine Schätzung geht davon aus, dass jährlich 80.000 Sozialwohnungen gebaut werden müssten und noch einmal 60.000 bezahlbare. Das sind 140.000 Haushalte. Die Flächen, auf denen die entstehen könnten, werden nun zur Flüchtlingsunterbringung gebraucht.

ZEIT ONLINE: Wird es also eine Konkurrenz zwischen sozial schwachen Deutschen und Flüchtlingen um Wohnraum geben?

Friedrichs: Davon gehe ich aus. Ich habe das einmal ausgerechnet. Bei geschätzt 400.000 Asylantragstellern in diesem Jahr und einer Anerkennungs- und Schutzquote von 48 Prozent kämen wir auf 194.000 Menschen. Wenn man sagt, dass 60% davon Haushalte sind, was ein wissenschaftlich bestätigter Wert ist, komme ich auf 116.500 Haushalte. Allein in einem Jahr und zusätzlich zu den sowieso benötigten Wohnungen. Dabei habe ich noch nicht die nachziehenden Familienangehörigen einbezogen.

ZEIT ONLINE: Der Bedarf läge also bei circa 250.000 günstigen Mietwohnungen im Jahr. Wie lässt sich das stemmen?

Friedrichs: Wir brauchen ein neues staatliches Städtebauprogramm. Und wir brauchen leider sehr große Anreize für private Investoren. Für sie sind Mietwohnungen gerade nicht attraktiv.

ZEIT ONLINE: Warum?

"Wir wissen, dass es falsch ist" Städte planen Großsiedlungen für Flüchtlinge. So schaffen sie soziale Probleme, kritisiert der Stadtsoziologe Jürgen Friedrichs....

Friedrichs: Aktuell werden mehr Vermögen vererbt als jemals zuvor. Ein großer Teil davon geht in Grundbesitz. Die Leute wollen eine Drei-Zimmer-Wohnung in der Stadt, die kostet in Köln 400.000 oder auch mal 600.000 Euro, davon legen die Käufer die Hälfte direkt auf Tisch. Das heißt, derjenige, der Eigentumswohnungen baut, hat sein Geld sehr schnell wieder drin. Anders als bei Mietwohnungen. Wir haben hier in Köln für ein Projekt mit den fünf größten Immobilienfirmen gesprochen, die haben übereinstimmend gesagt: Wenn wir heute in einer innerstädtischen Lage neue Wohnungen bauen, haben wir die verkauft, bevor das alte Gebäude auf dem Grundstück überhaupt abgerissen ist. Warum sollte dieser Investor also günstige Mietwohnungen bauen? Da muss er ja viel länger warten, bis er sein Geld wieder rein hat. Man muss ihm also enorme steuerliche Anreize oder Zuschüsse bieten, damit er überhaupt mitmacht beim sozialen Wohnungsbau.

ZEIT ONLINE: Wäre es in dieser Gemengelage nicht sinnvoller, Flüchtlinge auf dem Land unterzubringen? Da ist ja Platz und vor allem im Osten auch Leerstand. Der Baden-Württembergische Ministerpräsident hatte das vorgeschlagen.

Friedrichs: Land-Stadt und West-Ost sind zwei Fragen. Ich kann mir gut vorstellen, dass man auf dem Land in kleineren Gemeinden, 10.000-20.000 Einwohner, eine geringe Zahl von Flüchtlingen gut unterbringen kann, vielleicht höchstens 5 % der Einwohnerzahl. Und dass dort den Leuten auch geholfen wird und sie integriert werden. Das klappt aber nicht mehr, wenn sie in eine Gemeinde mit 5.000 Leuten 1.000 Migranten schicken. Sie müssen Proportionen wahren. Denn irgendwann ist der Grenzwert erreicht, wo die Einwohner sagen: Nein, so viele will ich hier nicht haben. Der Tipping-Point, im Soziologenslang, bei dem man auszieht.

ZEIT ONLINE: Und wo liegt dieser Tipping-Point, wie viele Flüchtlinge vertragen Kommunen?

Friedrichs: Das wissen wir nicht wirklich. Was überhaupt ein Problem ist: Zu vielen der Fragen, die Sie zu Recht stellen, haben wir keine empirischen Daten. Nach der Wiedervereinigung hat das Bundesinnenministerium ein Forschungsprogramm aufgelegt, eine "Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel". So etwas bräuchte es heute wieder. Wie gut eignet sich der ländliche Raum für die Unterbringung von Flüchtlingen? Wir wissen es bisher schlicht nicht. Oder: Wie ist es in Wohngebieten der oberen Mittelschicht oder Oberschicht? Wenn wir dazu schon Projekte begonnen hätten, könnte man zumindest im Frühjahr 2016 eine Vorstellung davon haben, was geht und was nicht, was sinnvoll ist und was nicht.

Load-Date: October 30, 2015

Anzeige schreiben, Anzeige zerreißen; Gegen Zehntausende Flüchtlinge wird wegen illegalen Grenzübertritts ermittelt. Berlin hat das gestoppt, andere wollen daran festhalten. Auch aus politischen Gründen.

ZEIT-online

Dienstag 27. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 43

Length: 868 words

Byline: Michael Stürzenhofecker

Body

Flüchtlinge überqueren die Grenze von Österreich nach Deutschland.

©Dominic Ebenbichler / Reuters

Deutschland hat im vergangenen Sommer Zehntausende **Flüchtlinge** mit Applaus und kleinen Aufmerksamkeiten an seinen Grenzen begrüßt - und einem Strafverfahren wegen illegalen Grenzübertritts. Denn wer ohne Ausweis oder gültiges Visum einreist, gegen den ermittelt die Polizei, so will es das Gesetz. Genauer: der Paragraf 95 des deutschen Aufenthaltsgesetzes.

Allein die Bundespolizei hat in diesem Jahr bis einschließlich August insgesamt 118.185 unerlaubte Einreisen angezeigt. Staatsanwaltschaften übernahmen die Ermittlungen, es gab Briefwechsel mit **Flüchtlingen**, die sich Anwälte nehmen mussten - und in mehr als 99 Prozent der Fälle wurde das Verfahren wieder eingestellt, wie eine Anfrage der Partei Die Linke und der Gewerkschaft der Polizei bei der Bundesregierung ergab. Trotzdem sind die Polizisten weiter verpflichtet, Anzeigen zu schreiben.

Das Prozedere ist nicht nur menschlich problematisch, es stellt die Behörden vor große praktische Herausforderungen, wie jüngst ein Berliner Polizist beschrieb, dessen Schilderungen die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verbreitete. Eine Anzeige gegen einen Geflüchteten beanspruche einen Mitarbeiter für zwei bis drei Stunden. Nachts habe das in einigen Gegenden der Hauptstadt zu "polizeifreien Zonen" geführt. Denn dort habe kein einziger Polizist mehr seinen Dienst tun können, sondern sei ausschließlich damit beschäftigt gewesen, Anzeigen ohne Aussicht auf Erfolg wegen illegaler Einreise sowie Asylanträge zu verfassen.

Mit dem obligatorischen Schriftverkehr war aber meist nicht nur ein Beamter einer Behörde befasst. Nach dem Termin bei der Polizei landen Flüchtlinge früher oder später in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAA). Dessen Mitarbeiter wiederum ignorieren die von der Polizei eröffneten Verfahren und leiten ein eigenes Asylverfahren ein; die der Polizei landeten "ungelesen" im "Schredder", kritisierte die Gewerkschaft der Polizei. Ebenso erging es Flüchtlingen, die an einem Bahnhof zunächst von der Bundespolizei aufgegriffen und dann an die Landespolizei übergeben wurden. Neue Behörde, neues Verfahren.

Anzeige schreiben, Anzeige zerreißen Gegen Zehntausende Flüchtlinge wird wegen illegalen Grenzübertritts ermittelt. Berlin hat das gestoppt, andere wollen daran....

Vor gut zwei Wochen schließlich stoppte die Berliner Polizei diese Praxis. Flüchtlinge, die die Polizisten zum Beispiel außerhalb der Öffnungszeiten der Aufnahmestelle aufgreifen, werden nun nicht mehr angezeigt, sondern direkt in die Zentrale Erstbearbeitungsstelle gefahren. Damit entfalle endlich der "sinnlose" und oft mehrere Stunden dauernde "Papierkrieg", sagte die Landesvorsitzende der GdP, Kerstin Philipp.

Nachahmer hat das Modell allerdings kaum gefunden. In Thüringen und Hamburg gebe es entsprechende Überlegungen, sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Jörg Radek. Vor allem Bayern und Baden-Württemberg hielten an der Praxis fest, gegen jeden Flüchtling zu ermitteln. Wie viele Arbeitsstunden dafür bisher aufgewendet wurden, lässt sich laut GdP nicht ermitteln. Seit der Einführung der Grenzkontrollen zu Österreich am 13. September seien dort allerdings insgesamt 500.000 Überstunden angefallen.

Praxis verstößt gegen Genfer Flüchtlingskonvention

Zwar müsse grundsätzlich daran festgehalten werden, illegale Grenzübertritte zu ahnden, betont Radek, aber nicht auf diese Weise: "Es macht keinen Sinn, Menschen ohne eigenes Verschulden anzuzeigen, wenn sie sich etwa einem geordneten Asylverfahren stellen."

Die Praxis führt aber nicht nur zu praktischen Problemen, sie verstößt womöglich sogar gegen die Genfer Konvention, die auch Deutschland unterschrieben hat. Darauf weist der Hamburger Rechtsanwalt Carsten Gericke vom European Center for Constitutional and Human Rights hin. Laut Paragraf 31 der Vereinbarung darf Menschen, die um Asyl ersuchen, nicht mit Strafe gedroht werden. Die deutsche Praxis stelle die Flüchtlinge unter Generalverdacht und stigmatisiere sie, kritisiert Gericke. Der Automatismus, gegen sie wegen illegaler Einreise zu ermitteln, müsse gestoppt werden. Andere europäische Länder hätten das längst getan.

Innenexperten von CDU und CSU wollen aber auf jeden Fall am Zwang zu Ermittlungen festhalten: "Um die Schlepper weiterhin strafrechtlich verfolgen zu können, ist es unbedingt erforderlich, dass die illegale Einreise als Grunddelikt auch weiterhin strafbar ist", sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, der Zeitung *Die Welt*. Er erkenne den Aufwand für Polizei und Staatsanwaltschaft an, schlägt zur Linderung aber Sammelanzeigen vor. Die Einreise für Flüchtlinge zu legalisieren hätte zudem eine falsche Signalwirkung, sagte CDU-Vize Thomas Strobl der *Welt*: "Damit wäre das Signal, das von den Grenzkontrollen ausgehen soll und ausgeht, völlig konterkariert."

Dass es nicht zu den derzeitigen politischen Signalen passe, die Ermittlungen gegen Migranten zu stoppen, lässt Radek gelten. Klar sei aber auch, dass die Behörden auch ohne die Regelungen gegen Schleuser vorgehen könnten. Könnten, denn angesichts der derzeitigen Arbeitsbelastung komme die Polizei sowieso kaum noch dazu, Fahndungen durchzuführen.

Load-Date: October 27, 2015

Flüchtlinge weichen verstärkt nach Albanien aus; Die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien ist fast geschlossen, die Flüchtlingsroute verschiebt sich nach Westen. Albanische Behörden arbeiten an einem Notfallplan.

ZEIT-online

Freitag 26. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Balkanroute; Ausg. 10

Length: 417 words

Body

Tausende **Flüchtlinge** sind zu Fuß auf Griechenlands Autobahnen unterwegs in Richtung Norden.

© Yannis Behrakis/Reuters

Angesichts verschärfter Einreisebedingungen in Ländern auf der Balkanroute stellt Albanien einen wachsenden **Flüchtlingsandrang** an seiner Grenze fest. Eine "große Zahl" syrischer **Flüchtlinge** warte derzeit darauf, nach Albanien gelassen zu werden, sagte die albanische Integrationsministerin Klajda Gjosha während eines Besuchs in Korça im Süden des Landes. Eine genaue Zahl nannte sie nicht.

Da im griechischen Idomeni an der Grenze zu Mazedonien mittlerweile Tausende Flüchtlinge festsäßen, zeichne sich offenbar eine neue Fluchtroute in Richtung west- und nordeuropäischer Aufnahmeländer ab.

"Die Regierung muss bereit sein, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um keine Mauern zu errichten und diese Flüchtlinge daran zu hindern, nach Albanien einzureisen", mahnte Gjosha. Ihr Land müsse daher eng "mit allen Nachbarländern, mit Griechenland und den anderen EU-Mitgliedsländern zusammenarbeiten", um der Flüchtlingskrise zu begegnen.

Flüchtlinge werden auf Fähren untergebracht

Örtlichen Medienberichten zufolge haben die albanischen Behörden einen Notfallplan aufgestellt, um bis zu 10.000 syrische Flüchtlinge in einer ehemaligen Militärkaserne in Korça sowie in der Nähe eines Flughafens im südalbanischen Gjirokastra unterzubringen.

Österreich und neun weitere Länder entlang der Balkanroute hatten am Mittwoch beschlossen, die Kontrollen an der griechisch-mazedonischen Grenze zu verschärfen. Ziel ist es laut Österreichs konservativer Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, "die Migrationsströme zu stoppen".

Griechenland versucht nun, die Flüchtlingszahlen auf dem Festland zu verringern: Griechische Fähren sollen in den kommenden Tagen weniger Migranten als bisher auf den Inseln der Ostägäis abholen. "Wir müssen den

Flüchtlinge weichen verstärkt nach Albanien aus Die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien ist fast geschlossen, die Flüchtlingsroute verschiebt sich nach

Zustrom wegen des Rückstaus auf dem Festland verlangsamen", sagte der für die Küstenwache zuständige griechische Minister Thodoris Dritsas.

Dazu sollen weniger Fahrkarten ausgegeben werden, zugleich werden weniger Fähren für die Überfahrt zum Festland eingesetzt. Die Migranten sollten nach ihrer Registrierung "etwas länger" auf den Inseln bleiben, hieß es. Um die Inseln nicht zu überlasten, sollten die registrierten Migranten auf drei großen Fähren untergebracht werden, die in den Häfen der Inseln Lesbos, Chios und Samos angelegt haben, teilte die Ministerin weiter mit.

Load-Date: February 26, 2016

End of Document

EU-Kommission will Asylbewerber gerechter verteilen; Die Europäische Kommission will als Folge der Flüchtlingskrise die sogenannten Dublin-Regeln ändern oder ganz abschaffen. Experten halten die Pläne für realitätsfern.

ZEIT-online

Mittwoch 6. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 15

Length: 1209 words

Byline: Till Schwarze;Michael Stürzenhofecker

Body

Flüchtlinge in Idomeni - künftig sollen EU-Staaten entlastet werden, in denen überproportional viele **Asylbewerber** ankommen.

© Bülent Kilic/AFP/Getty Images

Die Europäische Kommission will das **Asylsystem** der EU von Grund auf reformieren. Die teils unkontrolliert hohe Zuwanderung im vergangenen Jahr habe nicht nur einige Mitgliedsstaaten, sondern auch das EU-**Asylsystem** als Ganzes an seine Grenzen geführt, teilte die Kommission in einem Papier mit. Die **Flüchtlingskrise** habe vor allem die Schwäche des Dublin-Systems offenbart, bei dem der Staat, in dem die Person zum ersten Mal den Boden der EU betritt, für die **Asylbewerber** zuständig ist. Ein weiteres schwerwiegendes Problem sei der unterschiedliche Umgang mit **Asylbewerbern** in den einzelnen Mitgliedsländern.

Die Kommission schlägt deshalb eine Reform des Verfahrens vor und benennt fünf zentrale Bereiche des europäischen **Asylsystems**, die verändert werden müssten:

Das **Dublin-System soll reformiert oder abgeschafft** werden. Für die Identifizierung und Registrierung soll zwar nach wie vor der Staat zuständig sein, in dem Flüchtlinge erstmals EU-Gebiet betreten. Als **Option 1** könnte aber bei zu vielen Asylbewerbern ein sogenannter Fairness-Mechanismus greifen, mit dem andere Länder Flüchtlinge abnehmen. **Option 2** der Vorschläge sieht ein völlig neues System vor, nach dem unabhängig davon, in welchem Land Asyl beantragt wurde, die Flüchtlinge nach einem EU-weiten Verteilungsschlüssel verteilt werden. Faktoren der Verteilung sollen die Größe eines Landes, sein Reichtum und seine "Aufnahmekapazitäten" sein. Auch familiäre Bindungen der Bewerber würden berücksichtigt. Die **Asylsysteme der Mitgliedsstaaten sollen harmonisiert** werden. Flüchtlinge sollen in allen Ländern der EU nach ähnlichen Standards behandelt werden, etwa was die Unterbringung betrifft. Die Kommission will damit verhindern, dass Flüchtlinge wegen der besseren Behandlung vor allem in einige wenige Länder wollen. Um Wanderungsbewegungen von Asylbewerbern innerhalb der EU zu verhindern, erwägt die Kommission **Sanktionen gegen Flüchtlinge**, die nicht in dem ihnen zugewiesenen Land bleiben. Einige Rechte könnten künftig daran gebunden sein, sich zu

EU-Kommission will Asylbewerber gerechter verteilen Die Europäische Kommission will als Folge der Flüchtlingskrise die sogenannten Dublin-Regeln ändern oder gan....

Registrieren und Fingerabdrücke abzugeben. Das **Europäische Büro für Flüchtlingsfragen (EASO)** soll **gestärkt** werden. Das Büro könnte ein etwaiges europaweites Verteilungssystem managen und Mitgliedsstaaten dabei überwachen, die gemeinsamen Regeln und Standards umzusetzen. Langfristig könnte die **Entscheidung über Asylanträge** sogar von der nationalen auf die EU-Ebene verlagert werden, an die EU-Asylagentur EASO. Es gäbe dann einen "einzigsten und zentralisierten Entscheidungsprozess". Verteilt würden die Flüchtlinge dann über einen Schlüssel. Dass so eine "weitreichende Lösung kurz- und mittelfristig schwer vorstellbar" ist, schreibt die EU-Kommission selbst. Denn dafür müsste das europäische Asylsystem komplett umgebaut werden. Die **Flüchtlingsdatei Eurodac** könnte ausgebaut werden, um etwa Fingerabdrücke europaweit auszutauschen. So solle zum Beispiel "irreguläre Migration" verhindert und Ausreise überwacht werden.

Zusätzlich zum Asylsystem will die EU-Kommission die Regeln für Einwanderung reformieren. Die bestehenden Regelungen für Menschen aus Drittstaaten, die in der EU arbeiten oder studieren möchten, sollen dafür überprüft und angepasst werden. Zum Beispiel könnte das Bluecard-System für hoch qualifizierte Fachkräfte verbessert werden. Ziel wäre eine europaweite Harmonisierung.

Zentraler Punkt der Reformschläge ist also die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU, die seit vergangenem Jahr angedacht, aber bislang gescheitert ist. Zuerst sollten 40.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland verteilt werden; und obwohl das nicht funktionierte, schlug EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker im Herbst dann noch einmal die Umverteilung von 120.000 Flüchtlingen aus Ungarn, Italien und Griechenland vor. Aufgenommen wurden bislang aber nur einige wenige Hundert von anderen Mitgliedsstaaten. Auch Kanzlerin Angela Merkel scheiterte Ende vergangenen Jahres vor allem an dem Widerstand osteuropäischer Länder mit ihrem Vorschlag, europaweite Kontingente für Geflüchtete zu schaffen.

Entsprechend skeptisch fallen die Reaktionen auf die neuen EU-Pläne aus. "Die EU-Kommission macht einen unglaublichen Fehler: Anstatt sich auf die Umsetzung des Abkommens mit der Türkei zu konzentrieren, holt sie Vorschläge aus der Schublade, die keine Chance auf Durchsetzung haben", sagte Gerald Knaus, Vorsitzender des Europäischen Thinktanks European Stability Initiative, ZEIT ONLINE. "Sie sind politisch unrealistisch und zu ehrgeizig."

Die Vereinheitlichung von Asylstandards funktioniere bislang schon nicht, wie das Beispiel Ungarn zeige. "Wie soll dann eine noch weitergehende Regelung erfolgreich sein?", fragt Knaus. Für den Österreicher "sitzen einfach zu viele Juristen in Brüssel, die in Gesetzgebung fliehen, statt sich mit der praktischen Umsetzung zu beschäftigen". Das sei fast schon Autismus: "Die Kommission macht, was sie will."

Knaus empfiehlt der Kommission, mit dem Türkei-Abkommen erst einmal in Griechenland zu beweisen, dass sie in der Lage ist, faire Asylverfahren zu garantieren. Dass versehentlich einige Flüchtlinge von dort abgeschoben worden, ohne eine Chance auf Asylantrag gehabt zu haben, weist zumindest auf Probleme dabei hin. EU-Experte Knaus kann sich deshalb nicht vorstellen, wie sie solche Verfahren in einer vielfach größeren Dimension gewährleisten will. Damit torpediere die Kommission den EU-Türkei-Plan und baue unnötigen politischen Druck auf, der Europas Rechtspopulisten in die Hände spiele. "Viktor Orbán wird sich freuen", sagt Knaus, weil er einmal mehr sagen könne, wie sehr die EU in die nationalen Rechte eingreifen würde.

Knaus zufolge braucht es jetzt zwei Dinge: erstens einen funktionierenden Mechanismus für die Asylverfahren von täglich rund 400 Menschen auf den griechischen Inseln; zweitens einen glaubwürdigen Mechanismus für die Umsiedlung von täglich etwa 200 Flüchtlingen aus der Türkei. "Beides ist schwierig, aber machbar", meint er. Darauf solle die Kommission jetzt all ihre Anstrengungen konzentrieren. "Es braucht eine EU-Unterstützungsmission für Griechenland, damit das Türkei-Abkommen funktioniert."

Doch nicht nur wegen der fehlenden politischen Durchsetzbarkeit sind die Pläne der EU-Kommission umstritten. Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt, warnte in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vor Asylentscheidungen auf europäischer Ebene. Flüchtlingen müsse die Möglichkeit gegeben werden, gegen die Entscheidungen zu klagen. Das aber würde den Europäischen Gerichtshof überfordern. Auch eine Vorsortierung an den Grenzen der EU lehnt Burkhardt ab.

EU-Kommission will Asylbewerber gerechter verteilen Die Europäische Kommission will als Folge der Flüchtlingskrise die sogenannten Dublin-Regeln ändern oder gan....

Deutschland scheint den Vorschlägen eines gemeinsamen EU-Asylsystems dagegen nicht abgeneigt zu sein. Zumindest aus der Regierungskoalition ist Zustimmung zu hören, wenn auch auf einen langfristigen Zeitplan verwiesen wird. "Ein noch stärker harmonisiertes europäisches Asylrecht wäre ein erheblicher Gewinn", sagt Unionsfraktionschef Volker Kauder. "Da vielleicht am Ende die EU-Verträge verändert werden müssten, wird das aber nicht so schnell gehen."

Load-Date: April 6, 2016

End of Document

Ökonom fordert höhere Steuern für Migranten; Bestimmte Vorteile sollte es nur für Einheimische geben, sagt der Ungleichheitsforscher Branko Milanovic der ZEIT. Dies könne die Akzeptanz für Zuwanderung erhöhen.

ZEIT-online

Mittwoch 11. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Einwanderung; Ausg. 20

Length: 231 words

Body

Eine Container-Siedlung für **Asylbewerber** in Berlin

© Sean Gallup/Getty Images

Der Ungleichheitsforscher Branko Milanovic plädiert für einen radikalen Neuanfang in der **Migrationspolitik**. Im Gespräch mit der ZEIT spricht er sich dafür aus, Zuwanderer "rechtlich schlechter" zu stellen als Einheimische. "Man könnte ihnen etwa befristete Aufenthaltsgenehmigungen anbieten: Nach drei oder vier Jahren müssten sie zurück. Oder man legt fest, dass **Migranten** höhere Steuern bezahlen", sagte Milanovic.

"Wir sollten mit dem Thema Migration pragmatisch umgehen. Wenn ich mein Dorf in Nigeria verlasse, um in London zu arbeiten, weil ich dort mehr Geld verdiene, dann habe ich deshalb noch lange keinen Anspruch auf alle Vergünstigungen, die den Einheimischen zustehen", sagte der Ökonom.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Milanovic hofft, durch solche Einschränkungen die Akzeptanz für Einwanderung zu erhöhen. Durch die Maßnahmen werde sich die Bereitschaft in den reichen Staaten erhöhen, Migranten ins Land zu lassen. Dies sei wichtig, weil Migration einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die globale Armut leisten könne, da die Zuwanderer in den USA oder in Europa mehr verdienen als etwa in Afrika.

Milanovic hat lange für die Weltbank gearbeitet und lehrt heute Volkswirtschaft in New York. Er ist einer der weltweit führenden Experten für Ungleichheit.

Load-Date: May 11, 2016

Testlauf für das grenzenlose Europa; Die EU will die Balkanroute auf dem EU-Gipfel für geschlossen erklären. Die türkische Regierung testet aus, was den Europäern der Schutz ihrer Außengrenze wert ist.

ZEIT-online

Montag 7. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 11

Length: 976 words

Byline: Daniela Weingärtner

Body

Auf dem Weg in die EU: Zwei Männer in Idomeni an der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien

© Dimitar Dilkoff/AFP/Getty Images

Ratspräsident Donald Tusk hat eine Vielfliegerwoche hinter sich. In seinem Einladungsschreiben an die Chefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten zum Türkei-Sondergipfel berichtet er, wie er bei Besuchen in den Hauptstädten der Balkanroute sowie einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Ankara und Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan in Istanbul alle Beteiligten auf dasselbe Ziel einzuschwören versuchte: auf ein Ende der Politik des "Durchwinkens".

Dabei, schreibt Tusk, sei er auf viel Zustimmung gestoßen. Die Westbalkanländer - auch diejenigen, die nicht zur EU gehörten - seien bereit und entschlossen, die gemeinsam vereinbarten Regeln wieder anzuwenden. "Am Montag sollten wir diesen Ansatz bestätigen. Damit werden wir die Westbalkanroute schließen, die mit 880.000 **Flüchtlingen** 2015 und bereits 128.000 in den ersten zwei Monaten dieses Jahres das Haupteinfallstor gewesen ist."

Er sei "vorsichtig optimistisch", denn er sehe zum ersten Mal seit Beginn der Krise einen "europäischen Konsens entstehen", schreibt Tusk in seinem Einladungsbrief. Doch aufschlussreicher als die aufgezählten Erfolge seiner Reisediplomatie sind die Rückschläge, die er unerwähnt lässt: Weder in Budapest noch in Sofia wurde Tusk empfangen, obwohl Ungarn und Bulgarien potenzielle Transitländer auf der Balkanroute sind. Während Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer am Freitag mit Victor Orbán in Budapest Gleichklang in der Abriegelungspolitik demonstrierte, weilte Tusk in Istanbul. Vom türkischen Präsidenten Erdogan wurde er dort zwar freundlich willkommen geheißen, aber mit einer drastischen Botschaft zurück nach Brüssel geschickt. Erdogan ließ am selben Tag die regierungskritische Zeitung *Zaman* stürmen und unter staatliche Aufsicht stellen.

Seither warnt nicht nur Pro Asyl vor der Zusammenarbeit mit einem Regime, das im Verdacht steht, an der syrisch-türkischen Grenze auf Flüchtlinge zu schießen. Guy Verhofstadt, der liberale Fraktionsführer im Europaparlament und Freund blumiger Formulierungen, fordert die Regierungschefs auf, nicht "ihre Seele an die Türkei zu

Testlauf für das grenzenlose Europa Die EU will die Balkanroute auf dem EU-Gipfel für geschlossen erklären.
Die türkische Regierung testet aus, was den Europäer....

verkaufen". Die Einschränkung der Pressefreiheit müsse auf die Tagesordnung des Türkei-Gipfels. Es sei naiv zu glauben, man könne "unsere Probleme in die Türkei outsourcen. Wir akzeptieren leere Versprechen wie die Rücknahme aller nichtsyrischen Migranten - in ein Land, das Journalisten ins Gefängnis wirft und auf beunruhigende Weise mit den Bürgerrechten verfährt".

Dieses Unbehagen teilen bürgerlich-liberale Politiker wie Donald Tusk oder Angela Merkel ganz sicher. Sie stehen aber unter einem so gewaltigen Druck, die Flüchtlingszahlen zu senken, dass ihnen die Zusammenarbeit mit Erdogan als das deutlich kleinere Übel scheint. Der Preis dafür ist hoch. Er besteht nicht nur darin, die Menschenrechtsverletzungen unkommentiert zu lassen, zur Kurdenverfolgung zu schweigen und an die Kontrolle der geplanten drei Milliarden Euro Flüchtlingshilfe für in der Türkei lebende Syrer keine allzu strengen Maßstäbe anzulegen. Erdogan will gleichberechtigt am Tisch der Demokraten sitzen. Er verlangt Visafreiheit und eine deutliche Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen zur EU.

Zum Mittagessen mit den EU-Chefs am heutigen Montag wird er, wie schon zum letzten Türkei-Gipfel im November, seinen stetig lächelnden, sich moderat gebenden und auf Englisch parlierenden Ministerpräsidenten Davutoglu schicken. Der wird freundlich verpacken, was sein Chef in Ankara von der EU verlangt.

Im Gegenzug will die Türkei ein Schnellverfahren einführen, um nach Griechenland eingereiste Wirtschaftsflüchtlinge zurückzunehmen. Wie die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (FAS) berichtete, wollen Davutoglu und der griechische Premier Alexis Tsipras am Dienstag in Izmir ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen. Zwischen den beiden Ländern gibt es zwar schon ein Rücknahmeabkommen. Doch die Prozedur ist kompliziert und zieht sich oft über Monate hin. Mit dem neuen Verfahren soll es nur noch wenige Tage dauern, bis ein Flüchtling zurückgeschickt werden kann.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) kündigte am Sonntag an, er werde Davutoglu am Rande des Gipfels treffen und ihm das Thema Menschenrechte und Pressefreiheit nicht ersparen. Dennoch ist die Begegnung mit dem türkischen Gast der vergleichsweise unkompliziertere Teil des Sondergipfels. Auf einen toleranten Kurs gegenüber der Regierung in Ankara werden sich die 28 EU-Länder deutlich leichter verständigen können als auf ein Mindestmaß an Lastenteilung untereinander. Die Türkei wird ihren Teil der Vereinbarung nur einhalten, wenn sich die Europäer verpflichten, regelmäßig Bürgerkriegsflüchtlinge direkt aus türkischen Lagern nach Europa zu holen. Auch Griechenland und Italien fordern, dass ihnen die Länder, die abseits der Fluchtroute liegen, Migranten abnehmen.

Mitte März wird die EU-Kommission, um den grenzfreien Schengenraum zu retten, eine Reform der sogenannten Dublin-Verordnung vorschlagen. Bislang gilt die Regelung, dass ein Flüchtling in dem Land Asyl beantragen muss, wo er zuerst europäischen Boden betritt. Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos hat bereits angekündigt, dass dieses Prinzip gekippt wird. Seit es 2003 beschlossen wurde, habe sich die politische Lage komplett verändert.

Eine Reform setzt aber voraus, dass sich die EU-Länder darüber verständigen, nach welchem Schlüssel sie die Flüchtlinge untereinander aufteilen. In den letzten Wochen ist die Gruppe der Staaten, die überhaupt noch Menschen aufnehmen wollen, immer weiter zusammengeschrunpft. Das Treffen der Regierungschefs am Montag wird nun ein Testlauf dafür, ob es für eine Reform und damit für eine Rettung des grenzfreien Europas überhaupt eine politische Chance gibt.

Load-Date: March 7, 2016

Endstation Griechenland; Zehntausende Flüchtlinge sitzen wegen der Grenzsicherungen in Griechenland fest. Täglich kommen noch mehr hinzu. Die Regierung droht der EU, die Bürger werden nervös.

ZEIT-online

Donnerstag 25. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 9

Length: 946 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Flüchtlinge erreichen den Hafen von Piräus in Griechenland.

© Angelos Tzortzinis/AFP/Getty Images

Der oberste **Flüchtlingshelfer** der Welt stand mitten im Zentrum der Krise. Anfang der Woche besuchte Filippo Grandi, Hoher Kommissar des UNHCR, das Grab eines siebenjährigen Kindes, das auf der Insel Lesbos beerdigt wurde: ein schmuckloser Marmorstein mit dem Namen Jafar Mosavi, daneben verdorrte Blumen und ein lächelnder Plüschteddy. Jafar war auf der Überfahrt von der Türkei nach Griechenland ertrunken.

"Ich bin sehr besorgt darüber, dass die Grenzen auf der Balkanroute sich schließen", sagte Grandi nach seinem Besuch auf dem Friedhof. Kurz zuvor hatte sich die Nachricht verbreitet, an der Nordgrenze Griechenlands würden kaum mehr Menschen durchgelassen. Das werde "noch mehr Chaos und Verwirrung schaffen" und die Bürde für Griechenland erhöhen, sagte der UN-Kommissar. Dabei trage das Land schon viel Verantwortung, indem es die Ankommenden versorge und unterbringe.

Seine Worte stehen im Kontrast zu den Vorwürfen, die sich die griechische Regierung nicht mehr nur von den Ländern weiter nördlich auf der Balkanroute anhören muss. Auch die eigene Bevölkerung und die Medien in Griechenland werden wegen der vielen Flüchtlinge, die täglich kommen, zunehmend nervös. Am Mittwochabend holte Ministerpräsident Alexis Tsipras zum Konter aus und drohte der EU: Er werde solange durch sein Veto politische Beschlüsse blockieren, bis die gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werde.

"Depot der Seelen"

Griechenland akzeptiere nicht, dass es Staaten gebe, die einerseits keinen einzigen Migranten aufnehmen, aber andererseits Zäune bauten. Tsipras nannte es eine "Schande", dass Österreich und weitere Länder der Westbalkanstaaten am Mittwoch in Wien eine Konferenz zur Asylpolitik abgehalten haben - außerhalb des EU-Rahmens und ohne griechische Beteiligung.

Endstation Griechenland Zehntausende Flüchtlinge sitzen wegen der Grenzsicherungen in Griechenland fest. Täglich kommen noch mehr hinzu. Die Regierung droht de....

Trotzdem sieht die griechische Presse auch eine Verantwortung bei der eigenen Regierung. Die Athener Zeitung *To Vima* beschuldigt Tsipras, das Flüchtlingschaos selbst verursacht zu haben. Er habe viel zu spät auf die Situation reagiert und das Problem durch die Grenzöffnung nach Norden einfach verschoben. "Griechenland läuft Gefahr, zu einem Depot der Seelen zu werden", kommentierte die Zeitung. Die Regierung habe es versäumt, frühzeitig Verbündete in dieser Krise zu finden. Deshalb werde Griechenland jetzt von der EU erneut isoliert.

#refugee crisis, the absence of legal pathways leads to kids' graves in Lesbos, can't we avoid this?
pic.twitter.com/4FR15Whul4

- vincent cochetel (@cochetel) 23. Februar 2016

Während Politik und Medien darüber streiten, wer an der Krise Schuld ist und ob sich die Seegrenze zur Türkei effektiv abriegeln lässt, versuchen das Militär und die kommunale Verwaltung, die Flüchtlinge überall im Land unterzubringen. Allein am Mittwochmorgen erreichten 1.700 registrierte Migranten auf Fähren den Hafen in Piräus. Jetzt harren sie in einem Gebäude auf dem Hafengelände aus. Man lässt sie nicht weiter nach Norden reisen, um das Chaos an der Grenze nicht noch zu vergrößern. Derweil warten auf Lesbos noch einmal 2.500 Menschen darauf, auf das Festland übersetzen zu können.

Die Auffanglager sind im ganzen Land überfüllt. In dem neu aufgebauten Verteilungszentrum Schisto bei Athen können kaum mehr Menschen aufgenommen werden. Etwa 40 Busse erreichten am Mittwoch das Auffanglager Diavata nahe der nördlichen Metropole Thessaloniki. Die Menschen hatten zuvor an der Grenze zu Mazedonien ausgeharrt, bis die Polizei das notdürftige Zeltlager Anfang der Woche auflöste.

Auf der Autobahn zwischen Athen und Thessaloniki strandeten weitere 1.200 Menschen. Ihre Busse fahren nicht mehr weiter, nachdem bekannt wurde, dass die Grenze geschlossen sei. Griechische Medien berichteten, dass etwa die Hälfte der Menschen, unter ihnen viele Kinder, nun zu Fuß aufgebrochen sei, um die 450 Kilometer lange Strecke bis nach Mazedonien zu gehen.

Auf den Inseln kommen weiterhin Schlauchboote aus der Türkei an. Die Regierung rechnet deshalb mit noch mehr Flüchtlingen. Derzeit hielten sich etwa 12.000 Menschen im Land auf, die ihren Weg Richtung Westeuropa nicht fortsetzen könnten, sagte der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas. In den nächsten Tagen könnten es schon 14.000 oder 16.000 sein. Die Regierung suche Orte, um bis Ende der Woche weitere Notlager errichten zu können, und verhandle mit den Bürgermeistern überall im Land.

Die griechische Bevölkerung steht ähnlich wie die deutsche der Flüchtlingskrise gespalten gegenüber. Ein Unterschied ist allerdings, dass die beiden Länder in ihrer wirtschaftlichen Situation nicht weiter auseinanderliegen könnten: Griechenland entging 2015 knapp einer Rezession und hat die vergangenen sechs Jahre 25 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verloren. Deutschland hingegen geht es so gut wie lange nicht.

Bisher haben sich Proteste gegen Aufnahmelager jedoch in Grenzen gehalten. In Diavata bei Thessaloniki demonstrierten Anwohner gegen die Großunterkunft. Jetzt fordern sie nur noch, dass eine zusätzliche Polizeiwache in dem Ort eingerichtet wird. Auf der Insel Kos verzögern allerdings Bürger schon seit Wochen den Bau eines Registrierungszentrums. Sie fürchten um ihre wichtigste Einnahmequelle: den Tourismus. Und niemand kann absehen, wie sich die Stimmung in einer Bevölkerung mit 25 Prozent Arbeitslosigkeit entwickelt, wenn schon in wenigen Tagen überall im Land Tausende Flüchtlinge festsitzen.

Load-Date: February 25, 2016

Bundesländer fordern Hälfte der Integrationskosten vom Bund; Für die Erstversorgung und die Asylverfahren gewährt der Bund bereits Millionensummen. Doch bei den Kosten der Integration sind die Länder meist auf sich selbst gestellt.

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 13

Length: 646 words

Body

Flüchtlinge beim Lernen

© Stefanie Loo/Reuters

Die Länderchefs beklagen eine mangelnde Unterstützung des Bundes bei der Integration von **Flüchtlingen**. Sie verlangen eine hälftige Aufteilung der Kosten. "Es geht nicht an, dass der Bund wie derzeit nur 10 bis 15 Prozent der Lasten trägt", sagte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), der *Rheinischen Post*. "Es muss eine faire 50:50-Aufteilung geben". Die Städte und Länder bewältigen die Integration mit der derzeitigen finanziellen Lastenverteilung nicht.

Ähnlich äußerte sich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidtke (SPD). "Fair wäre eine Finanzierung je zur Hälfte", sagte er der Zeitung. Es gehe nicht, dass der Bund "von Willkommenskultur und gesamtstaatlicher Aufgabe redet, aber nur die Länder und Kommunen zahlen".

Die Ministerpräsidenten der Länder beraten auf ihrer turnusgemäßen Konferenz über die Flüchtlingspolitik. Im Mittelpunkt des Treffens in Berlin soll dabei die Integration von Migranten stehen. Der Bund unterstützt die Länder bisher vor allem bei der Erstaufnahme und der Unterbringung der Flüchtlinge, insgesamt mit etwa 3,5 Milliarden Euro. 500 Millionen Euro sollen die Länder zudem für den Wohnungsbau erhalten. Auch der Haushaltsposten für das - als rechtswidrig wieder abgeschaffte - Betreuungsgeld erhalten die Länder.

Für die Zuwanderung aus EU-Staaten beschloss der Bund im Oktober, 25 Millionen Euro an die Länder für bessere Wohnbedingungen, Gesundheitsversorgung und Durchsetzung der Schulpflicht zu zahlen. Dafür, dass die Länder und Kommunen für die Flüchtlinge mehr Kinderbetreuungsplätze oder auch Lehrer benötigen, zahlte der Bund bisher nahezu nichts.

Neben den Ministerpräsidenten fordert auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft mehr Klarheit darüber, wie die Kosten für die Integration von Flüchtlingen getragen werden sollen. "Der Staat mogelt sich derzeit noch an dem Thema Finanzierung der Flüchtlingskosten vorbei", sagte der Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler der *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

Bundesländer fordern Hälfte der Integrationskosten vom Bund Für die Erstversorgung und die Asylverfahren gewährt der Bund bereits Millionensummen. Doch bei den

Söder: Es wird mehr Geld geben

Die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz der Bundesländer, Claudia Bogedan, verlangte, die arbeitsmarktpolitischen Förderangebote der Bundesagentur für Arbeit allen Asylsuchenden zu öffnen. Ungeklärt seien auch die Unterstützungsangebote für junge Erwachsene, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen. Gerade bei der beruflichen Bildung älterer Jugendlicher müsse der Bund nachbessern. "Diese Integrationskosten können nicht auch noch bei den Ländern abgeladen werden", sagte Bogedan.

Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) geht davon aus, dass sich der Bund künftig stärker beteiligen wird. "Es wird mehr Geld für Länder und Kommunen geben", sagte der CSU-Politiker vor dem Treffen der Ministerpräsidenten im Deutschlandfunk. Der Bund sei zuständig, weil er "zu 100 Prozent verantwortlich" sei die Zuwanderung nach Deutschland. Damit bezog sich Söder auf die offene Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingskrise und auf ihre Entscheidung vom vergangenen Sommer, in Ungarn gestrandete Flüchtlinge nach Deutschland zu holen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte die Forderung von Ländern nach mehr Geld mehrfach abgelehnt und auf Milliarden-Mehreinnahmen in den Länderhaushalten verwiesen. Bund und Länder hatten wegen der guten Konjunktur zuletzt Plus gemacht.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) will den Ministerpräsidenten auf ihrem Treffen ein neues Angebot für anerkannte Flüchtlinge präsentieren: Sie plant neuartige Kombikurse, die Deutsch- und Integrationskurse anders als bisher mit einer gezielten beruflichen Förderung der Asylberechtigten verbinden, kündigte BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele an. So sollen die Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt fit werden.

Load-Date: March 17, 2016

In der Falle; Wasserwerfer, Tränengas, Polizeiknüppel: Die Flüchtlinge von Idomeni werden mit aller Härte vom Zaun abgedrängt. Ein junger Syrer sagt: "Das ist unsere letzte Chance".

ZEIT-online

Sonntag 10. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Idomeni; Ausg. 16

Length: 710 words

Byline: Kostas Koukoumakas

Body

Ein mazedonischer Polizist hindert **Migranten** und **Flüchtlinge** daran, den Grenzzaun bei Idomeni zu überqueren.

© Marko Djurica/Reuters

Mustafa Ali, ein 17-jähriger Junge aus Syrien, trägt sein T-Shirt als Maske. Damit schützt er sich vor dem Tränengas, das die mazedonische Polizei am Sonntagmittag einsetzt. Sie will Hunderte Menschen daran hindern, den Grenzzaun bei Idomeni zu öffnen und widerrechtlich von Griechenland nach Mazedonien zu gelangen. Der Junge steht 100 Meter von der Grenzlinie entfernt. "Ich sitze seit 55 Tagen in Idomeni fest. Das ist unsere letzte Chance. Ich habe mindestens 15 bis 20 Leute gesehen, die von Plastikgeschossen schwer verletzt wurden", sagt er ZEIT ONLINE.

Die Situation an der griechisch-mazedonischen Grenze ist nach wie vor angespannt. Die **Migranten** werfen Steine auf mazedonische Polizisten und Soldaten, die ihrerseits Tränengasgranaten und Plastikgeschosse auf griechischen Boden feuern. Das Behelfslager von Idomeni ist in dichten Nebel von Tränengas gehüllt. Es ist die Hölle, Idomeni ist ein riesiges offenes Schlachtfeld. Kleine Kinder und Familien laufen davon, um sich außer Gefahr zu bringen. Man hört Explosionen, dazwischen Babygeschrei. Offene Feuer, umgeknickte Bäume, verbrannte Zelte. Menschen flüchten, ihre Gesichter sind mit weißer Creme bedeckt. Zur gleichen Zeit beschießt ein Wasserwerfer der mazedonischen Polizei eine Gruppe von **Migranten**. Über unseren Köpfen fliegen ein griechischer und ein mazedonischer Hubschrauber Patrouille.

Jonas Hagensen, Sprecher von Ärzten ohne Grenzen in Idomeni, sagt, dass Hunderte von Menschen nach Trinkwasser und Medizinern verlangen, um ihre Atemnot zu behandeln. "Zu unserem Zelt wurden ungefähr 20 Leute gebracht, die von Plastikgeschossen und Polizeiknüppeln hart getroffen worden waren. Fünf von ihnen wurden ins Krankenhaus von Kiklis eingeliefert", berichtet Hagensen. "Ein afghanischer Junge erzählte mir, dass die Polizisten zu Beginn der Zusammenstöße zehn Leute festgenommen hätten, die auf den Zaun geklettert waren, und dass sie diese auf mazedonischer Seite eine Stunde lang geschlagen hätten, bevor die Flüchtlinge zurückgeschickt wurden."

In der Falle Wasserwerfer, Tränengas, Polizeiknüppel: Die Flüchtlinge von Idomeni werden mit aller Härte vom Zaun abgedrängt. Ein junger Syrer sagt: "Das ist un...."

Im Lager von Idomeni ereignen sich die schwersten Zusammenstöße seit Ende Februar. Die Polizei geht rücksichtslos gegen Flüchtlinge vor, die den Zaun durchbrechen wollen. Im Lager von Idomeni ereignen sich die schwersten Zusammenstöße seit Ende Februar. Die Polizei geht rücksichtslos gegen Flüchtlinge vor, die den Zaun durchbrechen wollen.

Die Griechen nehmen niemanden fest

Freiwillige Helfer und einzelne Einheimische versuchen, ihnen zu helfen. Migranten stehen ver mummt auf den Feldern - einige zeigen ausländischen Reportern die Reste von Tränengas-Granaten. Die griechische Polizei kann nichts tun, um diese Tragödie zu verhindern. Ein Beamter in Idomeni fragt: "Es sind Tausende von Migranten, die sich hier erheben. Wie sollten wir sie aufhalten können?" Der griechische Polizeisprecher Petros Tanos sagte ZEIT ONLINE, dass es keine Festnahmen gebe.

Am Rand des Behelfslagers von Idomeni sitzt Ahmed, 21 Jahre alt und aus dem Irak. Zweieinhalb Stunden hat er dem Aufruhr zugeschaut: "Sie behandeln uns wie Tiere. Meine Familie und ich stecken hier seit 40 Tagen in der Falle und warten darauf, nach Mazedonien einzureisen. Jetzt ist die Sache schwieriger für uns. Ich habe Angst, dass die griechische Polizei eine Evakuierung plant, um Idomeni aufzuräumen", sagt Ahmed.

Die Zusammenstöße - die schlimmsten in Idomeni seit dem 29. Februar - begannen am Mittag, als 500 Migranten plötzlich zum Zaun liefen und versuchten, ihn niederzureißen. Am Samstag wurde eine anonyme Broschüre in arabischer Sprache verteilt, die die 13.000 Flüchtlinge in Idomeni zur Auflehnung aufrief. Wieder einmal zeigte sich, dass Gerüchte noch gefährlicher sind als der Schlamm oder die Krankheiten in Idomeni. "Tränengas und Plastikgeschosse gegen eine Menschenmenge zu verwenden, ist eine gefährliche Sache", sagte Giorgos Kyritsis, der Sprecher des Krisenstabs der griechischen Regierung für die Flüchtlingskrise. Er forderte die Menschen dazu auf, Gerüchten keinen Glauben zu schenken.

Load-Date: April 10, 2016

Flüchtlinge auf die Dörfer!; Je größer eine Stadt ist, desto mehr Migranten leben dort, oft unter sich. Gerade kleine Gemeinden könnten von Flüchtlingen profitieren - und andersherum.

ZEIT-online

Donnerstag 4. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 5

Length: 957 words

Byline: Jochen Bittner

Body

Es gibt eine Besorgnis erregende Faustregel bei der Verteilung von **Migranten** in Deutschland. Sie lautet: Je größer eine Stadt, desto mehr Einwanderer leben in ihr. Laut Statistischem Bundesamt macht in Städten unter 20.000 Einwohnern der Anteil der **Migranten** rund zwölf Prozent der Bürger aus, in Städten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern sind es fast 20 Prozent und in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern rund 27 Prozent. Dieses Ungleichgewicht dürfte sich mit dem aktuellen Zustrom von **Flüchtlingen** und Einwanderern noch vergrößern, denn je mehr Zuwanderer an einem Ort leben, desto stärker wirkt dessen Attraktivität auf Verwandte, Bekannte und andere Landsleute.

Was menschlich verständlich ist, weil es das Leben leichter macht, kann für die Integration ein Problem sein, denn es erschwert die Zugänge zur Mehrheitsgesellschaft. Wenn **Flüchtlinge** gar nicht erst darauf angewiesen sind, sich unter Deutsche zu mischen, sondern in ihrer Sprach- und Kulturbubble alle wesentlichen Kontakte finden, verstärken sich die Effekte der Parallelgesellschaften, mit denen es in bestimmten deutschen Stadtvierteln schon genügend Probleme gibt.

Deshalb: Schickt mehr Flüchtlinge auf die Dörfer! Nein - nicht 1.000 Flüchtlinge in Baracken am Rande von 300-Seelen-Weilern. Sondern angemessene Anzahlen dorthin, wo der Bevölkerungsrückgang Lücken geschaffen hat: in all die leerstehenden Häuser, Höfe und Einliegerwohnungen, die es auf dem Land zuhauf gibt.

Soziale Kontrolle oder soziale Einbindung?

Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Genauso braucht es ein Dorf, braucht es die Unmittelbarkeit von sich kümmernden und anleitenden Menschen, braucht es gelegentlich auch die klare Aussprache und den direkten Konflikt, um Fremde in eine neue Gemeinschaft hineinwachsen zu lassen.

Ja, aber - will man das Flüchtlingen wirklich empfehlen, ausgerechnet dorthin zu ziehen, wo deswegen Platz ist, weil die klügeren Einwohner diese Gegenden längst verlassen haben und überproportional viele jener Dumpfbacken zurückgeblieben sind, die allenthalben Asylbewerberheime in Flammen aufgehen lassen?

Flüchtlinge auf die Dörfer! Je größer eine Stadt ist, desto mehr Migranten leben dort, oft unter sich. Gerade kleine Gemeinden könnten von Flüchtlingen profitieren....

Unabhängigkeit davon, ob der Fremdenfeindlichkeitsquotient auf dem Land höher ist als in der Stadt, und von der Frage, wo Doftheit schneller Schwärme bilden kann; solche Vorstellungen von der ländlichen Provinz sind Zerrbilder. Sicher gibt es auch auf Dörfern gesellschaftliche Ränder und Extremismus, aber sie dürften regelmäßig kleiner und weniger aggressiv ausfallen als in Großstädten. Schon mangels Masse, aber auch wegen des Effektes, der gerne abschätzig "soziale Kontrolle" genannt wird, den man aber auch als soziale Einbindung bezeichnen könnte.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict(); jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' }); jQuery(".newsletter-teaser-image img").css("border", "1px solid #efefef"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action", "http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=5vor8"); jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("method", "POST"); jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault(); document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Neulich hatte ich dazu ein interessantes Gespräch mit einem Landpastor. Philipp Kurowski, aufgewachsen in Hamburg, betreut seit gut vier Jahren die Kirchengemeinde Großsolt-Kleinsolt in der Nähe von Flensburg. Was ihm im Unterschied zur Stadt dort draußen besonders auffalle, sei, sagt er: "Flüchtlinge sind hier keine anonyme, bedrohliche Masse. Sie haben hier ein Gesicht." Es gebe keine zentrale Unterkunft, kein Zeltlager oder Containerdorf. Stattdessen werde Leerstand systematisch angemietet. Jeder im Dorf wisse, wo eine Flüchtlingsfamilie wohne, woher sie komme und was sie brauche.

Flüchtlingsengagement ist auf dem Land deshalb weniger ein politisches Projekt, dann und wann ausgelebt in einer Unterkunftshalle, sondern für viele eine permanente Selbstverständlichkeit. "Ich wage auch nach den Vorfällen in Köln die Behauptung: Die Flüchtlingshelfer hier sind stärker in der Mitte der Gesellschaft verankert als die Bedenkenträger. Sie sind bei uns auch keine idealistischen Studenten aus dem linken Spektrum oder pensionierte Lehrerinnen mit Alt-68er-Charme. Sondern emeritierte Bürgermeister, Bauersfrauen, Krankenpfleger, Geschäftsleute und dergleichen. Mittiger geht es eigentlich nicht."

Unser Dorf soll schöner werden, hieß früher einmal ein Bundeswettbewerb. Warum heute kein Anreizprogramm schaffen für: Unser Dorf soll voller werden? Auf diese Weise ließen sich gleich zwei Probleme angehen: das langsame Sterben kleiner Kommunen und die bislang suboptimale Verteilung von Flüchtlingen über das Land. Sie richtet sich stur nach dem Königsberger Schlüssel, einer mathematischen Formel, nicht aber nach Qualifikationen und Bedarf.

Dieses System ließe sich umdrehen. Weil jede Kommune am besten weiß, welche Zuwanderer sie unterbringen und gebrauchen kann, könnte jede Kommune ihre eigene kleine Einwanderungspolitik gestalten und sie nach oben melden, an Kreise und Länder. Dorf A braucht Altenpfleger? Dorf B braucht Maurer oder Elektriker? In Dorf C droht die alte Schule dichtzumachen, weil es nicht genügend Kinder gibt? Dorf D hat einen ganz besonderen Plan entwickelt, ein Mehrgenerationenwohnprojekt mit Kinderbetreuung, Fahr- und Einkaufsservice? Es sollte doch möglich sein, Zuzugspläne maßzuschneidern, die allen Seiten helfen - und die nebenbei eine lebendigere Bevölkerungsbalance schaffen.

Load-Date: February 4, 2016

Es kommen deutlich weniger Flüchtlinge an; Seit der Grenzschießung in Mazedonien ist die Zahl der Grenzübertritte in Deutschland rapide zurückgegangen. Die Bundespolizei zählt nur rund 100 Menschen täglich.

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Einwanderung; Ausg. 13

Length: 302 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Flüchtlinge steigen in Passau in einen Sonderzug nach Düsseldorf.

© Angelika Warmuth/dpa

Die Zahl der Grenzübertritte von **Migranten** und **Flüchtlingen** nach Deutschland sind im Monat März drastisch gesunken. Die Bundespolizei registrierte bundesweit vom 14. bis 16. März pro Tag jeweils 100, 83 und 78 Einwanderer, sagte ein Sprecher der Behörde ZEIT ONLINE. In den Monaten zuvor waren die Zahlen noch deutlich höher.

Vom 14. bis zum 16. Februar zählte die Bundespolizei jeweils 2.723, 2.042 und 797 Menschen. Von Mitte des vergangenen Monats an seien die Zahlen dann dauerhaft in den dreistelligen Bereich gesunken. Im Januar noch hatte die Bundespolizei fast durchgängig Grenzübertritte im vierstelligen Bereich gezählt.

Der deutliche Rückgang der Flüchtlingsankünfte ist offenbar auf die Grenzschießung mehrerer Staaten der sogenannten Balkanroute zurückzuführen. Seit Ende Februar wurden am Übergang zwischen Mazedonien und Griechenland nur noch Syrer und Iraker durchgelassen, seit Anfang März ist die Grenze für Migranten vollständig geschlossen. Die Balkanroute war bisher die Haupttransitstrecke für Flüchtlinge, die über die Türkei und Griechenland nach Deutschland und Mitteleuropa gelangen wollten.

Anfang April genaue Statistiken

Auch der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, bestätigte bereits am Mittwoch auf einem Integrations-Kongress in Berlin, dass die Ankünfte stark gesunken seien. Genaue Zahlen wollte Weise jedoch nicht nennen. Er sagte aber, die Ankünfte seien im Vergleich zum Jahresende 2015 um etwa ein Drittel gefallen.

Das Bundesinnenministerium veröffentlicht jeweils zum Monatsbeginn die aktuellen Zahlen des Vormonats. Erst Anfang April sind daher umfassende Statistiken zu erwarten, die die Registrierungen der unterschiedlichen Behörden zusammenfassen.

Es kommen deutlich weniger Flüchtlinge an Seit der Grenzschießung in Mazedonien ist die Zahl der Grenzübertritte in Deutschland rapide zurückgegangen. Die Bund....

Load-Date: March 17, 2016

End of Document

Die Gastarbeiter-Ära ist längst vorbei; Zuwanderer belasten den Fiskus nicht - selbst wenn man wie Ifo-Chef Sinn alle Ausgaben berücksichtigt. Über die Wirkung künftiger Migration sagen die Daten ohnehin wenig.

ZEIT-online

Freitag 9. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 2

Length: 982 words

Byline: Holger Bonin

Body

Migrantinnen aus Japan, Vietnam und dem Sudan beim Deutschunterricht (Archivbild)

© Arno Burgi/dpa

Was nützt uns Zuwanderung, oder kostet sie uns vielmehr etwas? Diese gesellschaftliche Frage wird in Deutschland derzeit angesichts stark gestiegener **Asylbewerber-** und **Flüchtlingszahlen** heftig diskutiert. Im November kam das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung zu dem viel beachteten Ergebnis, dass die bei uns lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2012 im Schnitt 3.300 Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen zahlten, als sie in Form von individuell zurechenbaren Sozialtransfers in Anspruch nahmen.

Ifo-Chef Hans-Werner Sinn rechnete dagegen vor, dass jeder Zuwanderer für den deutschen Fiskus eine Belastung von 1.800 Euro bedeutet, wenn man zusätzlich die allgemeinen Staatsausgaben - für Verteidigung, Verwaltung, öffentliche Infrastruktur - in Rechnung stellt. Sinn hat den Wert dieser Ausgaben aber zu hoch eingeschätzt. In dem konsolidierten Staatsbudget, das der Bertelsmann-Studie zugrunde liegt, stehen diese sonstigen Ausgaben netto mit 3.100 Euro pro Kopf. Übernimmt man Sinns Vollkostenrechnung, ergibt sich nach den ZEW-Zahlen in 2012 für die in Deutschland lebenden Ausländer immer noch ein positiver Nettofinanzierungsbeitrag von durchschnittlich 200 Euro.

Erst wenn die ausländische Bevölkerung älter wird, dreht sich diese Bilanz ins Minus. Allerdings erhält man auch für die Bevölkerung mit deutschem Pass bei dieser Art der Rechnung eine negative Bilanz. Unter Status-quo-Bedingungen macht der Staat im Durchschnitt mit jedem Bürger, nicht nur mit Ausländern, ein Verlustgeschäft. Das zeigt in erster Linie, dass die heutige Fiskalpolitik angesichts des bevorstehenden demografischen Wandels nicht nachhaltig aufgestellt ist.

Entscheidend für die Bewertung der ökonomischen Integration ist das Verhältnis zwischen den Nettofinanzierungsbeiträgen von Ausländern und denen von Deutschen. Für diese Betrachtung ist der - für alle gleich hohe - Wert der allgemeinen öffentlichen Leistungen unerheblich. Daher folgt die ZEW-Studie einer in der

Die Gastarbeiter-Ära ist längst vorbei Zuwanderer belasten den Fiskus nicht - selbst wenn man wie Ifo-Chef Sinn alle Ausgaben berücksichtigt. Über die Wirkung k....

Fachliteratur gebräuchlichen Methode und fokussiert auf die persönlich zurechenbaren staatlichen Einnahmen und Sozialtransfers. So wird die letztlich empirisch nicht schlüssig zu beantwortende Frage vermieden, wie hoch die allgemeinen Staatsausgaben gewesen wären, falls es die 6,6 Millionen Ausländer in 2012 in Deutschland nicht gegeben hätte.

Situation für Zugewanderte am Arbeitsmarkt verbessern

Addiert man die Steuern und Beiträge, die die ausländische Bevölkerung in Deutschland im Rest ihres Lebens erbringt, und stellt ihre künftigen Ansprüche an die Sozialtransfers dagegen, kommt man auf einen Überschuss in den öffentlichen Kassen von 22.300 Euro je Ausländer. Ein solch positiver Betrag überrascht manche, und er ist auch keinesfalls selbstverständlich. Vergleichbare Studien für andere Länder, aber auch frühere Berechnungen für Deutschland mit der ZEW-Methode finden schlechtere Werte. Das relativ gute aktuelle Ergebnis beruht auf der fortgeschrittenen Integration der hier lebenden Ausländer und auf dem Umschwung am deutschen Arbeitsmarkt.

Dennoch kann sich die Politik nicht zurücklehnen. Der Vergleichswert für Deutsche ist mit 88.500 Euro fast viermal höher. Mehr Anstrengungen, um für die hier lebenden Ausländer die Position am Arbeitsmarkt und ihre Einkommenssituation zu verbessern, vor allem Investitionen in Bildung, dürften erhebliche fiskalische Erträge abwerfen.

Was sagt all das über die Wirkung künftiger Zuwanderung auf die Staatsfinanzen? Sehr wenig, denn die jetzt hier lebende ausländische Bevölkerung ist geronnene Migrationsgeschichte, also stark durch die überwiegend geringqualifizierten Gastarbeiter geprägt. Man muss sich davor hüten, ihre Eigenschaften einfach auf die kommende Zuwanderung zu übertragen. Diese geschieht unter anderen Rahmenbedingungen und lässt sich zudem politisch gestalten.

Akademiker-Anteil bei Zuwanderern höher als bei Einheimischen

Deswegen rechnet die ZEW-Studie für die Zukunft eine ganze Reihe von Szenarien durch. Deren Ergebnisse lassen sich auf einen Merksatz bringen. Berücksichtigt man die fehlende Nachhaltigkeit der deutschen Fiskalpolitik und die allgemeinen Staatsausgaben, dann entlastet Zuwanderung den Staatshaushalt, wenn die künftigen Zuwanderer im Mittel wenigstens so qualifiziert sind wie die einheimische Bevölkerung. Genau das sagt auch Hans-Werner Sinn, wenn er qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland fordert.

Diese Voraussetzung war bei den Neuzuwanderern in letzter Zeit schon in etwa erfüllt. Zwar hatten 30 Prozent der Zuwanderer über 25 Jahre, die 2013 nach Deutschland kamen, keine abgeschlossene Berufsausbildung, aber zugleich war der Anteil der Zuwanderer mit Hochschulabschluss von 39 Prozent sehr viel höher als bei den Einheimischen. Auch die Beschäftigtenquoten der Neuzuwanderer der vergangenen Jahre zeigen, dass nur ein geringer Teil der Zuwanderung die Sozialsysteme belastet. Hier zeigen sich die Effekte von Änderungen im Zuwanderungsrecht, mit denen sich Deutschland für ökonomische Zuwanderung geöffnet hat.

Die Rechnungen der Ökonomen lassen Flüchtlinge und Asylbewerber außen vor. Dass sie von Deutschland aufgenommen werden, hat humanitäre Gründe und lässt sich nicht Kosten-Nutzen-Bilanzen unterwerfen. Der Aufwand des Staates hierfür zählt zu den allgemeinen öffentlichen Ausgaben, die von allen Bürgern - Deutschen und Ausländern - gemeinsam getragen werden müssen.

Holger Bonin leitet den Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.

Load-Date: January 9, 2015

**Deutschland benachteiligt Migranten; Migranten fehlt Zugang zu Bildung.
Auch die Gesundheitsfürsorge könnte besser sein. Dennoch liegt
Deutschland im internationalen Vergleich bei Integration überm Schnitt.**

ZEIT-online

Mittwoch 10. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 23

Length: 503 words

Body

Gemeinsames Kochen in einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern. Die Schule organisiert neben dem Deutschunterricht auch Aktionen für Flüchtlingskinder aus verschiedenen Ländern.

© Jens Büttner

Deutschland hat im internationalen Vergleich im Umgang mit Migranten hohen Nachholbedarf. Das gilt vor allem in der Gesundheits- und Antidiskriminierungspolitik. Laut Migrant Integration Policy Index (Mipex) landet Deutschland in den Bereichen lediglich auf Platz 22 von 38 Ländern und gehört damit "eher zu den schwach abschneidenden Ländern", wie der Rat für Migration (RfM) in der Erhebung feststellt. Demnach werden Migranten auch in der Bildungspolitik vergleichsweise stark benachteiligt. Hier belegt Deutschland Platz 16.

Für die Studie wurde die Integrationspolitik in 38 Staaten beleuchtet: den EU-Mitgliedsländern, Australien, Kanada, Island, Japan, Südkorea, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, der Türkei und den USA. Die Untersuchung beschäftigt sich ausschließlich mit der Rechtslage und der Integrationspolitik, dabei analysieren Wissenschaftler acht zentrale Politikfelder wie die Mobilität im Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung, Bildung, politische Partizipation und Antidiskriminierung.

Insgesamt habe sich Deutschland aber verbessert und liege mit 61 von 100 möglichen Punkten über dem Durchschnitt von 52 Punkten, sagte der Programmdirektor für Migration und Integration, Thomas Huddleston. 2011 waren es noch drei Punkte weniger. Deutschland sei eines der wenigen Industrieländer, das sich verbessert habe.

Deutschland schneide vor allem in den Feldern Arbeitsmarkt (Rang 4) und Einbürgerung (Rang 3) gut ab. Es sei "zu erkennen, dass sich die späte Einsicht darüber, ein Einwanderungsland zu sein, endlich in Politik und Gesetzgebung wiederfindet", sagte der RfM-Vorsitzende Werner Schiffauer. Dennoch müsse es konsequente Schritte hin zu einer verbesserten Integrationspolitik geben.

Die unterschiedlichen Bewertungen Deutschlands in für die Integration wichtigen Rechts- und Politikbereichen offenbarten aber auch Spannungen: "Einerseits werden Berufsabschlüsse häufiger anerkannt und Integrationsangebote für Neuzuwanderer geschaffen, andererseits werden rassistische Straftaten noch immer

Deutschland benachteiligt Migranten Migranten fehlt Zugang zu Bildung. Auch die Gesundheitsfürsorge könnte besser sein. Dennoch liegt Deutschland im internationalen Vergleich...

nicht gesondert erfasst, Fälle von Diskriminierung nicht einheitlich statistisch erfasst und selten zur Anzeige gebracht", kritisierte Naika Foroutan von der Berliner Humboldt-Universität. Diskriminierungsopfern werde der Rechtsweg in Deutschland erschwert.

Der Rat für Migration forderte, Antidiskriminierungspolitik und Engagement gegen Rassismus konsequent als Teil von Integrationspolitik zu verstehen und eine bessere Erfassung von Verstößen zu fördern, wie auch von den Vereinten Nationen angemahnt.

Die Studie in Deutschland entstand in Zusammenarbeit mit dem Rat für Migration (RfM), dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung.

Load-Date: June 10, 2015

End of Document

Polizeigewalt gegen Flüchtlinge in Calais löst Empörung aus; In einem Video dokumentiert eine Hilfsorganisation, wie französische Polizisten auf Flüchtlinge einprügeln. Staatsanwaltschaft und Polizei leiteten Ermittlungen ein.

ZEIT-online

Mittwoch 13. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Frankreich; Ausg. 19

Length: 556 words

Body

Ein Screenshot aus dem veröffentlichten Video

© Calais **Migrant** Solidarity/Screenshot: ZEIT ONLINE

Polizeigewalt gegen **Flüchtlinge** hat in Frankreich Empörung ausgelöst. Eine Hilfsorganisation hatte die Übergriffe in der Hafenstadt Calais per Video dokumentiert. Nach Angaben der Generaldirektion der französischen Polizei wurden polizeiinterne Ermittlungen eingeleitet. Der Umgang mit **Flüchtlingen**, die von Calais aus nach Großbritannien gelangen wollen, sorgt seit Jahren immer wieder für erregte Debatten.

Die Hilfsorganisation Calais Migrant Solidarity (CMS) filmte laut eigenen Angaben Anfang Mai im Hafenbereich Polizeieinsätze gegen Flüchtlinge und machte die Aufnahmen jetzt öffentlich. Zu sehen ist unter anderem, wie Beamte in Lastwagen versteckte Flüchtlinge herauszerren, sie treten, mit dem Knie auf den Boden drücken, sie über die Leitplanke stoßen oder Tränengas gegen sie einsetzen.

Die aus der Ferne gemachten Aufnahmen entstanden offenbar auf der Zufahrtsstraße zum Hafen von Calais. Flüchtlinge etwa aus afrikanischen Staaten versuchen in Lastwagen versteckt über den Ärmelkanal nach Großbritannien zu gelangen, wo sie sich mehr Chancen ausrechnen als in Frankreich. Die Organisation SOS Racisme äußerte sich "schockiert" über das Video. Sie forderte das Innenministerium auf, "die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit diese ungerechten Übergriffe aufhören".

Die Generaldirektion der Polizei kündigte mit Blick auf das Vorgehen der Beamten an, die genauen Umstände der Handlungen schnell zu untersuchen. "Jeder erwiesene Verstoß gegen die Dienstregeln wird bestraft." Der Staatsanwalt von Boulogne-sur-Mer, Jean-Pierre Valensi, sagte, er habe unabhängig von den polizeiinternen Ermittlungen eine eigene Untersuchung der Vorfälle eingeleitet. Wenn sich der Verdacht einer unangemessenen Gewaltanwendung durch Polizisten bestätige, seien dies strafrechtlich relevante Verstöße.

"Keine Rechtfertigung für Gewalt"

Polizeigewalt gegen Flüchtlinge in Calais löst Empörung aus In einem Video dokumentiert eine Hilfsorganisation, wie französische Polizisten auf Flüchtlinge einp....

Die Polizeigewerkschaft Unsa-Police warnte hingegen vor einer Vorverurteilung. Gewerkschaftsvertreter Ludovic Hochart erklärte, in dem Video seien die Szenen aus dem Zusammenhang gerissen, sodass unklar sei, ob Angriffe der Migranten vorausgegangen seien. Wenn es sich allerdings um willkürliche Gewalt der Beamten handele, müssten diese bestraft werden.

Zugleich verwies Hochart auf die problematischen Einsatzbedingungen für die Polizisten in Calais. "Das ist ein Katz-und-Maus-Spiel. Wenn wir die Migranten aus einem Lastwagen herausholen, dann steigen sie in den Lkw dahinter, und das jeden Tag." Nan Suel von der Hilfsorganisation Terre d'errance betonte aber, die zugegebenermaßen "unmögliche Situation" der Polizisten sei keine Rechtfertigung für Gewalt. "Die ersten französischen Wörter, die die Flüchtlinge lernen, sind 'Hau ab'."

Die französische Polizei ist in Calais im Dauereinsatz gegen Flüchtlinge, die nach Großbritannien gelangen wollen. Nach Angaben der örtlichen Behörden waren in den vergangenen Tagen mehr als 300 Flüchtlinge und damit doppelt so viele wie bislang üblich auf den Zufahrtsstraßen zum Tunnel unter dem Ärmelkanal unterwegs. Streit gibt es immer wieder auch über die Unterbringung der Flüchtlinge, die unter prekären Bedingungen in improvisierten Lagern rund um Calais leben.

Load-Date: May 13, 2015

Herkunft ist kein Makel; Nicht erst seit der Flüchtlingsdebatte: Menschen mit Migrationshintergrund gelten in Deutschland als defizitär. Das ist kurzsichtig und gesellschaftlich fahrlässig.

ZEIT-online

Mittwoch 16. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationshintergrund; Ausg. 37

Length: 1428 words

Byline: Elisabeth Wellershaus

Body

Der **Asylsuchende** Tesfagebriel Abraha aus Eritrea macht in Dortmund eine Ausbildung zum Parkettverleger.

© Reuters/Ina Fassbender

Vor ein paar Tagen habe ich ein Buch des **Migrationsforschers** Mark Terkessidis gelesen. Ich hänge noch immer einem Absatz nach. Es ist ein kurzer Einschub, in dem er sich an seine Schulzeit erinnert. Es müssen die frühen Achtziger gewesen sein, eine Schule in Westdeutschland, der kleine Terkessidis einer der wenigen Schüler mit **Migrationshintergrund**. Kurz und knapp beschreibt der Sohn eines Griechen und einer Deutschen, wie er damals innerhalb kürzester Zeit zum Griechenlandkenner avancierte. Antike, Olympia, alte Sprachen - stets galt er als Experte. Dass der spätere Autor von *Interkultur* weder Griechisch sprach, noch die Kultur des Vaters in seinen Gencode eingeschrieben hatte, schien den Lehrern nebensächlich zu sein.

Elisabeth Wellershaus, 1974 geboren, lebt in Berlin. Sie ist Journalistin und arbeitet unter anderem als Redakteurin für das Kunstmagazin "Contemporary And". Sie ist Mitglied der Redaktion von "10 nach 8".

© ZEIT ONLINE

Unwillkürlich muss ich beim Lesen lachen, es klingt heutzutage wirklich absurd. Aber ich erinnere mich natürlich auch an Zeiten, in denen ich Afrika-Botschafterin meiner Klasse werden sollte. "Kann ich nicht, kenn ich nicht", war meine Standardantwort auf alle Anfragen, von Papas Heimat zu erzählen. Doch mein Umfeld war hartnäckig. Bei dem gut gemeinten Versuch, auf meine Herkunft einzugehen, wurde mein Deutschsein immer wieder ignoriert.

Schwamm drüber, es ist lange her. Zumindest sind die Zeiten vorbei, in denen Deutschland sich gemütlich in dem Glauben eingerichtet hatte, es sei kein Einwanderungsland - Zeiten, in denen ein paar "Gastarbeiterkinder" und andere putzige Exoten nicht weiter ins Gewicht fielen. 2015 hat etwa jedes dritte Kind unter fünf Jahren in Deutschland Migrationshintergrund. Kinder und Enkelkinder von Einwanderern, die seit Jahrzehnten hier leben, bevölkern die Schulhöfe ebenso wie Kinder von Flüchtlingen. Kinder mit und ohne eigene Migrationserfahrung, von denen die meisten sich so Deutsch fühlen wie ihre Mitschüler. Denn ja: Deutschland hat sich verändert, und Vielfalt ist längst vielerorts die Norm. Wie souverän wir damit umgehen, ist ein anderes Thema.

Herkunft ist kein Makel Nicht erst seit der Flüchtlingsdebatte: Menschen mit Migrationshintergrund gelten in Deutschland als defizitär. Das ist kurzsichtig und

Schon von den Lehrern unterschätzt

Haci-Halil Uslucan ist Professor an der Universität Duisburg-Essen. Er beschäftigt sich mit dem Thema Integration, und er hat mir Dinge erzählt, die leider gar nicht nach Fortschritt klingen. Denn natürlich werden Kinder auch heute noch aufgrund ethnischer Herkunft ausgegrenzt. Nur ist es mittlerweile ein umfassenderes und strukturelles Problem. In der Schule beginnt es oft damit, dass Kinder sich im Unterricht zurückhalten, weil ihr Deutsch vielleicht nicht ganz perfekt ist. Obwohl sie den Unterrichtsstoff gut verstehen, werden sie von Lehrern unterschätzt, was schlecht ist für Motivation und Leistung. Veralterte Schulbücher, die rassistische Stereotype längst vergangener Zeiten vermitteln, stärken das Selbstbewusstsein bestimmt auch nicht. Und selbst diejenigen, die sich von all dem nicht unterkriegen lassen, stehen statistisch schlecht da. Gymnasialempfehlungen werden jedenfalls dreimal öfter für Kinder von Akademikereltern ausgesprochen, die prestigeträchtige Berufe haben, was noch immer nicht oft Migranten sind. Von all dem abgesehen, wird ein junger Herr Müller bei der späteren Jobsuche in vielen Fällen noch immer einem Herrn Öztürk vorgezogen, sagt Uslucan.

Bei aller Empathie, die Flüchtlingen derzeit zuteil wird, scheinen mir das insgesamt nicht die besten Voraussetzungen für ihre Integration und die von anderen Zuwanderern zu sein. Zwar fachsimpeln wir begeistert über Punktesysteme, mit denen wir die Cleversten und Qualifiziertesten aus dem Migrantenstrom herausfischen wollen. Aber wir übersehen das Offensichtliche. Wir übersehen, dass es uns bislang noch nicht einmal gelungen ist, das Potenzial derer zu erkennen, die bereits seit einer ganzen Weile hier sind. Wie sollen sich Neuankömmlinge und ihre Kinder da integrieren - in einem Umfeld, das noch immer systematisch ausgegrenzt?

Ahmad zum Beispiel wurde jahrelang übersehen. Seine Mutter wirkt noch immer fassungslos, wenn sie davon erzählt. Bereits mit vier stellte ihr Sohn die ersten Fragen zur Kosmologie, machte in der Küche physikalische Experimente. In der dritten Klasse dann Witze über Quantenphysik, was niemandem auffiel, obwohl dort noch nicht mal das kleine Einmaleins dran war. Vielleicht war seine unterbesetzte Lehrerschaft in Berlin-Neukölln damit beschäftigt, den Laden irgendwie am Laufen zu halten, hatte keinen Blick mehr für den einzelnen. Doch im Mangel an Kapazitäten werden eben selbst auffällige Talente wie das von Ahmad übersehen. Dabei sind Schüler an sogenannten Problem-Kiez-Schulen natürlich grundsätzlich nicht weniger begabt als andere. Sie bringen nur andere Voraussetzungen mit, stehen meist vor großen sozialen Herausforderungen, werden oft durch Vorurteile ausgebremst und bedürfen deshalb besonderer Aufmerksamkeit.

Ahmad hat es jedenfalls nur seiner Mutter zu verdanken, dass sein Schulfrust aufgefangen wurde. Roudia Abbou, die vor 18 Jahren aus Damaskus nach Deutschland kam, hat sich Bücher über Astronomie und Physik ausgeliehen. Sie ist die Inhalte mit ihrem Sohn durchgegangen, so gut sie konnte. Sie ließ sich zur Elternsprecherin wählen, ignorierte die Tuscheleien von Horterziehern, die ihre Schüler doch nur in der Dönerbude enden sahen, und schließlich suchte sie sich Hilfe. Über die Fibonacci-Stiftung wurde Ahmad, heute 12, an den Leiter der Sternwarte Treptow vermittelt, den er seit mehr als zwei Jahren regelmäßig trifft. Zusammen lachen sie heute über die Kapriolen der Atomphysik.

Wer nun denkt, Ahmad sei ein ungewöhnlicher Einzelfall, der irrt. Man müsse eigentlich nur rechnen, sagt Uslucan. Bei geschätzten zwei bis drei Prozent Hochbegabung innerhalb einer jeden Gesellschaft, dürften sich unter mehr als vier Millionen Minderjährigen mit Migrationshintergrund an die 100.000 sehr Begabte befinden. Wie viele durchschnittlich Begabte es dann erst geben muss, deren Potenzial möglicherweise übersehen wird, kann man sich ausmalen.

Benachteiligung greift ja unter anderem auch, weil die Bewertung von Begabung gesellschaftlichen Normen gehorcht. Und die Mehrheitsgesellschaft nimmt bestimmte Kulturen und Religionen noch immer als defizitär wahr. Unter anderem führt das dazu, dass Kinder kulturspezifische Begabungen verstecken. Wer ohnehin als anders gilt, fällt ungern auf. Viele empfinden zum Beispiel keinen großen Stolz auf eine zweite Muttersprache mit "geringem Marktwert", sagt Uslucan. Auch gehen sie nicht gerade mit dem Auftragen von Koransuren oder dem Spiel auf ungewöhnlichen Instrumenten hausieren. Mit der Langhalslaute besetzt man bei Jugend Musiziert ohnehin nur den Nischenplatz in der "Weltmusik". Das Ansehen in Schule und Gesellschaft steigert sich eher durch gewonnene

Herkunft ist kein Makel Nicht erst seit der Flüchtlingsdebatte: Menschen mit Migrationshintergrund gelten in Deutschland als defizitär. Das ist kurzsichtig und

Klavierwettbewerbe. Auch wegen solch vermeintlicher Nebensächlichkeiten bleiben Kinder, die den traditionellen deutschen Mittelstandscodes nicht beherrschen, auf der Strecke.

10 nach 8 Politisch, poetisch, polemisch in den Abend. Dreimal wöchentlich erscheint eine neue Kolumne vom Autorinnen-Kollektiv "10 nach 8". Abonnieren Sie alle Texte per Mail. Jetzt anmelden `jQuery.noConflict();`
`jQuery(".newsletter-teaser-input").css({ 'margin' : '0.625em 1em 0 0', 'width' : '17em', 'padding' : '0.375em 0.875em 0.225em 0.625em', 'font-size' : '0.8em', 'height' : '1.625em' });`
`jQuery("#newsletter-teaser-form").attr("action",`
`"http://community.zeit.de/newsletter-signup?mode=2click&nl=10nach8");`
`jQuery("#newsletter-teaser-form").attr(`
`"method", "POST");`
`jQuery(".newsletter-teaser-button").click(function(event){event.preventDefault();`
`document.getElementById("newsletter-teaser-form").submit();});`

Das ist schlicht fahrlässig. Denn insgesamt geht uns durch die Ausgrenzung eine riesige Vielfalt an Begabung verloren. Wenn wir diese Menschen, von denen einige scheinbar heute noch als Fremdkörper in Deutschland wahrgenommen werden, nicht stärker fördern und den gesellschaftlichen Blick für ihr Potenzial schärfen, bewahren wir nicht nur ein ungerechtes System. Wir vergeben auch die Chance auf eine funktionierende pluralistische Gesellschaft - und ganz nebenbei die Möglichkeit, gegen den drohenden Arbeitskräftemangel anzugehen. Beides können wir uns eigentlich nicht leisten.

Wie jugendliche Flüchtlinge ihr Leben in Deutschland sehen, versucht dieses Projekt herauszufinden.

Load-Date: September 16, 2015

**Kaum gefälschte syrische Pässe unter den Flüchtlingen;
Bundesinnenminister de Maizière hatte behauptet, 30 Prozent der syrischen
Flüchtlinge würden mit gefälschten Pässen einreisen. Eine Überprüfung
widerlegt das.**

ZEIT-online

Montag 14. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 50

Length: 432 words

Body

Ein Polizist in Rosenheim nimmt einen Fingerabdruck von einem **Flüchtling**

© Sean Gallup/Getty Images

Die Zahl der **Flüchtlinge**, die mit gefälschten syrischen Pässen nach Deutschland kommt, ist viel geringer als angenommen. Bei einer stichprobenartigen Untersuchung wurden nur acht Prozent der syrischen Personaldokumente beanstandet, heißt es in der Regierungsantwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linken.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte in der Vergangenheit behauptet, dass 30 Prozent der syrischen Flüchtlinge gar nicht aus dem Kriegsgebiet kommen und sich nur als Syrer ausgaben, um bessere Chancen zu haben, in Deutschland zu bleiben.

Zwischen Januar und Oktober überprüften die Behörden 6.822 Dokumente. Auch bei Dokumenten aus Eritrea oder dem Irak lag die Beanstandungsquote bei etwa acht Prozent. Die zuvor genannten 30 Prozent seien "keine statistische erhobene Zahl, sondern eine Schätzzahl, die auf Wahrnehmungen von Behörden vor Ort beruht", teilte die Bundesregierung in Bezug auf die Angaben des Innenministers mit.

De Maizière hatte im November die mutmaßliche Zahl von 30 Prozent gefälschter Pässe unter anderem als Grund angeführt, um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) anzuweisen, den Schutzstatus syrischer Flüchtlinge künftig wieder genauer zu prüfen. Bis dahin wurden seit November 2014 in einem vereinfachten Verfahren fast alle Syrer als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt.

Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke forderte nun, de Maizière solle sich öffentlich entschuldigen. "Die Bundesregierung gibt nun endlich zu, dass zur Frage von Fälschungen oder Manipulationen bei Identitätsdokumenten von Flüchtlingen keinerlei valide Zahlen vorliegen", sagte sie. Statt "in seine Glaskugel zu schauen" und Schutzsuchende zu diffamieren, "sollte der Bundesinnenminister sich lieber mit den Fakten und der Realität auseinandersetzen".

Kaum gefälschte syrische Pässe unter den Flüchtlingen Bundesinnenminister de Maizière hatte behauptet, 30 Prozent der syrischen Flüchtlinge würden mit gefälscht....

Jelpke wies auch darauf hin, dass die Beanstandung eines Personaldokuments keineswegs in jedem Fall bedeuten müsse, dass der jeweilige Flüchtling über seine Nationalität hinwegtäuschen wolle.

De Maizière hatte zuvor schon mit seinem Vorstoß, den Schutzstatus syrischer Flüchtlinge zu verschlechtern, für Ärger bei der SPD und der Opposition gesorgt. Anfang Dezember hatten sich die Innenminister dann für eine Wiedereinführung von Einzelfallprüfungen für Schutzsuchende aus Syrien ausgesprochen. Nach Angaben von Hilfsorganisationen sind davon bis zu 200.000 Menschen betroffen, deren Asylanträge bislang eine nahezu 100-prozentige Aussicht auf Anerkennung hatten.

Load-Date: December 14, 2015

End of Document

"Je mehr Migranten, desto besser"; Strafflosigkeit, Gewalt, keine wirtschaftlichen Chancen: So ist die Heimat vieler Flüchtlinge, sagt OECD-Entwicklungsdirektor Lomøy. Er fordert bessere Entwicklungshilfe.

ZEIT-online

Montag 4. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 18

Length: 1351 words

Byline: Christiane Grefe

Body

Ein **Asylbewerber** hält während einer Demonstration vor dem italienischen Parlament ein Papierschiff, Zeichen für die Instabilität vieler **Flüchtlingsboote**, die aufs Mittelmeer fahren.

© Gabriel Bouys/AFP/Getty Images

ZEIT ONLINE: 170.000 Menschen sollen im vergangenen Jahr über das Mittelmeer Richtung Europa geflohen sein. Tausende sind dabei ertrunken, im laufenden Jahr ist die Zahl der Toten dramatisch gestiegen. Kommen die Verzweifelten aus den fragilen Staaten, mit denen sich Ihr neuer Bericht befasst?

Jon Lomøy: Tatsächlich sind das oft die Herkunftsländer der **Flüchtlinge**. Denken Sie an Syrien oder das Transitland Libyen.

ZEIT ONLINE: In armen Ländern herrschen Bürgerkriege, Not, ökologische Krisen, politische Verfolgung. Warum braucht man überhaupt so eine Kategorie wie Fragilität?

Jon Lomøy: Als OECD wollen wir unseren Mitgliedern ein besseres Verständnis dafür geben, wie sie anderen Ländern wirkungsvoller helfen können. In diesem Jahr sollen neue Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen die Millenniums-Entwicklungsziele ablösen. Wir haben im Vorfeld versucht, ein neues, besseres Konzept der Fragilität zu entwickeln. Das heißt: Wir stufen nicht mehr bestimmte konfliktträchtige Entwicklungsländer traditionell so ein, sondern betrachten Fragilität als universelle Frage.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet das konkret? Ihr Bericht definiert 50 Staaten als besonders verletzlich. Aber welche Kriterien machen einen Staat zu einem fragilen Staat?

Jon Lomøy: Wir haben uns alle Länder der Welt unter fünf Aspekten angeschaut: Hat die Allgemeinheit Zugang zur Justiz? Herrscht exzessive Gewalt? Gibt es funktionsfähige Institutionen, wirtschaftliche Existenzmöglichkeiten? Wie groß ist die Resilienz, also die Widerstandskraft gegen Schocks wie Naturkatastrophen?

"Je mehr Migranten, desto besser" Straflosigkeit, Gewalt, keine wirtschaftlichen Chancen: So ist die Heimat vieler Flüchtlinge, sagt OECD -Entwicklungsdirektor

Es gibt Schwellenländer wie Mexiko, die mit Gewalt ringen - also einem Aspekt der Fragilität. Uns aber ging es darum, dass sich in der komplexen Realität einzelner Länder oft eine Vielzahl dieser Merkmale mit komplexen Wechselwirkungen überlagern. Betrachtet man alle zusammen, kristallisiert sich die Kerngruppe von 50 Staaten heraus.

ZEIT ONLINE: Sind diese Staaten fragil, weil sie arm sind? Oder umgekehrt?

Jon Lomøy: Beides beeinflusst sich gegenseitig. 43 Prozent der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, leben in den 50 besonders fragilen Staaten. Wenn wir die Armut beseitigen wollen, dann müssen wir dort ganz gezielt besser helfen.

ZEIT ONLINE: Mehr als die Hälfte der Hilfsgelder fließen laut Ihrem Bericht bereits in die verletzlichsten Regionen. Anscheinend wurde da bisher einiges falsch gemacht?

Jon Lomøy: Wir sagen keineswegs, dass Hilfe nicht funktioniert, im Gegenteil. Nehmen Sie Mosambik. Bei der Erfolgsgeschichte dieses Landes vom Bürgerkrieg über den Friedensprozess bis zur wirtschaftlichen Entwicklung hat die internationale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle gespielt.

ZEIT ONLINE: Aber dass so viele Flüchtlinge die lebensgefährliche Fahrt übers Mittelmeer wagen, zeigt doch, dass es viele Geschichten des Scheiterns gibt.

Jon Lomøy: Das hat aus entwicklungspolitischer Sicht mehrere Gründe. Einer davon ist: Innerhalb dieser Gruppe der fragilsten Staaten sind die Mittel ungerecht verteilt. Mehr als ein Fünftel des Entwicklungsgelds floss in nur zwei Länder, nach Afghanistan und Irak. Das bedeutet keineswegs, dass dort zu viel ausgegeben worden wäre - aber andere kriegen zu wenig. Nepal, Zentralafrikanische Republik, Guinea, Madagaskar, Niger, um nur einige zu nennen. Meist sind es afrikanische Staaten, denen global keine große politische Bedeutung beigemessen wird.

ZEIT ONLINE: Solches Vergessen widerspricht dem Anspruch der UN, niemanden zurückzulassen.

Jon Lomøy: Das ist politisches Versagen. Überrascht hat uns außerdem, wie wenig Geld für den Aufbau stabiler und friedlicher Gesellschaften ausgegeben wird. Nur 1,4 Prozent der Ausgaben fließen in die innere Sicherheit; 3,1 Prozent in bessere Rechtssysteme; 4 Prozent werden für "legitime Politikgestaltung" ausgegeben, also für die Demokratieförderung, etwa den Aufbau der Zivilgesellschaft oder von freien Medien. Deutschland steht in den ersten beiden Kategorien noch schlechter da als andere Geber, aber bei letzterer Kategorie mit 8 Prozent deutlich besser.

ZEIT ONLINE: Regierungen, Justiz und Polizei zu stärken ist hoch politisch und wird oft als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet.

Jon Lomøy: Nein, viele Länder wollen, dass der Aufbau ihrer Polizei und ihrer Rechtssysteme unterstützt wird. Sambia zum Beispiel war froh, als eine Kommission und ein Ombudsmann zur Bekämpfung der Korruption gefördert wurden. Aber es müssen ja auch nicht nur die Regierungen aktiv werden, man kann auch Einfluss über die Zivilgesellschaft ausüben. In Deutschland haben Sie die politischen Stiftungen. Als ich Botschafter in Tansania war, habe ich Ihr Land um deren Vielfalt immer beneidet.

ZEIT ONLINE: Viele Bürger würden abwehren: Lasst uns bloß nicht noch mehr Steuergelder in Ländern versenken, in denen sich zynische Cliquen daran bereichern. Lässt sich das Dilemma lösen?

Jon Lomøy: Im Kern läuft es auf die Frage hinaus: Welche zusätzlichen Risiken sind wir bereit, einzugehen? Niemand schlägt vor, Geld in den Wind zu schreiben. Aber wir müssen die Risiken des Handelns mit dem Risiko des Nichtstuns vergleichen. Wir leben ja auch mit den Konsequenzen, wenn wir nicht helfen. Lokale Probleme werden schnell global.

"Je mehr Migranten, desto besser" Strafflosigkeit, Gewalt, keine wirtschaftlichen Chancen: So ist die Heimat vieler Flüchtlinge, sagt OECD -Entwicklungsdirektor

ZEIT ONLINE: Etwa bei der Migration. In die fragilsten Länder fließen auch weniger Überweisungen von Auswanderern; eine Quelle, die laut der Weltbank doppelt so hohe Summen mobilisiert wie die gesamte Entwicklungszusammenarbeit. Sollte Europa seine Grenzen auch deshalb weiter öffnen, damit Migranten hier arbeiten und Geld nach Hause schicken können?

Jon Lomøy: Migration kann man nicht einseitig betrachten. Die Länder Europas müssen wirtschaftlich, sozial und politisch in der Lage sein, diese Menschen zu integrieren. Aber wenn man ausschließlich die Perspektive der Entwicklungsländer einnimmt, dann: Ja, natürlich. Je mehr Migranten, desto besser.

ZEIT ONLINE: Wie sehr tragen solche Überweisungen in die Heimat zur Entwicklung bei?

Jon Lomøy: Privates Geld dient oft dem Konsum. Wenn zum Beispiel Häuser verbessert werden, dann ist das nichts Schlechtes. Aber der Anteil produktiver Investitionen ist meist gering. Man könnte stärker versuchen, die Rücküberweisungen in öffentliche Aufgaben zu kanalisieren.

ZEIT ONLINE: Wie könnte das gehen?

Jon Lomøy: Die internationale Gemeinschaft könnte den Transfer erleichtern, nationale Regierungen könnten Investitionsanreize für den Aufbau kleiner Unternehmen einführen. Einige Entwicklungsagenturen nehmen auch Kontakt mit der Diaspora auf und bieten an, private Mittel aufzustocken, damit daraus - koordiniert mit lokalen Regierungen - Schulen oder Gesundheitszentren finanziert werden können.

ZEIT ONLINE: Das alles klingt gut, aber der Widerspruch bleibt: Ganz andere internationale Einflüsse wie ungerechte Handelsgesetze, Waffenlieferungen oder Steueroasen für die Dollars zynischer Potentaten verstärken sogar die Fragilität. In Libyen hat der Westen mit seiner militärischen Intervention zur Destabilisierung der gesamten Region beigetragen. Wird die Rolle der Entwicklungshilfe angesichts solcher Dimensionen nicht überschätzt?

Jon Lomøy: Im Großen und Ganzen nimmt die Bedeutung der Hilfe tatsächlich ab. Die Summen sind zwar eindrucksvoll gewachsen, aber die Zahlen verblassen neben einer viel größeren Zunahme von privatwirtschaftlichen Investitionen, Steuereinnahmen und Rücküberweisungen. Viele Länder, die früher von Hilfe abhingen, sind heute wie Korea oder China selbst wichtige Geber. Nur leider geschehen Fortschritte in unserer Welt nicht überall gleichermaßen.

Load-Date: May 4, 2015

Proteste gegen Flüchtlingsquartiere in Österreich; Die FPÖ wettet. Doch die Proteste gegen Flüchtlingsquartiere in Österreich kommen von den Bürgermeistern der ÖVP und SPÖ. Teils populistisch, teils fremdenfeindlich.

ZEIT-online

Montag 11. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge in Österreich; Ausg. 1

Length: 973 words

Byline: Sieglinde Rosenberger

Body

Am Grenzzaun in Spielfeld zwischen Slowenien und Österreich wird gearbeitet.

© Rene Gomolj/AFP/Getty Images

Österreich winkt an seinen Grenzen **Flüchtlinge** nicht nur durch, sondern nimmt sie auch auf. Im Jahre 2015, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, etwas mehr als Deutschland. Da der **Flüchtlingsstrom** gesellschaftlich wie politisch auch hierzulande stark polarisiert, ist die Unterbringung zu den großen politischen Herausforderungen und Konfliktthemen geworden. Populistische Proteste der lokalen Bürgermeister machen der Landes- und Bundespolitik das Regieren schwer.

Etwa die Hälfte der österreichischen Gemeinden beherbergt mittlerweile **Flüchtlinge**. Gemeindepolitik und zivilgesellschaftliche Willkommensinitiativen engagieren sich für ein gedeihliches Zusammenleben. In 50 Prozent aller Gemeinden aber leben nach wie vor keine **Flüchtlinge**, sei es, weil bislang keine geeignete Immobilie gefunden werden konnte oder weil gegen eine geplante erfolgreich protestiert wurde - in Oberösterreich beispielsweise in einem Viertel aller Gemeinden, in denen Quartiere eingerichtet werden sollten.

Regionale, quartierspezifische, demographische und wahlpolitische Mechanismen begünstigen den Widerstand gegen Quartiere. Besonders gerne verweigern sich ländliche, kleinere Gemeinden, Städte sind deutlich aufnahmebereiter. Proteste richten sich nahezu ausschließlich gegen neue Quartiere, kaum gegen bestehende; sie richten sich häufiger gegen Notquartiere wie Zelte, Kasernen, Container oder Sporthallen, seltener gegen adaptierte Hotels, Pensionen, Gasthäuser oder gar gegen Kirchen. Notquartiere sind Großquartiere. Die Quartiersgröße ist Protest begünstigend, der Anteil der Flüchtlinge in einer Gemeinde ist es aber nicht. Manchmal wird protestiert bei einem 0,3 Prozent Anteil, oft wird nicht protestiert bei fünf oder mehr Prozent. Wie viele und welche Flüchtlinge - junge Männer oder Familien - eine Gemeinde sozusagen verträgt, ist ein Produkt der politischen Debatte, der Parteienkonkurrenz und des nächsten Wahltermins.

Charakteristisch für die österreichischen Quartiersproteste ist, dass nicht die Wutbürger die ersten widerständigen Schritte setzen. Sie, die sich in diesem Zusammenhang eher als verärgerte Angstbürger gebärden, delegieren

Proteste gegen Flüchtlingsquartiere in Österreich Die FPÖ wettet. Doch die Proteste gegen Flüchtlingsquartiere in Österreich kommen von den Bürgermeistern der

Unmut und Ablehnung an die gewählten Bürgermeister. Ganz in der Tradition einer obrigkeitsstaatlichen, kaum zivilgesellschaftlich geprägten politischen Kultur erwarten sie sich, dass die Bürgermeister für sie handeln, intervenieren und blockieren. Und sie erwarten dies nicht vergeblich - in den weitaus meisten Fällen sind es die Gemeindeoberhäupter, die zum populistischen Protest gegen Asylquartiere greifen.

In Österreich sind die Anti-Asylproteste der letzten beiden Jahren also weniger ein Bürger-Protest, sondern sie sind ein Bürgermeister-Protest, allerdings mit einigen Besonderheiten.

(1) Der Anti-Asylprotest ist politisch nicht rechts, jedenfalls nicht rechtsradikal, er ist mittig. Seit den 1990er Jahren besitzt die rechtspopulistische FPÖ das Asyl- und Migrationsthema. Umso überraschender ist, dass die jüngsten Anti-Asylproteste nicht deren Handschrift tragen. Die FPÖ wettet zwar lautstark, tritt bei Informationsveranstaltungen mit Angstparolen auf, macht Presseaussendungen gegen die Asylpolitik der Bundesregierung, organisiert aber selbst, vor Ort, kaum Aktivitäten. Im Herbst 2015 versuchte Pegida in Wien zu demonstrieren, allerdings mit wenig Zulauf. Seither blieb das Land von derartigen Kundgebungen verschont. Rechtsextreme, wie die Gruppe der Identitären, mischen sich regional, hin und wieder, unter die Protestierenden. Die zentralen Protestakteure aber sind die Bürgermeister der ÖVP und einige von der SPÖ.

(2) Die Protest-Erzählung ist teils populistisch, teils fremdenfeindlich aufgeladen. Bürgermeister bemühen demokratische Ideale, kritisieren fehlende Kommunikation und Information oder Einbindung in Entscheidungen. Das Diskursschema lautet: Wir wehren uns gemeinsam gegen die Entscheidungsträger da oben. Die Wut- und Angstbürger reden von zu vielen Flüchtlingen, die eine Gemeinde nicht vertragen könne, von jungen Männern, sexuellen Übergriffen und steigender Kriminalität, sie warnen vor der Gefährdung kultureller und nationaler Identität, vor dem Fremdwerden im eigenen Land. Ökonomische Abstiegsorgen vermischen sich mit Fremdenfeindlichkeit im Motto "Wir gegen Andere."

(3) Die Protest-Repertoires sind moderat und erfolgreich. Die lokalen politischen Eliten spielen die parlamentarische Klaviatur ebenso wie die Karte der direkten Demokratie (Bürgerversammlungen, Petitionen und Volksbefragungen). Das klassische Protestmittel Demonstration fehlt nahezu völlig. Aber auch physische Attacken gegen Asylunterkünfte, wie sie aus anderen Ländern immer wieder berichtet werden, gehören nicht zur österreichischen Protestpraxis. Asylheime brennen nicht, sie werden verhindert. In Oberösterreich wurden 50 Prozent all jener geplanten Quartiere, gegen die protestiert wurde, nicht oder nur in stark abgewandelter Form eröffnet. Andererseits verstummt nach Besiedelung der Einrichtungen meist der Widerstand. Asylsuchende werden also kaum direkt, von Angesicht zu Angesicht, mit Protesten konfrontiert.

Auch wenn die Bürgermeister nicht aus fremdenfeindlichen, sondern aus wahlstrategischen Überlegungen ausgrenzend agieren, wenn sie also nur die Ängste der Bevölkerung Ernst nehmen, so normalisiert und autorisiert ihr populistischer Politikstil ausgrenzende Haltungen der Bevölkerung. Dies ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die institutionalisierten Proteste anscheinend wie ein Ventil gegen gewalttätige Attacken wirken. Gewaltverhinderung um den Preis fremdenfeindlicher Angstpolitik? Eher keine sozial integrierende Alternative. Diese aufzuzeigen und zu praktizieren, dürfte zukünftig wohl an lokalen Willkommensinitiativen liegen.

Load-Date: January 12, 2016

Der Feind im selben Zimmer; Alltagskonflikte, Traumata, Rassismus: Unter Flüchtlingen kann auf engstem Raum wie in Suhl die Gewalt eskalieren. Mehr Platz oder eine Trennung hilft nur kurzfristig.

ZEIT-online

Freitag 21. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsheim; Ausg. 34

Length: 1095 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Offenbar Anlass der Gewalt: Ein zerrissener Koran wird vor der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Suhl unter dem Ruf "Allah ist groß" gezeigt.

© Michael Reichel/dpa

Mutmaßlich wegen einer herausgerissenen Seite aus einem Koran ist die Lage in der Asylbewerberunterkunft in Suhl Mittwochnacht eskaliert. Bilder von zerschlagenen Fenstern und zertretenen Türen zeigen, welcher unvorstellbare Zorn sich in der Unterkunft in Thüringen entladen hat. Die Polizei musste auf Verstärkung warten, bevor sie sich traute, das Gelände zu betreten.

Vordergründig ist dieser Ausbruch der Gewalt wie viele Spannungen den ethnischen Rivalitäten geschuldet: Aus dem Bürgerkrieg in Syrien und im Irak fliehen gleichermaßen Kurden, Alewiten, Jesiden und Angehörige anderer Volksstämme. Die einen stehen eher auf der Seite Assads, die anderen auf einer der Rebellen-Gruppen. Ebenso komplex ist die Lage in vielen afrikanischen Ländern oder auch Afghanistan wo sich teils verfeindete Ethnien gegenüberstehen. Nach ihrer Flucht sollen sie sich dann in Deutschland ein Zimmer teilen. "Bei so sensiblen Herkunftsländern versuchen wir schon heute, die Menschen früh zu trennen und Bürgerkriegsparteien auseinanderzuhalten", sagt Helmuth Stoll, Referent für Migration bei der Diakonie.

Politiker wie auch etwa der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) fordern deshalb nach dem Vorfall von Suhl, Flüchtlinge stärker nach Ethnien zu trennen. Verbände wie der Flüchtlingsrat kritisieren dagegen vor allem das Gedränge in den Unterkünften und fordern mehr Privatsphäre für die Menschen dort. Das ist dringend notwendig. Doch kann das auch nur ein erster Schritt sein.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führt keine Statistik darüber, wie viele Gewalteruptionen welchen Hintergrund haben. NGOs, Sozialarbeiter, Ehrenamtliche und Wohlfahrtsverbände stoßen aber auf wiederkehrende Muster. Neben den ethnischen sind das: religiöse, psychologische, soziale und kulturelle.

Der Feind im selben Zimmer Alltagskonflikte, Traumata, Rassismus: Unter Flüchtlingen kann auf engstem Raum wie in Suhl die Gewalt eskalieren. Mehr Platz oder ei....

Letztes Jahr sorgte ein Fall für Aufsehen, über den die ZEIT berichtete: Ein Christ aus dem Irak fühlte sich in deutschen Flüchtlingsunterkünften derart bedroht von seinen muslimischen Mitbewohnern, dass er ein zweites Mal floh: zurück in den Irak. Religiöse Konflikte scheinen häufig: Beleidigungen, Drohungen, Diskriminierung und Erpressung gegen christliche Flüchtlinge seien alltäglich, beklagen zum Beispiel der Zentralrat der orientalischen Christen und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Schon 2010 versuchte die Regierung von Niederbayern daher kurzfristig, Moslems und Christen unter den Asylbewerbern zu trennen.

Die Diakonie hat vergangenes Jahr 75 ihrer Mitarbeiter vor Ort zu religiösen Spannungen befragt. Ergebnis: In der Mehrzahl kommen die Menschen unterschiedlicher Religionen gut miteinander aus. Wobei unklar ist, wie viele Streitigkeiten im Verborgenen ausgetragen werden und sich nur an alltäglichen Konflikten entzünden. "Oft ist der Auslöser ganz banal. Wie in jeder WG stauen sich in den gemeinsam genutzten Räumen Emotionen auf", sagt Stoll von der Diakonie.

Ein offen gelassener Kühlschrank, dreckiges Geschirr, aufgebrauchte Milch - "Solche Alltagskonflikte können ganz schnell hochgehen", sagt auch Esther Kleeblatt. Sie arbeitet bei der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) und behandelt Flüchtlinge mit psychischen Problemen. "Viele Flüchtlinge haben von klein auf Gewalt als eine Handlungsoption im Konfliktfall erlebt." So können Situationen ungewollt schneller eskalieren als bei Menschen, die in einem geborgenen Umfeld Konsens und Bewältigung gelernt haben.

Noch konfliktreicher kann es werden, wenn Flüchtlinge traumatisiert sind. In zwei Studien haben Forscher untersucht, auf wie viele das zutrifft. Sie kamen zu dem Schluss, dass zwischen 30 und 40 Prozent ein Trauma erlitten haben. Was macht das mit Menschen? "Einer unserer Klienten, ein friedfertiger Mann, ist nachts hoch geschreckt, glaubte er sei wieder in Syrien, fühlte sich von seinem Mitbewohner bedroht und setzte ihm ein Messer an die Kehle", erzählt die Psychologin Kleeblatt. Am nächsten Morgen, wieder bei Bewusstsein, habe sich der Flüchtling nicht mal mehr daran erinnern können. "Das ist typisch für solche Traumata. Das ist kaum bewusst zu steuern und deshalb sehr gefährlich."

Eine Gruppe mit Hunderten Kriegsflüchtlingsen, von denen womöglich einige nicht mehr vollends Herr ihrer Sinne sind - das ist ein Pulverfass. Eine mögliche Lunte: Rassismus. "Natürlich haben wir auch unter den Flüchtlingen ein Problem mit Rassismus", sagt Stoll. "Es wäre naiv zu glauben, dass Rassendiskriminierung ein weißes Phänomen sei", bestätigt auch ein Ehrenamtlicher aus Baden-Württemberg: "In vielen Ländern des Nahen Ostens ist Diskriminierung von Schwarzen alltäglich - das legt man nicht an der Grenze ab."

Verstärkt werde dies durch soziale und demographische Spannungen. Aus Syrien flieht zumeist die gebildete Oberschicht, Ärzte, Anwälte, Ingenieure. "Und die sitzen dann zusammen mit armen Analphabeten aus Somalia oder Roma vom Balkan", sagt der freiwillige Helfer. Besonders zwischen Balkan- und Kriegsflüchtlingsen entbrenne eine Konkurrenz. "Den Syrern ist sehr wohl bewusst, dass die Menschen vom Balkan nicht die selben Gräuere erleben wie sie."

Die Helfer finden es deshalb überraschend, wie ruhig es insgesamt noch sei. "In Anbetracht dessen bin ich überrascht, dass es nicht viel häufiger kracht", sagt Helmuth Stoll. "Die sieben Quadratmeter, die einem Flüchtling zustehen, werden häufig unterschritten." Die Enge ist nicht Auslöser sondern Katalysator für die zahlreichen Streitereien. Mehr Raum und ethnische Trennung würden sicher den Druck ablassen. Doch Aufarbeitung, Integration und den Einstieg in die liberale Bürgergesellschaft ersetzen sie nicht.

Im vergangenen Herbst reichte in Wien ein Fußballspiel zwischen Albanien und Serbien, um die zweite Generation der Balkanflüchtlingsen in Straßenschlachten aufeinander losgehen zu lassen. In Hamburg stachen im Oktober Kurden und Salafisten bei Massenkrawallen mit Macheten und Dönerspießen aufeinander ein. Palästinensische Jugendliche, in Deutschland geboren, trugen den Gaza-Krieg in Berlin auf die Straße. Sie alle leben seit Jahren im Westen, sind keine Gebrannten der aktuellen Kriege und Unruhen in ihren Herkunftsländern. Ethnische und räumliche Trennung mögen ein Nebeneinander in der Flüchtlingsunterkunft kurzfristig befrieden. Das löst aber keine Konflikte. Das Ziel muss nämlich das dauerhafte friedliche Miteinander sein.

Der Feind im selben Zimmer Alltagskonflikte, Traumata, Rassismus: Unter Flüchtlingen kann auf engstem Raum wie in Suhl die Gewalt eskalieren. Mehr Platz oder ei....

Load-Date: August 21, 2015

End of Document

Verstecken war gestern; Die zweitgrößte Migrantengruppe: Hunderttausende Polen haben sich in Deutschland assimiliert. Doch ihre Kinder wollen nicht mehr unsichtbar sein.

ZEIT-online

Donnerstag 16. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Polen in Deutschland; Ausg. 25

Length: 1054 words

Byline: Christoph Herwartz

Body

Eine katholische Prozession

© Adam Guz/Getty Images Poland/Getty Images

Sie zünden Kerzen vor der schwarzen Madonna von Tschenstochau an und knien lange auf dem Steinboden, bevor sie sich in die Kirchenbank setzen. Keine andere Institution in Deutschland bringt so viele polnischstämmige Menschen zusammen wie die katholische Kirche.

Wenn in der Kirche St. Paul in der Kölner Südstadt das Gemälde vom barmherzigen Jesus am Altar lehnt, gehört die Kirche den Polen. An diesem Freitagabend sind 40 Gläubige gekommen, sonntags sind es oft mehr als 400. Laut Pfarrer Janusz Kusek besuchen jede Woche um die 1.800 Menschen die sechs polnischen Gottesdienste, die es in Köln gibt.

Polen wandern seit Jahrzehnten nach Deutschland ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelten einige Zehntausend über, die mehrheitlich die deutsche Staatsangehörigkeit zugesprochen bekamen. In den 1970er Jahren, als sich die Lebensverhältnisse im sogenannten Ostblock schlechter entwickelten als in Westeuropa, setzte eine Bewegung ein, die seitdem nicht abgerissen ist. Mittlerweile leben 1,25 Millionen polnische Einwanderer in Deutschland und weitere 1,6 Millionen Menschen mit polnischem Migrationshintergrund. Die Polen sind nach den Türken die zweitgrößte Migrantengruppe in Deutschland.

Trotzdem gibt es in Deutschland kaum polnische Kulturvereine oder Verbände, die den Polen eine Stimme geben. Die Familien, die in den 1980er Jahren nach Deutschland kamen, haben ihr Recht auf Mitsprache in der Gesellschaft bislang kaum eingefordert. Die wenigen Organisationen, die es gibt, stammen aus der Nachkriegszeit. Das moderne polnische Leben repräsentieren sie nicht.

Die Polen kamen als Flüchtlinge oder auf der Suche nach einem besseren Leben nach Deutschland. Ihre Geschichten handeln von langen nächtlichen Autofahrten, von Monaten in Notunterkünften - und vom sozialen Abstieg. Viele Akademiker verließen das Polen vor der Wende, weil es ihnen zu wenige Möglichkeiten bot. In

Verstecken war gestern Die zweitgrößte Migrantengruppe: Hunderttausende Polen haben sich in Deutschland assimiliert. Doch ihre Kinder wollen nicht mehr unsichtb....

Deutschland angekommen gab es aber dann Probleme mit der Anerkennung der Bildungsabschlüsse. Außerdem sprachen die wenigsten Migranten Deutsch, denn in den polnischen Gebieten mit deutscher Minderheit war es zeitweise verpönt gewesen, öffentlich Deutsch zu sprechen. Selbst jene, die wegen eines deutschen Vorfahrens Anrecht auf die Staatsbürgerschaft hatten, hatten darum oft Mühe, ins Arbeitsleben zu finden.

Das Ergebnis: Nach Monaten in Turnhallen oder ärmlichen Wohnungen begannen viele Frauen zu putzen, Männer bekamen Jobs am Fließband. Die Kinder lernten schnell und mussten dann für ihre Eltern übersetzen. Eine Frau, die 1990 mit zehn Jahren nach Deutschland kam, beschreibt, wie sie ihren Eltern bei den Deutsch-Hausaufgaben helfen musste. Sie selbst wollte gerne beide Sprachen sprechen, die Eltern bestanden aber darauf, dass zu Hause Deutsch gesprochen wird: "Wie sollen wir das sonst lernen?"

Ob Akademiker oder Arbeiter, ob Pole oder deutscher Spätaussiedler - in Deutschland kamen sie mit der gleichen Grundhaltung an: "Wir wollten leben wie unsere Nachbarn", sagt Andrzej Kaluza vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt, der nach seinem Studium 1986 nach Deutschland kam. Die Assimilation war das erklärte Ziel, aber es war schwer zu erreichen: Die Großfamilie war in Polen zurückgeblieben, der Job war anders, die Sprache schwierig, das Geld erst einmal weniger. "Viele fielen in eine Migrationsdepression", sagt Kaluza.

Keine Zeit für Folklore

Bloß nicht auffallen, war die Devise. Als hätte man trotz Staatsbürgerschaft oder Asyl nicht das Recht, man selbst zu sein. "Es gab in den 1980er Jahren in Deutschland schon Menschen aus aller Welt", sagt Kaluza. Die Polen setzten sich jedoch unter Druck, möglichst schnell wie Deutsche zu werden. Weder fanden sie sich in Kulturvereinen zusammen, noch hatten sie das Bedürfnis nach polnischen Restaurants und Gaststätten - ganz anders als Italiener und Türken etwa.

Einige kehrten nach Polen zurück. Viele aber blieben, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Anstatt die eigene Karriere in den Vordergrund zu stellen, ackerten die Polen in den Jobs, die sie für sicher hielten. Die Polen waren da, aber sie fielen nicht auf. "Für Folklore war keine Zeit", sagt der Historiker Peter Oliver Loew, Autor des Buches *Wir Unsichtbaren*. Ihren Kindern trugen sie auf, sich immer etwas mehr anzustrengen als die Mitschüler.

Ein neues Selbstbewusstsein

Mittlerweile sind die strebsamen Schüler aus den 1980er Jahren erwachsen. Ihr Selbstbewusstsein verändert etwas. Viele erziehen ihre eigenen Kinder zweisprachig. Sie freuen sich über Gelegenheiten, mit anderen Menschen Polnisch zu sprechen. "Dann ist direkt ein Draht da", sagt eine junge Mutter.

"Die neue Generation ist interkulturell kompetent, aber im Gegensatz zu den Eltern und Großeltern unbelastet von historischen Traumata." Zu diesem Ergebnis kam 2012 eine Studie des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart. "Gleichwohl sind sie im Gegensatz zur traditionellen Polonia selten im Fokus deutsch-polnischer Diskurse. Die meisten Aktiven wirken ohne Vereinsstrukturen auf informeller Ebene."

Marcin Piekoszewski führt seit sechs Jahren in Berlin die Buchhandlung Buchbund, die polnische Literatur importiert und polnischen Autoren eine Bühne bietet. Er besteht darauf, dass sein Geschäft keine polnische Buchhandlung ist, sondern eine deutsch-polnische. Es geht ihm nicht um Sentimentalitäten, sondern um Internationalität. "Polnischstämmige Künstler verbergen ihre Herkunft nicht", sagt Piekoszewski, "aber sie nehmen sich in erster Linie als Maler oder Musiker wahr und erst in zweiter Linie als Polen." Dass sie zwei nationale Identitäten haben, empfinden viele als Bereicherung.

Mittlerweile wollen die Polen nicht mehr nur wegen der Arbeit nach Deutschland. Viele entscheiden sich ganz bewusst, die Kultur des Nachbarn kennenlernen. Unter den Zehntausenden, die kommen, sind viele Erasmus-Studenten. Ihre Lebenssituation ist mit der der Flüchtlinge aus den 1980er Jahren nicht vergleichbar.

Verstecken war gestern Die zweitgrößte Migrantengruppe: Hunderttausende Polen haben sich in Deutschland assimiliert. Doch ihre Kinder wollen nicht mehr unsichtb....

Was gleich geblieben ist: Sonntags kommen viele von ihnen zu Pfarrer Janusz Kusek in die Kirche St. Paul in der Kölner Südstadt.

Load-Date: June 16, 2016

End of Document

*Wenn man es nur genauer wüsste; Wie viele Verbrechen begehen
Zuwanderer? Und ab wann ist neben der Polizei auch die Politik zuständig?
Über den schwierigen Weg vom Einzelfall zur Statistik und zurück.*

ZEIT-online

Donnerstag 29. Dezember 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zuwanderung und Kriminalität; Ausg. 52

Length: 1384 words

Byline: Lenz Jacobsen;Veronika Völlinger

Body

Werden **Flüchtlinge** öfter straffällig als Einheimische? Es ist schwierig, die Kriminalität von Zuwanderern genau zu erfassen.

© Britta Pedersen/dpa

In Berlin und Freiburg haben Zuwanderer möglicherweise Verbrechen begangen. Diese sind, wie alle Verbrechen, nun Gegenstand der Ermittlungsbehörden. Die Identität der Täter aber hat eine politische Debatte ausgelöst. Ausgehend von den einzelnen Verbrechen wird von Politikern und Medien die Frage diskutiert, wie kriminell Zuwanderer in Deutschland sind und wie darauf zu reagieren sei.

Dieser Schritt vom Einzelfall zum Muster, von Berlin und Freiburg zu einem deutschlandweiten Lagebild zur Kriminalität von Zuwanderern, birgt mehrere Probleme.

Das erste Problem ist ein moralisches: Ab wann sollte die Kriminalität von Zuwanderern politisches Thema sein? Wenn sie überhaupt Straftaten begehen oder erst, wenn sie mehr Straftaten begehen als Deutsche? Wer schon jede einzelne Straftat eines Zuwanderers nicht nur für eine Aufgabe für Polizei und Gerichte hält, sondern für einen politischen Skandal, legt damit an Zuwanderer andere Maßstäbe an als an deutsche Tatverdächtige. Eine solche Haltung wäre zuerst Ausdruck einer Ungleichbehandlung von Zuwanderern und Deutschen.

Will man ermitteln, ob die Kriminalität von Zuwanderern höher als die von Deutschen ist oder bestimmten Mustern folgt, zeigen sich außerdem formale Probleme.

Lagebild ermöglicht erste Einschätzung

Es ist sehr schwer, die Kriminalität von Zuwanderern überhaupt genau zu erfassen. Das Bundeskriminalamt (BKA), das die offiziellen und deutschlandweiten Kriminalitätsstatistiken erstellt, weist gleich auf mehrere Probleme hin. So können Straftaten, egal von wem sie begangen werden, nur dann erfasst werden, wenn sie auch angezeigt werden. Alle anderen bleiben unsichtbar. Das BKA schreibt deshalb, seine Daten "dürfen nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung gleichgesetzt werden". Zweites Problem: Die BKA-Statistiken führt nicht verurteilte Täter

Wenn man es nur genauer wüsste Wie viele Verbrechen begehen Zuwanderer? Und ab wann ist neben der Polizei auch die Politik zuständig? Über den schwierigen Weg v....

auf, sondern alle Tatverdächtigen, also auch Unschuldige. Studien zeigen, dass Ausländer eher verdächtigt werden als Deutsche, sie dürften in der BKA-Statistik also vergleichsweise überrepräsentiert sein.

Drittes Problem: Wer ist überhaupt gemeint? Es reicht nicht, die Kriminalität derjenigen ohne deutschen Pass zu messen. In der politischen Debatte geht es schließlich nicht um indische Ingenieure, spanische Kellner oder kriminelle Touristen.

Das Bundeskriminalamt hat deshalb in diesem Jahr versucht, die passenden Zahlen für die politische Debatte zu liefern, und gesonderte "Lagebilder" zu kriminellen Zuwanderern erstellt. Als Zuwanderer sind darin definiert: Asylbewerber und Asylberechtigte, Bürgerkriegs- und Kontingentflüchtlinge, Menschen, die sich ohne Erlaubnis in Deutschland aufhalten, Bewohner von Erstaufnahmeeinrichtungen und außerdem noch all jene, bei denen der Aufenthaltsstatus nicht ganz klar ist, die aber aus den wichtigsten Herkunftsländern von Flüchtlingen in den vergangenen Jahren gehören: Dazu zählen beispielsweise Afghanistan, Syrien und der Kosovo. Komplette herausgerechnet werden Verstöße gegen das Aufenthalts- oder Asylverfahrensgesetz. Das dient der Vergleichbarkeit, denn Deutsche können diese Straftaten nicht begehen.

Nach all diesen Einschränkungen kommt das BKA im ersten Halbjahr 2016 auf rund 142.500 Fälle im Zusammenhang mit begangenen oder versuchten Straftaten, "bei denen zumindest ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde". Dabei sind die Fallzahlen im Laufe des Jahres deutlich zurückgegangen, insgesamt um 36 Prozent von Januar bis Juni.

Straftat Nummer eins war die Beförderungerschleichung: 26.900-mal wurden Zugewanderte des Schwarzfahrens verdächtigt, zeigt der Bericht des BKA. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Körperverletzung (26.200) und Ladendiebstahl (25.000).

Mord oder Totschlag, wie im Freiburger Fall, sorgen zwar für besonders viel öffentliches Entsetzen, bleiben aber die absolute Ausnahme. Nur 0,1 Prozent der Straftaten, in denen Zuwanderer als Täter verdächtigt wurden, waren sogenannte Straftaten gegen das Leben. Auch in der gesamten Kriminalitätsstatistik, die alle Tatverdächtigen erfasst, liegen Straftaten gegen das Leben regelmäßig um oder unter 0,1 Prozent. Im ersten Halbjahr 2016 gab es 201 Fälle von Tötungen und versuchten Tötungen durch tatverdächtige Zuwanderer. Ein einziges Todesopfer war Deutscher.

Insgesamt sind Syrer, Afghanen und Iraker, gemessen an ihrer Zahl in Deutschland, relativ selten tatverdächtig. Staatsangehörigen aus den Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien, Tunesien), aus Georgien, vom Balkan (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien) und aus Afrika (Gambia, Nigeria und Somalia) waren als Tatverdächtige im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gruppe der Zuwanderer dagegen überrepräsentiert.

Das Problem mit solchen Sonderauswertungen der Kriminalitätsstatistik ist, dass sie bestimmte Merkmale, hier eben die Herkunft, in den Mittelpunkt rücken und so den Eindruck erwecken, die Menschen wären kriminell, eben weil sie zugewandert sind.

"Will man bei der Suche nach den Migrationseffekten für Kriminalität und Kriminalisierung keinen Scheinkorrelationen aufsitzen, dürfen lediglich Migrantengruppen und einheimische mit einem ähnlichen (am besten: gleichen) Sozialprofil verglichen werden", schreibt dazu der Sozialwissenschaftler Rainer Geißler. Das ist im Vergleich mit der deutschen Durchschnittsbevölkerung kaum zu machen, denn Zuwanderer sind eher männlich, haben ein geringes Einkommen und leben eher in Ballungsgebieten - alles Merkmale, die bei Straftätern häufiger zu finden seien, so Geißler.

Zurück zum Einzelfall

Auch statistisch ist es schwer, die Kriminalität von Zuwanderern mit der von Deutschen sauber zu vergleichen. Denn dazu müsste man die Zahl der Tatverdächtigen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Zuwanderer in Deutschland setzen. Aber auch das BKA weiß nicht, wie viele das genau sind. Es nennt als Bezugsgröße die 1,3 Millionen Menschen, die seit Januar 2015 Asyl in Deutschland ersucht haben. Allerdings sind darin auch alle

Wenn man es nur genauer wüsste Wie viele Verbrechen begehen Zuwanderer? Und ab wann ist neben der Polizei auch die Politik zuständig? Über den schwierigen Weg v....

enthalten, die Deutschland schon wieder verlassen haben. Und nicht mitgezählt sind wiederum jene, die schon vor 2015 kamen - so wie beispielsweise zwei der Berliner Tatverdächtigen.

Entsprechend vorsichtig formulierte Bundesinnenminister Thomas de Maizière schon im November 2015: "Insgesamt zeigen uns die derzeit verfügbaren Tendenzaussagen, dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung." Das BKA selbst sagt über seine Statistiken: "Sie lassen auch keine vergleichende Bewertung der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen zu." Und vergleichbar mit Statistiken aus den früheren Jahren ist die aktuelle BKA-Studie auch nicht, denn in den vorherigen Jahren gingen viele Zuwanderer noch in der größeren Gruppe der sonstigen Nichtdeutschen unter und waren nicht separat aufgeführt.

Aussagen lassen sich nur im Kleinen machen, wenn man bestimmte Regionen, Gruppen oder Delikte betrachtet. Nach den Übergriffen zu Neujahr in Köln gerieten vor allem Asylbewerber aus Nordafrika in den Blick. Einer nicht repräsentativen Untersuchung des Kölner Kriminalkommissariats 41 zufolge begingen 40 Prozent der 800 Maghrebener, die zwischen Oktober 2014 und November 2015 bei der Kölner Polizei als Flüchtlinge registriert wurden, Straftaten - vor allem Raub und Diebstahl. Als Gründe dafür werden zumeist geringe Chancen auf eine Anerkennung als Asylbewerber und fehlende Perspektiven genannt.

In Braunschweig hat schon im August 2015 eine Sonderkommission die Kriminalität von Flüchtlingen untersucht, die die dortige Erstaufnahmestelle durchliefen - der Anteil der Straftäter lag auf einem Niveau von 1,0 bis 1,5 Prozent. Straftaten wie Diebstähle oder Einbrüche, die auch Flüchtlinge begingen, versuchte die Sonderkommission schnell aufzuklären, um abzuschrecken und Sicherheit zu vermitteln. "Es waren auch Kriminelle am Werk, die im Flüchtlingsstrom mitgeschwommen sind", sagte der Leiter der Kommission Ulf Küch dem NDR, nachdem er ein Buch über seine Erkenntnisse veröffentlicht hatte.

Je konkreter man also auf einzelne Tätergruppen schaut, desto eher lassen sich Besonderheiten ausmachen und erklären. Es ist der Blick auf den Einzelfall, der Erkenntnis verspricht.

Load-Date: January 26, 2017

Mehr als 100 Tote bei Bootsunglück im Mittelmeer; Die ägyptische Küstenwache hat zahlreiche Leichen aus dem Wasser geborgen. Zuvor war ein Boot mit Flüchtlingen bei der Überfahrt nach Europa gekentert.

ZEIT-online

Freitag 23. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Ägypten; Ausg. 36

Length: 278 words

Body

Menschen warten in der ägyptischen Hafenstadt Rosetta auf die Ankunft von Schiffen der Küstenwache, die geborgene Leichen an Land bringen.

© Mohamed El-Shahed/AFP/Getty Images

Bei einem Bootsunglück vor der ägyptischen Mittelmeerküste sind mindestens 112 Menschen gestorben. Die Leichen seien von Helfern geborgen worden, sagte ein Sprecher des ägyptischen Gesundheitsministeriums. Am Mittwoch war ein Boot mit Flüchtlingen bei der Überfahrt nach Europa nahe der Stadt Alexandria gekentert.

Das Sterben im Mittelmeer

Seit 2014 sind auf dem Seeweg mehr als 10.000 Menschen umgekommen oder gelten als vermisst. Die Karte zeigt im Zeitraffer die einzelnen Unglücksfälle.

Quelle: Missing Migrants IOM, Stand: 25.8.2016 Copyright: ZEIT ONLINE

Die Todeszahlen könnten sich noch erhöhen. An Bord des Bootes sollen sich bis zu 600 Menschen befunden haben. Zunächst waren 150 gerettet worden.

Während die Überfahrten von der Türkei nach Griechenland abgenommen haben, wagen immer mehr Migranten den direkten Weg von Ägypten und Libyen aus nach Italien. Auf der Flucht nach Europa über das Mittelmeer sind im Verlauf dieses Jahres bereits fast so viele Migranten getötet worden wie im gesamten Jahr 2015. Laut UN-Flüchtlingswerk starben bis Ende August 3.167 Menschen. Im gesamten Jahr 2015 waren es 3.771 Menschen.

var

```
embedDeltas={"100":852,"200":622,"300":555,"400":497,"500":470,"600":450,"700":450,"800":450,"900":450,"1000":450},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-dm3Bg"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]|0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Mehr als 100 Tote bei Bootsunglück im Mittelmeer Die ägyptische Küstenwache hat zahlreiche Leichen aus dem Wasser geborgen. Zuvor war ein Boot mit Flüchtlingen

Load-Date: September 23, 2016

End of Document

Wenn Migranten zu Anti-Migranten werden; Die Osteuropäer nehmen uns die Jobs weg! So denken in Großbritannien nach der Brexit-Abstimmung ausgerechnet Menschen, die selbst als Migranten ins Land kamen.

ZEIT-online

Mittwoch 6. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Brexit; Ausg. 26

Length: 913 words

Byline: Jaafar Abdul Karim

Body

\x{0647}\x{0646}\x{0627} \x{062a}\x{062c}\x{062f}\x{0648}\x{0646}
\x{0627}\x{0644}\x{0646}\x{0633}\x{062e}\x{0629} \x{0627}\x{0644}\x{0639}\x{0631}\x{0628}\x{064a}\x{0629}
Read the English version of this article here

Wie denkt die arabische Community in Großbritannien über das Ergebnis des Brexit-Referendums? Das wollte ich erfahren und bin deshalb nach London gefahren. Ich habe versucht, mit möglichst vielen Menschen zu sprechen, um einen guten Eindruck zu bekommen. Was ich dort gehört habe, hat mich überrascht und geärgert.

Immer und immer wieder sagten mir nämlich britische Bürger mit arabischem Migrationshintergrund, dass es zu viele Migranten und Ausländer in Großbritannien gebe, vor allem aus Osteuropa. Deshalb hätten sie für den Brexit gestimmt. Verwundert fragte ich nach: "Ihr seid doch selber als Ausländer hierher gekommen und habt einen Migrationshintergrund!?" Das sei ganz anders, bekam ich zur Antwort. Schließlich seien sie ja jetzt Briten. Und außerdem würden Araber aus ihren Ländern fliehen, weil dort Krieg herrscht. Osteuropäer aber hätten es doch gut in ihren Heimatländern. Das sei ein großer Unterschied. Menschen, die selber um Hilfe bittend in ein fremdes Land gekommen sind, zeigen einen unterschwelligen bis offenen Rassismus gegenüber Menschen, die das gleiche Schicksal teilen. Migranten werden zu Anti-Migranten!

Es kann ja sein, dass viele von ihnen es nicht einfach hatten und nun fürchten, ihre selbst aufgebaute Sicherheit wieder zu verlieren. Aber an der Haltung stimmt doch was nicht, sie ist unglaublich egoistisch: Mir geht es okay, die anderen sind mir egal. Ich kann das nicht verstehen. Sollten nicht gerade Menschen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, Empathie und Mitgefühl gegenüber Migranten zeigen?

Rubi, 33, Migrantin aus dem Libanon hat für den Brexit gestimmt.

© Deutsche Welle

Wenn Migranten zu Anti-Migranten werden Die Osteuropäer nehmen uns die Jobs weg! So denken in Großbritannien nach der Brexit-Abstimmung ausgerechnet Menschen, d....

Ich weiß, glaube ich, relativ viel über arabische Migranten. Weil ich selber Deutscher mit arabischem Migrationshintergrund bin und es mein Job ist, mit ihnen zu reden. Es liegt mir fern, pauschalisieren oder generalisieren zu wollen, als Journalist und *ShababTalk*-Moderator will ich das nicht. Aber die Erfahrungen in London passen zu dem, was mir immer wieder aufgefallen ist bei meinen Gesprächen mit Migranten im Studio und mit Arabern in ihren Heimatländern. Ich weiß jetzt schon, dass viele - vor allem Migranten - meinen Text kritisieren und auf Facebook posten werden: "Ja, aber, die Europäer sind auch rassistisch." Doch das eine macht das andere nicht besser. Rassismus und Intoleranz sind immer falsch, egal wer so was sagt.

In Flüchtlingsheimen in Berlin habe ich mehrmals gehört: "Wir sind hier im Heim mit Menschen, die aus Afghanistan oder Mali kommen. Mit 'solchen' Menschen möchten wir nix zu tun haben." Ein Syrer meinte: "Was denkst Du, sind wir aus Somalia?"

Ein Ägypter in London erzählte mir, die Osteuropäer würden die ganzen Jobs wegnehmen. Er selber sei auch wegen eines Job nach Großbritannien gekommen und arbeite nun als Fahrer.

Oder als ich in Jordanien war: Viele Palästinenser, die selber als Flüchtlinge in Jordanien gelebt haben, sagen heute: "Also, wir wollen keine syrischen Flüchtlinge mehr in Jordanien."

Oder einige Syrer, die selber vor Jahren nach Deutschland gekommen sind, haben mir gesagt: "Deutschland soll keine Syrer mehr aufnehmen!"

Im Libanon hört man immer wieder: "Was soll das mit den ganzen Syrern?" Die Libanesen scheinen vergessen zu haben, dass sie im eigenen Land Bürgerkrieg hatten und überall hin auf der Welt geflüchtet sind.

Diese Klassifizierung nach Religion, Hautfarbe, Ethnie oder Herkunft ist genau der Grund, warum es in den arabischen Ländern so aussieht, wie es aussieht! Viele Menschen müssen fliehen. Viele Araber beschreiben ihre Identität über ihre Zugehörigkeit zu einer Nation oder Religion. Dabei sind wir doch alle Menschen. In dem Moment, wo ich den anderen nur über seine Nationalität oder Ethnie wahrnehme, negiere ich genau das. Menschenrechte gelten für alle - so ist es in einem Rechtsstaat! Aber dieses Prinzip kennen viele nicht, weil sie es aus ihren Heimatländern nicht kennen. 2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dahinter steckt die große Chance, die Welt anders zu sehen: Toleranz, Gemeinsamkeiten und das Miteinander zu betonen.

Gerade Migranten sollten niemals vergessen, wie wichtig es war, dass andere ihnen gegenüber Toleranz zeigten. Ich finde es völlig falsch, andere nicht zu tolerieren, wenn man doch selber noch in der Toleranz-Gebrauch-Phase ist. Oder die eigenen Kinder oder Enkelkinder darauf angewiesen sind oder sein werden. Gerade sie sollten es doch kennen, wie es ist, diskriminiert oder pauschalisiert zu werden. Es enttäuscht mich, wenn diese Menschen jetzt, wo sie sich sicher fühlen, nicht mit anderen Menschen sympathisieren, die - wie sie selbst - die Entscheidung getroffen haben oder treffen mussten, ihr Zuhause zu verlassen, alles hinter sich zu lassen und einen riskanten Neuanfang zu wagen.

Solidarität und Akzeptanz sind das, was wir brauchen, vor allem von Migrant zu Migrant.

Load-Date: July 6, 2016

Ungarns einfühlsame Seite; Ein fremdenfeindlicher Premier, der die Migranten bekämpft - so sieht der Westen Ungarn. Doch auch dort gibt es viel freiwillige Hilfe für Flüchtlinge.

ZEIT-online

Montag 14. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 37

Length: 786 words

Byline: Martin Klingst

Body

© Nicole Sturz

40.000 Likes hatte der Facebook-Aufruf zu einer Solidaritätsdemonstration mit **Flüchtlingen** erhalten. Mit mindestens 10.000 Teilnehmern rechneten die Veranstalter am Sonntagnachmittag. "Schäm dich" sollte es laut und vernehmlich über den Vorplatz des Budapester Parlaments und quer über die Donau bis zum Sitz des ungarischen Premierministers Viktor Orbán auf der anderen Flussseite schallen.

Wie zuvor die Dänen und Briten wollten jetzt auch liberale und linke Ungarn gegen die harsche **Flüchtlingspolitik** ihrer konservativen Regierung aufstehen und der Welt zeigen, dass längst nicht alle Menschen in ihren Ländern so herzlos denken und handeln.

Doch am Ende versammelten sich im Zentrum von Budapest nicht einmal tausend Menschen zum Protest, sie wirkten fast verloren auf dem ausladenden Platz. Resigniert und kopfschüttelnd verließen darum manche schon nach wenigen Minuten die Veranstaltung. "Haben wir Ungarn unser Mitgefühl, unseren Mut und unseren Widerstandswillen verloren?" klagte ein Teilnehmer verbittert.

Fremdenfeindliche Äußerungen

Über zwei Drittel der Ungarn unterstützen die harte Haltung ihres Premiers. Ebenso viele wollen am liebsten keinen einzigen Flüchtling aufnehmen, auf jeden Fall keinen muslimischen. Gerade einmal 500 Asylbewerber hat Ungarn bislang in diesem Jahr anerkannt. Premier Orbán überschlägt sich geradezu mit fremdenfeindlichen Äußerungen.

Nach neuesten Umfragen käme seine rechte Fidesz Partei bei Wahlen jetzt auf rund 30 Prozent der Stimmen, die rechtsextreme Jobbik-Bewegung auf 15 bis 20 Prozent. Bei den unter 30-Jährigen, auch den gebildeten unter ihnen, rangiert Jobbik sogar auf Platz eins. Ungarns linke und liberale Parteien liegen weit abgeschlagen dahinter.

Viel humanitäres Engagement

Ungarns einfühlsame Seite Ein fremdenfeindlicher Premier, der die Migranten bekämpft - so sieht der Westen Ungarn. Doch auch dort gibt es viel freiwillige Hilfe....

In Westeuropa lässt man deswegen kaum noch ein gutes Haar an dem Land der Magyaren. Das ist ungerecht und das Bild ist verzerrt. Denn auch in Ungarn zeigen viele Menschen Zivilcourage, humanitäres und bürgerschaftliches Engagement - je schroffer ihre Regierung, desto mehr. Auf den drei Bahnhöfen in Budapest leisten Dutzende von Ehrenamtlichen seit Wochen Tag und Nacht Tausenden von Flüchtlingen wertvolle Hilfe. Viele arbeiten bis zum Rande der Erschöpfung.

Hunderte von Ungarn kommen vorbei, spenden Lebensmittel, Schlafsäcke, Zelte, Matratzen. Schwerbeladen tauchen sie bis spät in die Nacht auf. Viele kaufen mittellosen Flüchtlingen die heiß begehrten Bahntickets bis zur österreichischen Grenze. Restaurantbesitzer aus der Umgebung bringen Essen, Krankenhausärzte schauen zwischen ihren Schichten herein.

Der Einsatz dieser ungarischen Helfer ist womöglich spontaner, sprunghafter und damit auch ungeplanter und chaotischer als anderswo. Kein Wunder, denn die Freiwilligen etwa von MigrationAid in Budapest oder von Migzol in den kleineren Städten und auf dem Land haben sich über Facebook selber organisiert.

Über Facebook organisierte Hilfe

Es gibt keine richtige Struktur, keine Hierarchie, niemanden, der verbindlich festlegt, was zuerst gemacht werden muss und wer wann wo eingesetzt wird. So türmen sich etwa Berge von Klamotten und Schuhen im Bahnhof Keleti, ohne dass irgendjemand sie nach Art der Kleidungsstücke und nach Größen sortiert. Eine halbe Stunde wühlte am Sonntagabend ein Helfer in diesem Tohuwabohu, um Turnschuhe für ein kleines syrisches Mädchen zu finden.

Dennoch hielt er am Ende ein passendes Paar in den Händen und machte das Mädchen glücklich. Man braucht halt nur ein bisschen Geduld, manchmal auch sehr viel Geduld - aber zum Glück haben das hier fast alle. Denn sind nicht erfahrene Katastrophenexperten am Werk. Die meisten Freiwilligen machen so etwas zum ersten Mal in ihrem Leben. Plötzlich müssen sie mit der Polizei über die Sicherheit, mit den Stadtwerken über Dixi-Klos und mit der Bahnhofsverwaltung über tausend andere Dinge verhandeln.

Organisationen hielten sich lange zurück

Es gab auch wochenlang so gut wie niemanden, der sie in eine solche Tätigkeit einwies oder ihnen mit Rat und Tat zur Seite stand. Der Staat ist als Helfer sowieso abwesend und das ungarische Rote Kreuz, die ungarischen Kirchen oder andere karitative Einrichtungen des Landes, die über vielfältige Erfahrungen verfügen und wissen, wie man eine derartige Arbeit am besten organisiert, hielten sich ewig zurück.

Erst in den letzten Tagen sind auch ungarische Verbände sichtbar geworden und bauen nun vielerorts ihre großen Zelte mit den weithin sichtbaren Schriftzügen auf. Es ist gut und wichtig, dass sie endlich aufgewacht und zur Stelle sind. Zumal seit den neuesten Grenzverschärfungen der Andrang immer stärker und die Unruhe unter den Flüchtlingen immer größer wird. Doch die wahren Helden in diesem ungarischen Flüchtlingsdrama sind die Spontis.

Load-Date: September 15, 2015

"Deutschland ist eine moralische Autorität"; Die Bilder von Tausenden ankommenden Flüchtlingen gehen um die Welt. Internationale Medien loben die "Willkommenskultur" der Deutschen - üben aber auch Kritik.

ZEIT-online

Montag 7. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 36

Length: 656 words

Body

Ein **Flüchtling** aus Afghanistan bei der Ankunft in Dortmund (Bild vom 6. September)

© Martin Meissner/dpa

Als im August die rechtsextremen Ausschreitungen Heidenau erschütterten, griff auch die *New York Times* das Thema des Rechtsradikalismus in Deutschland auf. Nun berichten viele internationale Medien über die 20.000 **Flüchtlinge**, die am Wochenende in Deutschland angekommen sind, nachdem sie zuvor tagelang in Ungarn festsaßen. Tausende Helfer empfangen die Menschen in München und andernorts mit Essen, Kleidung und Geschenken. Die deutsche Zivilgesellschaft wird in der internationalen Presse dafür gelobt. Aber es gibt auch zaghafte Kritik an der deutschen **Flüchtlingspolitik**.

Das deutsche Wort "Willkommenskultur" könnte international Karriere machen, mutmaßt **im britischen Guardian** eine deutsche Autorin. Nach Begriffen wie "Kindergarten" oder "Blitzkrieg" könne sich auch dieser Begriff im internationalen Wortschatz verbreiten. Die Bürger seien eingesprungen und hätten die Willkommenskultur, von der Politiker viel reden, praktiziert. "Ein Jahr nach der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien scheint es, als wollten die Deutschen verzweifelt wieder einen Sieg erringen - dieses Mal als das weltweit flüchtlingsfreundlichste Land der Welt."

Auch die ***New York Times*** lobt das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland. "Deutsche tragen Willkommensplakate auf Deutsch, Englisch und Arabisch zum Bahnhof, um die erste Gruppe von insgesamt 8.000 Flüchtlingen zu begrüßen. Die Deutschen applaudieren, Freiwillige bieten den ersten 450 Menschen heißen Tee, Nahrung und Spielzeug an." Kanzlerin Angela Merkel habe nun die moralische Führung in Europa inne, nachdem sie angekündigt hatte, alle syrischen Flüchtlinge dürften nach Deutschland kommen und einen Asylantrag stellen, schreibt die Zeitung.

Die **italienische Zeitung Corriere della Sera** sieht es pragmatischer und analysiert die Rolle von Merkel: "Kanzlerin Angela Merkel ist keine deutsche Reinkarnation von Dr. Jekyll und Mister Hyde: Eine Heilige, die den Flüchtlingen die Türen öffnet, oder ein Mannsweib, das von den verschwenderischen Griechen Geld einfordert. Sie ist die intelligente politische Führerin eines großen Landes, das Interessen, Ambitionen und Projekte hat. Und

"Deutschland ist eine moralische Autorität" Die Bilder von Tausenden ankommenden Flüchtlingen gehen um die Welt. Internationale Medien loben die "Willkommenskul....

das vor allem ein großes Bewusstsein für sich selbst und seine eigene Rolle hat, gemeinsam mit der Erinnerung an die eigene Geschichte."

Die **spanische Zeitung *El País*** schreibt insgesamt über Deutschlands Rolle in der europäischen Flüchtlingspolitik: "In Deutschland sind allein im August 104.000 Asylanträge gestellt worden. Auch wenn Deutschland das europäische Land mit der größten Volkswirtschaft und der größten Bevölkerung ist, ist es offensichtlich, dass Deutschland nicht alleine mit dem Ansturm von Flüchtlingen - 800.000 werden in Deutschland dieses Jahr erwartet - klarkommen kann und klarkommen sollte. Deutschland fungiert in der Krise als Vorbild. Man muss es hoch anrechnen, dass Deutschland das Problem nicht verdrängt hat, sondern als moralische Autorität fungiert."

Die national-konservative **lettische Tageszeitung *Latvijas Avize*** klingt dagegen kritischer: "Berlins politische Entscheidung, 800.000 Migranten aufzunehmen, nötigt natürlich Respekt ab, auch wenn humanitäre Erwägungen nicht die einzigen Gründe dafür waren. Deutschland ist an Arbeitskräften interessiert und daran, seine überalternde Bevölkerungsstruktur aufzufrischen. (...) Es sind jedoch keine konkreten Antworten auf unbequeme Fragen erkennbar, und möglicherweise müssen wir bis zum 24. September warten, wenn die Kanzlerin versprochen hat, ihren Plan zur Lösung der Flüchtlingskrise vorzulegen."

Die große Koalition hat ein Maßnahmenpaket beschlossen, was helfen soll, Flüchtlinge besser unterzubringen, aber auch mehr Staaten als bisher zu sicheren Herkunftssaaten erklären soll.

Load-Date: September 15, 2015

Die zwei Gesichter Bayerns; Die Bayern empfangen Flüchtlinge so herzlich wie kaum ein Bundesland. Gleichzeitig wettert die CSU lautstark gegen Merkels Flüchtlingspolitik. Wie passt das zusammen?

ZEIT-online

Freitag 4. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 11

Length: 1390 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Freiwillige Helfer am Hauptbahnhof in München (2015)

© Nicolas Armer/dpa

Montagabend, 19 Uhr, im Führungsstab der Bundespolizei in Passau. Am Tisch haben Platz genommen: Vertreter der Bundespolizei, der Stadt und Ärzteschaft, zwei Offiziere der Bundeswehr, der Leiter der örtlichen Außenstelle des Bundesamts für **Migration** und Christian Reidel, Anwalt und ehrenamtlicher Helfer der NGO Passau Verbindet. Auf der Tagesordnung steht die **Flüchtlingskrise**: Wer braucht wo Decken und Schlafplätze? Fehlt es an Buntstiften für Kinder? Wann stehen die Busse und Züge bereit, um die **Flüchtlinge** weiter zu transportieren? Einmal pro Woche trifft sich dieser Kreis.

Ein paar Tage später: Vom Fenster seines Büros in der Passauer Innenstadt im vierten Stock blickt Christian Reidel von Passau Verbindet über den Inn. Die Hügel am anderen Ufer sind Österreich. Von dort kamen im Sommer Hunderttausende über die Grenze gedrängt. Passau mit seinen gerade mal 50.000 Einwohnern drohte der Kollaps. Ohne Blaupause für eine solche Krise fanden sich alle zuständigen Stellen in diesem Anpack-Gremium zusammen. Reidel zeigt auf seinem Computerbildschirm: Excel-Tabellen, für jede Sitzung ein Protokoll, eine Telefonliste, über die im Notfall SMS an die 1.500 Ehrenamtlichen von Passau Verbindet gehen: "Windeln und Lebensmittel fehlen" oder "Im Schichtplan brauchen wir noch jemanden für Freitagabend".

Nirgends lassen sich die bürokratische Präzision, die Herzlichkeit und das spontane Organisationsgeschick, mit dem die Bayern eine Million ankommende Flüchtlinge aufnehmen und verteilen, besser beobachten als hier in Passau.

In Bayern ist diesen Winter allen Unkenrufen zum Trotz kein Flüchtling erfroren. Für ihre Registrierung müssen Asylbewerber nicht tagelang in glühender Hitze oder Schneegestöber warten wie vor dem Berliner Lageso. "Maghreb-Viertel", Hinterhof-Moscheen oder sonstige Parallelgesellschaften kennt man in Bayern ebenso wenig wie eine offene Drogenszene wie im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg. Wohl auch deshalb versammelt Pegida in Bayern bestenfalls ein paar Hundert Schreihälse. Kurz: Bayern ist ein Musterbeispiel dafür, dass Migration und

Die zwei Gesichter Bayerns Die Bayern empfangen Flüchtlinge so herzlich wie kaum ein Bundesland. Gleichzeitig wettert die CSU lautstark gegen Merkels Flüchtling....

Integration gelingen und bereichern können. Die Zutat, wie in Passau, sind: ein funktionierender Staat und eine ebenso starke Zivilgesellschaft.

Wie passen bayerische Willkommenskultur und Seehofer zusammen?

Und trotzdem sind es Horst Seehofer und seine CSU, die keine Gelegenheit auslassen, gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu protestieren: Obergrenze, Integrationspflicht, Transitzentren, Grenzzäune, Verfassungsklage. Die Gründe für diesen bayerischen Abwehrreflex gegen Flüchtlinge sind paradoxerweise dieselben wie für die Willkommenskultur: Für die Bayern ist es wichtig, dass in ihrem Bundesland alles funktioniert und dazu gehört, dass die Flüchtlinge versorgt sind. Aber zu ihrem Selbstbewusstsein als Freistaat gehört auch, dass ihre Regeln auf das Strikteste befolgt werden, und sie sich von außen nicht reinreden lassen.

Ein Widerspruch? "Nicht unbedingt", findet Roswitha Goslich. Die studierte Philosophin wohnt in Tutzing, am Westufer des Starnberger Sees. Wo die Berggipfel weißer sind, das Wasser blauer und die Luft klarer ist als anderswo. Bei Wahlen fährt die CSU hier stabile absolute Mehrheiten ein. Aktuell leben 255 Flüchtlinge in dieser heilsten aller bayerischen Welten - betreut und umsorgt von Goslich und 364 weiteren ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern. Sie bieten Sprachkurse an, reparieren Fahrräder und vermitteln Lehrstellen. Die katholische und evangelische Kirche am Ort haben sich zu diesem Helferkreis zusammengeschlossen, dem aber auch Agnostiker und Moslems angehören, wie Goslich versichert. Letzten Sommer, da öffnete die katholische Kirche ihre Türen und lud die Flüchtlinge zu einem Ramadan-Fest ein. Dass ausgerechnet die Kirche, die nicht mal mit Protestanten gemeinsam das Abendmahl feiert, zu so etwas bereit ist, hat Goslich nicht überrascht: "Andersgläubige sind doch keine Bedrohung für uns hier."

Klingt banal, ist aber voraussetzungsvoll: Nur wer "einen sicheren Stand im Leben hat," sagt Goslich, "kann anderen die Hand reichen." Die fortwährende, bayerische Überheblichkeit und Selbstvergewisserung, in fast allem die Besten zu sein (Fußball, Autobau, Steuern zahlen), macht es leichter, Fremde zu akzeptieren.

Keiner verdeutlicht die zwei Gesichter Bayerns besser als Martin Neumeyer. Der "Türken-Martin", wie der Niederbayer von seinen CSU-Parteifreunden spöttisch getauft wurde, ist seit 2008 Integrationsbeauftragter der Landesregierung. Als die CSU damals von Migranten forderte, auch zu Hause Deutsch zu sprechen, nannte er das einen "Schmarrn". Sätze wie "Wer betrügt, fliegt", kämen ihm nicht über die Lippen. Eine Obergrenze für Flüchtlinge andererseits hält er für notwendig. Dass Integration und Flüchtlingspolitik in Bayern so gut funktionieren, führt er auch auf die CSU-Politik zurück: "Wir und somit auch unsere Polizei zeigen ganz klare Kante gegen Menschen, die sich nicht an unsere Gesetze und Regeln halten. Einen Kulturrabatt bei Verbrechen gibt es hier nicht", sagt Neumeyer. Da ist sie wieder, die klassische CSU, die für einen starken Staat steht und für Recht und Ordnung sorgt - es aber nicht zulassen könnte, stauten sich Flüchtlinge in Freilassing oder Passau und übernachteten zu Tausenden in dessen Mittelaltergässchen.

Wenn aber ein Staat seine Grenzen nicht unter Kontrolle hat, verliert er nach CSU-Sicht seine Souveränität. Ein weitverbreiteter Kastrationskomplex, nicht nur unter AfD-Anhängern. Wenn Angela Merkel sagt, man könne die Grenzen nicht mal dann schließen, wenn man wolle, stellen sich jedem CSU-Mandatsträger die Nackenhaare auf. So ist auch Seehofers Gebrüll vom "Staatsversagen" und der "Herrschaft des Unrechts" zu verstehen: Dublin, das Recht, ist außer Kraft gesetzt. Das ist gleichbedeutend mit Rechtlosigkeit, eine Grauzone gibt es nicht.

Der potente Staat hat seine Grenzen

Natürlich liegt es in der bayerischen Polit-Natur, dass dieser potente Staat eine Geltungsgrenze hat: Die Kirchturn-Politik ist hier weiter verbreitet als irgendwo sonst, weder München noch Berlin, schon gar nicht Brüssel, sollen in regionale und lokale Interessen reinreden. Umgekehrt heißt das: Man erwartet keine Hilfe von außen. "Wir in Passau sind es durch die Hochwässer gewohnt, dass wir auf uns gestellt sind und die Gemeinschaft sich selbst hilft", sagt der Flüchtlingshelfer Reidel. "Das war ein Vorbild für das Zusammenstehen während der Flüchtlingskrise." Auch die Philosophin Goslich glaubt, dass es in ihrer kleinen Gemeinde am Starnberger See urtümliche Tugenden sind, die helfen, Flüchtlinge willkommen zu heißen: "Eine gewisse Pack-

Die zwei Gesichter Bayerns Die Bayern empfangen Flüchtlinge so herzlich wie kaum ein Bundesland.
Gleichzeitig wettet die CSU lautstark gegen Merkels Flüchtling....

mer's-an -Mentalität und ein christliches Weltbild sind weit verbreitet. Da macht dann jeder mit, egal ob er zur Bundeskanzlerin hält oder eher die CSU-Positionen teilt."

In Tutzing am Starnberger See gelang schon vor den Flüchtlingen Integration durch Tradition, beim Zusammenleben sehr vieler sehr Reicher und einiger Armer. "Wir haben zum Beispiel 80 Ministranten", sagt Goslich. Sie meint: Dort, und genauso im Trachtenverein und hinter der Faschingsmaske verschwindet der Klassenunterschied und die Gemeinschaft tritt hervor. "Warum sollte das so nicht auch bei den Flüchtlingen klappen?" Es herrscht ein sensibles Gleichgewicht aus Offenheit, Integrationsbereitschaft, Assimilationsdruck und Leitkultur, das den Bayern selten eigen ist. Politiker wie Martin Neumeyer verstehen es, die Schattierungen deutlicher zu balancieren. Wie passt Schwarz-Weiß-Horst-Seehofer dazu?

Doch das Gleichgewicht kann jederzeit kippen. Wenn die Idylle bedroht ist, von Bildern wie in Köln oder Hamburg, dominiert schlagartig die Abwehrhaltung. Denn Aufgabe des Staates, des bayerischen und des deutschen, ist es nach bayerischer Lesart zwar, sich aus dem Kirchturm-Radius, dem Heimatort, rauszuhalten. Drumherum soll Vater Staat aber einen Kokon der Sicherheit weben, der allen Bewohnern garantiert, dass morgen genauso gut werde, wie das Gestern - gerne mit Flüchtlingen, im Zweifel aber auch ohne.

Load-Date: March 5, 2016

Drei Wochen warten auf einen Zettel; Hungrig, dehydriert, ohne frische Kleidung: Hunderte Flüchtlinge harren auf der griechischen Insel Kos aus. Der Bürgermeister rechnet mit bis zu 1.000 neuen jede Nacht.

ZEIT-online

Freitag 14. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Griechenland; Ausg. 33

Length: 1542 words

Byline: Gerd Höhler

Body

Flüchtlinge aus Syrien, zusammengepfercht in einem Fußballstadion im Zentrum der Hauptstadt Kos, das als Auffanglager dient

© Alexander Zemlianichenko/dpa

Burhan wartet seit dem Morgengrauen. Er wollte einer der Ersten sein. "Aber viele andere waren vor mir da", sagt er enttäuscht, "sie hatten die ganze Nacht hier verbracht". Inzwischen ist es halb elf, und die Menge der Wartenden vor dem Eingang des Stadions in Kos, der Hauptstadt der gleichnamigen griechischen Ägäisinsel, wird immer größer.

Burhan kommt aus Aleppo in Syrien. Vor drei Monaten starb sein Bruder im Bürgerkrieg. "Das war der Wendepunkt für mich", sagt der junge Mann. Er floh in die Türkei, schlug sich nach Istanbul durch, von dort nach Bodrum an der Ägäisküste. Mit sechs weiteren syrischen **Flüchtlingen** kaufte er von einem Schleuser für 15.000 Dollar ein altes Schlauchboot mit einem kleinen Außenbordmotor. In einer windstillen Nacht fuhren sie von der türkischen Küste zur vier Kilometer entfernten griechischen Insel Kos.

Jetzt ist er hier - einer von Tausenden. Die Sonne brennt. Am Straßenrand wäscht ein Vater seinen kleinen Sohn mit einem Gartenschlauch. Dann hält der Junge dem Vater den Schlauch über den Kopf. "Ich habe mich seit zwei Wochen nicht richtig waschen können", sagt Burhan. Niemand weiß, wann sich das rostige Eisentor zum Stadion für die Wartenden öffnen wird. Aber Millionen Menschen wissen inzwischen, wie es dahinter aussieht. Die Aufnahmen gingen um die Welt. Es sind Bilder der Schande: Rund 2.000 Flüchtlinge, eingepfercht auf einem staubigen Fußballplatz. Sie warten darauf, von der Fremdenpolizei registriert zu werden. Erst dann bekommen sie das begehrte Stück Papier, das es ihnen ermöglicht, an Bord der Fähre zu gehen, die allabendlich von Kos ablegt und nach Piräus fährt.

Sie hungern, sind dehydriert, haben keine frische Kleidung

Manche warten seit drei Wochen auf diesen Zettel. Aber die Polizei in Kos hat nur zwei elektronische Geräte zur Abnahme von Fingerabdrücken. Entsprechend schleppend läuft die Registrierung. Die meisten Flüchtlinge sind am

Drei Wochen warten auf einen Zettel Hungrig, dehydriert, ohne frische Kleidung: Hunderte Flüchtlinge harren auf der griechischen Insel Kos aus. Der Bürgermeister....

Ende ihrer Kräfte. Sie hungern, sind dehydriert, haben keine frische Kleidung. Viele sind krank. Diese Woche entluden sich die Spannungen. Um gegen die schleppende Registrierung zu protestieren und ihre Weiterreise durchzusetzen, blockierten am Dienstag mehr als 4.000 Flüchtlinge, die seit Tagen vor der Polizeistation der Inselhauptstadt im Freien campieren, die Küstenpromenade. *"We want to leave"*, wir wollen weg, stand auf den mit Filzstift beschrifteten Pappdeckeln, die sie in die Höhe hielten.

Nach den Protesten sperrte die Polizei etwa 2.000 Menschen in das Stadion. Dort gibt es keinen Schatten, keine Sitzgelegenheiten, kein Trinkwasser, nichts zu essen. Immer wieder fielen Menschen in der Gluthitze in Ohnmacht. Die Polizei sah tatenlos zu, wie andere Flüchtlinge die Hitzeopfer aus dem Stadion trugen. Wer konnte, kletterte über den Zaun des Sportplatzes, um außerhalb auf die Suche nach Nahrungsmitteln und Trinkwasser zu gehen. Es kam zu Schlägereien zwischen Migranten verschiedener Nationalitäten. Auch Polizisten wurden angegriffen. Sie trieben die Flüchtlinge mit Schlagstöcken und Feuerlöschern auseinander.

Griechenland kämpft seit Jahren mit einem ständig zunehmenden Andrang von Migranten, die ohne gültige Papiere ins Land kommen. Aber in diesem Jahr ist die Zahl der Flüchtlinge stark gestiegen, vor allem wegen des Bürgerkriegs in Syrien. In den ersten sieben Monaten wurden in Griechenland nach Angaben der Polizeibehörden fast 157.000 Migranten ohne gültige Einreisepapiere aufgegriffen - fünfmal so viele wie im gleichen Vorjahreszeitraum. Allein im Juli kamen 49.550 - mehr als im gesamten Vorjahr. Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge stellen mehr als die Hälfte der Ankömmlinge, gefolgt von Menschen aus Afghanistan, Pakistan und dem Irak.

Kos ist ein Brennpunkt, wegen seiner Lage unmittelbar vor der türkischen Küste. In der vergangenen Woche wurden hier 3.995 Flüchtlinge registriert. "Jede Nacht kommen jetzt 600 bis 800 Menschen hier an", sagt Bürgermeister Giorgos Kyritsis. Er rechnet damit, dass es in den kommenden Tagen jeweils 800 bis 1.000 Ankömmlinge sein werden. 7.000 Migranten sind derzeit auf der Insel, die 30.000 Einwohner hat.

Die Uferpromenade der Inselhauptstadt gleicht inzwischen einem einzigen Flüchtlingslager. Zwischen den Palmen haben einige kleine Zelte aufgeschlagen, andere schlafen unter freiem Himmel - Männer, Frauen, Kinder, Greise und Babys. Einige Flüchtlinge tragen noch die Schwimmwesten, mit denen sie über die Ägäis kamen. Andere fanden ein Dach über dem Kopf - aber was für eins: Etwa 400 Flüchtlinge hausen im ehemaligen Hotel Captain Elias, einem abbruchreifen Gebäude, ohne Strom und ohne Wasser. Sie schlafen dicht an dicht auf zerschlissenen Matten und verdreckten Matratzen.

Auf beiden Seiten liegen die Nerven inzwischen blank. Für Aufsehen sorgte ein Foto, das einen Polizisten auf Kos zeigt, wie er einen Migranten ohrfeigt. In der anderen Hand hält der Polizist ein langes Messer, mit dem er den jungen Mann zu bedrohen scheint. Der Beamte wurde vom Dienst suspendiert. Bürgermeister Kyritsis warnte in einem offenen Brief an die Regierung in Athen: "Die öffentliche Sicherheit und Ordnung stehen vor dem Zusammenbruch, die Gefahr, dass es zu einem Blutvergießen kommt, ist real."

"Bereits bisher hatten wir eine völlig unzureichende Versorgung der Flüchtlinge", sagt Brice de la Vigne von der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF). "Was wir jetzt erleben, sind Misshandlungen - die Polizei geht immer brutaler gegen diese verletzlichen Menschen vor." Die Hilfsorganisation sieht Europa in der Pflicht. Florian Westphal, Geschäftsführer von MSF in Deutschland: "Die EU muss endlich sichere und legale Fluchtwege schaffen." Die Situation auf den griechischen Inseln sei nur deshalb so drastisch, weil Europa den Menschen auf der Flucht keine andere Wahl lasse, als in Booten die gefährliche Reise über das Mittelmeer anzutreten, kritisiert Westphal.

Aufgeschreckt durch die wenig schmeichelhaften internationalen Medienberichte, ist die Athener Regierung jetzt offenbar aufgewacht. Sie schickte Ende dieser Woche zusätzliche Beamte der Ausländerpolizei nach Kos, um die Registrierungen zu beschleunigen. Am Samstag wird außerdem auf der Insel ein Fährschiff erwartet, das die Regierung gechartert hat. Es soll als Unterkunft für Flüchtlinge dienen - für einige Tage, bis sie registriert sind und ihre Papiere bekommen. Denn für die Flüchtlinge ist Griechenland nur eine Durchgangsstation. Sie beantragen deshalb hier kein Asyl. Sie wollen nach Westeuropa.

Drei Wochen warten auf einen Zettel Hungrig, dehydriert, ohne frische Kleidung: Hunderte Flüchtlinge harren auf der griechischen Insel Kos aus. Der Bürgermeister....

Von den Inseln führt ihr Weg über Athen nach Nordgriechenland. Dort überqueren sie die grüne Grenze nach Mazedonien. Wer Geld hat, kauft sich eine Eisenbahnfahrkarte, andere folgen zu Fuß den Bahngleisen. Das erste Ziel des Trecks ist das EU-Land Ungarn. Von dort geht es weiter nach Westeuropa.

"Wäre es nicht besser, wenn man diese Menschen sofort legal dorthin reisen lassen würde, wo sie hin möchten, statt sie den Schleusern zu überlassen und in Lebensgefahr zu bringen?", fragt Konstantina Ssynou, die Vorsitzende der Hotelierskammer von Kos. "Wir sind jedenfalls mit diesem Ansturm völlig überfordert", sagt sie. Im Frühjahr haben Ssynou und andere Hoteliers in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen wie Solidarität Kos die Flüchtlinge täglich mit Essen versorgt. "Damals ging es um ein paar Hundert Menschen. Aber jetzt sind es Tausende, und jeden Nacht kommen Hunderte dazu", sagt Ssynou. "Das geht über unsere Kräfte." Wie die meisten Einwohner auf Kos, wirft sie der Regierung in Athen vor, dass sie viel zu lange untätig blieb.

Negative Auswirkungen auf den Tourismus habe die Flüchtlingskrise bisher nicht, auch wenn die Bilder, die jetzt um die Welt gehen, "natürlich keine Werbung für Kos sind", sagt die Hotelwirtin: "Wir sind ausgebucht." Und Ssynou selbst scheint keine Berührungsängste zu haben. Durch die geöffnete Tür ihres Büros sieht sie in die Lobby des Hotels Maritina. "Moment mal", sagt sie während des Gesprächs, "da ist wieder einer, der sein Handy aufladen will". Die Chefin steht auf und zeigt dem jungen Mann, wo die Steckdose ist. Es ist Ayub, 27 Jahre alt. Der junge Diplomingenieur ist aus dem Iran über die Türkei nach Kos geflohen, gemeinsam mit sieben Freunden. Sie alle sind christlichen Glaubens. "Für Christen gibt es im Iran keine Zukunft", sagt Ayub.

800 Dollar hat jeder den türkischen Schleusern für die Überfahrt bezahlt, erzählt er. Zu der Gruppe gehört auch eine junge Mutter mit ihrem Sohn. Das Kind ist krank und liegt apathisch auf einer Parkbank. Wie alle, will Ayub nicht in Griechenland bleiben sondern weiter. Sein Ziel ist Deutschland, dort lebe ein Onkel von ihm. Wo genau, das will er nicht sagen. Ayub hat viele Fragen: Ob der Staat in Deutschland Flüchtlingen Arbeit beschaffe? Ob es dort richtige Wohnungen für Flüchtlinge gebe? Und wo das Leben am besten sei? In Berlin, in Köln oder vielleicht in München? Sein Ziel scheint er noch nicht so genau zu kennen. Aber er hat es eilig. Auf seinem Smartphone hat er im Internet gelesen, dass die Ungarn jetzt einen Grenzzaun bauen, um Flüchtlinge zurückzuhalten. "Wir haben keine Zeit zu verlieren", sagt Ayub, "nichts wie weg von dieser Insel ... "

Load-Date: August 14, 2015

Seehofer eint, Kretschmann und Habeck führen; In der Flüchtlingskrise zeigt sich, welchen Weg die Grünen zurückgelegt haben. Auf dem Parteitag in Halle wagten es andere als die Spitze, strittige Themen anzusprechen.

ZEIT-online

Sonntag 22. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Grüne; Ausg. 47

Length: 775 words

Byline: Mariam Lau

Body

Winfried Kretschmann auf dem Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen

© Sebastian Willnow/dpa

Mit Abscheu und Empörung hat der Grünen-Parteitag in Halle auf die öffentliche Zurechtweisung der Bundeskanzlerin durch Horst Seehofer wegen ihrer Haltung in der **Flüchtlingsfrage** reagiert. "Das gehört sich nicht!", hatte der alte und neue Bundesvorsitzende Cem Özdemir wieder und wieder gerufen. Ob es der bedrängten Kanzlerin hilft oder eher schadet, wenn die Grünen ihr in der gegenwärtigen Lage politisches **Asyl** bieten, eins ist sicher: Schwarz-Grün hat es im derzeitigen Klima nicht leicht.

Zwar geben die Umfragen aus Baden-Württemberg, die pünktlich zum Parteitag eintrafen, ein solches Bündnis noch her: Die von Winfried Kretschmann geführten Grünen kommen darin auf 27 Prozent, die CDU auf 38 Prozent. Aber dass sich die CDU dort mitten in der **Flüchtlingskrise** einer Partei zuwendet, die sich mehr als alle anderen für Offenheit in der **Asylpolitik** stark macht, glaubt an diesem Wochenende in den zugigen Messehallen am Stadtrand von Halle kaum jemand.

Die Grünen ihrerseits haben viel dafür getan. Anders als vor einem Jahr, als Winfried Kretschmann wegen seiner Zustimmung zum Asylkompromiss der Bundesregierung heftige Wut aus der Partei entgegenschlug, war dieses Mal darauf geachtet worden, dass auch die Parteilinke an Bord war.

Der linke Flügel will Kretschmann stützen

Für diese Form der unterwerfungslosen Einigung waren vor allem zwei Männer verantwortlich, deren Zusammenspiel man auch auf dem Parteitag beobachten konnte: Es sind Winfried Kretschmann und der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck, die die Grünen führen. Der mit viel Beifall wiedergewählte Bundesvorsitzende Cem Özdemir hatte dem Vernehmen nach gar nichts damit zu tun, seine Co-Vorsitzende Simone Peter vom linken Parteiflügel auch nicht; genauso wenig wie die Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, die an diesem Wochenende mit leidlichen Ergebnissen in den Parteirat der Grünen

Seehofer eint, Kretschmann und Habeck führen In der Flüchtlingskrise zeigt sich, welchen Weg die Grünen zurückgelegt haben. Auf dem Parteitag in Halle wagten es....

gewählt wurden. Auch die Parteilinke ist bereit, viel für einen Sieg von Kretschmann bei der Landtagswahl im März zu geben. Er soll kein Unfall bleiben.

Führung hieß in der Flüchtlingsfrage vor allem eins: das Bekenntnis zum Nein. "Nicht alle, die in Deutschland Asyl beantragen, können bleiben" - für diesen Satz wurde gekämpft. Den Kampf führte weder Katrin Göring-Eckardt noch Anton Hofreiter, und das, obwohl beide mittlerweile ihre Bereitschaft zur Spitzenkandidatur erklärt haben. Göring-Eckardt verteidigte in ihrer Rede viel mehr einen emotionalen Zugang zum Thema, nachdem sie auf Twitter dafür kritisiert worden war, weinend mit Flüchtlingen auf Lesbos gefilmt worden zu sein. Den Kampf führte auch nicht Cem Özdemir, der in seinen Reden oft den eigenen Migrationshintergrund zum Thema macht, auch die Kritik an islamischen Verbänden oder dem saudischen Wahhabismus - wichtige Themen, aber nichts, wofür man auf einem grünen Parteitag Ärger bekommt.

Es waren Habeck und Kretschmann, die bereit waren, auf offener Bühne auch strittige Themen anzusprechen. "Aus Leistungsempfängern müssen Leistungsträger werden", sagte Kretschmann beispielsweise. Oder "Wir stoßen in Baden-Württemberg an reale Grenzen". Realismus sei gefragt. Nicht jeder Flüchtling könne in Deutschland bleiben. Als er sagte, der mit den großen Volksparteien gefundene Asylkompromiss sei ein Wert an sich, klatschte kaum jemand. Es war Robert Habeck, der nach ihm auf die Bühne sprang und rief: "Wer Kompromisse mit Verrat übersetzt, der muss aufs Regieren verzichten. Ich will aber regieren!"

Spannend wird allerdings, wie sich die Grünen in der weiteren Debatte um eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen verhalten werden. Winfried Kretschmann wäre sogar bereit über Obergrenzen zu reden, sagte er in einem Interview im Deutschlandfunk. Auf dem Parteitag wandte er sich besonders deutlich gegen eine Beschränkung des Familiennachzugs, wie sie besonders die Union fordert, und wie ihn sich die SPD-Innenminister heimlich wünschen. Kretschmanns Eindeutigkeit könnte damit zusammenhängen, dass er bislang noch davon ausgeht, das Thema werde nicht im Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt. Das ist aber noch fraglich. Ein zweites Asylpaket der großen Koalition ist wegen des Widerstands der CSU einstweilen auf Eis gelegt.

Natürlich merkt man in der Debatte um Flüchtlinge auch, welchen Weg die Grünen zurückgelegt haben. Es gab Zeiten, da hingen auf Grünen Parteitagen Plakate mit dem Spruch "Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein". Das Fremdeln mit dem eigenen Land hat sich inzwischen bei den meisten verflüchtigt - Politikmachen auf Kommunalebene hat Wunder gewirkt.

Load-Date: November 22, 2015

**"Deutschland ist ein multireligiöses Land"; Die Sachverständigen für
Integration und Migration bescheinigen Deutschland ein gutes
Integrationsklima. Bei der Akzeptanz des Islams sei die Haltung aber
ambivalent.**

ZEIT-online

Dienstag 26. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 17

Length: 603 words

Byline: Sasan Abdi-Herrle

Body

Ein thailändisches Kulturzentrum in Berlin

© Sophia Kembowski/dpa

Arbeitsmarkt, Nachbarschaft, soziale Beziehungen und Bildung: Das Integrationsklima in Deutschland ist 2015 von Menschen mit und ohne **Migrationshintergrund** weitgehend positiv bewertet worden. Zu diesem Ergebnis kommt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und **Migration** (SVR) in seinem Jahresgutachten. Grundlage ist die Befragung von 5.396 Personen, die nach dem Funktionieren der Einwanderungsgesellschaft befragt wurden. Die Erhebung fand von März bis August 2015 und damit vor dem Höhepunkt der **Flüchtlingskrise** statt.

"Das zeigt, dass der Integrationsprozess auf einer stabilen Grundlage steht", sagte SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld. Aus den Ergebnissen der Umfrage gehe zudem hervor, dass häufige soziale Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sich positiv auf die Einschätzung des Integrationsklimas auswirkten.

Ambivalenter war die Einstellung der Befragten zum Islam. So befürworteten 65 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund islamischen Religionsunterricht als wählbares Fach an Schulen. Mehrheitlich akzeptiert wurde auch ein Moscheebau in der Nachbarschaft. Die eher abstrakte Frage, ob der Islam ein Teil Deutschlands sei, verneinte allerdings eine knappe Mehrheit von 53,1 Prozent. Bei den Befragten mit türkischem Migrationshintergrund war die Zustimmung bei der Frage mit 71,4 Prozent am höchsten. Wesentlich niedriger war sie bei den sogenannten Spätaussiedlern (44,6 Prozent).

Die ablehnende Haltung zum Islam in Teilen der Bevölkerung führen die Sachverständigen nicht ausschließlich auf Ressentiments zurück. Eine weitere Erklärung sei die starke Religiosität des Glaubens. "Der Islam als neue, glaubensstarke und wachsende Religion irritiert das säkulare Europa", heißt es in dem Jahresgutachten.

Der Islam wird relevanter

"Deutschland ist ein multireligiöses Land" Die Sachverständigen für Integration und Migration bescheinigen Deutschland ein gutes Integrationsklima. Bei der Akze....

In ihrem Jahresgutachten analysieren die Sachverständigen auch den Stand der Religionen in Deutschland. In dieser Hinsicht sei eine zunehmende Vielfalt erkennbar, bei der sich der Islam als dritte große Religion neben dem Christentum und Judentum etabliert habe, heißt es in dem Bericht. Verstärkt werde diese Entwicklung durch die starke Zuwanderung von Flüchtlingen aus muslimischen Ländern.

Insgesamt ist Deutschland laut SVR-Gutachten damit von zwei gegenläufigen Entwicklungen gekennzeichnet. Einerseits von einem Trend zur gesellschaftlichen Säkularisierung und "abnehmenden religiösen Bindungen", andererseits von einer "Zunahme und Ausdifferenzierung von religiösen Angeboten".

"Deutschland ist demografisch zu einem multireligiösen Land geworden", sagte Langenfeld dazu. Dies sei auch auf eine Politik der Religionsfreundlichkeit zurückzuführen. Auch das deutsche Recht reagiere flexibel und ermögliche Lösungen, um Zumutungen für religiöse Menschen nach Möglichkeit zu vermeiden. Dabei sei aber auch klar, dass im Zweifel die demokratischen Grundwerte Vorrang haben müssten. "Das Grundgesetz ist und bleibt der Rahmen für gemeinsame Werte", sagte Langenfeld.

Vor diesem Hintergrund sieht der SVR "die Muslime am Zug". Nun sei es an den islamischen Gemeinschaften, den Prozess der institutionellen Gleichstellung weiter voranzubringen. Dazu gehöre unter anderem auch, den ausländischen Einfluss auf die Gemeinschaften zu verringern.

Dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gehören sieben Stiftungen. Als unabhängiges Beratungsgremium nimmt es regelmäßig zu den Themen Integration und Migration Stellung. Ihm gehören insgesamt neun Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen an.

Load-Date: April 26, 2016

Wo bleibt die Menschenwürde?; Damit ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei gelingen kann, müsste Europa sie als sicheres Herkunftsland einstufen. Welch ein Hohn.

ZEIT-online

Montag 14. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 12

Length: 817 words

Byline: Martin Klingst

Body

Am Ende dieser Woche will die Europäische Union das geplante **Flüchtlingsabkommen** mit der Türkei besiegeln. Doch was bislang davon an die Öffentlichkeit gedrungen ist, verstößt gegen das internationale und europäische Recht. Ohne größere Korrekturen wird eine solche Vereinbarung vor den europäischen Gerichten keinen Bestand haben. Laut der gemeinsamen Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs vom 7. März will die Türkei ab einem bestimmten Stichtatum alle sogenannten irregulären **Migranten** zurücknehmen, die über die Türkei nach Griechenland geflohen sind; also eigentlich alle **Flüchtlinge**, die über die Ägäis in die EU gelangen.

Im Gegenzug wollen die Europäer für jeden syrischen **Flüchtling**, den sie aus Griechenland in die Türkei zurückschicken, einen Syrer aus einem türkischen **Flüchtlingslager** aufnehmen. Darüber hinaus sollen sie der Türkei jedes Jahr ein zahlenmäßig noch festzulegendes Kontingent syrischer **Flüchtlinge** abnehmen und türkischen Staatsbürgern die visafreie Einreise in die EU gestatten.

Funktionieren kann dieser Plan aber nur, wenn Europa die Türkei sowohl zu einem sicheren Drittstaat als auch zu einem sicheren Herkunftsland erklärt. Denn nur dann könnte Griechenland die Flüchtlinge ohne große Umstände zurück über die Ägäis schicken. Und nur dann müsste die EU nicht fürchten, dass alsbald Zigtausende von drangsalierten Kurden ihre Visafreiheit dazu nutzen, um der Türkei zu entfliehen und in Europa um Asyl zu bitten. Für die autoritäre Erdogan-Regierung wäre dieser Status ein riesiger politischer Erfolg, für Europa ein weiterer Verrat an den eigenen Werten.

Ein sicherer Drittstaat ist ein Land, in dem ein Flüchtling auf seiner Durchreise bereits gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Schutz finden könnte. Das heißt: Dort könnte er bleiben, einstweilen leben und müsste nicht fürchten, in seine Heimat abgeschoben zu werden. Manche behaupten, die Türkei dürfte unter keinen Umständen das Qualitätssiegel "sicherer Drittstaat" erhalten. Ihr Argument: Erdogan regiere das Land mit harter Hand, er führe einen Krieg gegen die Kurden und unterdrücke die Meinungs- und Pressefreiheit. Das trifft zwar alles zu, ist aber allein noch kein Argument gegen die Einordnung der Türkei als sicherer Drittstaat. Denn auch ein autoritärer Staat, selbst eine Diktatur kann Flüchtlinge wirksam schützen.

Wo bleibt die Menschenwürde? Damit ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei gelingen kann, müsste Europa sie als sicheres Herkunftsland einstufen. Welch ein Hohn.

Faires Prüfungsverfahren, menschenwürdige Aufnahme

Voraussetzung sind nicht demokratische Verhältnisse, sondern dass ein Flüchtling im Gastland unbehelligt einen Asylantrag stellen kann, dass sein Schutzbegehren in einem fairen Verfahren geprüft wird und er im Falle eines positiven Bescheids eine menschenwürdige Aufnahme findet. Dass er also ein Dach über dem Kopf bekommt, nicht verhungern muss und die Möglichkeit erhält, eine Arbeit aufzunehmen und seine Kinder zur Schule zu schicken.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Allerdings hat die Türkei noch längst nicht alle Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt. Der letzte Fortschrittsbericht der Europäischen Union von Anfang März attestiert der Regierung zwar einige Fortschritte. So existiert inzwischen in groben Umrissen ein Asylsystem und erhalten immer mehr syrische Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis. Es entstehen feste Behausungen und Schulen. Doch zugleich stellt die Brüsseler Kommission immer noch einige gravierende Mängel fest.

Gut möglich, dass die Türkei bald ein sicherer Drittstaat wird. Aber es wäre ein absoluter Hohn, sie zugleich als ein sicheres Herkunftsland einzustufen. Denn das sollten nur Staaten sein, die ihre Bürger nicht systematisch diskriminieren und politisch verfolgen, die also die grundlegenden Freiheits- und Menschenrechte achten. Davon aber ist die Türkei meilenweit entfernt.

Grundsätzlich gilt: Ein Flüchtling, der durch einen sicheren Drittstaat gereist ist oder aus einem sicheren Herkunftsland stammt, hat in der EU so gut wie keine Chance auf Asyl. Er gilt als nicht schutzbedürftig und sein Antrag darum als "offensichtlich unbegründet". Allerdings kann er versuchen, diese gesetzliche Vermutung seiner fehlenden Schutzbedürftigkeit zu widerlegen. Er hat ein Recht darauf, dass seine Argumente gehört und geprüft werden. Denn das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. So steht es in der Genfer Flüchtlingskonvention, in der europäischen Menschenrechtskonvention, in der EU-Grundrechtecharta, in den EU-Verträgen (und letztlich auch im deutschen Grundgesetz).

Flüchtlinge, die wie viele Kurden aus der Türkei stammen oder die wie Syrer, Iraner oder Afghanen auf dem Weg nach Europa die Türkei durchquert haben, können und dürfen darum nicht gegen ihren Willen ohne jede rechtliche Prüfung zurückgeschickt werden.

Load-Date: March 14, 2016

Der obszönen Bürokratie das Genick brechen; "Lügenfabrik" - so nennt die Protagonistin von Shumona Sinhas Roman die Asylbehörde, in der sie arbeitet. Dann schlägt sie einem Migranten eine Weinflasche auf den Kopf.

ZEIT-online

Dienstag 1. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Shumona Sinha; Ausg. 35

Length: 1163 words

Byline: Milena Hassenkamp

Body

Die bengalisch-französische Schriftstellerin Shumona Sinha

© Patrice Normand

Assommons les pauvres! - *Erschlagt die Armen!* überschrieb Charles Baudelaire 1865 ein Prosagedicht, in dem ein Mann einem Bettler auf den Kopf schlägt. Titel und Geste hat die Schriftstellerin Shumona Sinha für ihr zweites Buch übernommen, in dem sie die Kehrseite des Asylsystems mit wütendem Blick seziert. Die Protagonistin, eine namenlose Dolmetscherin in einer französischen Asylbehörde, verzweifelt an dem System, das für sie nur noch aus Lügen und Misstrauen besteht. Schließlich schlägt sie selbst zu, wie der Mann in Baudelaire's Prosagedicht: Mit einer Rotweinflasche überwältigt sie in der Pariser Metro einen fremden Migranten, der sie zuvor bedrängt hatte. In Untersuchungshaft versucht die junge Frau die Gründe für ihre Tat nachzuvollziehen.

In Sinhas Heimat Frankreich sorgte das Buch 2011 für Furore. Medien lobten und skandalisierten es gleichermaßen. *Erschlagt die Armen!* schaffte es sogar auf die Shortlist des renommierten französischen Prix Renaudot.

Vier Jahre später diskutiert man in Deutschland und ganz Europa so angeregt wie nie über steigende Flüchtlingszahlen und das Rechtssystem, das die Ankommenden verteilt. Die Behörden sind mit der Anzahl an Asylanträgen maßlos überfordert, an vielen Orten Deutschlands werden Flüchtlingsheime angezündet, manche EU-Staaten verweigern sich immer noch der Aufnahme von Flüchtlingen. Die deutsche Übersetzung von Sinhas Roman erscheint zu diesem Zeitpunkt wie das Buch der Stunde.

Die Geschichte einer Aggression

Der Titel *Erschlagt die Armen!* bekommt heute angesichts der versinkenden Schiffe vor Lampedusa einen bitteren Beigeschmack. Sinha spricht mit einer überspitzten Radikalität schon im Titel aus, was keiner sich zu sagen traut und dennoch als offene Frage hinter der Politik des Asylsystems lauert: dass es für "die Armen" in der

Der obszönen Bürokratie das Genick brechen "Lügenfabrik" - so nennt die Protagonistin von Shumona Sinhas Roman die Asylbehörde, in der sie arbeitet. Dann schläg....

EU keinen Platz gibt. Dass man nicht weiß, wohin mit ihnen. Im Gesetz ist diese Frage mit der Auflage verankert, dass nur politisch Verfolgte Asyl erhalten dürfen. Wohin mit den anderen, die nur auf der Suche nach einem besseren Leben sind?

Sinha erzählt die Geschichte einer Aggression. Die junge Frau ist selbst vor einigen Jahren als Einwanderin in das Land gekommen. Hier wiederholt sich in den Geschichten der Asylbewerber genau jenes Elend, dem sie doch zu entkommen suchte. Vor allem wiederholt sich die Übermacht der Männer, von der sie sich, und alle anderen Frauen mit ihr, freimachen wollte.

In ihrer Arbeit als Übersetzerin bei der Behörde wechselt die junge Frau die Seiten. Sie ist nicht die Immigrantin mit dem Verständnis für jene, die wie sie in eine neue Heimat kommen. Stattdessen nimmt sie den Blick der schönen "milchfarbenen" Beamtinnen an, die in jeder der Geschichten eine Lüge erkennen, ausgedacht, um die Hürde der Einreise zu überwinden. Das Asylsystem wird für sie zur "Lügenfabrik", in der die Asylbewerber immer neue Erinnerungen erfinden, die in ihrer immer gleichen Wiederkehr betäuben. Es ist der Apparat des Staates, der diese Lügen produziert und gleichzeitig die Beamten zu schärfstem Misstrauen erzieht. Die Dolmetscherin setzt "einen Bindestrich" zwischen die Seiten. Eine praktisch unmögliche Verbindung, die sie manchmal zu unkontrolliertem Lachen provoziert. Immerhin hier kann sie die Übermacht der Männer brechen, indem sie ihnen ins Gesicht lacht, indem sie einen, stellvertretend für alle, erschlägt.

Shumona Sinha Erschlagt die Armen! Belletristik Französisch Lena Müller Edition Nautilus Hamburg 2015 128 18

Die Männer sind es, mit denen die Protagonistin vor allem ringt, wenn sie ihnen bei der Arbeit gegenüber sitzt oder wenn sie sich ihnen nachts im Beischlaf ergibt. Mitgefühl kann sie nur mit den missbrauchten Frauen empfinden. Das Weinen eines vermeintlichen Vergewaltigungsopfers lässt auch die Protagonistin während der Übersetzung vor Gericht in Tränen ausbrechen. Ihre Kollegen belächeln sie. Die Zeugin habe sich doch nur Zwiebeln unter die Augen gerieben. Bei Vergewaltigung stünden die Chancen auf Asyl besonders gut. Der vermeintliche Fake wird zum Schlüsselerlebnis. Das Gefühl, betrogen zu werden, wird plötzlich zu einem grundsätzlichen. Schal wirkt das Mitgefühl, wenn man diesem nicht mehr vertrauen kann; ärgerlich, wenn es einen bei der Arbeit behindert. So ergeht es auch dem Arzt, der den Asylbewerbern nicht die gewünschten Atteste ausstellen will, weil sie gesund sind. Die Protagonistin rekapituliert: "Er ärgerte sich, weil diese Unglücklichen bei ihm ein unangenehmes Mitgefühl auslösten. Ich verstand ihn."

Darf man so etwas sagen? - Ja, man darf. Das Buch braucht seine Radikalität, um vor Augen zu führen, wie das System die Fronten verhärtet. Das heißt nicht, dass alle Asylbewerber lügen, sondern, dass die aktuelle Rechtslage sie dazu anhält - ebenso, wie sie die Beamten zu übersteigertem Misstrauen erzieht und in dem strikten Befolgen der Gesetze menschliche Gefühle abtötet.

Ein absurdes Volkstheaterstück

Das ganze Geflecht von Begierde und Verweigerung erscheint absurd - wie ein "Volkstheaterstück" schreibt Sinha einmal. Nicht zufällig führt die Verhöre ein Herr K., was unmittelbar an Kafkas berühmten Protagonisten aus *Der Prozess* denken lässt. In dieses Bild passen die verführerische Kraft, mit der die Beamtinnen die Protagonistin auf ihre Seite ziehen, und das absurde Lachen der Erzählstimme genauso wie die Lügen, als Schlüssel zum Inneren eines Staates, der sich doch immerfort verweigert. Die junge Frau ist nur ein Glied an der Kette aus entmenslichten Beamten.

Sinhas Sprache ist aufgeladen und sie zielt direkt auf die Innereien - das zeigt sich sogar noch in der deutschen Übersetzung. Ihre Sätze sind elektrisiert von der Begierde nach den Beamtinnen, von einer "Philosophie des Unterleibs", suchen mal provokante, mal poetische Vergleiche und verlieren dabei niemals ihre Schlagkraft, die beim Lesen manchmal Schauer erzeugen.

Sinha, 1973 in Kalkutta geboren, kam 2001 nach Frankreich. Dort arbeitete sie lange Zeit selbst, wie ihre Protagonistin, als Dolmetscherin in einer Asylbehörde. Nach der Veröffentlichung ihres Romans wurde sie

Der obszönen Bürokratie das Genick brechen "Lügenfabrik" - so nennt die Protagonistin von Shumona Sinhas Roman die Asylbehörde, in der sie arbeitet. Dann schläg....

entlassen. Dabei braucht es in der Debatte gerade die Radikalität, mit der sich das System beschreiben lässt, die Unsicherheit, die Sinha bis zum Schluss nicht auflöst. Wer die Guten und wer die Bösen sind, lässt sich nicht sagen. Beide Seiten sind Teil einer Maschinerie, die nicht mehr funktioniert. Warum die Protagonistin den Bettler erschlug? Bei Baudelaire war es Sarkasmus, mit dem der Schriftsteller der Bourgeoisie ihren Hochmut vor Augen führte. Mit etwas anderem kann man dem obszönen bürokratischen Apparat nicht begegnen, der Asyl nur denen gewährt, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden.

Load-Date: September 1, 2015

End of Document

Die zwei Realitäten Europas; Europas Eliten versagen und Dublin II ist in seiner bürokratischen Absurdität das Chiffre dieses Versagens. Aber zum Glück gibt es den Aufstand der freiwilligen Helfer.

ZEIT-online

Freitag 4. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 36

Length: 903 words

Byline: Robert Misik

Body

Flüchtlinge an der mazedonisch-griechischen Grenze

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

Lesen Sie hier die englische Version des Textes.

Der Moment, in dem das Regelwerk Dublin II zerbrach, war ein großer Augenblick der Zivilgesellschaft, der ganz normalen Bürgerinnen und Bürger. Als am Montag die ungarischen Sicherheitskräfte die **Flüchtlinge** am Keleti Bahnhof von Budapest nicht weiter aufhielten, sondern einfach die Züge besteigen ließen, da strömten sofort Hunderte Wiener zum Westbahnhof. Der Supermarkt im Untergeschoss des Bahnhofes war schnell leergekauft. Die österreichische Staatsbahn ÖBB schickte Sonderzüge zur Grenze, um die Insassen der überfüllten ungarischen Züge zu übernehmen. Als die ersten Züge aus Wien eintrafen, hatten sich wie aus dem Nichts bereits Übersetzerteams gebildet. Die Aufgaben waren verteilt, alles lief wie am Schnürchen. Caritas, Bahn, freiwillige Helfer, Rotes Kreuz, sie haben seither am Westbahnhof das Sagen.

Ein Großteil der Fliehenden zog nach München weiter, wo sich die Szenen wiederholten - Szenen der Hilfsbereitschaft, der offenen Arme.

Europa versagt - und Europa triumphiert zugleich.

Es versagt das Europa der Eliten mit ihren unpraktikablen und unsolidarischen Regeln und ihrer Unfähigkeit, menschlich zu reagieren. Dublin II ist in seiner bürokratischen Absurdität nur das Chiffre dieses Versagens. Man weiß gar nicht, wo man beginnen soll angesichts dieses abstoßenden Regelwerks: Bei der Bestimmung, dass Verfolgte hier um Asyl bitten können, Fluggesellschaften aber alle Kosten zu tragen haben, wenn ein Nicht-Asylberechtigter von ihnen hierher geflogen wird. Was praktisch heißt: Keine Fluggesellschaft lässt Schutzsuchende an Bord. Menschen, die sich für 300 Euro ein Flugticket kaufen könnten, geben stattdessen 10.000 Euro für Schlepperbanden aus, um auf lebensgefährlichen Wegen an den Ort zu gelangen, an den um Asyl zu bitten ihr Recht ist.

Die zwei Realitäten Europas Europas Eliten versagen und Dublin II ist in seiner bürokratischen Absurdität das Chiffre dieses Versagens. Aber zum Glück gibt es d....

Oder bei der absurden Regelung, dass die Asylverfahren im Schengen-Europa in jenem Land durchzuführen sind, in dem die Schutzsuchenden erstmals EU-Boden betreten. Es existiert aber kein Mechanismus zur Verteilung, so dass die Sorge um die Flüchtenden an den EU-Randgebieten hängen bleibt. Ein Regelwerk, das in der Praxis zur innereuropäischen Konkurrenz verkommt, wer sich am besten die Flüchtenden vom Hals hält.

Und selbst jene Nationen, die Fliehende in großer Zahl aufnehmen, wie Deutschland und Österreich, sind vom Abschottungsdiskurs der politischen Eliten geprägt. Deutschland hat beispielsweise Druck gemacht, die italienische Seenotrettungsaktion Mare Nostrum zu stoppen. Diese sei, so Innenminister Thomas de Maizière damals, "Beihilfe zur Schlepperei". Wenn die Fliehenden wüssten, dass sie gerettet werden, würde das den Anreiz, ein Schiff zu besteigen, verstärken, so die krause Logik. Im Umkehrschluss heißt das: Wenn viele ertrinken, dann ist der Anreiz für die anderen geringer, es ebenfalls zu versuchen. Natürlich würde Thomas de Maizière, würde man ihn heute fragen, das nicht so gemeint haben wollen.

Und ja, die britische und polnische Regierung benehmen sich noch schändlicher. Letztere würde sich wohl noch überfordert fühlen, wenn sie auch nur vier oder fünf Schutzsuchende aufnehmen müsste.

Ungarn soll zuständig sein?

Budapest, Keleti-Bahnhof, Mittwochnacht. Im Untergeschoss des Bahnhofes liegen Tausende Fliehende, Zelte, Schlafsäcke, Koffer, Rucksäcke. Ein riesiges Flüchtlingscamp mit geschätzt 3.000 Leuten. Die paar Handvoll Helfer im MigrationAid-Center, die die Spenden und Hilfsgüter sammeln und verteilen, sind heillos überfordert. Die hygienischen und gesundheitlichen Verhältnisse sind katastrophal. Kleinkinder und Babys, die auf dem Boden schlafen. Dieses Ungarn soll nach der Dublin-Regel für die Flüchtlinge zuständig sein? Wir reden in Europa über sichere Drittstaaten außerhalb der EU?

Man muss an diesem Bahnhof nur für ein paar Stunden vorbeischaun, um zu wissen, dass nicht einmal das EU-Mitglied Ungarn ein sicheres Land für die Hilfssuchenden ist. Immer wieder kommen Leute aus Wien vorbei - keine zweieinhalb Stunden braucht man mit dem Auto hierher. Und jeder hat eine Familie mit Kindern auf dem Rücksitz, wenn es wieder zurück nach Österreich geht. Legal ist das nicht. Aber egal. Am Sonntag ist sogar ein Autokonvoi von Wien nach Budapest geplant - augenzwinkerndes Motto: "Schienenersatzverkehr".

Es ist, als gäbe es zwei Realitäten: Auf der einen Seite das himmelschreiende Elend und die Regierungen, mit ihrer Abschottungspolitik und ihrer dysfunktionalen Asylpolitik. Auf der anderen Seite die Welle der Hilfsbereitschaft, der Aufstand der "freiwilligen Helfer". Die Berichte und Bilder von den Leuten, die anpacken. Die Hetzer und "Asylkritiker", sie kommen kaum mehr zu Wort. Auch ganz normale Menschen - nicht nur die, die man gemeinhin "Gutmenschen" nennt - , sind jetzt plötzlich stolz darauf, dass sich ihre Gesellschaft von seiner besten Seite zeigt. Plötzlich sind nicht mehr die Guten verzagt, denn die stärken sich in diesen Tagen auch gegenseitig, sondern die selbsternannten Miesmenschen werden auf einmal leise. Das Hetzen und das Ertrinkenlassen ist plötzlich nicht mehr cool.

Das eine Europa versagt. Und das andere zeigt sich von seiner besten Seite.

Load-Date: September 15, 2015

Alle schnell durchwinken; Ungarn zäunt sich gegen Flüchtlinge ab, Mazedonien hat für sie die Grenzen komplett geöffnet: Das Land ist zur schnellsten Etappe auf der Balkan-Route geworden.

ZEIT-online

Dienstag 18. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mazedonien; Ausg. 33

Length: 1529 words

Byline: Thomas Roser

Body

Flüchtlinge aus aller Welt, die um einen Platz im übervollen Zug durch Mazedonien, rangeln.

© Georgi Licovski/EPA/dpa

Die Mittagshitze flimmert über den mit Müll übersäten Gleisen in Gevgelija. Der gelbe Putz bröckelt von den Wänden des abgetakelten Bahnhofs in der süd-mazedonischen Grenzstadt. Im Schatten der umliegenden Lagerschuppen suchen Hunderte erschöpfte Menschen eine kleine Atempause vor der nächsten Etappe der sogenannten Balkanroute auf ihrer langen Reise nach Mitteleuropa.

```
jQuery('#kandil-map').width('100%).height('500px');
L.mapbox.accessToken = 'pk.eyJ1ljoiemVpdG9ubGluZSIsImEiOiJQcFIJLXdlbn0.RdRQOQuzTgkvJ_IOV3EhEA';
var map = L.mapbox.map('kandil-map', 'zeitonline.n6lcd00g', {zoomControl: false});
map.dragging.disable();map.touchZoom.disable();map.doubleClickZoom.disable();map.scrollWheelZoom.disable();
if (map.tap) map.tap.disable();
```

Wegen des Kriegs in seiner syrischen Heimat hat sich der 25jährige Shiyar bereits vor zwei Jahren aus seiner Geburtsstadt Afrin auf den Weg in ein sicheres Leben gemacht: "In meiner Stadt gibt es nichts mehr, kein Leben, kein Brot, nur Waffen." In der Türkei versagten gierige Arbeitgeber dem Flüchtling den Lohn. Und bei der 1.000 Dollar teuren Überfahrt nach Griechenland kenterte das überfüllte Schlepper-Boot. "Überall ist Mafia, wohin du auch kommst, du musst bezahlen", sagt der Englisch-Student mit müdem Blick.

Doch zumindest an Mazedoniens Grenze zu Griechenland werden die Flüchtlinge nicht mehr von Schleppern geschöpft. Drei Kilometer vom Bahnhof entfernt winkt ein schwitzender Grenzbeamter die Flüchtlinge in Gruppen von jeweils 50 Menschen achtlos durch das staubige Niemandsland. "Früher war Mazedonien für Flüchtlinge die schlimmste, nun die leichteste Etappe", sagt in der 160 Kilometer entfernten Hauptstadt Skopje Jasmin Redzeqi, Mitbegründer der Hilfsorganisation Legis: "Die meisten Flüchtlinge verbleiben mittlerweile keine zwölf Stunden mehr im Land."

In wenigen Stunden durch das Land

Alle schnell durchwinken Ungarn zäunt sich gegen Flüchtlinge ab, Mazedonien hat für sie die Grenzen komplett geöffnet: Das Land ist zur schnellsten Etappe auf d....

Tatsächlich galt die nur 180 Kilometer kurze Transit-Strecke durch Mazedonien für Migranten als eine der mühseligsten Abschnitte auf der Balkanroute. Nicht nur geldgierige Schlepper, brutale Straßenräuber, prügelnde Polizisten und geschlossene Internierungslager, die eher Strafcamps als Hilfseinrichtungen glichen, machten die Passage zu einem riskanten Unternehmen. Bei ihren qualvollen Fußmärschen auf den Gleisen der Bahnlinie in Richtung nach Norden zur serbischen Grenze wurden mehrmals Flüchtlinge in den kurvenreichen Bahnböschungen von Zügen tödlich erfasst: Zuletzt kamen im April bei Veles 14 Flüchtlinge auf den Bahnschwellen ums Leben.

Die entsetzten Reaktionen der Öffentlichkeit, aber auch die rasch steigenden Flüchtlingszahlen zwangen schließlich auch die Regierung in Skopje zum Handeln. Erst wurde den illegalen Immigranten der Marsch auf den Schienen verboten und der über die Landstraßen genehmigt. Dann kam Skopje der Forderung der Hilfsorganisationen nach einer Legalisierung des Status der Migranten nach, um sie dem Zugriff der Schlepper und Kriminellen zu entziehen: Kurz nachdem Ungarn die Errichtung eines Zauns an der Grenze zu Serbien zur erhofften Abschottung von den Flüchtlingen angekündigt hatte, verabschiedete Mazedoniens Parlament am 19. Juni ein neues Asylgesetz zur faktisch kompletten Öffnung der Grenzen. Statt tage- oder wochenlang zu Fuß über Mazedoniens Schienen zu stolpern, rumpeln die Flüchtlinge nun per Zug in wenigen Stunden durch das Land.

"Hello my friend" - in brüchigem Englisch bieten Straßenhändler in Gevgelija den ermatteten Durchreisenden Getränke, Zigaretten, Telefonkarten und Strom zum Aufladen ihrer Handys an. Mehrsprachige Informationsplakate des Roten Kreuzes weisen den Flüchtlingen derweil den Weg zum Schnelltransit - und zur Polizeistation. In einer langen Reihe harren sie auf den Erhalt der Bestätigung, der ihnen als Asylsuchenden eine Frist von 72 Stunden setzt, um sich bei einer Asylbehörde zu melden - oder das Land zu verlassen. Rund 32.000 Bestätigungen sind laut Auskunft des Innenministeriums in den letzten beiden Monaten ausgestellt worden - im Durchschnitt 600 am Tag. Jasmin Redzevi schätzt die tatsächliche Zahl der Menschen, die in Gevgelija die täglich mittlerweile sechs Züge nach Norden besteigen, auf mindestens dreimal so hoch - in den letzten Tagen kletterte deren Zahl gar auf 2.000 pro Tag: "Die Polizei kann den Andrang nicht bewältigen."

Skopje weist Kritik zurück

Die Erfahrungen mit dem neuen Asylgesetz seien "positiv", versichert in Skopje dennoch Ivo Kotevski, der Sprecher des mazedonischen Innenministeriums. In zwei Monaten sei es zu keinem Unfall mehr gekommen, die Anzeigen wegen illegalen Menschenhandels auf "praktisch null" gesunken: "Die Schlepper haben kein Business mehr." Die in der EU laut gewordene Kritik an der gelockerten Grenzpolitik beeindruckt ihn kaum. Denn das Flüchtlingsproblem werde aus Griechenland und damit der EU nach Mazedonien "importiert": "Es ist absurd zu fordern, dass wir die EU-Schengengrenze von außen schützen, wenn dies von innen nicht erfolgt."

Sieben Euro kostet die Reisenden die dreistündige Fahrt nach Tabanovce, unweit der serbischen Grenze. Freude über den Andrang bei Mazedoniens vom Bankrott bedrohten Staatsbahnen kommt bei dem Eisenbahner, der mürrisch die Neu-Ankömmlinge auf dem Bahnsteig beäugt, keine auf. "Die kommen zu Fuß hierher, jeden Tag und jede Nacht", sagt er mit einem Achselzucken: "Angenehm ist das für niemand, vor allem nicht für die Leute hier." Zwei Mal pro Tag werde der Bahnhof von den Müllbergen gesäubert: "Aber das nützt nichts. Sie sehen ja, wie das hier aussieht." Weder Griechenland noch Mazedonien oder die Flüchtlinge selbst seien für deren Lage verantwortlich, meint hingegen ein zahnloser Alter: "Die Menschen flüchten, weil sie nicht getötet werden wollen."

Je länger der Weg, desto ausgezehrter die Gesichter und resignierter die Körperhaltung. Neue Sportkleidung und Mobiltelefone künden hingegen von einer eher kurzen Reise. Erst knapp eine Woche ist der aufgeweckt wirkende Schüler Amir Amro aus Damaskus gemeinsam mit seinem Bruder, drei Vettern und deren Mutter unterwegs. Acht Stunden seien sie nach dem Ausfall des Motors in einem völlig überfüllten Schlepperboot von der Türkei nach Griechenland in der Ägäis getrieben: "Es war bitterkalt. Wir standen Todesängste aus."

Alle schnell durchwinken Ungarn zäunt sich gegen Flüchtlinge ab, Mazedonien hat für sie die Grenzen komplett geöffnet: Das Land ist zur schnellsten Etappe auf d....

Wie seine Vettern und Brüder sei er aus Angst vor der Einberufung in die Armee aus Syrien geflüchtet, so der 17-Jährige: "Die ziehen schon 17-Jährige ein. Das ist das sichere Todesurteil." Der Krieg sei längst in die Hauptstadt gekommen, berichtet seine Tante über Bombardierungen, Strom- und Wasserausfall: "Es gibt keine guten Seiten, alle sind böse. Und egal auf welcher Seite die Jungen als Soldat zu kämpfen haben, sie finden den Tod."

Für "unsinnig" hält Legis-Aktivist Redzepi, der schon mehrere Hilfskonvois nach Syrien organisiert hat, denn auch westliche Befürchtungen, dass sich verkappte Terroristen im Flüchtlingsstrom aus Syrien nach Westeuropa schmuggeln könnten. "Die Leute, die flüchten, wollen leben. Nur die Leute, die sich aus den europäischen Ländern nach Syrien als vermeintliche Märtyrer aufmachen, suchen die schwarze Ideologie des Tods: Wenn wir gegen den Terrorismus kämpfen wollen, müssen wir das in unseren eigenen Ländern tun."

Noch einmal füllen Mütter gemeinsam mit ihren Kindern die Wasserflaschen auf. Mitarbeiter einer Hilfsorganisation teilen Nahrungspakete aus. Bahn- und Polizeibeamte drängen die Wartenden vor der Einfahrt des Zuges von der Bahnsteigkante zurück. Was seine nächste Station sein werde, wisse er nicht, er hoffe nur, seine in der Türkei verbliebene Mutter und seine beiden Schwestern einmal in ein "sicheres Land" bringen zu können, sagt der bedrückt wirkende Shiyar: "Ich wollte sie nicht zurücklassen, aber war dazu gezwungen." Vielleicht sei Deutschland ein "gutes Land": "Dort zeigen sie wenigstens noch Verantwortung - und nehmen Flüchtlinge auf." Angst habe er vor allem vor der Passage durch Ungarn: "Ich habe gehört, dass sie dort die Menschen schlagen."

Amir und sein munterer Vetter Wasem haben eigentlich noch viele Fragen: "Stimmt es, dass sie in Ungarns Wäldern die Menschen ausrauben? Werden wir in Deutschland studieren dürfen?" Doch das Quietschen der Eisenbahn-Bremse mahnt zum Aufbruch. Der Zug ist viel zu kurz, nicht jeder findet Platz. Kinder weinen, Männer fluchen. Vor einem Waggon liefern sich zwei Pakistani und ein syrischer Familienvater ein aufgebrachtes Handgemenge. Hektisch drängen sich die Reisenden durch Fenster und Türen in die altersschwachen und aufgeheizten Waggonen. Wenige Stunden später werden sie schon durch Felder und Wälder über die grüne Grenze nach Serbien stapfen. "Bete für uns, dass unsere Reise gut endet", ruft beim Abschied mit besorgtem Lächeln ihre Tante.

Load-Date: August 18, 2015

**Ex-Präsident Sarkozy vergleicht Zustrom von Migranten mit Rohrbruch;
Frankreichs früherer Staatschef kritisiert die EU-Pläne zur Verteilung von
Flüchtlingen. Das sei, als ob ein Klempner bei einem Rohrbruch nur das
Wasser verteilt.**

ZEIT-online

Freitag 19. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 25

Length: 361 words

Body

Auch als Staatspräsident verfolgte Sarkozy einen harten Kurs gegen illegale **Migration**.

©Tim Brakemeier/dpa

Der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy hat den Zustrom von **Migranten** in Europa mit einem Rohrbruch verglichen und die EU-Pläne für Quoten zur Verteilung von **Flüchtlingen** kritisiert. Die Lösung der EU-Kommission für das "Problem der Einwanderung ist es, nicht zu reduzieren, sondern zu verteilen", kritisierte Sarkozy vor Mitgliedern seiner konservativen Partei Die Republikaner nahe Paris. Die Pläne seien so, als wenn ein Klempner bei einem Rohrbruch nicht das Wasser stoppen, sondern es in der Wohnung gleichmäßig verteilen wolle.

"In einem Haus gibt es ein Abwasserrohr, das explodiert und sich in der Küche verbreitet", sagte Sarkozy. "Der Klempner trifft ein und sagt: Ich habe eine Lösung. Wir behalten die Hälfte in der Küche, tun ein Viertel ins Wohnzimmer, ein Viertel ins Schlafzimmer der Eltern, und wenn das nicht reicht, bleibt noch das Kinderzimmer." Sarkozy hatte einst als Innenminister eine harte Linie gegenüber Einwanderern verfolgt und mit der Äußerung für Empörung gesorgt, die Migrantenviertel am Rand von Paris "mit dem Kärcher reinigen" zu wollen.

Auch als Präsident war sein Kurs hart. So wurden während seiner Regierungszeit zahlreiche Roma-Camps aufgelöst und die Menschen abgeschoben. Das französische Vorgehen hatte erhebliche Kritik der EU-Kommission ausgelöst. Brüssel hat Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Abschiebungen, weil sie möglicherweise gegen das Gebot der Freizügigkeit in der Europäischen Union verstoßen.

Sarkozy sagte nun, Gesellschaften müssten Durchmischung der Völker nicht fürchten, doch müsse darüber diskutiert werden, wie viele Menschen ein Land aufnehmen könne und wie sie aufgenommen würden. Er sprach sich zudem für eine Debatte über das Staatsbürgerschaftsrecht aus. In Frankreich gilt, dass Kinder, die auf französischem Boden geboren werden, die französische Nationalität erhalten. Mehrere Mitglieder der Republikaner sprachen sich kürzlich aber dafür aus, die Nationalität abhängig von der Herkunft der Eltern zu machen.

Ex-Präsident Sarkozy vergleicht Zustrom von Migranten mit Rohrbruch Frankreichs früherer Staatschef kritisiert die EU-Pläne zur Verteilung von Flüchtlingen. Das....

Load-Date: June 19, 2015

End of Document

"Es gibt keinen Flüchtlingsrabatt für Erdogan"; Der Türkei-Deal wirkt, sagt CSU-Vize Weber. Trotzdem dürfe man Ankara nicht zu weit entgegenkommen. Eine europäische Flüchtlingsquote hält er noch immer für erreichbar.

ZEIT-online

Freitag 15. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Manfred Weber; Ausg. 16

Length: 1186 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan

© Olivier Douliery/AFP/Getty Images

ZEIT ONLINE: Herr Weber, derzeit kommen weniger als 200 **Flüchtlinge** pro Tag in Deutschland an. Hat sich die CSU-Forderung nach einem Kurswechsel in der deutschen **Flüchtlingspolitik** damit erledigt?

Manfred Weber: Die Europäische Union hat Recht und Ordnung wieder durchgesetzt. Es ist uns gelungen, die Kontrolle über die **Flüchtlingsströme** zurückzugewinnen und das Durchwinken über den Balkan zu beenden. Der Türkei-Deal wirkt und das ist ein großer Erfolg Europas. Die CSU hat immer gefordert, dass wir wieder zu Recht und Ordnung zurückkehren und die Grenzen schützen. Das ist jetzt geschehen.

ZEIT ONLINE: Die nationalen Maßnahmen, die ihre Partei immer verlangt hat, wie etwa die Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze oder die Einführung einer deutschen Obergrenze, sind derzeit also nicht mehr notwendig?

Manfred Weber (CSU) ist Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament und Mitglied des CSU-Präsidiums. Im Europa-Parlament sitzt er seit 2004.

© Bernd von Jutrczenka/dpa

Weber: Wir haben die Zurückweisungen an der griechisch-türkischen Grenze. Das, was wir in der CSU gefordert haben, wird in Europa also praktiziert. Entscheidend ist, was am Schluss rauskommt. Es kommen heute nur noch wenige Flüchtlinge in Passau an, wir haben wieder Kontrolle über den Zuzug.

ZEIT ONLINE: Anfang des Jahres hat ihre Partei eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen für Deutschland gefordert. In den ersten drei Monaten des Jahres sind bereits 170.000 Flüchtlinge registriert worden. Was passiert, wenn die Zahl von 200.000 überschritten wird?

"Es gibt keinen Flüchtlingsrabatt für Erdogan" Der Türkei-Deal wirkt, sagt CSU-Vize Weber. Trotzdem dürfe man Ankara nicht zu weit entgegenkommen. Eine europäis....

Weber: Die Frage der EU-Kontingentierung ist mit dem Angebot der Europäer an die Türkei, 72.000 Flüchtlinge aufzunehmen, zunächst einmal beantwortet. Für mich ist zentral, dass wir heute sehr weit weg sind von den Tages- und Wochenzahlen des vergangenen Jahres, als eine Million Menschen nach Deutschland kamen.

Kein Rabatt für Erdogan

ZEIT ONLINE: Um das zu erreichen, musste Europa dem türkischen Präsidenten Erdogan weit entgegenkommen, zum Beispiel bei der Frage der Visa-Liberalisierung. Wie abhängig ist Europa nun von Erdogan?

Weber: Es geht um eine vernünftige Partnerschaft. Die Türkei braucht Europa genauso wie umgekehrt. Wenn die Türkei bei der Rückübernahme illegaler Migranten, der Bekämpfung der Schleuser und weiteren Maßnahmen liefert, tragen auch wir unseren Teil bei. Klar ist, dass es bei der Visaliberalisierung keinen Flüchtlingsrabatt gibt. Die Türkei muss die Auflagen erfüllen.

ZEIT ONLINE: Der EU-Türkei Deal enthält auch die Absichtserklärung, der Türkei Hunderttausende weitere Flüchtlinge abzunehmen, wenn über das Mittelmeer keine Migranten mehr kommen. Wird das wirklich passieren und wie könnten die anderen europäischen Länder dazu gebracht werden, sich daran zu beteiligen?

Weber: Die 72.000 sind ein guter erster Schritt. Wir hatten ja Monate des puren Streits in der EU. Nun beteiligen sich eine Reihe Länder an diesem Kontingent, auch Portugal und Frankreich zum Beispiel. Deswegen plädiere ich dafür, das jetzt einfach mal umzusetzen. Dann werden heute zögerliche Staaten die Erfahrung machen, dass es gar nicht so schlimm ist, Flüchtlinge aufnehmen. Die Ängste, die europaweit von Populisten und Extremisten geschürt werden, werden sich als Lügen entlarven, wenn klar ist, wem wir helfen: Menschen aus dem syrischen Bombenhagel zum Beispiel.

Wir als EVP werden im Europäischen Parlament aber auch weiter Druck machen, dass wir eine verbindliche Quote zur Verteilung der Flüchtlinge in Europa bekommen. Wir brauchen eine Art Königsteiner Schlüssel für Europa. Brüssel - also EU-Kommission und Europäisches Parlament - sind bereit, diesen Schritt zu gehen. Wir erwarten, dass auch die nationalen Regierungen mehr und mehr mitziehen.

Argumentieren statt Drohen

ZEIT ONLINE: Bisher sind dazu nicht viele europäische Länder bereit. Wie realistisch ist es, dass es so einen Verteil-Schlüssel jemals geben wird?

Weber: Ich zähle zu den Optimisten. Die erste Frage war für alle in Europa zunächst die Grenzsicherung. Wenn es uns gelingt, die Grenzen in Europa strikt zu kontrollieren, dann wird auch die Offenheit vieler Staaten für einen Solidaritätsmechanismus zunehmen. Die Osteuropäer wissen, dass es auch an der Ostgrenze Europas, etwa zur Ukraine, zu einer Situation kommen kann, in der sie auf die Solidarität der anderen Europäer angewiesen sein könnten. Ich setze bei diesen Gesprächen auf die Macht des Arguments.

ZEIT ONLINE: Wieso droht Europa den Staaten, die sich nicht beteiligen wollen, nicht einfach mit handfesten Nachteilen zum Beispiel in finanzieller Hinsicht?

Weber: Drohungen werden keine Gemeinschaft stärken. Wir sind eine Gemeinschaft, in der wir argumentieren müssen. Und es gibt auch in diesen Staaten eine Debatte über die Flüchtlingspolitik, die in Deutschland zu wenig wahrgenommen wird. Es gibt überall vernünftige, verantwortungsbewusste Politiker, die sagen, wir müssen zur Flüchtlingsfrage einen Beitrag leisten, Europa muss zusammenhalten. Diese Kräfte müssen wir stärken.

ZEIT ONLINE: Die CSU hat immer kritisiert, dass Europa zu viele Kompetenzen an sich zieht. Jetzt plant die Kommission, künftig eine europäische Asylbehörde über Asylverfahren entscheiden zu lassen. Ist das eine weitere Anmaßung der EU?

"Es gibt keinen Flüchtlingsrabatt für Erdogan" Der Türkei-Deal wirkt, sagt CSU-Vize Weber. Trotzdem dürfe man Ankara nicht zu weit entgegenkommen. Eine europäis....

Weber: Die Frage der Behörde ist nicht entscheidend und steht nicht auf der Tagesordnung. Wichtig ist, dass wir europaweit gleiche Kriterien für Asylverfahren bekommen. Christen aus dem Irak wurden bisher beispielsweise in Schweden anerkannt, in Griechenland nicht. Solche Unterschiede sind nicht sinnvoll.

ZEIT ONLINE: Österreich beginnt jetzt mit dem Zaunbau am Brenner - das Bundesinnenministerium will die Kontrollen an der deutschen Grenze dagegen Mitte Mai eventuell wieder aufheben. Ist das der richtige Weg?

Weber: Wir wollen alle langfristig wieder zum Schengen-Prinzip zurückkehren. Offene Grenzen sind ein großer Erfolg Europas und werden von den Menschen auch als solcher empfunden. Für eine Grenzöffnung müssen drei Kriterien gelten: Die Außengrenzen müssen funktionieren, die Flüchtlingszahlen müssen stabil niedrig sein und die Sicherheitslage muss es zulassen, dann können wir zur rechten Zeit über die Aufhebung der vorübergehenden Grenzkontrollen reden.

Den Extremisten die Maske runterreißen

ZEIT ONLINE: Angesichts der Wahlerfolge der AfD hat ihr Parteichef Horst Seehofer seine Forderung nach einem Kurswechsel auch auf andere politische Bereiche über die Flüchtlingspolitik hinaus ausgedehnt. Halten Sie das ebenfalls für notwendig?

Weber: Im Umgang mit den Demagogen ist es das Wichtigste, dass wir die Sachprobleme lösen, da sind CDU und CSU in der Flüchtlingskrise jetzt gemeinsam auf einem guten Weg. Aber wir müssen den Populisten auch die Maske herunterreißen. Die Tatsache, dass die AfD aus der Fraktion der britischen Tories im Europäischen Parlament rausgeschmissen wurde, ist ein deutliches Zeichen. Die AfD entwickelt sich zu einer extremen Partei, die ins Lager der französischen Le-Pen-Partei drängt.

Load-Date: April 15, 2016

Es gibt keine 143.000 verschwundenen Flüchtlinge; 13 Prozent der Asylsuchenden sind für die Behörden nicht mehr auffindbar. Was klingt wie ein Skandal, entpuppt sich als Rechenproblem.

ZEIT-online

Freitag 26. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 10

Length: 828 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

Künftig sollen die Daten von **Flüchtlingen** für alle Behörden gleichermaßen zugänglich sein. So sollen Doppelregistrierungen vermieden werden.

© Friso Gentsch/dpa

Das Wichtigste zuerst: Nein, es sind keine 143.000 **Flüchtlinge** einfach verschwunden. Sie sind auch nicht untergetaucht oder in die Illegalität abgewandert. Das Problem liegt überhaupt nicht bei den **Flüchtlingen**. Sondern in der deutschen Bürokratie. Und eigentlich ist es auch schon fast behoben.

Am Freitag hatte die *Süddeutsche Zeitung* gemeldet, das Bundesinnenministerium habe eingeräumt, dass rund 13 Prozent der Menschen, die 2015 als **Asylsuchende** registriert worden sind, nicht bei der zuständigen Aufnahmeeinrichtung angekommen seien. Insgesamt waren 1,1 Millionen **Flüchtlinge** neu erfasst worden. "Somit geht es also um mehr als 130.000 Menschen, die nicht in der Unterkunft ankommen, die ihnen zugewiesen wurde", schreibt die SZ weiter.

Bis hierhin ist alles korrekt. Dann jedoch folgt ein fataler Satz: "Als mögliche Gründe nennt das Ministerium unter anderem Weiterreisen in andere Länder und das 'Untertauchen in die Illegalität'." Die SZ zitiert aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke. Aber sie gibt die Antwort nur verkürzt wieder. Was in der Meldung fehlt, sind zwei weitere Gründe, die in der Regierungsantwort genannt werden: Rückreisen in das Heimatland. Und die Schwäche des von den Behörden genutzten Registrierungsprogramms.

Menschen doppelt gezählt

So bleibt hängen: Tausende Flüchtlinge gehen in den Untergrund. Entsprechend groß ist die Aufregung. Doch das ist falsch. Eine kurze Nachfrage beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) reicht aus, um aufzuklären, was wirklich los ist.

Es gibt keine 143.000 verschwundenen Flüchtlinge 13 Prozent der Asylsuchenden sind für die Behörden nicht mehr auffindbar. Was klingt wie ein Skandal, entpuppt

Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, werden sie gezählt. Aber zunächst nicht als Individuum erfasst. Die Bundespolizei registriert also beispielsweise an der deutsch-österreichischen Grenze, dass wieder hundert neue Flüchtlinge angekommen sind, und trägt das in das elektronische System Erstverteilung von Asylbegehrenden (EASY) ein. Dann wird entschieden, in welche Erstaufnahmeeinrichtung diese Menschen geschickt werden, beispielsweise nach Hamburg.

Was bislang jedoch nicht registriert wird, sind die Namen der Flüchtlinge. Denn es geht nur darum, Menschen entsprechend der Aufnahmekapazitäten der Bundesländer und Kommunen über die Republik zu verteilen. Einzelinteressen der Flüchtlinge sind da nicht relevant. Niemand weiß also, ob der einzelne Flüchtling vielleicht ein anderes Ziel hat als die ihm zugewiesene Stadt.

Doch viele Flüchtlinge wissen genau, wohin sie wollen. Nicht nach Hamburg, sondern beispielsweise nach Schweden. Tausende fuhrten durch die Hansestadt, ohne sich hier anzumelden. Stattdessen reisten sie in die Fährhäfen an die Ostsee, um von dort weiter nach Norden zu kommen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein berichtete im Herbst von rund 70.000 Menschen, die so nach Skandinavien weiterzogen. Sie alle fallen aus der Statistik.

Phänomen Reiseschwund

Genauso "verschwand", wer bei einem Verwandten oder Bekannten unterschlüpfen konnte. Oft war das den Kommunen sogar recht, denn die Zeltstädte, Baumärkte und Turnhallen waren ohnehin überlastet. In die Statistik gehen diese Menschen aber nicht mehr ein, weil sie sich nicht in einer offiziellen Einrichtung angemeldet haben.

Ebenso wenig wie Flüchtlinge, die mit einem festen Plan nach Deutschland kamen, der nicht in den Verteilmechanismus der Behörden passte. Wer beispielsweise nach Hamburg geschickt wurde, aber lieber nach Stuttgart ging und sich dort neu anmeldete, weil er schon in Syrien für Daimler gearbeitet hatte, produzierte in der Statistik sogar einen doppelten Fehler: In EASY wurde er zweimal eingetragen. In Hamburg wurde er für die Behörden zugleich unsichtbar.

Das BAMF nennt dieses Phänomen "Reiseschwund". Vermutlich wird es sich in nächster Zeit weitgehend erledigt haben. Denn Mitte Februar trat das sogenannte Datenaustauschverbesserungsgesetz in Kraft. Seither werden beim ersten Kontakt eines Flüchtlings zu einer Behörde alle seine persönlichen Daten erfasst - auch der Name. Die so Registrierten bekommen den neuen Flüchtlingsausweis ausgehändigt. Auf diese Stammdaten können alle Einrichtungen zugreifen, die später mit dem Flüchtling zu tun haben. So soll verhindert werden, dass Flüchtlinge doppelt registriert werden oder aus dem System verschwinden.

Die Diakonie Deutschland hat nun vorgeschlagen, dieses neue System zu nutzen, um Verwandte schneller zusammenzuführen. Denn oft reisen nicht alle Familienmitglieder gleichzeitig ein. Kommen sie aber nacheinander, werden sie gegenwärtig noch in unterschiedliche Gegenden verteilt und dürfen seit der Verschärfung des Asylrechts auch nicht mehr so ohne Weiteres umziehen.

Load-Date: February 26, 2016

Deutsch lernen nebenher; Wie lassen sich Hunderttausende Flüchtlinge zügig in den Jobmarkt eingliedern? Auf einem Kongress in Berlin gab es dazu einige Ideen und einen Abgleich mit der Realität.

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Integration; Ausg. 12

Length: 893 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Ein afghanischer und ein indischer **Flüchtling** in einer Fortbildungsakademie in Dresden

© Oliver Killig/dpa

Wenn es in der **Flüchtlingskrise** um Zahlen geht, gerät häufig einiges durcheinander. Ein Mann wie Frank-Jürgen Weise schafft da gerne Ordnung. Ist schließlich sein Job. Als Leiter des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** kümmert er sich nicht nur um die Bearbeitung der **Asylanträge** von Hunderttausenden, er soll in seiner zweiten Funktion als Vorsitzender der Bundesagentur für Arbeit auch dafür sorgen, dass diese Hunderttausenden bald einen Job bekommen. Nur, erst einmal muss klar sein, von wie vielen Menschen wir überhaupt sprechen.

Weise steht an einem Rednerpult. Vor ihm: Hunderte Verwaltungsangestellte von Kommunen aus ganz Deutschland, Vertreter von **Flüchtlingsorganisationen**, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen. Alle haben sich zu einer Tagung in Berlin versammelt, um zu beraten, wie sich die Integration der **Flüchtlinge** und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt organisieren lässt. Weise sagt, in den vergangenen drei Jahren seien insgesamt 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. Nur die Hälfte dieser Neuankömmlinge habe aber eine dauerhafte Bleibeperspektive, also etwa 660.000 Menschen. "Das ist keine Überflutung von Deutschland", stellt er nüchtern fest. Es sei aber auch nicht unbedingt ein Glück, sondern eine "Belastung für den Arbeitsmarkt".

Weise sagt, dass 70 Prozent der Flüchtlinge im arbeitsfähigen Alter seien, viele wären sogar sehr jung. Nur etwa zehn Prozent könnten eine höhere oder akademische Bildung vorweisen und hätten Fremdsprachenkenntnisse wie Englisch und Französisch. Das sind die möglichen Fachkräfte, nach denen Deutschland sich so sehnt. Leicht vermittelbar, sobald sie ein bisschen Deutsch gelernt haben. Umso schwieriger wird es mit dem weitaus größeren Teil der Einwanderer, die solche Fähigkeiten nicht vorweisen können, zumal nicht auf Papier.

Branchenspezifische Sprachkurse

Deutsch lernen nebenher Wie lassen sich Hunderttausende Flüchtlinge zügig in den Jobmarkt eingliedern? Auf einem Kongress in Berlin gab es dazu einige Ideen und....

Michael van der Cammen leitet in der Bundesagentur für Arbeit den Bereich Migration und Flüchtlinge. Seine Abteilung hat einen Prozessplan entwickelt, mit dem eine Vermittlung in den Jobmarkt möglichst gut funktionieren soll, auch für gering Qualifizierte. "Viele haben noch nie eine Schule von innen gesehen", sagt van der Cammen. "Aber sie schlüsseln schon seit 15 Jahren an Autos herum." Solche Fähigkeiten müssten möglichst früh erfasst und mit in die Datenbanken eingepflegt werden. Bei sehr vielen Flüchtlingen gebe es das Problem, dass sie zwar über spezielle Qualifikationen verfügten, diese aber formell nicht zertifiziert seien, weil sie auch nie nach deutschen Standards erworben wurden.

Was bedeutet das in der Praxis? Die Arbeitsagentur hat sich hierfür die Expertise der Berater von der Boston Consulting Group eingeholt, die ein ähnliches Konzept zur beruflichen Eingliederung von Jugendlichen bereits für BMW entwickelt und nun umgearbeitet hat. Der Titel der Initiative lautet vielsagend: Joblinge. Der Leitsatz: Maßnahmen wie Sprachkurs und berufliche Orientierung nicht nacheinander abspielen, sondern parallel.

Es zeige sich, sagt die Projektleiterin Petra Rahn, dass die meisten Flüchtlinge mit der Vorstellung nach Deutschland kämen, hier gleich arbeiten zu können. Diese Energie solle aber nicht sinnlos unterbunden werden. Viel besser sei es, möglichst früh mit einem Praktikum im Unternehmen zu starten und gleichzeitig einen branchenspezifischen Sprachkurs zu belegen, um sich genau für diese Arbeit vorzubereiten. In den Branchen Hotel, Gastronomie und Lager habe man mit diesem Ansatz bereits gute Erfahrungen gemacht. Wenn die Berufseinsteiger nach etwa einem Jahr mit dem deutschen Arbeitsumfeld vertraut sind und gute Grundkenntnis der Sprache erworben hätten, könne auch eine höhere Ausbildung angestrebt werden.

Flüchtlinge brechen Ausbildung ab

Wie wichtig eine genaue Erfassung der Fähigkeiten und Wünsche der Flüchtlinge auf Jobsuche ist, hat auch Christoph Wesselmann erfahren. Er ist Vorstand des Unternehmens Jobnet.AG, das unter anderem eine onlinebasierte Software zur Arbeitsplatzvermittlung anbietet. Auf dem Kongress in Berlin steht Wesselmann an einem kleinen Stand zwischen Prospekten und Süßigkeiten. "Wir erleben, dass Flüchtlinge, die das Glück hatten, tatsächlich eine Ausbildung beginnen zu können, nach nur wenigen Monaten diese selbst wieder abbrechen", sagt Wesselmann. Das liege häufig auch am geringen Verdienst in der Ausbildungszeit, mit dem man meist keine Familie ernähren, geschweige denn Schulden bei Schleppern abzahlen könne. Daher sei es sinnvoll, genau zu prüfen, wer sich für welchen Weg eigne.

Die Bezahlung ist ohnehin ein sensibles Thema in der Diskussion um eine Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Länger schon versuchen die Arbeitgeberverbände, Ausnahmen vom Mindestlohn für diesen Bereich zu erwirken. Bisher aber blockiert das die Bundesregierung. Der oberste Flüchtlingsmanager Weise positioniert sich dabei klar. "Nein", sagt er "auf keinen Fall darf es eine Diskussion um den Mindestlohn geben." Bei aller Flexibilität, die Deutschland nun von allen Akteuren in der Flüchtlingskrise erwartet, dürfe es hier keine Bewegung geben.

Load-Date: March 17, 2016

Flüchtlingsrückführung soll an Deutschland scheitern; Die Bundesregierung will Marokkaner ohne Aufenthaltsgenehmigung möglichst schnell abschieben. Laut Vizekanzler Gabriel scheitert das jedoch an den deutschen Behörden.

ZEIT-online

Dienstag 19. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Nordafrika; Ausg. 17

Length: 729 words

Byline: Petra Pinzler

Body

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) in Rabat

© Bernd von Jutrczenka/dpa

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) wollte es zunächst selbst nicht glauben, was ihm die marokkanischen Gastgeber erzählten. Aber am zweiten Tag seiner Reise in das nordafrikanische Land, nach ein paar Anrufen und einem "kurzen Kontakt" mit dem deutschen CDU-Innenminister Thomas de Maizière zu Hause, weiß der Vizekanzler es jetzt sicher: Obwohl seit Wochen über die schnelle Rückführung von Marokkanern ohne Aufenthaltsgenehmigung diskutiert wird, hat Deutschland bisher laut Gabriel noch keinen einzigen ins Flugzeug gesetzt.

Und das aus Sicht Gabriels nicht etwa, weil sich deren Heimatregierung weigert, ihre Bürger zurückzunehmen. Nein, der Fehler liegt bei den deutschen Behörden, so jedenfalls sagte es der SPD-Minister in Rabat in die Mikrofone der mitgereisten Journalisten. Die Behörden seien bisher nicht in der Lage, die nötigen Daten wie Fingerabdrücke der mutmaßlichen Marokkaner an die Kollegen dort zu übermitteln. Also wissen diese nicht, wen die Deutschen da eigentlich schicken wollen und ob es sich wirklich um marokkanische Staatsbürger handelt.

Vor ein paar Wochen erst war der deutsche Innenminister nach Marokko gereist und hatte verkündet, dass die Rückführung künftig möglich sei. Die Abschiebungen, so hieß es damals, sollten besonders die Marokkaner treffen, die wegen ihrer geringen Aussicht auf Asyl ihre Pässe wegwarfen und sich als syrische Bürgerkriegsflüchtlinge ausgaben. Deutschland und Marokko vereinbarten, die Identität marokkanischer Staatsbürger anhand von Fingerabdrücken festzustellen. Diese werden in dem nordafrikanischen Land für biometrische Pässe gespeichert.

Normale Anlaufschwierigkeiten?

Flüchtlingsrückführung soll an Deutschland scheitern Die Bundesregierung will Marokkaner ohne Aufenthaltsgenehmigung möglichst schnell abschieben. Laut Vizekanz....

Die marokkanische Seite habe zugesagt, dass sie dann in aller Regel innerhalb von 45 Tagen antwortet, sagte de Maizière, als er Anfang März Nordafrika bereiste. Sein erklärtes Ziel war es damals, die Dauer der derzeit oft monatelangen Rückführungsverfahren in die Maghreb-Staaten deutlich zu beschleunigen. Das Problem der fehlenden Pässe sollte dadurch gelöst werden, dass Marokko Ersatzpapiere ausstellt. Doch schon damals räumte de Maizière auch auf deutscher Seite "logistische und organisatorische Probleme" ein, weil bisher nicht bei allen zuständigen deutschen Städten Fingerabdrücke genommen wurden.

Wenige Wochen später ist nun Gabriel zu Besuch in Marokko und er findet es "schwer zu erklären", dass die Rückführung nun ausgerechnet an den deutschen Ausländerbehörden hake. "Es ist schwer, die marokkanische Regierung davon zu überzeugen, dass sie doch bitte ein ganzes Flugzeug zurücknimmt, wenn wir bislang nicht in der Lage sind, einen einzigen Flüchtling zurück nach Marokko zu bringen", sagte Gabriel. Dass das grundsätzlich passieren müsse, hält Gabriel für dringend geboten: "Wer in Deutschland keine Aufenthaltsgenehmigung hat, der muss das Land verlassen."

Das CDU-geführte Innenministerium äußerte sich gegenüber ZEIT ONLINE zurückhaltend zu den Vorwürfen des SPD-Ministers. "Natürlich gibt es grundsätzlich immer wieder Abschiebungen nach Marokko", sagte ein Sprecher: "Erste Datensätze" seien bereits ausgetauscht worden und erste Identifizierungen erfolgt. "Wenn solche neuen Verfahren etabliert werden, sind gewisse Anlaufschwierigkeiten auf beiden Seiten normal."

24 Tunesier abgeschoben

Anfang März vereinbarte Innenminister de Maizière auch mit der tunesischen und algerischen Regierung eine schnellere Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Allerdings galt das Abkommen mit Marokko als das konkreteste. Mit Tunesien wurde wegen fehlender rechtlicher Grundlagen nur ein Pilotprojekt vereinbart: Anfang April verkündete de Maizière, dass eine volle Chartermaschine mit 24 abgeschobenen Flüchtlingen nach Tunesien geflogen sei. Was danach folgt, ist unklar.

Im vergangenen Jahr waren nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) rund 10.000 Marokkaner nach Deutschland gekommen. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus dem nordafrikanischen Land lag bei 3,7 Prozent. Um auch hierzulande die Bearbeitung der Asylanträge zu beschleunigen, will die Bundesregierung Marokko, Algerien und Tunesien als "sichere Herkunftsstaaten" einstufen. In einem solchen Fall gilt ein Asylantrag aus diesem Land bis zum Beweis des Gegenteils als "offensichtlich unbegründet".

Mitarbeit: Lisa Caspari

Load-Date: April 19, 2016

Kafka auf Lesbos; Wie geht es nach den ersten Abschiebungen für die auf Lesbos gebliebenen Flüchtlinge weiter? Eine Anwältin will ihnen helfen - und stößt auf eine absurde Bürokratie.

ZEIT-online

Dienstag 5. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingslager Moria; Ausg. 15

Length: 762 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Flüchtlinge aus Afghanistan und Pakistan protestieren im Camp Moria auf Lesbos.

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

Sie haben sich direkt an den Zaun gesetzt, dort wo die Kameras sie am besten sehen können. "We want freedom" steht auf den Schildern, die sie hochhalten, "we want freedom" rufen sie im Chor und "not back to Turkey", dazu reißen sie ihre Arme hoch. Ungefähr hundert Männer protestieren an diesem Dienstagmittag am Haupteingang des Lagers Moria auf Lesbos gegen das, was dieses Lager für sie seit dem 20. März ist: ein Gefängnis. Sie dürfen nicht heraus und werden bewacht von griechischen Polizisten in schweren Uniformen und Helmen.

Am Tag eins nach Beginn der sogenannten Rückführungen illegaler **Migranten** in die Türkei ist der Ausnahmezustand auf der griechischen Insel Lesbos schon wieder ein anderer. Heute legten keine Boote mit **Flüchtlingen** mehr ab in die Türkei. Dafür gibt es nun diese Proteste: Die Ungewissheit macht die Insassen des Camps wütend.

Jetzt kommt Kavita Kapur durch das Tor des Lagers. Die 30-Jährige ist eine der wenigen, die hinein dürfen und auch hinaus, und die auch erzählen kann und will über die Situation im Inneren. Die kalifornische Anwältin ist seit einem Monat auf Lesbos, "eigentlich wollte ich hier kochen für die Flüchtlinge", erzählt sie, aber dann war ihre Anwaltslizenz doch nützlicher. Und, dass sie fließend Urdu spricht, die Sprache der Pakistaner im Lager.

Gestern war Kapur bei ihnen. Sie kennt viele der Pakistaner bereits, weil diese bis zum 20. März nebenan im Camp Better days for Moria untergebracht waren, wo auch sie half. Nun waren sie alle aufgeregt. "Sind wir die nächsten, werden wir jetzt abgeschoben?" fragten sie Kapur. "Was passiert jetzt mit uns?" Und Kapur musste immer wieder sagen: "Ich weiß es nicht."

Es gibt so wenige, die etwas wissen. Die sagen können, ob wirklich alle im Lager die Chance haben, Asyl zu beantragen. Das ist der einzige Weg, sich vor den Abschiebungen in die Türkei zu schützen. Die gestern Abgeschobenen hatten laut Auskunft der griechischen Behörden genau das nicht getan: Asyl beantragt.

Kafka auf Lesbos Wie geht es nach den ersten Abschiebungen für die auf Lesbos gebliebenen Flüchtlinge weiter? Eine Anwältin will ihnen helfen - und stößt auf ei....

Die Männer streckten Kapur Zettel entgegen, alle auf Griechisch, und fragten, ob das ihre Asylpapiere seien. Kapur versteht aber kein Griechisch. Viele wussten gar nicht, ob sie schon Asyl beantragt hatten. "Sie verstehen nicht, was passiert", sagt Kapur, "weil sie keine Informationen bekommen oder weil sie diese nicht verstehen". Vor allem jene, die in einem nochmals umzäunten Bereich innerhalb des Camps bleiben müssen, seien getröstet worden, wenn sie den Polizisten im Lager baten, Asyl beantragen zu können. So haben sie es zumindest Kapur erzählt.

Heute nicht, morgen

Also versuchte Kapur, ihnen dabei zu helfen - und bekam es mit der kafkaesken Bürokratie im Camp zu tun. Die Polizisten schickten sie zum Einsatzleiter, der war aber nicht mehr da. Also ging sie in das Büro, in dem die Asylanträge bearbeitet werden sollen. Dort sagte ihr eine freundliche Frau, die Polizei sei dafür zuständig, die Asylantragsteller zu ihnen zu bringen. "Also, was soll ich tun?" fragte Kapur zurück. "Sie arbeiten doch alle für die griechische Regierung, und direkt da drüben sind diese Menschen die Asyl beantragen sollen. Gehen Sie doch einfach mit mir rüber zu denen!" Das könne sie nicht tun, sagte die Frau - und schickte sie zu einem anderen Polizisten, der rauchend im Schatten saß. "Machen Sie sich keine Sorgen, wir werden die heute und morgen nicht abschieben", sagte der Kapur nur. Man werde eine Liste mit ihnen machen. Morgen.

Das reichte Kapur nicht. Also ging sie zurück zu den Pakistanern und erstellte selbst eine Liste all jener die Asyl beantragen wollten. Fast 40 insgesamt. Mit dieser kam sie am Tag darauf, am heutigen Dienstag, zurück ins Camp. In Begleitung eines Polizisten schaffte sie es wieder ins Asylbüro und wollte der Mitarbeiterin die Liste übergeben. Ging aber nicht. "Wir können das nicht annehmen, diese Namen müssen von der Polizei zu uns kommen." Da standen sie sich also gegenüber, die Freiwillige Helferin mit der fertigen Liste und die Regierungsangestellte, die die Liste nicht wollte. Kapur wusste nicht mehr weiter.

Da kam zufällig ein Mitarbeiter des UNHCR vorbei. Beim Flüchtlingshilfswerk, die auch eine Vertretung im Camp haben, wurde sie die Liste endlich los.

Das ist also der Stand an diesem Dienstagmittag. Kapur sitzt jetzt im Schatten vor dem Camp, erschöpft. Sie hofft, dass ihre Liste etwas gebracht hat. Hinter dem Zaun sitzen noch immer die demonstrierenden Pakistaner auf dem Boden und rufen nach Freiheit und Asyl.

Load-Date: April 5, 2016

Ägyptens Geschäft mit den Flüchtlingen; Während die Balkanroute blockiert ist, kommen weiter viele Flüchtlinge über das Mittelmeer. Ägypten versucht nicht, die Schlepper zu stoppen - sondern will profitieren.

ZEIT-online

Mittwoch 29. Juni 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 26

Length: 706 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Flüchtlinge auf einem Rettungsschiff vor Sardinien

© GABRIEL BOUYS/AFP/Getty Image

Omar Ali hat es geschafft. Mit an Bord waren 250 Schicksalsgenossen. 13 Tage dauerte ihre Odyssee von Alexandria nach Italien. "In Ägypten haben wir lediglich die Menschenschmuggler zu Gesicht bekommen, die unser Geld wollten", erinnert sich der junge Mann. Tagelang wartete er in einem Verschlag, bis es eines nachts plötzlich losging. "Die Typen verschwanden, wir stiegen auf das Boot und niemand stoppte uns", berichtete er. 3.000 bis 5.000 Dollar verlangen die Schleuser derzeit für eine Überfahrt nach Lampedusa.

Das Ganze "ist eine sehr diskrete, sehr effektive und hoch korrupte Industrie, die von Ägypten ausgeht", erklärt Tuesday Reitano von der Globalen Initiative gegen transnationale organisierte Kriminalität. Nach Erkenntnissen ihrer Organisation bringen Helfershelfer die **Flüchtlinge** zunächst vom Strand auf ein sogenanntes Mutterschiff, das auf hoher See wartet. Dieser Frachter hat eine komplette Crew und zieht kleine Fischerboote hinter sich her, auf denen die Passagiere dann vor der italienischen Küste wieder ausgesetzt werden. Damit solle verschleiert werden, wo die Menschen herkommen und wer sie geschmuggelt hat, sagt Reitano, Mitautorin einer Studie über das Schlepperunwesen auf dem Mittelmeer.

Auch die EU-Migrationsexperten beobachten Ägypten schon länger, zumal die Zahl minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge dramatisch ansteigt. Bislang wurden über 1.200 ägyptische Kinder und Jugendliche registriert, im Vorjahr waren es nur 94. "Wir müssen dringend mit Ägypten reden, um zu verstehen, was dahintersteckt", heißt es in Brüssel. Örtliche Aktivisten gehen davon aus, dass die Jugendlichen die Zubringerboote steuern und dafür kostenlos einen Platz auf dem Mutterschiff bekommen. Mit etwas Glück bleiben sie in Italien unentdeckt, bekommen Flüchtlingsstatus und werden statt ins Gefängnis in die Schule geschickt.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind 2016 bisher 222.000 Menschen nach Europa übersetzt, zwei Drittel von der Türkei aus über die Ägäis, ein Drittel von Libyen und Ägypten aus nach

Ägyptens Geschäft mit den Flüchtlingen Während die Balkanroute blockiert ist, kommen weiter viele Flüchtlinge über das Mittelmeer. Ägypten versucht nicht, die S....

Italien. Seit dem EU-Vertrag mit der Türkei im März sind die östliche Mittelmeerroute und der Balkan faktisch blockiert.

Dagegen blieben die Zahlen auf der wesentlich gefährlicheren mittleren Mittelmeerroute ähnlich hoch wie im Vorjahr. Seit Anfang 2016 haben 66.000 Menschen über diesen Seeweg Italien erreicht, im gleichen Zeitraum 2015 waren es 70.000. Die meisten kommen aus Eritrea, Sudan und Somalia sowie aus den westafrikanischen Staaten Nigeria, Gambia, Elfenbeinküste, Guinea und Mali.

Aus Europas Angst lässt sich Geld schlagen

Fabrice Leggeri, Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, und UN-Libyenvermittler Martin Kobler jedoch rechnen bis Ende des Jahres mit 300.000 Migranten, also doppelt so vielen wie im Vorjahr. Denn immer mehr Leute machen sich aus Westafrika auf den Weg nach Norden. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, dass wieder mehr Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan von Ägypten aus die Überfahrt versuchen.

Die ägyptische Führung zeigt wenig Interesse, dem Treiben der Schleuser Einhalt zu gebieten, deren Boote in Küstenorten wie Borg Megheisil oder Rasheed im Nildelta ablegen. Die heimischen Hoheitsgewässer sind leergefischt, der Menschenschmuggel für die Seeleute eine willkommene Alternative. Die lokalen Werften erleben einen gewissen Boom. Die schlecht bezahlten Polizisten vor Ort schauen weg oder stecken mit den Banden unter einer Decke.

Bisweilen wird ein Zubringerkahn mit einem Dutzend Fluchtwilligen aufgebracht. Oder die Polizei verhaftet eine Handvoll Migranten, die auf ihr Schlauchboot warteten - wie Anfang Juni an einem Strand nahe Alexandria. Die Drahtzieher jedoch bleiben unbehelligt. Italienische Ermittler wüssten oft bis ins Detail, wann die illegalen Schiffspassagen in See stechen, zitierte kürzlich die Tageszeitung *Fatto Quotidiano* aus Ermittlungsakten. Doch Amtshilfe von ägyptischer Seite gebe es nicht. Stattdessen wartet die Regierung in Kairo auf die Emissäre aus Brüssel. Denn seit dem Abkommen mit Ankara wissen die Mächtigen am Nil, dass sich aus Europas Migrantenangst eine Menge Geld herauschlagen lässt.

Load-Date: June 29, 2016

**Asylantrag im Abschiebeknast; Berlin bringt Asylbewerber aus
Balkanstaaten künftig gesondert unter - in einem früheren
Abschiebegefängnis. Ihre Chancen auf Asyl sind tatsächlich gleich null.**

ZEIT-online

Mittwoch 30. Dezember 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 52

Length: 1134 words

Byline: Johanna Roth

Body

Das Gebäude des Abschiebegefängnisses in Berlin-Grünau (Archiv)

© picture-alliance / dpa

Das Abschiebegefängnis Berlin-Grünau steht seit Jahren so gut wie leer. Das Land schiebt mehr Menschen ab als früher, dafür aber schneller - und ohne vorherige Inhaftierung. Das Gebäude begann zu verfallen, die Instandhaltungskosten blieben. Nun hat sich die Regierung etwas einfallen lassen: Statt Abschiebehäftlingen sollen **Asylbewerber** einziehen, Menschen, über deren Zukunft in Deutschland also noch gar nicht entschieden wurde. Sie dürfen zwar ein- und ausgehen, müssen aber in dem Gefängnisbau auf die Entscheidung über ihren Antrag warten.

Davon abgesehen sind die Unterschiede zwischen Bewohnern und Abschiebehäftlingen nicht groß. Denn es sollen ausschließlich **Asylbewerber** aus sicheren Herkunftsstaaten in Grünau unterkommen. Ihr **Asylgesuch** hat kaum eine Chance. Zu diesen Staaten gehören Albanien und der Kosovo sowie Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien. Wie früher werden in den ehemaligen Gefängniszellen von Grünau also Menschen sitzen, die wissen, dass sie eher früher als später in ihre Heimat zurückkehren müssen.

Damit setzt Berlin nach Bayern als zweites Bundesland um, was Bund und Länder schon seit dem vergangenen Sommer anstreben: eine Sortierung der Flüchtlinge nach Heimatländern und Bleibechancen. Man will sich auf jene konzentrieren, die ein Bleiberecht bekommen sollen, und die anderen mit möglichst wenig Aufwand umso schneller loswerden.

Das ist ein wichtiges Kriterium, besonders in Berlin, dessen Verwaltungsabläufe immer wieder bemängelt werden. Abschiebungen seien nun mal einfacher durchzuführen, wenn möglichst viele der abgelehnten Asylbewerber am selben Ort seien, sagt eine Sprecherin der zuständigen Senatsverwaltung. Müsse man sie erst einzeln aus anderen Unterkünften holen, sei das ungleich mehr Aufwand.

Asylantrag im Abschiebeknast Berlin bringt Asylbewerber aus Balkanstaaten künftig gesondert unter - in einem früheren Abschiebegefängnis. Ihre Chancen auf Asyl

Schon Mitte Juni hieß es in einem gemeinsamen Beschluss der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung in umständlicher Managersprache: "Ein optimaler Einsatz der begrenzten Ressourcen und eine maximale Verfahrenseffizienz sollen durch Clustern von Verfahren unter Federführung des Bundes und enger Zusammenarbeit der beteiligten Akteure erreicht werden."

Zwei Klassen von Flüchtlingen

Clustern bedeutet: Konzentrieren, zusammenfassen - abgrenzen. Da die Verfahren von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern nicht mehr Ressourcen schlucken sollen als unbedingt nötig, kam man auf die Idee, diese Verfahren auch räumlich zu bündeln. Treibende Kraft dabei war die CSU, und so war Bayern das erste Land, das eine Lösung präsentierte: Noch im Spätsommer entstanden in Bamberg und Manching zwei sogenannte Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) speziell für Asylbewerber aus Balkanstaaten.

Dort achtet man vor allem auf eins: Tempo. Innerhalb von 10 Tagen erhalten die Asylbewerber in Bamberg ihren Bescheid. Alle zuständigen Behörden haben vor Ort eine Außenstelle, nach weniger als vier Wochen Aufenthalt reisen die Menschen zurück in ihre Heimatländer. Bisher hat niemand dort ein Bleiberecht oder eine Duldung erhalten, auch wenn theoretisch die Chance bestünde, bei Schwerkranken zum Beispiel.

Kritiker werfen der Regierung vor, durch die unterschiedliche Behandlung von Asylbewerbern nach Herkunftsländern eine Zweiklassengesellschaft unter Geflüchteten zu fördern. Der Berliner Linken-Abgeordnete Hakan Tas, auf dessen parlamentarische Anfrage im Abgeordnetenhaus die Pläne der Senatsverwaltung erst öffentlich wurden, ist empört, dass in Berlin nun Ähnliches geschehen könnte: "Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern in extra dafür geschaffenen Notunterkünften unterzubringen, ist diskriminierend und nicht hinnehmbar." Er fordert die Verwaltung auf, die Pläne sofort zu stoppen.

So straffe Abläufe wie in den bayerischen AREs wünscht man sich offenbar auch in Berlin. Mehr Effizienz im Asylverfahren hat das Land bitter nötig: Die Verwaltung ist mit der Aufnahme der Flüchtlinge überfordert, das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) kommt mit der Registrierung der Asylbewerber nicht hinterher.

Wie in Bamberg das komplette Asylverfahren in der Einrichtung durchzuführen, ist allerdings nicht geplant. Die Asylbewerber müssten nach wie vor zum Lageso, sagt die Sprecherin der Senatsverwaltung. Durch ihre spezielle Unterbringung erfülle man dennoch die gesetzlichen Vorgaben der Bundesregierung. In der ersten Asylrechtsverschärfung im Oktober waren rasche und effektive Abschiebungen eines der zentralen Themen gewesen.

Das Bundesinnenministerium wusste bislang nichts von den Plänen Berlins, wie ein Sprecher mitteilt. Ebenso wie die Durchführung von Abschiebungen seien die Einrichtungen entsprechender Unterkünfte "reine Ländersache". Das Ministerium befürwortet aber das Vorgehen der Berliner Senatsverwaltung: Sowohl die Einstufung mehrerer Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer als auch die "priorisierte Bearbeitung" dieser Fälle zeigten Wirkung, so der Sprecher.

Tatsächlich stammt die Idee der gesonderten Unterbringung aus einer Zeit, in der neben Syrern die Asylbewerber vom Balkan einen Großteil der Flüchtlinge ausmachten. Nach einem Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) von Anfang Dezember lagen Albanien und der Kosovo zwischen Januar und November 2015 auf Platz zwei und drei der Heimatstaaten von Asylbewerbern in Deutschland. Inzwischen sind die Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten stark zurückgegangen. Im November kamen weniger als zehn Prozent aus diesen Ländern, zeigen die aktuellen Zahlen des Bamf.

Die Gitter bleiben vor den Fenstern

Allerdings geht es nicht nur um neu ankommende Asylbewerber. In Bayern werden derzeit auch bereits integrierte Asylbewerber aus Balkanstaaten nun ebenfalls in AREs verlegt. Auch in Berlin erwägt man, die Einrichtung mit Balkan-Flüchtlingen aus anderen Unterkünften aufzustocken.

Asylantrag im Abschiebeknast Berlin bringt Asylbewerber aus Balkanstaaten künftig gesondert unter - in einem früheren Abschiebegefängnis. Ihre Chancen auf Asyl

Die bayerische Regierung setzt besonders auf das Prinzip Abschreckung. Die Asylbewerber sollen nicht nur selbst von der Idee abrücken, in Deutschland eine Zukunft zu suchen, sondern auch in ihren Heimatländern ein "realistisches Bild" von Deutschland vermitteln, wie ein Regierungsvertreter es formuliert. Man hofft, dass noch weniger Menschen vom Balkan kommen. Das könnte auch in Berlin Erfolg haben, wenn klar ist, dass die Asylbewerber in einem ehemaligen Gefängnis wohnen.

Dabei liest sich die Antwort der Berliner Senatsverwaltung auf die Anfrage der Linken teilweise wie die Broschüre eines Immobilienmaklers. Die Entfernung aller Gitter vor den Fenstern sei zwar bisher nicht vorgesehen, "weil die Räume durch die großformatigen Fensterelemente einen gefängnisuntypischen, weitläufigen Charakter bekommen". Immerhin: Die Gitter vor den Fluchtwegen im Gebäude sollen nun entfernt werden - "zur Beseitigung des Gefängnischarakters".

Load-Date: December 30, 2015

End of Document

Merkels Politik ist kein Rechtsbruch; Die Politik der offenen Grenzen sei verfassungswidrig, behaupten Merkels Kritiker. Wenn sie recht hätten, wäre das ein Skandal. Doch so eindeutig liegen die Dinge nicht.

ZEIT-online

Dienstag 2. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 5

Length: 1130 words

Byline: Christine Langenfeld

Body

Ein syrischer **Flüchtling** mit Kanzlerinnen-Foto am Münchner Hauptbahnhof

© Sean Gallup/Getty Images

Wie geht es weiter mit der deutschen **Flüchtlingspolitik**? Das Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung, die auf die europäische Karte setzt, schwindet mit der Hoffnung, dass die Europäische Union die Kraft findet, die **Flüchtlingskrise** zu meistern und die **Flüchtlingszahlen** nachhaltig zu senken. Der Ruf nach einer nationalen "Lösung" an der deutschen Grenze wird lauter.

Die Politik der vermeintlich offenen Grenzen, so wird gesagt, sei rechtswidrig, gar verfassungswidrig und müsse beendet werden, um Recht und Ordnung zu schützen. Eine Bundesregierung, die vorsätzlich und nachhaltig das Recht bricht! Das wäre ein Skandalon! Doch so eindeutig liegen die Dinge nicht!

Denn Deutschland ist Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Dieses regelt das Asylverfahren, die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge und die Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung. Teil dieses Systems ist auch die Dublin-Verordnung. Sie legt fest, welcher EU-Staat für die Prüfung eines Asylantrages zuständig ist. Die europäischen Regelungen überlagern heute das Asylrecht im Grundgesetz, das in der Praxis kaum mehr eine Rolle spielt.

Allerdings funktionieren die europäischen Regelungen, insbesondere die Dublin-Verordnung, heute nicht mehr. Die Staaten an den Außengrenzen der EU, namentlich Griechenland, sind mit der Erfüllung ihrer Dublin-Pflichten überfordert. Bislang reist das Gros der Flüchtlinge über die Balkanroute weiter, vor allen Dingen nach Deutschland. Hier beantragen sie Asyl.

Griechenland fällt aus

Nach der Dublin-Verordnung prüft jeder EU-Mitgliedstaat bei Asylanträgen, die auf seinem Staatsgebiet einschließlich an seiner Grenze gestellt werden, zunächst, ob er selbst bzw. welcher Staat für die Asylprüfung

Merkels Politik ist kein Rechtsbruch Die Politik der offenen Grenzen sei verfassungswidrig, behaupten Merkels Kritiker. Wenn sie recht hätten, wäre das ein Skan....

zuständig ist. Besteht keine deutsche Zuständigkeit, ist der Flüchtling zurückzuüberstellen in den zuständigen Staat, der dann das Asylverfahren durchführt. So der rechtliche Idealfall.

Christine Langenfeld ist Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und Professorin für öffentliches Recht an der Universität Göttingen.

© SVR/David Ausserhofer

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Rücküberstellungen nach Griechenland, das als Erstankunftsstaat in der EU nach dem Dublin-System für die meisten Flüchtlinge zuständig wäre, die nach Deutschland gelangen, scheitern daran, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen dort derartige Mängel aufweisen, dass eine menschenrechtlich gebotene Behandlung nicht gewährleistet ist.

Griechenland fällt damit als Asylstaat aus und Deutschland wird zuständig. Auch Überstellungen in andere EU-Staaten, darunter sogar nach Italien, werden von deutschen Gerichten bis hin zum Bundesverfassungsgericht immer wieder untersagt unter Hinweis auf menschenrechtliche Defizite. Aber selbst wenn Rücküberstellungen rechtlich möglich sind, funktionieren sie in der Praxis oft nicht. Und auch dies geht zu Lasten des Staates, in dem der Asylantrag gestellt wurde, denn nach Ablauf der für die Rücküberstellung festgelegten Fristen wird er für das Asylverfahren zuständig.

Dublin gilt

Angesichts dieser Rechtswirklichkeit hat Deutschland im August 2015 in Wahrnehmung des ebenfalls in der Dublin-Verordnung vorgesehenen Selbsteintrittsrechts entschieden, bei Syrienflüchtlingen das - regelmäßig aussichtslose oder unzulässige - Rücküberstellungsverfahren auszusetzen und das Asylverfahren selbst durchzuführen. Hiermit folgte die deutsche Regierung auch einer entsprechenden Empfehlung der EU-Kommission. Noch ist die Dublin-Verordnung in Kraft und Deutschland hält sich daran.

Einen funktionierenden Ersatz gibt es nicht und auch keine Vorkehrungen dafür, was zu geschehen hat, wenn das System einseitig kollabiert. Das Dublin-System baut darauf, dass alle EU-Staaten rechtsstaatliche Standards bei der Behandlung von Flüchtlingen einhalten können und wollen. Dies hat sich als Fiktion erwiesen. Für Deutschland heißt das im Klartext: Flüchtlinge, die hier einmal angekommen sind, bleiben hier, wenn sie nicht freiwillig weiterreisen. An die Stelle des Zuständigkeitssystems nach Dublin ist das Prinzip der freien Wahl des Asylstaates getreten. Das ist ein Pull-Faktor ersten Ranges.

Kann sich Deutschland nun auf eine Art Notstand berufen und die Vorgaben des EU-Rechts abschütteln nach dem Motto: Wenn die anderen Staaten Dublin nicht beachten, dann dürfen wir uns auch davon lösen und Flüchtlinge an der Grenze zurückweisen? Es ist nicht auszuschließen, dass die Bundesregierung eines Tages zu einer solchen Maßnahme greifen wird.

Dass sie dies bislang nicht getan hat, stellt allerdings keinen Rechtsbruch dar. Denn bei ihren Entscheidungen muss sie die außerordentliche Komplexität der rechtlichen und politischen Gesamtlage berücksichtigen. Es liegt in ihrem politischen Gestaltungsspielraum, zunächst die Priorität auf eine europäische Lösung in Form einer Lastenteilung innerhalb der EU und eines besseren Schutzes der Außengrenzen zu setzen.

Von einer Gefährdung der Staatlichkeit der Bundesländer kann zum jetzigen Zeitpunkt doch ernsthaft nicht gesprochen werden, zumal die Registrierung der ankommenden Flüchtlinge mittlerweile deutlich besser funktioniert. Und auch nicht davon, dass die Bundesregierung sich nicht kraftvoll genug um eine europäische Lösung bemüht.

Schwierige politische Gratwanderung

Die Entscheidung, wann der Versuch, eine solche Lösung zu erreichen, als gescheitert zu betrachten ist und ob dann unter Hintanstellung der Verpflichtungen aus der Dublin-Verordnung nationale Maßnahmen bis hin zu

Merkels Politik ist kein Rechtsbruch Die Politik der offenen Grenzen sei verfassungswidrig, behaupten Merkels Kritiker. Wenn sie recht hätten, wäre das ein Skan....

Zurückweisungen an der Grenze als letztes Mittel in Betracht kommen, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, ist eine schwierige politische Gratwanderung, die umfassende Abwägungen erfordert und sich einer eindeutigen rechtlichen Bewertung entzieht.

Die logistischen Schwierigkeiten, die mit einer effektiven Grenzschießung verbunden sind, mag man noch für lösbar halten; die Auswirkungen auf den Binnenmarkt wie auch die deutsche Volkswirtschaft wären kaum absehbar. Es bestünde die Gefahr, dass die Freizügigkeit ernsthaften Schaden nähme. Welche politischen und ökonomischen Folgen dies für den europäischen Integrationsprozess insgesamt, aber auch die Bewahrung von Humanität und Menschenrechten gegenüber Schutzsuchenden hätte, ist nicht absehbar.

Auch dies sind Elemente der deutschen Verfassungsordnung. Als Bürger darf man erwarten, dass eine Bundesregierung bei ihren Entscheidungen all diese Gesichtspunkte wägt. An sie gerichtete Vorwürfe des Rechts-, gar des Verfassungsbruches und darauf gründende Forderungen nach sofortigen nationalen Lösungen an der deutschen Grenze verkennen dies.

Load-Date: February 2, 2016

End of Document

Was die Türkei von der EU fordert; Rücknahme aller illegalen Flüchtlinge, dafür mehr Geld und politische Fortschritte: Ein Überblick über Einigungen und offene Streitfragen des EU-Gipfels

ZEIT-online

Dienstag 8. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 11

Length: 940 words

Body

Migranten auf dem Weg zum **Flüchtlingscamp** an der griechisch-mazedonischen Grenze

© Alexandros Avramidis/Reuters

Schon im November hat die EU mit der Türkei einen Aktionsplan in der **Flüchtlingskrise** vereinbart, der bislang aber noch nicht zu dem erhofften deutlichen Rückgang der **Flüchtlingszahlen** geführt hat. Beim EU-Türkei-Gipfel bot der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu nun überraschend die Rücknahme aller in Griechenland neu ankommenden **Flüchtlinge** an - was mit weitreichenden Gegenforderungen verknüpft ist. Details sollen bis zum nächsten Gipfel Ende kommender Woche ausgearbeitet werden. In einigen Punkten konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU aber auch einigen. Ein Überblick:

Flüchtlingsrücknahme und Aufnahmekontingente : Ein schon vereinbartes Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber sollte nach dem ursprünglichen Aktionsplan im Juni 2016 vollständig in Kraft gesetzt werden. Die Türkei schlug jetzt vor, alle neu auf den griechischen Inseln ankommenden Flüchtlinge zurückzunehmen - auch die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge. Für jeden abgeschobenen Syrer unter ihnen soll ein anderer Syrer, der schon in der Türkei ist, von den EU-Staaten aufgenommen werden. Wer sich als Flüchtling weiter auf die gefährliche Reise über die Ägäis macht, verspielt die Chance auf eine baldige legale Aufnahme durch das Umsiedlungsprogramm - er müsste sich quasi hinten anstellen. Dass zunächst sämtliche Flüchtlinge aus Griechenland in die Türkei zurückgeschickt werden, soll den Menschen den Grund nehmen, sich aus der Türkei überhaupt noch auf den Weg zu machen. Die Kosten für die Abschiebungen trägt laut Gipfelerklärung die EU.

Visaliberalisierung : Die Türkei machte bislang schon die Rücknahme von Flüchtlingen von der Aufhebung der Visumpflicht für türkische Bürger abhängig. Eine Entscheidung dazu wollte die EU im Oktober oder November treffen. Nun wurde der Türkei in Aussicht gestellt, den Visazwang "bis spätestens Ende Juni" aufzuheben.

Neue Beitrittskapitel : Bei den seit 2005 laufenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hatte sich lange nichts bewegt. Im Dezember löste die EU ihr Versprechen aus dem Aktionsplan ein, ein erstes, neues Beitrittskapitel im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik zu eröffnen. Weitere sind unverbindlich in

Was die Türkei von der EU fordert Rücknahme aller illegalen Flüchtlinge, dafür mehr Geld und politische Fortschritte: Ein Überblick über Einigungen und offene S....

Aussicht gestellt. Die türkische Regierung will jetzt eine Zusage für die Eröffnung von fünf weiteren Kapiteln. Laut Gipfelerklärung wird die Entscheidung über eine Eröffnung nun "so bald wie möglich" vorbereitet.

Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei : Um den 2,7 Millionen in der Türkei lebenden Flüchtlingen aus Syrien bessere Lebens- und vor allem Bleibeperspektiven zu geben, haben die Europäer für die Zeit bis 2017 drei Milliarden Euro bereitgestellt. Davutoglu forderte nun weitere drei Milliarden Euro. Zugesagt wurde auf dem Gipfel vorerst nur, dass die Auszahlung der bisherigen drei Milliarden Euro beschleunigt wird, "um eine erste Reihe von Projekten vor Ende März zu finanzieren". Vage heißt es, es solle auch über "zusätzliche" Finanzmittel entschieden werden.

Sichere Gebiete in Syrien : Die Türkei fordert schon lange Schutzzonen für Flüchtlinge direkt in Syrien. Laut Gipfelerklärung wollen beide Seiten zusammenarbeiten, "um die humanitäre Lage innerhalb Syriens zu verbessern". Dies solle "der örtlichen Bevölkerung und Flüchtlingen erlauben, in Gebieten zu leben, die sicherer sind".

Balkanroute : Über die Balkanroute kamen seit dem vergangenen Jahr von Griechenland aus Hunderttausende Menschen, die meisten von ihnen hatten als Ziel Deutschland. "Der irreguläre Zustrom von Migranten entlang der Westbalkanroute ist jetzt zu einem Ende gekommen", stellt die Gipfelerklärung fest, nachdem Länder entlang der Route ihre Grenzen weitgehend geschlossen haben. Auf Druck von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestrichen wurde aber der Satz, dass die Route "nun geschlossen" ist. Denn er hätte aus deutscher Sicht die bisher kritisierten Alleingänge von Österreich und anderen Balkanstaaten bei Obergrenzen und Grenzsicherungen akzeptiert.

Nothilfe für Griechenland : Wegen der weitgehenden Schließung der Balkanroute sitzen Zehntausende Flüchtlinge in Griechenland fest, die EU-Kommission warnt vor einer "humanitären Krise". Die EU werde "in diesem schwierigen Moment an der Seite Griechenlands stehen und ihr Äußerstes tun", beschloss der Gipfel. Nötig sei "eine schnelle und wirksame Mobilisierung aller verfügbaren EU-Mittel und Ressourcen sowie Beiträge der Mitgliedstaaten". Die Staats- und Regierungschefs unterstützten dabei den Plan der EU-Kommission für ein Nothilfepaket für betroffene Länder innerhalb der EU. Die EU-Kommission hatte vergangene Woche vorgeschlagen, 700 Millionen Euro bis zum Jahr 2018 zur Verfügung zu stellen. Rund 300 Millionen Euro für dieses Jahr sollen demnach vor allem Griechenland zugute kommen. Der Ministerrat soll den Nothilfeplan bis zum nächsten Gipfel in anderthalb Wochen beschließen.

Rückkehr zu Schengen : Die Staats- und Regierungschefs unterstützen als "Priorität" den Kommissionsplan, bis Jahresende wieder zu einem funktionierenden Schengenraum zurückzukehren. Athen soll deshalb weitere Unterstützung beim Schutz der Außengrenzen erhalten, einschließlich derer zu Mazedonien und Albanien. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex soll dafür bei den Mitgliedstaaten zusätzliche Grenzsicherer anfordern. Die Polizeibehörde Europol soll Beamte entsenden, die in Registrierungszentren helfen, mögliche Dschihadisten aufzuspüren sowie beim Kampf gegen Menschenhändler helfen.

Load-Date: March 8, 2016

Wir können nur helfen, wenn Unis uns unterstützen; Viele Studenten engagieren sich für Flüchtlinge. Aber weiter zu helfen und einfach ein Semester dranzuhängen können sie sich nicht leisten. Jetzt müssen Unis helfen.

ZEIT-online

Dienstag 27. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingshilfe; Ausg. 43

Length: 713 words

Byline: Laura Lütt;Jan Günther

Body

Helfer am Berliner Lageso

© Jörg Carstensen/dpa

Eindrucksvoll waren die Bilder an den Bahnhöfen dieses Landes: "Refugees welcome!", riefen Menschen unter buntbemalten Pappschildern. Sie reichten denjenigen Obst und Wasser, die ohne Sack und Pack hier ankamen. Nicht das Bild skandierender Nationalisten dominierte die internationale Presse; es war jenes der zigtausend freundlichen Begrüßungsdemonstranten. Unter ihnen waren auch unzählige von uns Studenten. Nun aber endet die vorlesungsfreie Zeit. Der Alltag hat uns wieder.

Nach diesem bemerkenswerten Willkommensrausch muss die Hilfe weitergehen. Nicht nur die Erstaufnahme der Flüchtlinge bringt die Verwaltung und Versorgung an ihre Grenzen - die dauerhafte Integration erfordert die wohl größte Anstrengung. Ob die Begleitung bei Behördengängen, der Deutschkurs für die ganze Familie oder die ganz praktische Integrationshilfe beim Zurechtfinden im öffentlichen Nahverkehr: Nur wenn auch weiterhin alle mit anpacken, können wir das wirklich schaffen.

Doch können wir Studenten das tun, zwischen Professorensprechstunde und Lektüreseminar? Wie vereinbar ist unser Studentenalltag mit dem Engagement für Flüchtlinge? Einfach weitermachen und dafür ein Semester dranhängen? Schon aus finanziellen Gründen für viele eine unmögliche Option. Alleine das Bafög-Amt zahlt nur die Regelstudienzeit. Dabei lernen wir durch Engagement oftmals mehr als in jedem Seminar, nicht nur über die Geflüchteten und ihr Herkunftsland, sondern auch über uns selbst. Offenheit und Toleranz kommen nicht von allein - man muss sie üben.

Die Leitungen der Hochschulen sind jetzt gefordert! Die praktischen Tätigkeiten der Studenten müssen anerkannt werden. Neue Module müssen Integrationsarbeit erfassbar und erkennbar machen. Neben deutscher Gründlichkeit ist jetzt auch deutsche Flexibilität gefordert, forderte schon die Kanzlerin.

Wir können nur helfen, wenn Unis uns unterstützen. Viele Studenten engagieren sich für Flüchtlinge. Aber weiter zu helfen und einfach ein Semester dranzuhängen k....

Wenn Lehramtsstudenten Flüchtlinge in Deutsch unterrichten, könnten sie sich das doch als Nebenfach anrechnen lassen. Anfänge gibt es bereits: Das Studium sieht Praxissemester oder begleitende Praxisstudien vor. Die Bielefelder haben mit "Refugees welcome!" ein flüchtlingsbezogenes Projekt in den Katalog praxisnaher Arbeit aufgenommen. Möglichkeiten dieser Art müssen an allen Unis ausgebaut werden.

Wieso machen wir nicht möglich, dass angehende Juristen über das internationale Büro einer Hochschule Rechtsberatung für Asylbewerber leisten und Schlüsselqualifikationen erwerben? Mehr Einblick in das praktische Arbeiten eines Anwalts geht nicht. Ein mittlerweile preisgekröntes Beispiel gibt es an der Uni Halle, das "Praxisprojekt Migrationsrecht". Hier besuchen Studenten Flüchtlinge in ihren Unterkünften, um sie auf mehreren Sprachen über das deutsche Asylrecht aufzuklären.

Vielerorts wird sich außerdem für eine kostenlose und leicht zugängliche Gasthörerschaft für Flüchtlinge eingesetzt. Tandemprojekte, die die Integration an den Unis erleichtern sollen, entstehen. Mithilfe der internationalen Büros übernehmen Studenten Patenschaften für Geflüchtete. Sie bringen ihnen Abläufe an der Hochschule näher oder unterstützen sie bei überforderndem Papierkram. Nicht weniger wichtig ist der soziale Kontakt, das Kennenlernen unserer Gesellschaft und der kulturelle Austausch. Mancherorts treffen sich die Neuankömmlinge mit anderen Studenten, um gemeinsam zu kochen. Dies hilft uns, Vorbehalte abzubauen und die neuen Kommilitonen zu integrieren.

Wenn bereits Erstsemester Leistungspunkte für die Teilnahme an Einführungsphasen bekommen, warum soll es dann nicht ebenfalls Leistungspunkte für erfolgreiche Tandemprojekte geben?

Hochschulen und Prüfungsämter klammern sich zu starr an ihre Modulhandbücher. Doch wer Kompetenzen durch ehrenamtliche Tätigkeit erwirbt und diese in seinem Studium zur Anwendung bringen kann, macht Erfahrungen, die im Hörsaal nicht möglich sind.

Wir befinden uns in der glücklichen Lage, dass sich unzählige Studenten freiwillig für Flüchtlinge engagieren. Das sollten die Unis nicht durch Bürokratie und Starrköpfigkeit verhindern, sondern ihren Beitrag leisten: "Wir schaffen das!"

Load-Date: October 27, 2015

Die tödlichste Fluchtroute der Welt; Nirgendwo sterben so viele Migranten wie im Mittelmeer. Und die Zahl der Toten steigt weiter, wie unsere Grafik zeigt. Trotz aller Rettungsmissionen.

ZEIT-online

Donnerstag 25. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mittelmeer; Ausg. 36

Length: 521 words

Byline: Karsten Polke-Majewski; Sascha Venohr

Body

Einer von 29 Menschen stirbt. Nie zuvor war es so gefährlich für **Flüchtlinge**, das Mittelmeer zu überwinden. Wöchentlich wächst die Zahl der Toten. Mehr als 3.000 **Migranten** sind seit Jahresbeginn schon bei dem Versuch ertrunken, von den Küsten Libyens und Ägyptens nach Europa überzusetzen - weit mehr als im selben Zeitraum des vergangenen Jahres. Für sie ist das Mittelmeer zur gefährlichsten Region der Welt geworden. Fast 80 Prozent aller toten **Flüchtlinge** werden dort gezählt.

Das Sterben im Mittelmeer

Seit 2014 sind auf dem Seeweg mehr als 10.000 Menschen umgekommen oder gelten als vermisst. Die Karte zeigt im Zeitraffer die einzelnen Unglücksfälle.

Quelle: Missing Migrants IOM Copyright: ZEIT ONLINE

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) dokumentiert alle Todesfälle im Mittelmeer, die den Behörden gemeldet werden. Ihre jüngsten Zahlen zeigen eine fatale Entwicklung. Denn obwohl in diesem Jahr bisher etwa ebenso viele Flüchtlinge über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien kamen wie 2015 und obwohl die EU und viele Hilfsorganisationen Rettungsschiffe aussandten, die schon Tausende Menschen vor dem Ertrinken bewahrten, hat sich das Risiko dramatisch erhöht, auf der Überfahrt umzukommen.

Frank Laczko leitet das Datenzentrum der IOM in Berlin. Er führt die steigende Totenzahl auf neue Strategien der Schlepper zurück. Sie schicken die Flüchtlinge auf immer längeren Strecken über das Meer. Schon zwischen Libyen und Italien liegen mehr als 300 Kilometer offene See. Die Route aus Ägypten ist noch weiter. Doch je länger der Weg ist, desto höher ist das Risiko, dass etwas schief geht. Viele der Boote sind nicht seetauglich. Motoren versagen oder haben zu wenig Sprit, die Boote sind undicht oder kentern bei hohem Wellengang.

var

embedDeltas={"100":852,"200":622,"300":555,"400":497,"500":470,"600":450,"700":450,"800":450,"900":450,"1000":450},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-

Die tödlichste Fluchtroute der Welt Nirgendwo sterben so viele Migranten wie im Mittelmeer. Und die Zahl der Toten steigt weiter, wie unsere Grafik zeigt. Trotz....

```
dm3Bg"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,
Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]]|0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";
```

Zudem verwenden die Schlepper immer größere Boote, pferchen immer mehr Menschen hinein. Sie besetzen Schlauchboote mit bis zu 130 Personen, Holzkähne sogar mit 300 bis 700 Menschen. Wenn nur ein solches Boot sinkt, fordert es Dutzende Opfer. Im ersten Halbjahr 2016 gab es beispielsweise zwölf Unfälle, bei denen jeweils mehr als 40 Menschen gleichzeitig ertranken, weil ein großes Schlauchboot unterging. Vier weitere Havarien forderten sogar je mehr als 200 Todesopfer.

Schließlich schicken die Schlepper oft viele Boote gleichzeitig aufs Meer. Das macht es für die Retter der internationalen Flotte schwer, rechtzeitig zur Stelle zu sein, um den Flüchtlingen helfen zu können.

Haben Sie Informationen zu diesem Thema? Oder zu anderen Vorgängen in Politik und Wirtschaft, von denen die Öffentlichkeit erfahren sollte? Wir sind dankbar für jeden Hinweis. Dokumente, Daten oder Fotos können Sie hier in unserem anonymen Briefkasten deponieren.

Load-Date: August 25, 2016

End of Document

Yousefs Schicksalsfrage; Woher kommt Familie Yousef? Aus Syrien, sagen die Yousefs. Aus Armenien, sagen die deutschen Behörden. Deren Indizien aber sind zweifelhaft.

ZEIT-online

Montag 15. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Jesidische Asylbewerber; Ausg. 24

Length: 1629 words

Byline: Ralf Pauli

Body

Eine Gruppe von Jesiden auf dem Weg zur syrischen Grenze

© Rodi Said/Reuters

Es gibt zwei Geschichten vom Schicksal der Familie Yousef. Ihre eigene geht so: Sie sind Jesiden, in ihrer Heimat Syrien wurden sie vom Staat systematisch diskriminiert. Er verweigerte ihnen Pässe, Bildung, Grundrechte. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges sind Jesiden, eine nicht muslimische Minderheit, in Syrien vom Tode bedroht.

Als der Krieg in Hörweite ihres Dorfes rückte, verkaufte Großvater Yousef seine 70 Schafe. Mit dem Geld bezahlte er einen Schlepper, der seinen Sohn Sabri, dessen Frau und ihre vier Kinder vom Nordosten Syriens nach Deutschland brachte, in einen Wald vor Erfurt. Von dort schickte man sie nach Berlin.

So beschreiben die Yousefs ihr Leben und ihre Flucht. Stimmt das, müssten die Yousefs gute Chancen auf **Asyl** in Deutschland haben. Doch wenn die deutschen Behörden über die Yousefs sprechen, klingt es, als gehe es um eine andere Familie aus einer ganz anderen Welt. Aus deren Sicht sind die Yousefs Wirtschaftsflüchtlinge, die sich **Asyl** erschummeln wollen. Sie geben nur vor, aus Syrien zu stammen. Mit "hoher Sicherheit" kommen sie aus Armenien oder einem anderen GUS-Staat. Zu diesem Ergebnis kommt ein Sprachprüfer, den das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) beauftragt hat. Vor drei Wochen wurde der **Asylantrag** der Yousefs abgelehnt. Sie hätten "nach wie vor nicht glaubhaft gemacht, aus Syrien zu stammen", steht in dem Bescheid.

Die Familie Yousef in ihrem Zimmer in der Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Reinickendorf.

© Ralf Pauli

300.000 Anträge auf Asyl, so schätzt das Bundesamt für Migration, werden dieses Jahr in Deutschland gestellt, 50 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Grund sind auch die Kriege in Syrien, der Ukraine und im Irak. Die Ausländerbehörden der einzelnen Bundesländer, die über die Anträge entscheiden, sind überfordert. Die Berliner Behörde kann seit April nicht mehr allen Antragstellern einen Termin geben. Außerdem stehen die Behördenmitarbeiter vor einer fast unlösbaren Aufgabe: Sie sollen feststellen, woher ein Asylbewerber wirklich

Yousefs Schicksalsfrage Woher kommt Familie Yousef? Aus Syrien, sagen die Yousefs. Aus Armenien, sagen die deutschen Behörden. Deren Indizien aber sind zweifelhaft....

kommt, ob er oder sie möglicherweise lügt. Davon hängt ab, ob die Bewerber ein Recht haben, in Deutschland Schutz zu finden.

Der Fall Yousef begann im Dezember 2013 mit einem Behördenfehler. In einem Schreiben informierte das Bamf die Familie über ihre Pflichten gegenüber dem deutschen Staat. Der Brief war auf Kurdisch verfasst, der Muttersprache der Yousefs. Doch die Familie kann nicht lesen und schreiben. Mündlich wird ihr laut Bamf mitgeteilt, dass sie sich bei einem Umzug ummelden muss. Als die Yousefs drei Monate später von der Erstaufnahmeeinrichtung in ein reguläres Flüchtlingswohnheim zogen, gingen sie zur Polizei, um sich umzumelden. Doch die Polizei gab die neue Adresse nicht an das Bamf weiter. Die Vorladung zur Asylanhörung wurde also nicht nachgesendet, die Yousefs ahnten nichts davon und fehlten unentschuldigt. Ihr Asylantrag wurde zum ersten Mal abgelehnt.

Die Interpretation der Sachbearbeiterin: Die Yousefs hätten Angst vor der Anhörung gehabt. Sie seien vorsätzlich nicht erschienen. Das sagt sie der ehrenamtlichen Helferin, die die Yousefs begleitet. Es ist dieselbe Sachbearbeiterin, die auch den Folgeantrag ablehnen wird. Die Yousefs haben zu dem Zeitpunkt keinen Anwalt. Ohne die Hilfe der Ehrenamtlichen wäre ihr Asylverfahren im Mai 2014 endgültig geschlossen worden.

Laut Pro Asyl enden Asylanträge häufig aufgrund nicht zugestellter Post. Selbst wenn der Asylsuchende daran keine Schuld trägt, muss er unverzüglich klagen oder einstweiligen Rechtsschutz beantragen, sonst erlischt sein Anrecht auf einen Folgeantrag.

Sabri Yousef hält den Bescheid in Händen, den er nicht lesen kann. Der amtlich feststellt, dass er lügt. "Wir kommen aus Syrien. Warum glaubt das Bamf uns nicht?" Er fühlt sich ohnmächtig. Seiner Familie droht die Abschiebung.

In diesem Jahr haben bislang mehr als 5.000 jesidische Flüchtlinge in Deutschland Asyl beantragt. Der Großteil flüchtete aus dem Irak und aus Syrien. Diese Gruppen haben die besten Chancen, dass ihr Asylantrag genehmigt wird. Andere Jesiden kommen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, aus der Türkei oder Afghanistan. Sie werden häufiger abgelehnt.

Wenn das Bamf die Herkunft von Jesiden nicht eindeutig klären kann, gewährt es nur einem Teil von ihnen Asyl. In diesem Jahr wird es voraussichtlich 450 unklare Fälle geben; davon werden nach der aktuellen Quote wohl 300 Fälle abgelehnt. Für sie heißt das: kein Asyl, nur eine Duldung, eine Abschiebung ist jederzeit möglich. "Für Familien, die wie die Jesiden in ihrer Heimat verfolgt werden, ist das ein unzumutbarer Zustand", sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour.

Der Fall der Yousefs zeigt, wie wenig das deutsche Asylsystem auf die Schutzbedürftigen eingestellt ist: auf Menschen, die ohne Pässe nicht nachweisen können, dass sie in ihrer Heimat zu einer bedrohten Gruppe gehören. Auf Analphabeten, die weder ihren eigenen Namen noch den ihres Dorfes schreiben können. Auf Menschen vom Land, die noch nie einen Widerspruch verfasst haben.

Die Yousefs haben in ihrem Dorf von Viehwirtschaft gelebt. Für sie ist das deutsche Asylsystem undurchsichtig. Den Eltern fällt es schwer, komplizierte Sachverhalte zu formulieren. Ihre Kinder, die hier zu Schule gehen, sind die ersten in der Familie, die lesen und schreiben lernen.

Wenn ein Asylbewerber keine Papiere hat, die seine Identität belegen können, muss er seine Herkunft anders glaubhaft machen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Sprachprüfung. In Bezug auf die Yousefs hat der vom Bamf beauftragte Sprachprüfer festgestellt: Sie sprechen einen kurdischen Dialekt, der auch in einigen GUS-Staaten geläufig ist, und verstehen kein Arabisch. Für das Bamf ist das ein Beweis dafür, dass sie nicht aus Syrien stammen können.

Doch so einfach ist es nicht. Yilmaz Günay, stellvertretender Vorsitzender des Jesidischen Vereins Berlin, sagt, eine eindeutige Sprachprüfung könne es nicht geben: "Wir Jesiden sind immer vertrieben worden." Wegen des Genozids in Armenien 1915 seien viele armenische Jesiden nach Syrien gekommen. "Ich kenne Dörfer im Irak oder

Yousefs Schicksalsfrage Woher kommt Familie Yousef? Aus Syrien, sagen die Yousefs. Aus Armenien, sagen die deutschen Behörden. Deren Indizien aber sind zweifelhaft....

Syrien, in denen sich die Jesiden einen eigenen Dialekt bewahrt haben", sagt Günay. Er hält es für wahrscheinlich, dass die Yousefs irgendwann aus Armenien in ihren Heimatort Gumar in Syrien nahe der irakisch-türkischen Grenze gekommen sind.

Die Yousefs erzählen ihre Familiengeschichte so: Der Urgroßvater stammt aus der armenisch geprägten türkischen Provinz Kars. In Syrien verbot der Großvater den Kindern dann, Arabisch zu lernen. Außerdem verwehre der syrische Staat Kurden und Jesiden das Schulrecht. Daher sei es nicht verwunderlich, dass in ihrem Kurdisch kaum arabische Einflüsse zu hören seien.

Die Qualifikation der Sprachprüfer in Asylverfahren sei in vielen Fällen nicht nachvollziehbar, kritisiert die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. Die Ergebnisse ihrer Prüfung seien dann aber schwer anzufechten.

Das Bamf hingegen sieht keinen Anlass, am Gutachten des Sprachprüfers zu zweifeln: "Es ist davon auszugehen, dass der - über die allgemeine Qualifikation hinausgehend - zudem aus Syrien (nicht weit entfernt vom behaupteten Herkunftsort der Antragsteller) stammende Sprachgutachter sachkundig ist, um eine entsprechende Begutachtung sachkundig vorzunehmen", stellt es fest. Auf Anfrage weist das Bamf den Sprachgutachter als Experten für Iranistik aus. Ob Kurdisch seine Muttersprache ist, kann das Amt nicht sagen.

Dass der Sprachprüfer die Familie trifft, ist nicht vorgesehen

Der Sprachprüfer hat die Familie Yousef nicht persönlich getroffen, das ist auch nicht vorgesehen. Die Sachbearbeiterin zeichnete für den Prüfer ein Gespräch mit den Yousefs auf, das sie mithilfe eines Dolmetschers führten. Während dieses Gesprächs hörte die Sachbearbeiterin etwas, das sie für das russische Wort *pasibo*, danke, hielt und wertete dies als Indiz dafür, dass die Yousefs aus einem GUS-Staat kämen. Gesagt wurde aber das kurdische Danke, *sipas*. So erzählt es die ehrenamtliche Helferin, die bei dem Gespräch dabei war. Die Sachbearbeiterin äußert sich nicht zu dem Missverständnis. Das Bamf erklärt dazu: "Es ist korrekt, dass es zu dieser Verwechslung gekommen ist. Auf die Entscheidung hatte sie aber keinen Einfluss."

Als das Bamf den zweiten Asylantrag der Yousefs ablehnt, liest sich der Bescheid wie ein Betrugsvorwurf. Neben der Sprachprüfung wird aufgeführt, die Yousefs hätten ihren Herkunftsort auf einer Syrienkarte nahe der irakischen Grenze eingezeichnet. Tatsächlich liege der Ort Gumar nicht am eingezeichneten Ort, bemerkt das Bamf, sondern 25 Kilometer nördlich der Stadt Hassake. Allerdings liegt Hassake 50 Kilometer von der Grenze zum Irak entfernt und damit durchaus noch in Grenznähe. "Absurd", urteilt Günay, "das bestätigt doch eher ihre Ortskenntnis."

Der Anwalt Mersad Smajic vertritt die Yousefs inzwischen im Asylfolgeverfahren, er hat gegen die Entscheidung des Bamf Klage eingereicht. Gibt ihm das Verwaltungsgericht Berlin recht, muss der Fall Yousef erneut geprüft werden. Solange die Ausländerbehörde nicht sicher weiß, aus welchem Land die Yousefs stammen, wird der deutsche Staat sie wohl dulden. Doch die Abschiebung bleibt eine ständige Drohung.

Seit mehr als einem Jahr teilen sich die sechs Familienmitglieder ein Zimmer in der zweitgrößten Flüchtlingsunterkunft Berlins, einem Gebäude der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik im Stadtteil Reinickendorf. Die Stimmung dort ist angespannt. In der Zeit des Wartens sei Sabri Yousef sichtbar gealtert, erzählen seine Freunde. Die Wände sind dünn, er schläft schlecht und wünscht sich eine Beschäftigung.

Sabri und Seni Yousef sind dennoch dankbar, in Deutschland zu sein, ohne Todesangst. Eine Angst, die deutsche Behörden für gespielt halten.

Load-Date: June 15, 2015

Hilflos in der Transitzone; Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU ist nicht in Sicht. Die Länder Südosteuropas fürchten, Europas Abschiebestation für aussichtslose Asylbewerber zu werden.

ZEIT-online

Mittwoch 2. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Flüchtlingspolitik; Ausg. 35

Length: 1390 words

Byline: Thomas Roser

Body

Syrische Flüchtlinge in einem Feld außerhalb der mazedonischen Stadt Gergelija

© Robert Geiss/dpa

Verzweifelte **Flüchtlinge**, ohnmächtige Gesetzeshüter und ratlose Politiker: Die anhaltenden Tumulte am Budapester Bahnhof gehen mit gegenseitigen Vorwürfen der Würdenträger quer über alle EU-Grenzen einher. Alle gegen alle - und keiner für den anderen: Selbst der Ansatz einer gemeinsamen Antwort der EU-Partner auf die **Flüchtlingskrise** scheint nicht in Sicht.

Selbst die mächtigste Europäerin wirkt wie eine völlig überforderte Schuldirektorin, die die Kontrolle über ihr hoffnungslos zerstrittenes Kollegium längst vollkommen verloren hat. "Wir sollten uns nicht gegenseitig bezichtigen, sondern wir müssen etwas ändern", begründete Bundeskanzlerin Angela Merkel am Dienstag ihren zunehmend ratloser wirkenden Dauerappell für eine gemeinsame europäische **Asylpolitik**. Notwendig dafür sei die Schaffung von Registrierungszentren für **Flüchtlinge** in Italien und Griechenland, eine gemeinsame Einstufung sicherer Herkunftsländer, Möglichkeiten zur Rückführung und eine faire Verteilung: "Die Kriterien dafür müssen besprochen werden."

Wann und wie und mit welchem Ergebnis das geschehen soll, ist noch immer nicht abzusehen. Die Zeit drängt - und die EU streitet sich. "Hotspot" und "sichere Herkunftstaaten" sind derweil für Europas überforderte Entscheidungsträger die Zauberwörter, von denen sie sich zumindest eine Entlastung in der Flüchtlingskrise erhoffen. Die Idee: In Italien und Griechenland sollen die in die EU einreisenden Flüchtlinge durch zentrale Registrierungsstellen erfasst, aussichtslose Asylbewerber mithilfe einer gemeinsamen Liste von als sicher erklärten Herkunftstaaten aussortiert - und der Rest auf die 28 EU-Mitgliedstaaten "gerecht" verteilt werden.

Abschiebestation für aussichtslose Asylbewerber

Bis zum Jahresende sollen die ersten Registrierungszentren installiert sein. Aber detailliert ausgearbeitet sind die Pläne noch keineswegs. Ihrer Umsetzung steht nicht nur der hartnäckige Widerstand der osteuropäischen und

Hilflos in der Transitzone Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU ist nicht in Sicht . Die Länder Südosteuropas fürchten, Europas Abschiebestation für aussichtslos....

britischen EU-Mitglieder gegen feste Aufnahmequoten entgegen. Auch das Problem, was mit als aussichtslos eingestuften Asylbewerbern zu geschehen habe, ist nach der faktischen Aussetzung des Dublin-Abkommens noch nicht gelöst. Zu Recht wehren sich die südeuropäischen EU-Staaten und die EU-Anwärter im Schengen-Vorhof gegen die vermutete Absicht, sie zur Abschiebestation für aussichtslose Asylbewerber umfunktionieren zu wollen.

Eine harte Selektion mithilfe einer großzügig definierten Liste sicherer Herkunftsstaaten dürfte bewirken, dass viele Flüchtlinge einen großen Bogen um die Zentren schlagen - und weiter verstärkt auf die Dienste der Schlepper setzen. Der Grundkonflikt von Europas ebenso widersprüchlich wie scheinheilig anmutender Flüchtlingspolitik wird auch durch die sogenannten Hotspots nicht gelöst. Wie soll Kriegsflüchtlingen in Not geholfen werden, wenn man sie sich am liebsten so weit wie möglich vom Hals halten möchte - und sie mit verstärkten Kontrollen über die grünen Grenzen und in die Fänge der Schlepper drängt?

Gnadenfrist zwischen den Grenzwällen

Mit dem Streben nach "geordneten Verhältnissen" begründet derweil Ungarns nationalpopulistische Regierung ihren umstrittenen Alleingang in der Asylpolitik. Mit der Errichtung eines Grenzwalls an der Schengen-Grenze zu Serbien hofft Budapest die sogenannte Balkanroute zu "schließen". Gleichzeitig sollen Transitmigranten durch eine noch härtere Gangart als bisher nachhaltig von einer Ein- und Weiterreise abgeschreckt werden.

Bislang lassen sich die Flüchtlinge von dem ausgerolltem Stacheldraht allerdings kaum beeindruckt. Zwar vermeldete Ungarns Armee am Wochenende zwei Tage früher als geplant stolz die Fertigstellung des provisorischen "Schutzzauns". Irgendeinen Effekt scheinen die bisher 30 Millionen Euro an Investitionen noch nicht zu haben. Die Zahl der Grenzgänger, die über die 1,5 Meter niedrigen Stacheldrahtrollen klettern oder unter ihnen hindurchkriechen, stieg in den vergangenen Tagen auf neue Rekordhöhen.

Dennoch will Budapest weitere 70 Millionen Euro in die Verstärkung seines Antiflüchtlingswalls pumpen - auch wenn er sich bei der erwarteten Umleitung der Flüchtlingsrouten an die Grenzen zu Rumänien und Kroatien bald als überflüssig erweisen könnte. 60 Meter hinter dem Zaun soll ein zweiter, vier Meter hoher Maschendrahtzaun errichtet werden. Als dritter Grenzwall soll die Schaffung einer neuen, 2.100 Mann starken "Grenzjäger"-Einheit dienen. Die "Gnadenfrist" der Duldung illegaler Grenzübertritte ende am 15. September, kündigte Kanzleramtsminister Janos Lazar am Wochenende an: Danach stelle die Einreise ohne gültige Papiere ein "Verbrechen" dar - und werde "sanktioniert".

Nach dem bereits im Parlament eingereichten Gesetzentwurf sollen illegale Grenzgänger künftig im Schnellverfahren zu drei Jahren Haft abgeurteilt werden können. Gleichzeitig wird mit der illegalen Einreise das Recht auf einen Asylantrag verwirkt. Flüchtlinge, die sich "legal" um Asyl bemühen, haben den Ausgang ihrer auf wenige Tage beschleunigten Asylverfahren in der 60 Meter breiten "Transitzone" zwischen den beiden Grenzzäunen abzuwarten. Aussicht auf Erfolg dürfte den meisten allein wegen ihrer Reiseroute nicht beschieden sein. Denn Budapest hat das Nachbarland Serbien und das südlich gelegene Mazedonien bereits zu sicheren Transitländern erklärt - in die abgeschoben werden könne.

Das Flüchtlingsproblem bekommt die vor allem für das heimische Publikum gedachte Abschreckungspolitik der ungarischen Regierung nicht in den Griff. Doch mit Sorgen verfolgen die Anrainer der Balkanroute den Ausbau des eher löchrigen Grenzwalls: Bei fortschreitender Abriegelung der Grenze müssen sie zumindest eine teilweise Umleitung der bisherigen Flüchtlingsroute durch das eigene Staatsterritorium fürchten. Die Mahnungen des UN-Flüchtlingswerks UNHCR für Präventivmaßnahmen gehen wieder einmal mit Funkstille aus Brüssel einher: Auf eine EU-Strategie oder Anleitung für den Ernstfall warten auch die potenziellen Transitstaaten der künftigen Balkanroute vergeblich.

Eine nennenswerte Zahl von Flüchtlingen hat seit 2013 nur Bulgarien zu beherbergen. Doch nicht nur wegen der verstärkten Überwachung und des Baus eines 30 Kilometer langen Zauns an der EU-Außengrenze zur Türkei hält sich der Andrang mit 9.200 Asylanträgen 2015 noch in bewältigbaren Grenzen: Da Asylbewerber von den EU-Partnern nach Bulgarien im Gegensatz zu Griechenland abgeschoben werden können, machen diese um das Land

Hilflos in der Transitzone Eine gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU ist nicht in Sicht . Die Länder Südosteuropas fürchten, Europas Abschiebestation für aussic....

lieber einen Bogen. Doch mit Ungarns Grenzzaun könnte die Route über Bulgarien und Rumänien nach Ostungarn als kürzeste Alternative zur bisherigen Trasse verstärkt ins Bild rücken.

"Keinerlei Plan"

Nur wenige Hundert Asylbewerber pro Jahr zählt bislang das benachbarte Rumänien. Doch die 443 Kilometer lange Schengen-Grenze mit Ungarn muss den Karpatenstaat eine verstärkte Einreise von Flüchtlingen fürchten lassen, die den Grenzzaun von Osten her umgehen wollen. Innenminister Gabriel Oprea kündigte vergangene Woche eine verstärkte Überwachung der Grenze zu Serbien an. Wegen der "wachsenden Dynamik" gelte es, Risiken einzuschränken - und die Infrastruktur zur Aufnahme von Flüchtlingen "präventiv" auszubauen.

Eine völlig neue Westroute unter Umgehung Ungarns fürchtet derweil das Schengen-Land Slowenien. Es gebe zwar noch keinen Migrationsdruck, "aber wir bereiten uns darauf vor", so ein Sprecher des Innenministeriums. Selbst das bislang von ausländischen Flüchtlingen eher schwach frequentierte Bosnien und Herzegowina rechnet mit bis zu 20.000 aus Montenegro einreisenden und nach Kroatien und Ungarn strebenden Transitflüchtligen.

Trotz Ungarns 329 Kilometer langer Schengen-Grenze zu Kroatien gibt sich die mitten im Wahlkampf steckende Mitte-links-Regierung in Zagreb hingegen erstaunlich gelassen. Das Land müsse mit keiner größeren Welle von Flüchtlingen rechnen, da es nicht zur Schengen-Zone gehöre, versichert Premier Zoran Milanovic. Kroatien könne keine Strategie ohne die EU entwickeln, "aber die EU hat leider keine", verteidigt er die eher laxen Vorbereitungen. Kroatien habe "keinerlei Plan" für die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge, ärgert sich die Zeitung *Vecernji List* : "Die Regierung wartet vermutlich auf Anweisungen aus der EU - und die Kirche auf Vorgaben des Vatikans."

Load-Date: September 15, 2015

"Hallen sind besser als Zelte"; Fast 6.700 Flüchtlinge kamen im August nach Hamburg, so viele wie nie zuvor. Wo sollen sie den Winter verbringen? Gibt es Jobs? Ein Gespräch mit Sozialsenator Detlef Scheele, der nächsten Monat zur Bundesagentur für Arbeit wechselt.

ZEIT-online

Mittwoch 23. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: HAMBURG;"Hallen sind besser als Zelte"; S. 10; Ausg. 38

Length: 1571 words

Byline: Frank Drieschner;Marc Widmann

Body

Ein Helfer rückt in der neuen Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Neugraben-Fischbek Feldbetten zurecht.

© Christian Charisius/dpa

DIE ZEIT: Herr Scheele, in schwierigen Zeiten freuen sich die Bürger, wenn ihnen die Entscheidungsträger vermitteln, dass sie alles im Griff haben. Unsere Leser würden sich sicher auch freuen. Tun Sie ihnen den Gefallen?

Detlef Scheele: Ja, ich finde, das können wir. Ich will gerne einräumen, dass wir von der Hand in den Mund leben, wie allenthalben in Deutschland. Aber wir haben die Lage im Griff, wenn auch auf einem niedrigen Niveau. Aber das lässt sich gegenwärtig nicht ändern.

ZEIT: Und Bilder aus einer Hamburger Erstaufnahme, wie sie gerade zu sehen waren, mit Menschen, die auf dem Fußboden schlafen, sind ein Teil dieser Lage?

Scheele: Wenn an einem Wochenende 600 Menschen kommen, dann gehört es zur Normalität, dass es sehr, sehr, sehr beengt ist. Und Flüchtlinge müssen wissen, dass sie willkommen sind, aber dass wir nicht die Standards bieten können, die sie sich wahrscheinlich erhofft haben.

ZEIT: Wie wollen Sie die Menschen über den Winter bringen, die jetzt in Zelten leben oder in den Messehallen, die sie bald verlassen müssen?

Scheele: In anderen Hallen. Am Höltingbaum in Rahlstedt haben wir jetzt eine Lagerhalle gekauft. Wir hätten nicht gedacht, dass wir zu solchen Maßnahmen greifen müssen. Aber Hallen sind besser als Zelte. Sie sind jedenfalls trocken und warm und bieten Schutz vor dem Erfrieren. Außerdem bauen wir nach wie vor Unterbringungen, bis zum Jahresende knapp 11.500 Plätze. Da bauen wir nicht nur Containerdörfer oder Modulhäuser, sondern so, dass man darin richtig wohnen kann. Das ist eine Riesenkraftanstrengung.

"Hallen sind besser als Zelte" Fast 6.700 Flüchtlinge kamen im August nach Hamburg, so viele wie nie zuvor.
Wo sollen sie den Winter verbringen? Gibt es Jobs? E....

Dieser Artikel stammt aus dem Hamburg-Teil der ZEIT Nr. 38 vom 16.09.2015. Sie finden diese Seiten jede Woche auch in der digitalen ZEIT. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

ZEIT: Und das reicht für alle?

Scheele: Wir haben die Flüchtlinge, die wir aus Zelten und der Messe rausholen müssen, und die, die noch kommen werden. Dann muss man die Gebäude dagegenrechnen, die sicher fertiggestellt werden. Und dann gibt es ein unbekanntes Delta, weil die Zahl ankommender Menschen steigt und wir improvisieren müssen. Die Zahl der Schutzsuchenden verlangt alles ab.

ZEIT: Wir haben uns im Arbeitsamt nach Sozialpädagogen, Sozialarbeitern und Erziehern erkundigt, und die Antwort war: Wer aus diesen Berufsgruppen jetzt noch keine Arbeit hat, der hat ganz andere Probleme. Wer soll all die Unterkünfte betreuen, die Sie planen und bauen?

Scheele: Wenn wir eine Unterkunft in Betrieb nehmen, haben wir nicht sofort die volle Ausstattung an Sozialpädagogen. Aber bisher finden wir sie. Das ist auch nichts Neues. Beim Ausbau der Krippen und Kitas ist uns auch gesagt worden: Wir kriegen keine Erzieher. Das haben wir aber durch Ausbau der Kapazitäten in den Erzieherfachschulen hinbekommen. Man wird sich nach der Decke strecken müssen, und man wird auch andere Berufsgruppen nehmen müssen.

ZEIT: Welche?

Scheele: Es gibt doch Leute, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, sich in Sportvereinen oder sonst wo ehrenamtlich engagiert haben und in der Lage sind, eine Flüchtlingsunterkunft zu betreiben. Ich habe Lehramt studiert und bin heute Senator, also: Es geht doch vieles!

Seit 2011 ist Detlef Scheele (SPD) Senator für Arbeit, Soziales Familie und Integration. Um Flüchtlinge muss er sich bald auch auf seinem neuen Posten kümmern: als Vorstand der Bundesagentur für Arbeit.

© Angelika Warmuth/dpa

ZEIT: Unterbringung ist das eine, Menschen in Arbeit zu bringen das andere. Was weiß man über die Qualifikation der Zuwanderer, die zu uns kommen?

Scheele: Nichts.

ZEIT: Der Erste Bürgermeister sagt: Ein Drittel ist sehr gut qualifiziert, bei einem Drittel gibt es Probleme, und um ein Drittel muss man sich besonders kümmern. Wie kommt er darauf?

Scheele: Man kann davon ausgehen, dass es nicht die Unterschichten sind, die aus Syrien hierher unterwegs sind. Man braucht Geld und Durchhaltevermögen, um den Weg hinter sich zu bringen, darum glaube ich, dass der Bürgermeister recht hat. Aber ich weiß nicht, wie es mit den Flüchtlingen aus anderen Ländern ist. Diese Dritteltheorie ist eine Vermutung, die in der Wissenschaft vorherrscht. Kann sein, dass es stimmt, aber wir haben keinen empirischen Befund.

ZEIT: Vor zwei Jahren waren 60 Prozent aller Asylbewerber ohne jede Qualifikation, das weiß man aus einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gibt es Hinweise, dass sich das inzwischen geändert hat?

Scheele: Das mag sein, aber ich möchte erst mal abwarten, wen wir vorfinden. Wir starten jetzt unser Programm "Work and Integration for Refugees". Der erste Schritt ist, in die Einrichtungen zu gehen und zu einem ersten Beratungsgespräch einzuladen, notfalls auch abzuholen. Auf einem ganz einfachen Niveau müssen wir herausfinden: Sind sie alphabetisiert, haben sie eine Ausbildung oder gar mehr?

ZEIT: Warum wurde die Qualifikation der Flüchtlinge bisher nicht systematisch erfasst?

"Hallen sind besser als Zelte" Fast 6.700 Flüchtlinge kamen im August nach Hamburg, so viele wie nie zuvor.
Wo sollen sie den Winter verbringen? Gibt es Jobs? E....

Scheele: Wir würden weiter kommen, wenn es andere Datenübermittlungsbefugnisse gäbe und nicht alles doppelt und dreifach eingegeben werden müsste. Natürlich wäre es gut, wenn die Bundesagentur für Arbeit auf die Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zugreifen könnte, dann hätte man die Leute schon einmal mit Namen und so weiter erfasst. Und bei der Umverteilung der Flüchtlinge müssten diese Informationen dann natürlich an die Kommunen weitergegeben werden.

ZEIT: Für die Unternehmen ist das eine schöne Situation: Sie haben nun eine viel größere Auswahl an Arbeitskräften für einfache Jobs und niedrige Gehälter.

Scheele: Mein Eindruck ist, dass es zurzeit keinen Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt gibt. Darum glaube ich auch nicht, dass die Zuwanderung zu sinkenden Gehältern führt. Wir haben so viele offene Stellen wie noch nie, wir haben so viele unbesetzte Ausbildungsplätze wie noch nie, und wir sind dringend auf Menschen angewiesen, die Kompetenzen und Motivation mitbringen.

ZEIT: Die Bundesarbeitsministerin rechnet bis 2019 mit einer Million Flüchtlingen, die Hartz IV beziehen.

Scheele: Wenn es uns jetzt gelingt, eine Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungsoffensive zu starten, dann muss es nicht so weit kommen. Wir müssen Menschen aus Somalia, Eritrea, dem Sudan, Syrien, dem Irak und Afghanistan unabhängig vom Asylverfahren sofort einen Deutschkurs vermitteln. Diese Menschen haben eine gute Bleibeperspektive. Wenn dann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Asylverfahren verkürzt und Deutschkurs und Asylverfahren annähernd parallel abgeschlossen werden, dann kann man schneller anfangen, mit den Menschen zu arbeiten.

ZEIT: Es gibt Flüchtlinge, die wollen hier studieren und Arzt werden - aber wenn man nachfragt, erzählen sie, dass sie in ihrer Heimat nur vier Jahre lang zur Schule gegangen sind.

Scheele: Dann ist es die Aufgabe der Mitarbeiter im Jobcenter, ihnen zu erklären, dass das nicht geht. Wir sollten aber auch klug nach informellen Qualifikationen und Kompetenzen schauen. Viele Flüchtlinge sind doch motiviert, sie haben sich auf den gefährlichen Weg gemacht übers Mittelmeer oder die Balkanroute, weil sie sich eine Zukunft erhoffen - mit Arbeit.

ZEIT: Sie haben sich auf den Weg gemacht, um zu überleben.

Scheele: Ja, aber dann verspricht man sich ein besseres Leben. Und nicht, im Containerdorf von Transferleistungen zu leben. Garantiert nicht.

ZEIT: Ende des Monats fangen Sie im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit an, zu einer Zeit, da der Job des Hamburger Sozialsenators so interessant ist wie selten. Bedauern Sie das?

Scheele: Ich habe ja die Entscheidung, dass ich gehen will, Ende des vergangenen Jahres getroffen. Da wusste ich gar nicht, was jetzt kommt. Ich hatte interessante Jahre, wir haben den Kita-Ausbau erfolgreich gestemmt, die Jugendberufsagentur etabliert und die Gesundheitskarte eingeführt. Das hat Spaß gemacht.

ZEIT: Aber ins Geschichtsbuch kommt das, was jetzt passiert.

Scheele: Da wird es heißen, es kamen 2014/15 deutlich mehr Flüchtlinge als Anfang der neunziger Jahre. Und die Bevölkerung und die Regierungen haben ihr Bestes gegeben. Meine Nachfolgerin, die bald bekannt gegeben wird, wird mit hundertprozentigem Einsatz mein Amt weiterführen.

ZEIT: Oder sind Sie ganz froh, dass Sie jetzt ins schöne Nürnberg ziehen?

Scheele: Sozialsenator in Hamburg ist ein absolut super Job. Ich hatte viele schöne Jobs, aber das hier war der beste, das muss ich schon sagen.

ZEIT: Wieso?

"Hallen sind besser als Zelte" Fast 6.700 Flüchtlinge kamen im August nach Hamburg, so viele wie nie zuvor.
Wo sollen sie den Winter verbringen? Gibt es Jobs? E....

Scheele: Weil wir hier in diesen viereinhalb Jahren so viele Dinge ins Werk gesetzt haben. Ich habe noch in keinem Job in so kurzer Zeit so viele Vorhaben auf den Weg bringen können und entscheiden dürfen. Es war eine absolut tolle Zeit mit genialem Gestaltungsspielraum.

ZEIT: Es gibt entspanntere Senatorenposten.

Scheele: Das stimmt. Das Geheimnis des Erfolges ist: Ich bin immer ehrlich und offen, ich trickse nicht. Wer einmal rumtrickst, verliert das Vertrauen seiner Mitarbeiter und Partner. Und da ich das in keinem meiner Jobs gemacht habe, bin ich auch überall ganz gut durchgekommen.

Graphic

Seit 2011 ist Detlef Scheele (SPD) Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Um Flüchtlinge muss er sich bald auch auf seinem neuen Posten kümmern: als Vorstand der Bundesagentur für Arbeit

Der Winter rückt näher - und Tausende Flüchtlinge leben noch in Zelten, wie hier im Jenfelder Moorpark

Load-Date: September 24, 2015

Hunderte Flüchtlinge sitzen im Mailänder Bahnhof fest; Sie campieren in Bahnhofshallen und hoffen auf eine Weiterreise nach Nordeuropa: Die Versorgung der Migranten aus Afrika überfordert die italienischen Behörden.

ZEIT-online

Freitag 12. Juni 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Italien; Ausg. 24

Length: 270 words

Body

Flüchtlinge aus Afrika im Hauptbahnhof von Mailand

© Luca Bruno/AP/dpa

Die Situation der an italienischen Bahnhöfen gelandeten **Flüchtlinge** verschärft sich. In Mailand und Rom campieren mehrere Hundert **Migranten**, die unter Mangelernährung leiden und zum Teil ansteckende Krankheiten wie die Krätze haben. In Mailand wurden mehr als hundert Personen, vor allem Frauen und Kinder, in Betreuungszentren gebracht.

Die Flüchtlinge stammen nach Angaben der Tageszeitung *La Repubblica* vor allem aus Eritrea, aber auch aus Somalia, Äthiopien, Syrien und dem Sudan.

Der Mailänder Arzt Giorgio Ciconali sagte: "Es gibt hier viel Krätze - und die verbreitet sich, weil die Menschen eng beieinander schlafen."

Die Helferin Bianca Maldifassi befürchtet eine baldige Verschlechterung der Lage am Mailänder Hauptbahnhof. Für den Juli rechne sie damit, dass "hier riesige Ratten herumlaufen". Die Flüchtlinge hätten sich den Bahnhof als Lager eingerichtet: "Sie schlafen hier und nutzen das hier auch als Toilette."

Die große Ansammlung von Flüchtlingen an italienischen Bahnhöfen ergibt sich zum Teil aus den verstärkten Sicherheitsvorkehrungen im Umfeld des G-7-Gipfels in Elmau.

Der 18-jährige John aus Eritrea erzählte, er halte sich seit drei Tagen an dem Bahnhof in Mailand auf. Er hoffe auf eine Weiterfahrt Richtung Norwegen über die Schweiz und Deutschland: "Aber jetzt ist es gerade schwierig, über die Grenze zu kommen."

In italienischen Flüchtlingsunterkünften sind derzeit rund 76.000 Menschen untergebracht, von denen viele nach Nordeuropa weiterreisen wollen.

Load-Date: June 12, 2015

Hunderte Flüchtlinge sitzen im Mailänder Bahnhof fest Sie campieren in Bahnhofshallen und hoffen auf eine Weiterreise nach Nordeuropa: Die Versorgung der Migran....

End of Document

De Maizière plant Studie zu Straftaten von Migranten; Der Bundesinnenminister will einem Bericht zufolge Straftaten von Einwanderern und gegen diese genauer untersuchen. Damit reagiert er auf die Übergriffe in Köln.

ZEIT-online

Sonntag 17. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Kriminalität; Ausg. 3

Length: 284 words

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will mit einer Studie zu Straftaten von **Migranten** auf die Vorfälle in Köln reagieren.

© Henning Kaiser/dpa

Thomas de Maizière (CDU) will laut einem Medienbericht Daten zu Straftaten von Migranten erheben lassen. Die *Welt am Sonntag* meldete unter Berufung auf Informationen aus dem Bundesinnenministerium, die Ergebnisse würden in einem ausführlichen Bericht über die Kriminalität von Zuwanderern vorgestellt werden. In der Studie solle es auch um Straftaten gegen Einwanderer gehen.

Der Titel des geplanten Berichts lautet demnach "Kriminalität und Zuwanderungsproblematik". De Maizière wolle den Sonderbericht im Frühjahr parallel zur bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 vorstellen.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) lasse derzeit auswerten, in welchen Städten außer Köln es noch sexuelle Übergriffe gab, berichtete die Zeitung unter Berufung auf das NRW-Innenministerium weiter. Dies werde Teil der Berichterstattung des Ministeriums für den Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags am 21. Januar sein.

Dem Bericht zufolge nahmen die Sexualdelikte in NRW laut dem Landeskriminalamt nicht zu. "Die Fallzahlen sind jährlich kontinuierlich sinkend. Diese Tendenz hält an", sagte ein Sprecher der Düsseldorfer Behörde. Die Fälle für den Dezember 2015 seien allerdings noch nicht ausgewertet.

In der Nacht auf Neujahr hatte es vor allem in Köln eine große Zahl von sexuellen Belästigungen von Frauen gegeben. Unter den Tatverdächtigen sind viele Migranten und Flüchtlinge. Die Vorfälle hatten eine Diskussion über Straftaten durch Ausländer und über Gesetzesverschärfungen ausgelöst.

Load-Date: January 17, 2016

De Maizièrè plant Studie zu Straftaten von Migranten Der Bundesinnenminister will einem Bericht zufolge Straftaten von Einwanderern und gegen diese genauer unte....

End of Document

An diesem Lehrgang hängen Schicksale; Sechs Wochen. Dann darf ein neuer Mitarbeiter entscheiden, welcher Flüchtling bleibt und wer gehen muss. So will das Bamf der vielen Tausend Asylanträge Herr werden.

ZEIT-online

Dienstag 10. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylverfahren; Ausg. 45

Length: 1372 words

Byline: Johanna Roth

Body

Frank-Jürgen Weise begrüßt seine neuen Mitarbeiter.

© Timm Schamberger/dpa

Alles soll schneller gehen, besser und einfacher. "Denn die Sache läuft nicht gut", sagt Frank-Jürgen Weise. Die Sache, damit meint er: Daten von Asylbewerbern erfassen, die Flüchtlinge einzeln anhören, ihre Anträge weiter bearbeiten, schließlich entscheiden: Der darf bleiben, jener nicht.

Weise leitet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Nürnberg. Das Amt ist für alle Asylanträge zuständig, die die vielen tausend Flüchtlinge stellen, die gerade nach Deutschland kommen. Doch schon lange kommt das Amt nicht mehr hinterher, all die vielen Anträge zu bearbeiten. Hunderttausende Menschen warten auf ihren Beschluss. Weise sagt: "Das ist das Schlimmste. Dass Menschen warten müssen, ohne Arbeit und Orientierung." Doch es geht nicht schneller, denn es fehlt an qualifiziertem Personal, das über die Berechtigung der Asylgesuche entscheidet.

Das soll sich nun ändern. In einem kürzlich eingerichteten "Qualifizierungszentrum" schult das Bamf im Schnellverfahren sogenannte Vollentscheider. In sechs Wochen lernen sie, in Anhörungen über Schicksale zu urteilen: Kann ich glauben, was der Asylbewerber mir da erzählt? Wird er wirklich verfolgt? Gehört er zu einer verfolgten Minderheit? Oder lügt er mich an? Und schließlich: Hat er ein Recht, hierzubleiben? Am Montag ist Weise in den dritten Stock des Backsteinkastens im Nürnberger Süden gekommen, um sich die Fortschritte seiner wichtigsten Leute anzuschauen.

Ganz schnell integrieren

Von denen, die hier ihr Handwerk lernen, hängt ab, ob klappt, was sich Weise als Ziel gesetzt hat: Der Rückstand in der Antragsbearbeitung soll nächstes Jahr Geschichte werden. Das geht aber nur, wenn neue Gesuche zügiger als bisher beschieden werden. Wer bleiben darf, müsse danach "ganz schnell integriert" werden. Wer nicht, schnell abgeschoben. Weise gilt als Macher. Ebensolche will er künftig auch in den

An diesem Lehrgang hängen Schicksale Sechs Wochen. Dann darf ein neuer Mitarbeiter entscheiden, welcher Flüchtling bleibt und wer gehen muss. So will das Bamf d....

Außenstellen seiner Behörde sehen. Mit entsprechendem Elan bewegt er sich durch die neue Schulungseinrichtung.

Viel zu sehen gibt es allerdings noch nicht. In einem kahlen Seminarraum sitzen vierzehn zukünftige Entscheider vor einer Powerpoint-Präsentation. Im Multiple-Choice-Verfahren werden alle möglichen Fälle von Asylgesuchen durchgespielt. Es ist die zweite Lehrgangswoche. Danach werden noch zwei weitere folgen, bis diese Vierzehn für die letzten zwei Wochen ins Praktikum an eine der Außenstellen geschickt werden. Für den Moment aber begegnen sie den Flüchtlingen nur theoretisch, in der Unterrichtseinheit *Das materielle Flüchtlingsrecht*. Die heutige Übung beschäftigt sich mit dem Thema *Begründete Furcht*.

Der Kurs spielt reale Fälle durch. Eine Frau namens Irina verlangt nach Asyl, weil sie sich politisch verfolgt sieht. Sie kann jedoch keine Dokumente vorlegen, die das belegen. Ein kniffliger Fall, aber kein seltener. Dozent Torsten Wojtalla hebt beschwörend die Arme: "Denken wir immer daran: Unsere Antragsteller haben an Belegen oft nur das, was sie im Kopf mit sich tragen."

Wojtalla ist einer von drei langjährigen Entscheidern, die das Bamf als Ausbilder an das Schulungszentrum abgeordnet hat. Sie sollen den künftigen Entscheidern nicht nur beibringen, wie man gute Anhörungen vornimmt, sondern sie stehen in späteren Phasen der Ausbildung als Ansprechpartner zur Verfügung.

Weise hört interessiert zu, während die Teilnehmer erstaunlich routiniert herunterbeten, wie in dieser Situation zu entscheiden wäre. Keiner gibt eine falsche Antwort, was Weise mit merklicher Freude zur Kenntnis nimmt. Zwischendurch stellt er kleine Fragen: "Haben Sie die Fragen vorher ausgeteilt?" "Inwieweit könnte ein Dolmetscher diese Antwort verfälschen?" Als er nach knapp zehn Minuten den Raum wieder verlässt, wirkt er zufrieden: "Ich bewundere meine Beschäftigten."

Nachholbedarf sieht er nunmehr anderswo. Dass die Asylverfahren so lange dauerten, liege weniger an seinen Leuten als vielmehr an den hohen Asylbewerberzahlen einerseits und der mangelnden Solidarität in Europa andererseits. Und an den Asylbewerbern selbst: "Die schwierigen Fälle machen den Schnitt kaputt." Schwierige Fälle, das sind zum Beispiel Menschen, die keinen Pass haben, weil sie ihn verloren haben oder weggeworfen. Ansonsten liefere ja eigentlich alles viel schneller, als es den Anschein habe. 2016 soll die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Asylverfahrens unter fünf Monate sinken.

Außerdem könnten sich die Entscheider nicht nur auf ihre eigene Einschätzung stützen, sondern müssten Vorgaben aus Berlin folgen. Die verändern sich immer wieder. Was bedeutet da der Streit in der Koalition um die Einstufung von syrischen Flüchtlingen und deren Familien? Weise sagt, er finde es gut, dass es eine politische Diskussion gebe. Die solle auch ruhig kontrovers geführt werden. Dass es in dieser Frage schon Weisungen an das Bamf gegeben habe, bestreitet er allerdings - zumindest er als Leiter habe keine solche Anweisung bekommen. Dementsprechend habe man auch an den Verfahren für syrische Asylbewerber nichts geändert.

Menschen als Exempel

Dafür, dass das Qualifizierungszentrum schon im August eröffnet wurde, sieht es noch ziemlich provisorisch aus. In der Eingangshalle hängen Kabel von der Decke, es riecht nach neuem Teppich. Alles wirkt merkwürdig steril. Es gibt ein Dolmetscherzimmer und einen Aufenthaltsraum mit Kinderspielzeug, beides menschenleer. Hier warten sonst die Asylbewerber, deren Fälle als exemplarisch erachtet werden, um den zukünftigen Entscheidern als Übung zu dienen. Das sind vor allem Flüchtlinge aus dem Kosovo, aus Albanien und dem Irak.

Elisabeth Alescio leitet das Qualifizierungszentrum. Sie schult nicht nur neue Entscheider, sondern auch viele Mitarbeiter, die von anderen Behörden ausgeliehen werden, um den Personalmangel in der Verwaltung zu bekämpfen. Ein großer Teil kommt aus der Bundesagentur für Arbeit, der Weise ebenfalls vorsteht. Auch die Bundesministerien steuern Leute bei, die Telekom ist ebenfalls beteiligt.

Schon 1.500 Leute wurden im Qualifizierungszentrum ausgebildet. Längst nicht alle sind Vollentscheider. Einfache Entscheider, die Anträge im Nachgang schriftlich bearbeiten, brauchen nur zwölf Ausbildungstage. Sie

An diesem Lehrgang hängen Schicksale Sechs Wochen. Dann darf ein neuer Mitarbeiter entscheiden, welcher Flüchtling bleibt und wer gehen muss. So will das Bamf d....

werden allerdings nur befristet ausgeliehen und nach spätestens sechs Monaten wieder zu ihrem ursprünglichen Arbeitgeber zurückgeschickt. Bei Verwaltungshilfskräften von Bundeswehr und Zoll reiche sogar ein Tag, sagt Alescio. Diese Mitarbeiter sind für den allerersten Kontakt zu den Flüchtlingen zuständig: Vorakten anlegen, Fingerabdrücke nehmen, Fotos machen. Insgesamt will das Bamf bis Ende 2016 mehr als 7.000 Mitarbeiter beschäftigen. Derzeit sind es rund 3.000.

Vollentscheider gibt es derzeit nur 660. Bis zum nächsten Jahr sollen 1.000 neue dazugekommen sein. Zu ihnen wird Oliver Joost gehören. Er war in den vergangenen sechs Jahren Arbeitsvermittler. Deshalb, sagt er, sei er gut geeignet für den Job: "Ich denke, ich habe ein gutes Verständnis für solche Gesprächssituationen." Er fühlt sich schon nach seiner ersten Woche gut vorbereitet. Angst, dass er überfordert sein könnte, hat er keine: "Es geht ja nicht um mein persönliches Empfinden." Sondern? "Um Hilfe. Dafür ist die Genfer Flüchtlingskonvention schließlich da", sagt er nüchtern.

Solche Sachlichkeit hat sein oberster Chef kurz zuvor als wichtigste Eigenschaft der künftigen Vollentscheider hervorgehoben. Weise will, dass seine Leute möglichst unvoreingenommen entscheiden. Dass ihm der Nachwuchs ausgehen könnte, gehört nicht zu Weises Sorgen. "Wir kriegen die Leute." Dann zieht er merklich zufrieden von dannen.

Alescio äußert sich vorsichtiger: Im Prinzip sei man vom ersten Tag an knapp besetzt gewesen. "Als das Qualifizierungszentrum erdacht wurde, waren die Asylbewerberzahlen andere." Deswegen soll nun kräftig eingestellt werden. Und expandiert. Außer in Nürnberg finden Schulungen in Berlin, Mannheim und Köln statt.

Load-Date: November 10, 2015

Worüber die CSU nicht spricht; Die CSU will in der Asylpolitik hart durchgreifen. Doch die Verfahren und Abschiebungen lassen sich nur bedingt beschleunigen, wenn man es mit dem Asylrecht ernst meint.

ZEIT-online

Dienstag 6. Januar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylrecht; Ausg. 1

Length: 1064 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Kurdische **Flüchtlinge** aus der Türkei in der Erstaufnahmeeinrichtung in Osnabrück

© Friso Gentsch/dpa

Wenn sich die CSU von diesem Mittwoch an zu ihrer jährlichen Winterklausur in den bayerischen Bergen trifft, kann sie sich mal wieder beglückwünschen. Auch in diesem Jahr ist es ihr erfolgreich gelungen, die öffentliche Debatte in den ersten Wochen des Jahres zu beherrschen. Besonders viel Aufmerksamkeit erzielten die Christsozialen mit der Forderung, abgelehnte **Asylbewerber** schneller abzuschieben und **Asylverfahren** zu verkürzen.

Worüber die Partei dagegen nicht redet, ist, dass es zumeist gute Gründe gibt, wenn Abschiebungen nicht möglich sind und dass sich daran auch nicht ohne Weiteres etwas ändern lässt.

So haben Asylbewerber, die abgelehnt wurden, das Recht, einen neuen Antrag zu stellen, wenn sie dafür zusätzliche Gründe angeben können. Derzeit betrifft das etwa viele Jesiden aus dem Irak, weil die Verfolgung dort zugenommen hat. Zudem können Ausländerbehörden eine Duldung aussprechen, wenn "rechtliche oder tatsächliche" Hindernisse gegen eine Abschiebung sprechen.

Eine Ehe mit jemandem, der noch in Deutschland ist, kann ein solcher Grund sein, aber auch eine Schwangerschaft oder eine schwere Krankheit. Manchmal mangelt es aber auch schlicht an gültigen Reisedokumenten, wie Bernd Mesovic, Sprecher der Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl betont. Oder es gehe ganz einfach kein Flugzeug in das entsprechende Land, wie das mitunter bei Ebola-Gebieten der Fall war.

Keine Abschiebungen nach Griechenland

Doch selbst wo es solche Hindernisse nicht gibt und die Rechtslage relativ klar ist, kann es humanitäre Gründe geben, die eine Abschiebung verhindern. So müssen Asylbewerber eigentlich in dem EU-Land bleiben, in dem sie ankamen. Reisen sie aber doch weiter nach Deutschland, so werden sie zum Beispiel grundsätzlich nicht mehr nach Griechenland abgeschoben. Das liegt daran, dass sie dort - wie Mesovic sagt - gewissermaßen ins Nichts

Worüber die CSU nicht spricht Die CSU will in der Asylpolitik hart durchgreifen. Doch die Verfahren und Abschiebungen lassen sich nur bedingt beschleunigen, wenn....

fallen würden. Es gibt dort einfach keine staatlichen Strukturen, die ihnen ein Mindestmaß an Sicherheit bieten würden.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wurden aus ähnlichen Gründen zeitweise auch Abschiebungen nach Italien eingestellt. Mittlerweile gibt es sie zwar wieder, doch notwendig ist dafür eine Garantie der italienischen Stellen, dass die Flüchtlinge dort zumindest nicht einfach auf der Straße landen.

Weil all das natürlich auch die CSU weiß, beschränkt sie sich in dem Papier, das sie in Wildbad-Kreuth beschließen will, darauf, eine "Verbesserung der Aufenthaltsbeendigung für diejenigen" zu fordern, "denen unter keinem Gesichtspunkt ein Aufenthaltsrecht oder eine Duldung zusteht". Genau für diese Fälle hatte das Bundeskabinett vor Weihnachten allerdings bereits ein vereinfachtes Abschiebungsverfahren beschlossen. Dass die CSU es nun für nötig hält, dieses nun nochmals ausdrücklich zu bekräftigen, erweckt zumindest den Eindruck, dass es ihr vor allem darum geht, sich der Öffentlichkeit einmal mehr als Hardliner in Asyldingen zu präsentieren.

In ihren Papieren zur Vorbereitung der Neujahrsklausur in Kreuth hat die CSU außerdem den folgenden Satz geschrieben: "Wer aus rein wirtschaftlichen Gründen das Recht auf Asyl als Einwanderungsrecht missbraucht, muss Deutschland zügig verlassen". Dabei hatte die Partei wohl vor allem die Roma aus den Westbalkan-Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina vor Augen, deren Asylgesuche in den vergangenen Jahren fast vollständig abgelehnt wurden.

Doch auch in dieser Hinsicht besteht eigentlich kein Handlungsbedarf mehr. Denn seit die Westbalkan-Staaten - auch auf Betreiben der CSU - zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden, ist eine Abschiebung in diese Länder bereits vier Wochen nach Antragstellung möglich, wie eine Mitarbeiterin des zuständigen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ZEIT ONLINE sagte.

Derzeit haben allerdings das rot-grüne Schleswig-Holstein und das rot-rot-grüne Thüringen Winterabschiebestopps in diese Länder verhängt. Sehr zum Ärger der Unions-Parteien. Doch auch dafür gibt es aus humanitärer Sicht gute Gründe. Denn eine Rückführung in die osteuropäischen Staaten in kann für die Abgeschobenen zum Beispiel bedeuten, dass sie in unbeheizten Notunterkünften unterkommen müssen.

Dass Asylverfahren in Deutschland grundsätzlich zu lange dauern, ist dagegen eine Feststellung, die so eigentlich von allen politischen Parteien einschließlich der Flüchtlingshilfsorganisationen und Kommunen geteilt wird. Allerdings hat sich auch in dieser Hinsicht in der Vergangenheit schon einiges getan.

So wurden die Verfahren für Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien und aus dem Nordirak verkürzt, weil offensichtlich ist, dass diese Menschen Anspruch auf Schutz und Hilfe haben. Zugleich hat die Definition der Westbalkan-Staaten als sicheren Herkunftsstaaten dazu geführt, dass Asylanträge aus diesen Ländern schneller abgelehnt werden können.

Ein faires Verfahren dauert

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Zahl der Mitarbeiter des Bamf im vergangenen Jahr um 300 Stellen erhöht wurde, in diesem Jahr sollen weitere 350 Mitarbeiter angestellt werden. Für Anträge die nach dem 1.1. 2013 gestellt wurden, liegt die durchschnittliche Bearbeitungszeit jetzt bei 4,9 Monaten und damit deutlich unter den 7,4 Monaten, die sonst als Referenzgröße galten. In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und SPD sich eine Maximaldauer von drei Monaten als Ziel gesetzt.

Die CSU will dem Vernehmen nach allerdings durch eine nicht näher definierte "gezielte Verfahrensführung" dahin kommen, dass sich diese Zeit auf sechs Wochen reduziert. Das dürfte in vielen Fällen schon deshalb nicht möglich sein, weil zum Beispiel bestimmte Fristen bei der Einholung von Auskünften aus dem Ausland eingehalten werden müssen.

Entscheidend ist noch etwas ganz anderes: Jeder Asylantrag erfordert eine individuelle Einzelfallprüfung. Dem Antragsteller muss die Gelegenheit gegeben werden, sein Anliegen glaubhaft zu machen, zum Beispiel indem er

Worüber die CSU nicht spricht Die CSU will in der Asylpolitik hart durchgreifen. Doch die Verfahren und Abschiebungen lassen sich nur bedingt beschleunigen, wenn....

Dokumente beschafft, die er auf seiner Flucht nicht mitnehmen konnte. "Kein zum Tode verurteilter hat sein Todesurteil in der Tasche", sagt Dirk Morlok von Pro Asyl. Ein faires Verfahren lässt sich also nicht beliebig verkürzen. Jedenfalls dann nicht, wenn man es mit dem Schutz von verfolgten Menschen - zu dem sich schließlich auch die CSU bekennt - halbwegs ernst meint.

Load-Date: January 6, 2015

End of Document

Meine Deutschen brauchen die Flüchtlinge mehr als die Flüchtlinge sie; In Deutschland sagt keiner "Migranten", man sagt "Flüchtlinge", und einige würden für sie ihre Ehe beenden. Woher kommt nur diese tiefe Zuneigung zu den Fremden?

ZEIT-online

Montag 4. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 15

Length: 1327 words

Byline: Tuvia Tenenbom

Body

Als ich nach ein paar Wochen in Großbritannien nach Deutschland zurückkam, erlebte ich einen gewaltigen Kulturschock. Ich hatte das mir bisher unbekannte Gefühl, dass Deutschland auf einem völlig anderen Planeten läge.

Liegt es an mir, oder hat sich Deutschland verändert, während ich weg war?

Tuvia Tenenbom in einer Londoner Moschee

© Isi Tenenbom

Sicher, auch Großbritannien befindet sich gerade in einer Art Transformationsprozess. Ich war seit Jahrzehnten nicht auf der Insel gewesen und das Land, das ich in den letzten Wochen bereiste, war ein anderes Großbritannien, als das mir zuvor bekannte. Fast überall, wo ich hinkam, trugen die Frauen Hidschabs oder Niqabs. Etwas, das es früher nicht gegeben hatte. Meine Verwunderung darüber war so groß, dass ich in die große Moschee im Osten Londons ging, um mich mit diesen Menschen, die ihre Köpfe verhüllen, persönlich bekannt zu machen. Ich traf dort auf eine Dame, die jungen Frauen Religionsunterricht gibt, und sie sprach mit mir über das "**Migranten**"-Problem, und wie wichtig es sei, dass eine Moschee wie die ihre, aus denen, die herkämen, diejenigen aussortiere, die sich mit dem "Islamischen Staat" identifizierten.

Beachten Sie das Wort "**Migranten**".

In Deutschland sagt keiner "Migranten", man sagt "Flüchtlinge". Und Flüchtlinge sind, anders als Migranten, ein enorm großes Thema. Egal wen ich in Deutschland treffe, alle reden über Flüchtlinge. Einige Leute hier haben extreme Angst davor, dass dunkelhäutige Männer die Gebärmütter der liebreizenden blonden Damen beflecken könnten, was ein interessanter Ansatz ist, das muss ich zugeben. Andere Leute wiederum, meist selbst erklärte Linke, können sich nichts Schöneres vorstellen als zehn Millionen dunkelhäutige Männer und Frauen, die mit deutschen Pässen durch deutsche Straßen marschieren, was auch ein interessanter Ansatz ist, wie ich finde. Und

Meine Deutschen brauchen die Flüchtlinge mehr als die Flüchtlinge sie. In Deutschland sagt keiner "Migranten", man sagt "Flüchtlinge", und einige würden für sie

dann gibt es diejenigen, die sich selbst wohl vorwiegend im Bildungsbürgertum verorten würden, die mir gegenüber predigen, dass Deutschland die Flüchtlinge aufgrund "unserer deutschen Verfassung" akzeptieren müsse, und weil es "moralisch geboten sei".

Mit anderen Worten, alle anderen Nationen sind unmoralisch.

Ich persönlich hätte, auch weil ich öfter in Deutschland bin, gerne mehr Syrer, Palästinenser und Libyer im Land, da ich persönlich die Araber mag, ihre Kultur, ihre Musik und ihr Essen. Andererseits bin ich für Afghanen und Pakistaner nicht so zu haben. Es tut mir leid, aber ich verstehe eben weder ihre Sprache noch mag ich ihr Essen. Anders gesagt, wenn es nach mir ginge, würde ich dieses Land mit Arabern bevölkern und den Rest nach Hause schicken.

Das ergibt doch Sinn, oder etwa nicht?

Ich versuche einige Deutsche von meiner Idee zu überzeugen und alle, ausnahmslos, werden sehr wütend auf mich.

Noch nie zuvor habe ich Deutsche erlebt, die mich so laut angeschrien haben. Ihre Köpfe wurden hochrot, wie Bloody Marys, sodass ich beschließe, vor diesen Irren zu flüchten.

Ich fahre zur Leipziger Buchmesse. Dort, da bin ich mir sicher, werden hochtrabende kulturelle Themen diskutiert, und niemand wird sich mit "Flüchtlingen" beschäftigen.

Was für ein Irrtum.

Auf der Eröffnungsfeier der Leipziger Buchmesse

© Isi Tenenbom

Auf der Eröffnung der Messe erzählt uns Burkhard Jung, der Leipziger Oberbürgermeister: "Nicht die Flüchtlinge, sondern der Rassismus sind unser Problem." Die folgenden Redner, darunter Stanislaw Tillich (Ich kann nicht glauben, dass der immer noch im Amt ist. Ich habe diesen manipulativen Politiker vor Jahren einmal interviewt und hätte nicht gedacht, dass er die nächste Wahl überlebt, aber er ist immer noch da!), sagen alle etwas Ähnliches. Die Buchmesse, das wird mir langsam klar, ist eine Versammlung der Rechtschaffenen, die dafür kämpfen, die Flüchtlinge ins Land zu lassen, als Essenz der Demokratie.

Was genau die Demokratie mit Flüchtlingen zu tun hat, dürfen sie mich nicht fragen.

Das Publikum aus gut gekleideten Buch- und Kulturliehabern applaudiert. Warum sie applaudieren, weiß ich nicht. Deshalb spreche ich im Verlauf des Abend mit einer von ihnen, einer Bibliothekarin, die mir erzählt, das extrem wichtig für sie sei, dass Deutschland alle Flüchtlinge der Welt aufnehme, und dass ihr Mann glücklicherweise derselben Meinung sei. Ich frage, was passieren würde, wenn ihr Mann nicht derselben Meinung wäre. "Es würde mir schwerfallen, bei ihm zu bleiben", sagt sie. Sie würde ihn versuchen zu überzeugen, dass er falsch läge, aber wenn es ihr nicht gelänge, würde sie ihn verlassen.

Kein Brite, das schwöre ich, könnte das jemals verstehen.

Ich spreche noch mit ein paar anderen Buchliebhabern und finde heraus, dass sie Flüchtlinge sogar noch viel lieber haben als Bücher.

Lassen wir sie.

Ich verlasse Leipzig und fahre nach Hamburg, wo ich einige, mehrheitlich "progressive" Leute kenne: Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Pädagogen und eine hübsche Mischung von Intellektuellen jedweder Couleur.

Ich dachte, ich würde sie kennen, aber Junge, da lag ich falsch!

Meine Deutschen brauchen die Flüchtlinge mehr als die Flüchtlinge sie. In Deutschland sagt keiner "Migranten", man sagt "Flüchtlinge", und einige würden für sie

Aus Neugier bitte ich sie, mir zu erklären, warum Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt als jedes andere Land, und sofort verwandeln sie sich in schreiende Bestien. Was mir einfalle, sie zu kritisieren, wo sie doch gerade etwas so Großartiges täten. Und egal wie oft ich beteuere, nicht zu "kritisieren", sondern nur zu fragen, sie flippen trotzdem aus. Sie wollen die Flüchtlinge haben und fertig. Und wenn ich das infrage stelle, so ihre lautstarke Meinung, dann zeige dies nur, dass ich ein selbstsüchtiger Drecksack und ein verdammt Arier sei.

Das fehlte mir gerade noch, ein Arier zu sein.

Ich versuche sie zu beruhigen, indem ich erkläre, dass ich nicht mal ein Arier sein könne, wenn ich es wollte, doch sie hören nicht zu. Sie bestehen darauf, dass ich die Großartigkeit der deutschen Bevölkerung, also ihre eigene, anzuerkennen habe, mit der sie die Tore ihres Landes für die Flüchtlinge geöffnet hat. Kurz gesagt: Ich soll sagen, dass sie die Größten sind.

Ich will wissen, woher diese tiefe Zuneigung zu den Flüchtlingen kommt, und ich frage, ob sie schon mal einen *refugee* oder zwei getroffen und ob sie mal mit ihnen gesprochen haben. Dies sei nicht der Punkt, werde ich angeschrien.

Mit etwas Zeit und etwas mehr Selbstbeherrschung erklären sie mir, dass sie als Deutsche eine größere Verantwortung gegenüber Flüchtlingen hätten als andere. "Warum?" - "Geschichte."

Da sieht es doch aus, als bräuchten diese meine Deutschen die *refugees* mehr, als die Flüchtlinge sie brauchen.

Nicht nur, dass ich nicht arisch bin, ich bin obendrein auch nicht mehr wirklich jüdisch, als ich ihnen jetzt sage, dass sie mit diesem "Schatten der Geschichte" so nicht ewig weitermachen können.

Sie beruhigen sich, als sie das von mir hören. Einige verdrücken eine Träne oder zwei.

Das berührt mich, und ich sage erst mal nichts.

Die Stunden vergehen und unsere Wege trennen sich.

Auch die Tage vergehen, und Explosionen, das Machwerk von ein paar belgischen Muslimen, erschüttern Brüssel. Viele Tote und noch mehr Verwundete.

Ich vermisste England und schalte die BBC ein, um zu sehen, was im Lande Ihrer Majestät so los ist, und muss Folgendes lesen:

"Ein Mann wurde wegen Verdachts auf rassistische Hetze verhaftet, nachdem er mutmaßlich einen Tweet als Reaktion auf die Brüsseler Attentate gepostet hat. Der Tweet lautete: Ich habe gestern in Croydon eine muslimische Frau zur Rede gestellt. Ich forderte sie auf, mir das mit Brüssel zu erklären. Sie sagte, sie habe nichts damit zu tun. Was für eine verlogene Antwort."

Der englischen Website *Metro* zufolge "wird dem Mann rassistische Hetze vorgeworfen".

Großbritannien, stelle ich fest, möchte nun auch rechtschaffend sein.

Nur welche historische Entschuldigung haben die Briten dafür?

Na gut, lassen wir das.

Aber eine letzte Frage beschäftigt mich noch: Wissen die Flüchtlinge, oder Migranten, eigentlich, auf was für einen verrückten Kontinent sie sich da begeben?

Aus dem amerikanischen Englisch von Robin Thiesmeyer

Meine Deutschen brauchen die Flüchtlinge mehr als die Flüchtlinge sie In Deutschland sagt keiner "Migranten",
man sagt "Flüchtlinge", und einige würden für sie

Load-Date: April 4, 2016

End of Document

Grüne streiten über sichere Herkunftsländer; Wie pragmatisch ist grüne Politik? Vor dem Flüchtlingsgipfel am Donnerstag warnen linke Grünen-Politiker die Parteiführung vor Härte gegenüber Migranten vom Westbalkan.

ZEIT-online

Mittwoch 23. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Flüchtlingsgipfel; Ausg. 38

Length: 920 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Gespräch mit **Flüchtlingen** in Karlsruhe

© Franziska Kraufmann/dpa

Kurz vor den entscheidenden Beratungen von Bund und Ländern zur **Flüchtlingspolitik** bahnt sich bei den Grünen Protest gegen die Verhandlungslinie der Landesregierungen mit grüner Beteiligung an. "Eine weitere Aushöhlung des Grundrechts auf **Asyl** durch die Bestimmung neuer 'sicherer Herkunftsstaaten' lehnen wir ab", heißt es in einem "Zwischenruf" der menschenrechtspolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, Barbara Lochbihler, ihres Kollegen im Bundestag, Volker Beck, und von Romeo Franz, der sich bei den Grünen für die Rechte der Sinti und Roma einsetzt: "Die Regelung ist ein Angriff auf das Prinzip der Einzelfallprüfung, einen Grundpfeiler des **Asylrechts**."

Die große Koalition will die Westbalkan-Staaten Kosovo, Montenegro und Albanien zu sogenannten sicheren Herkunftsländern erklären, um die **Asylverfahren** zu beschleunigen. Sie hofft dabei auf notwendige Zustimmung mindestens zweier Landesregierungen, an denen die Grünen beteiligt sind, im Bundesrat. Ein **Asylantrag** eines **Flüchtlings** aus diesen Ländern würde dann als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt, sofern er nicht Belege für eine individuelle Verfolgung vorlegen kann. Das soll schnellere Abschiebungen ermöglichen. Der Nutzen der Regelung ist allerdings umstritten.

Die Autoren des Grünen-Papiers erinnern nun daran, dass der Bundestag erst im Sommer den Bundeswehreininsatz im Kosovo verlängert hat, weil die Situation dort nach wie vor instabil ist. In allen Balkan-Staaten würden Minderheiten wie Roma oder Homosexuelle "nach wie vor diskriminiert, bedroht und tödlich angegriffen. Täter werden nur selten ermittelt." Auch Sven Lehmann, der Landesvorsitzende der Grünen in Nordrhein-Westfalen, wo die Partei mitregiert, warnt: "Die Bezeichnung als sichere Herkunftsländer ist reine Symbolpolitik."

Hinzu komme, betonen Beck, Lochbihler und Franz in ihrem Papier, dass die Grünen erst vor zehn Monaten auf ihrem Parteitag beschlossen, sie hielten das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten für falsch. "Mit großer Sorge beobachten wir nun, wie sich die Geschichte zu wiederholen droht", schreiben die Autoren.

Grüne streiten über sichere Herkunftsländer Wie pragmatisch ist grüne Politik? Vor dem Flüchtlingsgipfel am Donnerstag warnen linke Grünen-Politiker die Parteif....

Denn schon im Herbst 2014 hatten sich die Grünen zerstritten, als das grün-regierte Baden-Württemberg im Bundesrat der Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsländer zustimmte, um im Gegenzug Verbesserungen für in Deutschland lebende Flüchtlinge zu erreichen.

"Wir sind lösungsorientiert"

Während der Stuttgarter Ministerpräsident Winfried Kretschmann damals noch alleine stand, scheinen jetzt auch die Grünen-Mitregenten in anderen Ländern bereit zu sein, sich auf einen pragmatischen Kurs einzulassen. Grund sind die hohen Flüchtlingszahlen, die selbst eher Linke dazu treiben, sich von eigenen Grundsätzen ihrer Partei zu verabschieden, aber auch, dass man vor der wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 Kretschmann nicht beschädigen möchte.

So sagte Fraktionschef Anton Hofreiter, der zum linken Flügel gehört, ZEIT ONLINE unlängst, seine Partei werde sich das Gesamtpaket anschauen, das die grünen Ländervertreter mit der großen Koalition zur Flüchtlingspolitik aushandeln. Er wollte nicht ausschließen, dass seine Partei weiteren sicheren Herkunftsstaaten zustimme.

Robert Habeck, grüner Vizeministerpräsident von Schleswig-Holstein sagte ZEIT ONLINE, seine Partei sei "lösungsorientiert: Wir wollen schnellere Verfahren und für die, die bleiben, gute Integrationsbedingungen und ausreichend Wohnraum, insgesamt ein funktionierendes Asylrecht und eine gesteuerte Zuwanderung."

Habeck deutete eine Kompromisslinie an, auf die sich die Grünen in den Verhandlungen mit der Bundesregierung einlassen könnten: Weil das Konzept der sicheren Herkunftsländer "noch immer das Stigma der Willkür und Zufälligkeit der Auswahl" trüge, brauche es "vernünftig ausgestaltete Einwanderungskorridore als Alternative. Und es muss direkte Unterstützung für die Roma geben, die in ihren Herkunftsländern sozial diskriminiert werden".

Der ehemalige Fraktionschef Jürgen Trittin, auch er zum linken Flügel der Partei gehörend, sieht die Situation seiner Partei dagegen skeptischer: "Die Bundesregierung setzt darauf, dass die Not vor Ort so groß ist, dass die Länder für ein paar Milliarden mehr am Ende dieses Paket samt seiner Rückschritte durchwinken werden."

Der niedersächsische Grünen-Politiker Sven-Christian Kindler spricht gegenüber ZEIT ONLINE von einer "inakzeptablen Erpressungsstrategie der Union": "Die dringend notwendigen finanziellen Entlastungen für Kommunen sollen die Länder nur bekommen, wenn sie den Verschärfungen zustimmen."

Tatsächlich brauchen auch die grün-mitregierten Länder dringend mehr Geld vom Bund, um Flüchtlinge besser versorgen zu können. In Baden-Württemberg muss sich Ministerpräsident Kretschmann außerdem mit Vorwürfen der CDU herumschlagen, er bekomme das Flüchtlingsproblem nicht in den Griff. Kretschmann hatte sich zuletzt sehr unterschiedlich zu den sicheren Herkunftsländern geäußert: Im August sagte er noch, er glaube nicht an das Konzept. Inzwischen signalisierte er seine Zustimmung.

In der schwarz-grünen hessischen Landesregierung sorgte das Thema bereits für einen Rücktritt: Integrationsexpertin Mürvet Öztürk trat Anfang September aus der Grünen-Fraktion im hessischen Landtag aus. Eine Verschärfung des Asylrechts auf Kosten Schutzsuchender könne sie nicht mittragen, sagte sie zur Begründung.

Load-Date: September 23, 2015

Europäer sehen Zuwanderung besonders kritisch; Rund die Hälfte der Teilnehmer einer internationalen Umfrage sagt, in ihrem Land gebe es zu viele Zuwanderer. Besonders negativ urteilen Franzosen, Belgier und Deutsche.

ZEIT-online

Dienstag 23. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 35

Length: 299 words

Body

Zelte im **Flüchtlingscamp** The Jungle im französischen Calais

© Philippe Huguen/AFP/Getty Images

Nur 18 Prozent der Deutschen gaben an in einer Studie des Instituts Ipsos an, sie sähen die Auswirkungen von Zuwanderung positiv. In Frankreich und Belgien lag dieser Wert sogar nur bei elf Prozent; beide Länder waren in der Vergangenheit Ziele schwerer islamistischer Anschläge geworden. In Saudi-Arabien hingegen sehen laut der Studie 48 Prozent der Befragten Einwanderung positiv, in Indien sind es 45 Prozent.

Für die Erhebung befragte das Institut rund 16.000 Menschen in mehr als 20 Ländern, darunter Japan, Kanada, den USA, Argentinien, Australien und Südafrika. Von den Befragten weltweit sagten insgesamt 49 Prozent, in ihrem Land gebe es "zu viele Immigranten". 46 Prozent stimmten der Aussage zu, Migration verändere ihr Land in einer Weise, die ihnen nicht gefalle. Rund sechs von zehn Befragten äußerten die Sorge, Terroristen könnten als Flüchtlinge getarnt in ihr Land kommen. Gut 40 Prozent wünschten sich eine Schließung der Grenzen ihres Landes.

"Furcht vor unkontrollierter Zuwanderung"

Die Werte für die einzelnen Länder wichen stark ab. In Italien waren 65 Prozent der Auffassung, in ihrem Land gebe es zu viele Migranten. In Belgien waren es 60 Prozent, in Frankreich 57 Prozent und in Deutschland 50 Prozent. Unbehagen angesichts der Veränderungen durch die Zuwanderung äußerten 44 Prozent der befragten Deutschen, 63 Prozent der Italiener und 74 Prozent der Türken.

In Japan haben mit einem Anteil von zwölf Prozent am wenigsten Menschen den Eindruck, in ihrem Land gebe es zu viele Zuwanderer. Japan hat traditionell wenige Migranten. Die geringsten Vorbehalte gegen die durch Einwanderung bewirkten Veränderungen gab es in Brasilien. 23 Prozent äußerten sich dementsprechend.

Load-Date: August 23, 2016

Europäer sehen Zuwanderung besonders kritisch Rund die Hälfte der Teilnehmer einer internationalen Umfrage sagt, in ihrem Land gebe es zu viele Zuwanderer. Beso....

End of Document

**"Dann werden wir von unseren Wählern hinweggefegt"; Gab es noch nicht?
Von wegen. Anfang der Neunziger verlief die Flüchtlingsdebatte erstaunlich
ähnlich wie heute - inklusive der Hoffnung auf eine internationale Lösung.**

ZEIT-online

Dienstag 15. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 12

Length: 1181 words

Byline: Theo Sommer

Body

Der Rückspiegel ist in der Politik ebenso nützlich wie im Straßenverkehr. Und wie unterschiedlich die Bilder auch sein mögen, die er uns zeigt - oft genug ist der Eindruck des Déjà-vu unabweisbar. Dies gilt auf dem politischen Feld, zumal für die **Flüchtlingskrise**.

"Durch die große Zahl der **Asylbewerber** ist die Bundesrepublik Deutschland enormen finanziellen und organisatorischen Belastungen ausgesetzt. Andererseits ist den Menschen, die meist mit viel zu großen Erwartungen nach Deutschland kommen, nicht geholfen, wenn sie ... wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Eine Rückführung aber ist unausweichlich, weil ständige Zuwanderungen in dieser Größenordnung den Arbeits- und Wohnungsmarkt und die soziale Leistungskraft unseres Landes völlig überfordern würden."

Diese vertraut klingenden Sätze stammen nicht aus den vergangenen zehn Monaten. Sie fielen vor über einem Vierteljahrhundert. Genauso wie die Äußerung des CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach: "Viele Städte haben die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht." Oder wie die Schlagzeile der *Bild*-Zeitung: "Fast jede Minute ein neuer Asylant - die Flut steigt. Wann sinkt das Boot?" Und wie die sorgenvolle Bemerkung des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner: "Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von unseren Wählern, auch unseren eigenen, hinweggefegt."

Zur Erinnerung: 1989 kamen 121.318 Asylbewerber in die alte Bundesrepublik, 1990 waren es 193.063, 1991 dann 438.000. Die Ausgaben dafür verdoppelten sich im gleichen Zeitraum auf fünf Milliarden Mark (umgerechnet 2,5 Milliarden Euro). Entschieden wurde 1989 über 120.610 Asylanträge, 1990 über 148.842; die Anerkennungsquote lag um die fünf Prozent. Im Jahre 1991 wurden außerdem 400.000 Spätaussiedler aus Osteuropa aufgenommen, dazu verkraftete Westdeutschland 300.000 Übersiedler aus der untergegangenen DDR.

Die Reaktion? Sie verlief nach dem gleichen Schema wie in der heutigen Flüchtlingskrise.

1. Das Gefühl der Überforderung wuchs. Anschläge auf Flüchtlingswohnheime häuften sich: Hoyerswerda, Mölln, Rostock-Lichtenhagen wurden zu Inbegriffen von Fremdenfeindlichkeit wie heute Heidenau, Clausnitz,

"Dann werden wir von unseren Wählern hinweggefegt" Gab es noch nicht? Von wegen. Anfang der Neunziger verlief die Flüchtlingsdebatte erstaunlich ähnlich wie heu....

Bautzen; Dunkeldeutschland eben. Das andere Deutschland manifestierte sich in Lichterketten, die Giovanni di Lorenzo - damals noch bei der *Süddeutschen Zeitung*, heute Chefredakteur der ZEIT - mit seinen Freunden im ganzen Land gegen Hass und Gewalt mobilisierte. Gleichwohl triumphierten die Rechtsextremen bei den Landtagswahlen von 1992: 10,9 Prozent erhielten die Republikaner in Baden-Württemberg, 6,3 Prozent die DVU in Schleswig-Holstein.

2. Die Politik reagierte mit einer Verschärfung des Asylrechts. Der Kompromiss vom 6. Februar 1992, unterschrieben von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und seinem SPD-Kollegen Hans-Ulrich Klose, trat 1993 in Kraft. Antragsteller, die über einen als sicher eingestuften Drittstaat einreisten, konnten danach kein Asyl mehr erhalten. Eine Liste von "verfolgungsfreien" Herkunftsländern ermöglichte die rasche Abschiebung. Die Verweigerung von Sozialleistungen galt nicht mehr als Beeinträchtigung des Asylgrundrechts. In der Praxis lief dies fortan darauf hinaus, dass Asylbewerber nur dann noch eine Chance hatten, "wenn sie mit dem Fallschirm über der Lüneburger Heide absprangen", wie ein Kritiker lästerte - und deren gab es vor allem bei den Sozialdemokraten viele; fast die Hälfte der SPD-Abgeordneten stimmte gegen die Änderung des Grundgesetzes; Günter Grass gab empört sein Parteibuch zurück.

Die Wirkung war allerdings drastisch. Von 440.000, dem Höchststand 1992, sank die Zahl der Antragsteller auf knapp 20.000 im Jahr 2007.

Fünf vor 8:00 Abonnieren Sie die Morgenkolumne von ZEIT ONLINE - von Montag bis Freitag per E-Mail. Jetzt anmelden

Um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, verlegte sich die Regierung Kohl auf ähnliche Argumente und Methoden wie neuerdings die Regierung der großen Koalition:

Die Ursachen der Fluchtbewegung beseitigen, hieß es schon damals. "Wir wollen und müssen uns ... verstärkt darum bemühen, den Menschen, die die wirtschaftliche Prosperität Westeuropas unwiderstehlich anzieht, eine Lebensperspektive im eigenen Land zu geben"; so seinerzeit Bundesinnenminister Schäuble. Dabei war vor allem an mehr Entwicklungshilfe und Wirtschaftshilfe gedacht.

Die damalige Erklärung der ost- und südosteuropäischen Staaten zu sicheren Herkunftsländern entsprach ganz der heutigen Praxis in Bezug auf die Maghreb-Staaten oder auch Afghanistan. Beträchtliche deutsche Zahlungen versüßten Tschechen und Polen in den 1990er Jahren diese Regelung, so wie Berlin auch jetzt das Scheckbuch zückt. Skrupel gab es damals ebenfalls nicht. Bonn ließ sich gegenüber dem Kommunisten Honecker, der die Einreise tamilischer Flüchtlinge über den Flughafen Schönefeld gestoppt hatte, so wenig lumpen wie heute gegenüber dem autoritären Halbdemokraten Erdogan.

Und wie die Grundgesetzänderung 1993 die Asylgewährung erschwerte, so bringen die jüngst verabschiedeten Asylrechtspakete der großen Koalition ebenfalls weitere Einschränkungen. "Bestehende Flüchtlingsprobleme [sollen] vor allem durch geeignete Rückführungsmaßnahmen und Reintegrationshilfen gelöst oder gelindert werden", stand in der Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung vom 25. September 1990. Auch das steht erneut auf der Tagesordnung.

Gleiches gilt für die "Internationalisierung der Flüchtlingsproblematik", wie es in der alten Regierungskonzeption hieß. Das Ziel war, "die deutschen Lösungsansätze in die internationale Diskussion einzubringen ... und zur Grundlage eines internationalen Vorgehens in der Flüchtlingsfrage zu machen". Heute geht es in erster Linie um eine Europäisierung der Flüchtlingsfrage. Ob den Bemühungen der Bundeskanzlerin in dieser Richtung mehr Erfolg beschieden sein wird als ihrem Vorvorgänger Kohl, steht freilich dahin.

"Mit schnellen Lösungen ist nicht zu rechnen", erklärte die Bundesregierung 1991. "Es steht im Gegenteil zu befürchten, dass die Probleme weiter zunehmen und der politische Handlungsbedarf dringlicher wird." Auch diese Einsicht ist von unveränderter Aktualität. Der Zustrom der Migranten aus Ost- und Südosteuropa versiegte damals vor allen Dingen, weil deren Heimatländer immer dichter an die Europäische Union heranrückten. Für Syrien, Afghanistan, Eritrea, überhaupt ganz Afrika, ist das keine plausible Perspektive.

"Dann werden wir von unseren Wählern hinweggefegt" Gab es noch nicht? Von wegen. Anfang der Neunziger verlief die Flüchtlingsdebatte erstaunlich ähnlich wie heu....

Im Jahre 1991 hieß es in Bonn: "Die Hoffnung scheint berechtigt, dass die internationale Völkergemeinschaft sich in Zukunft der weltweiten Flüchtlingsproblematik durch Bekämpfung der Fluchtursachen verstärkt annehmen wird." Die Hoffnung trog. Sie könnte abermals trügen, wenn Berlin jetzt auf eine EU-Einigung über die Flüchtlingsverteilung, auf türkische Sperrmaßnahmen und eine Friedensregelung in Syrien setzt.

Dann würde auch die Sorge Herbert Wehners wieder akut - dass die Regierung eines Tages von den Wählern hinweggefegt werden könnte. Eine Sorge, die von den Ergebnissen der drei Landtagswahlen am Sonntag keineswegs ausgeräumt worden ist.

Load-Date: March 15, 2016

End of Document

De Maizière fürchtet anhaltend hohe Flüchtlingszahlen; 800.000 Flüchtlinge jährlich - das wird auf lange Sicht auch Deutschland überfordern, warnt der Innenminister. Eine erste Forderung nach einer Steuererhöhung wird laut.

ZEIT-online

Donnerstag 20. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 34

Length: 817 words

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière

© John Macdougall/AFP/Getty Images

Deutschland kann nach Ansicht von Innenminister Thomas de Maizière auf lange Sicht nicht 800.000 **Asylbewerber** pro Jahr aufnehmen. "In diesem Jahr müssen und werden wir das verkraften. Auf Dauer allerdings sind 800.000 für ein solches Land wie Deutschland zu viel", sagte er dem ZDF- *Morgenmagazin*. Dies gelte insbesondere angesichts dessen, was andere europäische Länder leisteten. "Wir nehmen jetzt 40 Prozent aller **Flüchtlinge** in der EU auf", sagte der Minister.

De Maizière hatte die Prognose für das Jahr zuvor nach oben korrigiert. Die Bundesregierung rechnet nun damit, dass in diesem Jahr 800.000 **Flüchtlinge** in Deutschland ankommen werden. Das wären fast doppelt so viele wie beim bisherigen Höchststand Anfang der 1990er Jahre. Überfordert sei Deutschland mit dieser Entwicklung nicht, hatte de Maizière erklärt. Aber Deutschland müsse sich "für einige Jahre" auf hohe **Flüchtlingszahlen** einstellen. "Jeder **Flüchtling**, der nach Deutschland kommt, muss würdig, sicher und anständig aufgenommen werden."

Nun ergänzte de Maizière im ZDF: Zwar sei er für offene Grenzen und "ein überzeugter Europäer". "Aber wenn auch andere europäische Staaten sich nicht an Recht und Gesetz halten, (...) dann brauchen wir ein anderes System, das funktioniert." Sein Fazit: "Offene Grenzen gehen nur, wenn das System innerhalb des Raumes, in dem es offene Grenzen gibt, dann auch ausgeglichen funktioniert. Und das ist nicht der Fall."

Daten als Google Spreadsheet

Eigentlich gilt innerhalb der EU das Dublin-Abkommen. Demnach ist jedes Land für jene Flüchtlinge verantwortlich, die dort zum ersten Mal europäischen Boden betreten. Doch Länder wie Griechenland oder Italien sind zunehmend überfordert von der hohen Zahl an Menschen, die in Europa Schutz suchen. Länder wie Mazedonien, Österreich oder auch Italien lassen die Flüchtlinge zunehmend frei passieren. Sie können so ungehindert nach Deutschland weiterreisen.

De Maizière fürchtet anhaltend hohe Flüchtlingszahlen 800.000 Flüchtlinge jährlich - das wird auf lange Sicht auch Deutschland überfordern, warnt der Innenminis....

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise bedarf laut Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, einer "nationalen Kraftanstrengung". Dabei müsse der Bund die Kommunen bei der längerfristigen Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen. "Auf der anderen Seite brauchen wir eine neue Flüchtlingsordnung in Europa", forderte Oppermann. Das bisher geltende Dublin-Abkommen sei kollabiert.

Weitere Milliardenhilfen vom Bund notwendig

Die Bundesländer fordern in einem ersten Schritt zusätzliche Unterstützung vom Bund. Bisher hatten sie für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung Ausgaben von mindestens fünf bis sechs Milliarden Euro geplant. Doch das wird angesichts der neuen Zahlen nicht ausreichen. Der Bund hat bereits eine Milliarde Euro zusätzlich in Aussicht gestellt, SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte Anfang der Woche, der Bund müsse eher mit drei Milliarden zusätzlich rechnen.

Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, stellte klar: "Der Bund muss jetzt sehr schnell sagen, wie er sich dauerhaft und strukturell an den Kosten für die Betreuung der Flüchtlinge beteiligen wird. Wir haben keine Zeit mehr, noch Monate zu diskutieren." Die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold (Grüne), hat Steuererhöhungen ins Spiel gebracht: Der Staat müsse "die Einnahmeseite verbessern", sagte sie. Denkbar sei, die Erbschaftsteuer zu erhöhen oder aber die Finanztransaktionssteuer.

Dreyer fordert Aufnahmezusage für syrische Flüchtlinge

Die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (SPD), forderte eine "generelle Aufnahmezusage" für syrische Flüchtlinge. So könne das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Nürnberg entlastet werden, sagte Dreyer der *Welt*. Für Asylsuchende aus Albanien beispielsweise seien beschleunigte Verfahren nötig, "um nach entsprechender Prüfung rasch rückführen zu können". Dreyer sagte zudem: "Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten anerkannt werden."

Flüchtlingen mit Bleibeperspektive solle außerdem erlaubt werden, vom ersten Tag an zu arbeiten, sagte Dreyer. Der Bund solle zudem den Ländern eine Pauschale pro Flüchtling zahlen. Sie erinnerte an ihre Idee eines "nationalen Paktes für Flüchtlinge" unter Beteiligung von Bund, Ländern, Kommunen und anderen Akteuren. Dreyer kritisierte: "Man kann den Eindruck gewinnen, die Bundeskanzlerin widmet sich dem Thema Flüchtlinge nicht intensiv genug."

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) warnte im rbb-Inforadio vor Ghettos, die entstehen könnten, wenn Flüchtlinge in leerstehenden, maroden Wohnhaus-Blöcken oder ehemaligen Kasernen untergebracht würden. Es gehe auch um eine Zukunft für die Flüchtlinge. Dazu müsse mehr Augenmerk auf die Integration der Asylsuchenden gelegt werden.

Load-Date: August 20, 2015

Die Frauen und Kinder kommen; Viele der syrischen Flüchtlinge in Deutschland werden ihre Angehörigen nachholen. Die CSU will den Nachzug einschränken. Das ist aber schon rechtlich kaum möglich.

ZEIT-online

Dienstag 6. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 40

Length: 895 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Eine Frau mit einem Baby in einem Aufnahmelager auf Lesbos, Griechenland

© Aris Messinis/AFP/Getty Images

Es war eine gewaltige Zahl, die Deutschland am Montag erschreckte. Bis zu 1,5 Millionen **Flüchtlinge** könnten in diesem Jahr nach Deutschland kommen, hatte die *Bild*-Zeitung berichtet. Bisher gibt es dafür keine offizielle Bestätigung. Dass mehr Menschen kommen werden, als die bislang anvisierten 800.000 scheint jedoch sicher.

Am Dienstag wies nun auch die Bundesfamilienministerin darauf hin, dass es nicht bei denen bleiben wird, die schon geflohen sind. Denn auch **Flüchtlinge** haben Ehepartner und Kinder - und ein Recht darauf, sie nach Deutschland nachzuholen.

"Wir rechnen damit, dass sehr viele Frauen und Kinder nachkommen", sagte Manuela Schwesig in einem Zeitungsinterview. Ausgerechnet CSU-Politiker, die sich sonst stets besonders für den Schutz der Familie aussprechen, fordern deswegen eine Einschränkung des Familiennachzugs. Dabei gibt es dafür bereits enge Grenzen. Ein Überblick über die wichtigsten Fakten:

Wer darf nachkommen?

Menschen, die in Deutschland als Asylbewerber oder Flüchtlinge gelten, können während der ersten drei Monate nach ihrer Anerkennung ihre engsten Angehörigen nachholen. Dasselbe gilt für die, die hier subsidiären Schutz genießen - also nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, weil dort zum Beispiel Krieg herrscht. Engste Angehörige sind aber in diesem Fall nur minderjährige Kinder und Ehepartner. Volljährige Kinder dürfen ebenso wenig nachkommen wie etwa die eigenen Eltern, es sei denn, der Flüchtling ist selbst noch minderjährig. Nur in besonderen Härtefällen kann von dieser Regelung abgewichen werden.

Hat der Flüchtling die Dreimonatsfrist verpasst, kann er seine Angehörigen nur dann nachholen, wenn er selbst für Wohnung und Unterhalt sorgen kann. Ehepartner müssen in diesem Fall außerdem einfache Deutschkenntnisse nachweisen.

Die Frauen und Kinder kommen Viele der syrischen Flüchtlinge in Deutschland werden ihre Angehörigen nachholen. Die CSU will den Nachzug einschränken. Das ist ab....

In den vergangenen Jahren haben einige Länder Ausnahmeregelungen für anerkannte Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien geschaffen. Sie dürfen auch weitere Verwandte nachholen - allerdings ebenfalls nur, wenn sie selbst für deren Unterhalt sorgen können.

Welche Prognosen gibt es?

In der Debatte kursieren derzeit verschiedene Zahlen. Der frühere Präsident des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, rechnete im Durchschnitt mit je drei Familienangehörigen pro Flüchtling. Die CSU bezog dies sofort auf die 200.000 Syrer, die bisher in Deutschland Zuflucht gefunden habe. Allein für sie sei also mit 600.000 nachziehenden Familienmitgliedern zu rechnen, sagt Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU). In dem Papier, das der *Bild*-Zeitung zugespielt wurde, war gar von vier bis acht Familienangehörigen pro Flüchtling die Rede.

Doch seriöse Prognosen gibt es nicht. Man habe keine Durchschnittswerte aus den vergangenen Jahren, betont das Bundesinnenministerium, denn ob jemand über den Familiennachzug komme, werde im Ausländerzentralregister nicht erfasst. Im Übrigen ist auch völlig unklar, wie viele Flüchtlinge überhaupt Familienangehörige nachholen wollen: Viele von ihnen sind alleinstehende junge Männer und haben noch keine Familie, andere sind bereits mit Kindern und Ehepartner gekommen. Wie viele Familienmitglieder am Ende kommen werden, hängt wesentlich davon ab, wie viele Flüchtlinge anerkannt werden oder subsidiären Schutz erhalten. Denn nur sie können ihre Angehörigen nachholen.

Was fordert die CSU?

Trotz der unklaren Zahlenbasis fordern Singhammer und der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), bereits jetzt, den Familiennachzug zu begrenzen. Zuerst brauche man einen Überblick, wie viel Wohnraum, Schul- und Kitaplätze zur Verfügung stünden, sagte Singhammer ZEIT ONLINE. Erst dann könne man entscheiden, in welchem Umfang der Nachzug von Familienangehörigen möglich sei.

Was sagt die SPD dazu?

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, sagte ZEIT ONLINE, er sei grundsätzlich bereit, über eine Begrenzung zu reden. Allerdings müsse die CSU zunächst sagen, wo sie genau ansetzen wolle.

Wäre eine Begrenzung rechtlich möglich?

Nur in sehr begrenztem Maße. Denn dass anerkannte Flüchtlinge ihre Kernfamilie nachholen dürfen, ist durch die Familienzusammenführungsrichtlinie der EU geregelt. Diese umfasst auch das Recht von minderjährigen anerkannten Flüchtlingen, ihre Eltern nachzuholen.

Einschränken könnte man den Familiennachzug in Deutschland allenfalls für diejenigen, die nur subsidiären Schutz genießen, sagt Gisela Seidler, eine Münchner Anwältin für Asylrecht. Allerdings wäre das ziemlich absurd. Denn erst zum 1. August 2015 wurde eingeführt, dass auch diese Gruppe ihre Angehörigen in den ersten drei Monaten ohne weitere Bedingungen nachholen kann. Es gehörte zu den Verbesserungen, die die SPD im Zuge der letzten Asylrechtsverschärfung herausgehandelt hatte.

Was wird in Österreich geplant ?

In Österreich wird derzeit an einer Verschärfung des Familiennachzugs gearbeitet. Allerdings konnten anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber dort bisher ihre Kernfamilie ohne Auflagen nachholen. Künftig soll dies - wie in Deutschland - nur in den ersten drei Monaten nach dem Bescheid möglich sein. Menschen, die lediglich subsidiären Schutz genießen, sollen ihre Familie dagegen erst nach drei statt nach einem Jahr nachholen können, und auch das nur, wenn sie diese versorgen können.

Die Frauen und Kinder kommen Viele der syrischen Flüchtlinge in Deutschland werden ihre Angehörigen nachholen. Die CSU will den Nachzug einschränken. Das ist ab....

End of Document

Die O-Frage; Wieviele Flüchtlinge sollen pro Jahr ins Land dürfen? CDU und CSU pirschen sich an einen Kompromiss zur Obergrenze heran, die so aber nicht heißen darf.

ZEIT-online

Dienstag 27. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: CDU und CSU; Ausg. 36

Length: 1433 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Der Streit um die Begrenzung der **Flüchtlingszahlen** belastet das Verhältnis von CDU und CSU.

© Ralf Hirschberger/dpa

Seit fast einem Jahr wird der Streit auf beiden Seiten mit Erbitterung geführt: Die CSU verlangt eine Obergrenze für **Flüchtlinge**, Kanzlerin Angela Merkel lehnt das bisher ab. Die Bayern lassen aber nicht locker und machen eine Einigung zur Voraussetzung für einen gemeinsamen Wahlkampf - auch wenn es in jüngster Zeit immer mal Kompromiss-signale gab, etwa von CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt oder dem bayerischen Innenminister Joachim Hermann. Gesucht wird nun eine gesichtswahrende Lösung für beide Seiten. Geht das? Ein Überblick über die wichtigsten Fragen:

Wie hat sich die Zahl der Flüchtlinge in diesem Jahr entwickelt?

Von CDU-Seite wird immer wieder betont, die Zahl der Flüchtlinge sei schon stark zurückgegangen. Im Vergleich zu 2015 ist das sicher richtig. Während im vergangenen Jahr eine knappe Million Menschen nach Deutschland kam, wurden zwischen Januar und August dieses Jahres 256.567 Menschen neu als **Asylsuchende** registriert. Wenn die Entwicklung so weiter geht wie in den vergangenen Monaten, dürfte diese Zahl bis Ende 2016 auf etwa 330.000 steigen. Die von der CSU geforderte Obergrenze von 200.000 wäre damit aber deutlich überschritten

Allerdings muss man wissen, dass knapp 70 Prozent der Neuregistrierungen auf die ersten drei Monaten des Jahres entfallen, also bevor die Balkanroute geschlossen wurde und der EU-Türkei-Pakt in Kraft trat. Seither kommen noch etwa 16.000 Flüchtlinge pro Monat nach Deutschland. Sollte es dabei bleiben, würde die von der CSU geforderte Grenze von 200.000 im kommenden Jahr womöglich eingehalten werden können. Scheitert der Flüchtlingspakt mit der Türkei oder verschärfen sich andere Konflikte auf der Welt, könnten allerdings schnell wieder mehr Menschen in Deutschland Zuflucht suchen. Das ist der Grund, warum die CSU trotz sinkender Zahlen beharrlich an ihrer Obergrenzen-Forderung festhält.

Was meint die CSU mit dem Begriff Obergrenze?

Die O-Frage Wieviele Flüchtlinge sollen pro Jahr ins Land dürfen? CDU und CSU pirschen sich an einen Kompromiss zur Obergrenze heran, die so aber nicht heißen d....

Das ist nicht ganz klar. Handelt es sich um eine absolute Grenze in dem Sinne, dass jeder Flüchtling, der nach dem Erreichen einer bestimmten Zahl nach Deutschland kommt, an der Grenze abgewiesen werden soll? Oder ist damit nur eine ungefähre Größenordnung gemeint, die nicht allzu deutlich überschritten werden sollte? Noch offen scheint in der CSU zudem zu sein, ob sich die Obergrenze nur auf Asylsuchende oder generell auf Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten beziehen soll, wie es CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer andeutete. Und was ist mit den Angehörigen von anerkannten Flüchtlingen, die in den kommenden Monaten und Jahren im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kommen werden? Sollten auch sie unter die Obergrenze von 200.000 im Jahr fallen, dürfte diese wesentlich schwieriger einzuhalten sein.

Ist eine Obergrenze mit dem Grundgesetz vereinbar?

Grundsätzlich gilt: Wer in Deutschland laut Artikel 16a Grundgesetz asylberechtigt ist, muss hier Asyl erhalten, egal wie viele Flüchtlinge bereits im Land sind. Allerdings wurde das Grundgesetz 1993 dahingehend geändert, dass Menschen, die über EU-Länder oder andere sichere Drittstaaten einreisen, erst gar keinen Anspruch auf Asyl haben. Darauf stützt sich die CSU.

Europarechtler Daniel Thym, der auch Mitglied im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) ist, hält das für nicht stichhaltig. "Der Blick auf das Grundgesetz greift zu kurz", sagt Thym. Das deutsche Recht werde vom europäischen Recht überlagert. Wenn ein Flüchtling an der deutschen Grenze Asyl begehre, müsse zumindest geprüft werden, welcher EU-Staat für das Verfahren zuständig sei. Ist eine Rücküberstellung dorthin - wie zum Beispiel im Falle Griechenlands - nicht möglich, wird das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt. Deswegen sei es mit den EU-Richtlinien nicht vereinbar, eine Zahl festzulegen, wie viele Asylbewerber man aufnehmen wolle, sagt Thym. Zurückweisungen an der Grenze seien bestenfalls möglich, wenn die öffentliche Ordnung in Gefahr sei. Das sei derzeit aber nicht der Fall.

Die CSU stellt sich dagegen auf den Standpunkt: Das Dublin-System sei de facto gescheitert. Deswegen sei man an diese Regelung nicht mehr gebunden. Offiziell außer Kraft gesetzt wurden die Dublin-Regeln allerdings nie.

Wäre eine "Orientierungsgröße" für beide Seiten akzeptabel?

Es war CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, die den Begriff ins Spiel brachte. Statt von Obergrenze könne man auch von "Richtwert" oder "Orientierungsgröße" reden, sagte sie kurz nach Merkels Selbstkritik in Sachen Flüchtlingspolitik.

Auf den ersten Blick scheint es, als könnte dies durchaus eine Lösung des Streits sein. Schließlich hatte auch Merkel sich zuletzt nur noch gegen eine "starre Obergrenze" ausgesprochen.

Entscheidend wird dann die Frage sein, mit welchen Maßnahmen man dafür sorgen will, dass diese Zahl auch eingehalten wird, ob nun exakt oder ungefähr. Will die Bundesregierung künftig also doch die Grenze schließen und Flüchtlinge an der Grenze zurückweisen, wenn sie Mitte des Jahres merkt, dass die Zahl von 200.000 überschritten zu werden droht? Aus europarechtlicher Sicht wäre ein solches Vorgehen zumindest sehr fragwürdig. Ganz abgesehen von den logistischen Problemen und den Auswirkungen, die das auf das System der offenen Grenzen im Schengenraum hätte.

Oder will die Regierung nur allgemein durch die Bekämpfung von Fluchtursachen und den Abschluss weiterer Rücknahmeabkommen ähnlich dem EU-Türkei-Pakt dafür sorgen, dass eine bestimmte Größenordnung möglichst nicht überschritten wird? Dann hätte sie allerdings keine Möglichkeit, kurzfristig auf ansteigende Flüchtlingszahlen zu reagieren. Ob sich der "Richtwert" auf diese Weise immer einhalten ließe, erscheint fraglich.

Liegt die Lösung in einem europäischen Kontingent?

Nach der derzeit geltenden Dublin-Regelung müssen alle Flüchtlinge ihren Asylantrag dort stellen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten. Spätestens seit vergangenem Jahr weiß man: Wenn zu viele kommen, funktioniert das nicht mehr. Seither wird deswegen über ein europäisches Quotensystem diskutiert. Idealerweise würden die

Die O-Frage Wieviele Flüchtlinge sollen pro Jahr ins Land dürfen? CDU und CSU pirschen sich an einen Kompromiss zur Obergrenze heran, die so aber nicht heißen d....

Flüchtlinge gerecht auf alle EU-Staaten verteilt, gemäß ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Einwohnerzahl. Genau wie die CDU hat auch die CSU eine solche Regelung lange abgelehnt. Unter dem Druck der Verhältnisse hat sich das jedoch geändert.

Theoretisch könnte Deutschland darauf bestehen, im Rahmen solcher europäischer Kontingente maximal 200.000 Menschen pro Jahr aufzunehmen. Doch wenn alle Staaten sich auf Maximal-Kontingente festlegen würden, könnte es bei sehr hohen Flüchtlingszahlen passieren, dass Europa als Ganzes seiner Verpflichtung, Verfolgten Schutz zu gewähren, nicht nachkommen kann. Das größte Problem bei den Kontingenten besteht aber darin, dass bisher viele Staaten in Europa überhaupt nicht bereit sind, sich auf einen festen Verteilungsschlüssel einzulassen.

Wie kommt die CSU auf die Zahl 200.000?

Die CSU argumentiert, dabei handele es sich um einen Erfahrungswert der vergangenen Jahre. 200.000 Menschen seien demnach integrierbar, mehr Flüchtlinge überforderten das Land. Tatsächlich orientiert sich die CSU vor allem an dem Zustand des Jahres 2014. Damals wurden in Deutschland 173.072 Erstanträge auf Asyl gestellt. In den Jahren davor lag die Zahl der Asylanträge im Schnitt sehr viel niedriger, der tiefste Wert wurde 2008 mit nur 28.018 Erst- und Folgeanträgen erreicht. Insofern trägt die Zahl 200.000 der Tatsache Rechnung, dass die Zahl der Flüchtlinge weltweit in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist.

Wie funktioniert die Obergrenze in Österreich?

In Österreich habe sich die Obergrenze bewährt, sagt zum Beispiel CSU-Fraktionschef Kreuzer. Der österreichische Europarechtler Walter Obwexer widerspricht: Zwar habe es eine politische Festlegung auf eine Obergrenze von 37.500 Flüchtlinge im Jahr gegeben. Noch sei diese gesetzlich aber nicht umgesetzt. Bisher sei noch kein Flüchtling wegen der Obergrenze zurückgewiesen worden.

Allerdings will die österreichische Regierung nun ihr Asylrecht verschärfen. Vorgesehen ist, dass jeweils dann, wenn die Obergrenze von 37.500 überschritten wird, nur noch Anträge von Asylbewerbern geprüft werden, die nicht in einen sicheren EU- oder Drittstaat rücküberstellt werden können. Notwendig sind dafür Grenzkontrollen und im Zweifelsfall auch der Bau eines Zauns. Aus europarechtlicher Sicht sei das nicht in Ordnung, sagt Thym. "Die österreichische Regierung riskiert, dass österreichische oder europäische Gerichte ein solches Vorgehen als rechtswidrig einstufen".

Load-Date: September 27, 2016

Merkel besucht Flüchtlingsunterkunft; Die Kanzlerin reist am Mittwoch ins sächsische Heidenau, wo Rechtsextremisten gegen Flüchtlinge hetzten. Grünen-Chefin Simone Peter spricht von einer zu späten Premiere.

ZEIT-online

Dienstag 25. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Heidenau; Ausg. 34

Length: 524 words

Body

Der ehemalige Baumarkt in Heidenau ist nach dem Krawall vom Wochenende abgeschirmt.

© Oliver Killig/dpa

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird am Mittwoch die **Flüchtlingsunterkunft** im sächsischen Ort Heidenau besuchen, vor der es in den vergangenen Tagen fremdenfeindliche Ausschreitungen gab. Die Kanzlerin und CDU-Chefin werde in Heidenau mit **Flüchtlingen**, Helfern und Sicherheitskräften sprechen, teilte ein Regierungssprecher mit. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) werde sie begleiten. Merkel wollte am Mittwoch ohnehin in Sachsen unterwegs sein. Auf ihrem Terminplan steht ein Besuch der Uhrenmanufaktur A. Lange & Söhne in Glashütte.

In einem stillgelegten Baumarkt in Heidenau bei Dresden war eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge eingerichtet worden, in der bis zu 600 Menschen unterkommen sollten. Am Wochenende kam es dort zu gewalttätigen Protesten, die Merkel am Montag in Berlin als "in keiner Weise akzeptabel" und als abstoßend bewertet hatte. Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte Heidenau bereits am Montag besucht und die Täter als "Pack" bezeichnet. Tillich war schon am Wochenende dort gewesen, um sich über die Lage zu informieren. Derzeit leben 300 Flüchtlinge in dem Gebäude.

Der Bürgermeister von Heidenau, Jürgen Opitz (CDU), hatte Merkel indirekt zum Kommen aufgefordert. Nach dem Krawall hatte er gesagt, er erwarte Merkel am Mittwoch in seinem Ort.

Der Vorfall in Heidenau hat breite öffentliche Empörung ausgelöst. Vertreter aller demokratischen Parteien verurteilten die Gewalttäter. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert sprach von "Schande".

Kritiker halten Merkel vor, sie habe nicht schnell genug reagiert. Grünen-Chefin Simone Peter sprach im Hinblick auf den jetzt angekündigten Besuch von einer "viel zu späten Premiere".

Seit Monaten häufen sich bundesweit Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und fremdenfeindliche Protestdemonstrationen gegen Asylbewerber. Allein im ersten Halbjahr 2015 gab es 176 Angriffe auf Einrichtungen.

Merkel besucht Flüchtlingsunterkunft Die Kanzlerin reist am Mittwoch ins sächsische Heidenau, wo Rechtsextremisten gegen Flüchtlinge hetzten. Grünen-Chefin Simo....

Im brandenburgischen Nauen brannte in der Nacht zum Dienstag eine Turnhalle ab, die Polizei vermutet Brandstiftung. Im sächsischen Tröglitz war vor wenigen Wochen eine geplante Unterkunft in Flammen aufgegangen, auch in Meißen hatte es es einen Brandanschlag gegeben. Auch im baden-württembergischen Weissach legten Täter an einer vorgesehenen Aufnahmeeinrichtung Feuer. Vor wenigen Monaten war im bayerischen Vorrathshaus eine noch leer stehende Unterkunft abgebrannt.

Es kommt auch immer wieder zu Verbalattacken, die in Gewalt umschlagen. In Hildesheim beschimpften am Sonntagabend betrunkene Fans des Fußball-Regionalligisten VfV Borussia 06 Hildesheim und polizeibekannte Anhänger der rechtsextremen Szene Flüchtlinge und griffen sie mit Holzlatten an. Laut *Hannoverscher Allgemeinen Zeitung* kam es der Polizei zufolge später vor dem Hildesheimer Bahnhof zu "tumultartigen Szenen". Etwa 15 Rechtsextreme standen demnach etwa 20 Migranten gegenüber, darunter Flüchtlinge aus einer nahe gelegenen Unterkunft. Alkoholisierte Fußballfans und Rechtsextreme beschimpften mehrere Flüchtlinge und stießen sie.

Load-Date: August 25, 2015

End of Document

De Maizière will Nordafrikaner schneller und effizienter abschieben; Der Bundesinnenminister reist nach Algerien, Marokko und Tunesien. Sie sollen bald als sichere Herkunftsländer gelten. Doch Menschenrechtler protestieren vehement.

ZEIT-online

Sonntag 28. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl; Ausg. 10

Length: 521 words

Body

Bundesinnenminister Thomas de Maizière

© Thierry Monasse/dpa

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will **Flüchtlinge** aus Algerien, Marokko und Tunesien schneller abschieben. "Wir müssen erreichen, dass die Verfahren effizienter und schneller durchgeführt werden", sagte de Maizière. Erreicht werden könne das etwa, wenn moderne Technologie, wie biometrische Daten, eingesetzt würden. "Wir können uns da viel vorstellen."

Der Minister reist am heutigen Sonntag nach Algerien, Marokko und Tunesien. Die Bundesregierung plant, die drei nordafrikanischen Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. So könnten Menschen leichter abgeschoben werden, deren Asylanträge in Deutschland abgelehnt wurden.

"Ziel der Reise ist die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Rückführung von ausreisepflichtigen Staatsangehörigen der Maghreb-Staaten", sagte de Maizière. "Das Hauptproblem besteht hier in regelmäßig fehlenden Reisedokumenten. Häufig werden auch zu Namen und sonstigen Merkmalen falsche Angaben gemacht."

Damit Staaten als sichere Herkunftsländer eingestuft werden können, müssen bestimmte Vorgaben erfüllt werden. "Die gesetzliche Einstufung als sicherer Herkunftsstaat setzt im Wesentlichen voraus, dass in den betroffenen Staaten aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet", sagte de Maizière.

Diese Bedingungen seien in den drei Ländern nicht gegeben, sagen Menschenrechtler und kritisieren den Plan der Regierung. In Algerien werden nach Angaben von Amnesty International in mehreren Kasernen geheime Gefängnisse unterhalten. Dort sollen Menschen regelmäßig schwer gefoltert werden. Von Gerichten werden Angeklagte in dem Land auch weiterhin zur Todesstrafe verurteilt, auch wenn diese 1993 ausgesetzt wurde. 2012 wurden 153 Todesurteile gesprochen, 2013 waren es 40.

De Maizière will Nordafrikaner schneller und effizienter abschieben Der Bundesinnenminister reist nach Algerien, Marokko und Tunesien. Sie sollen bald als siche....

"Es gibt weiterhin schwere Verstöße gegen die Menschenrechte"

"Was Marokko angeht, haben Diskurs und Realität nichts miteinander zu tun. Das Regime spricht von Respektierung der Menschenrechte und von Demokratie", sagte Khadija Ainani, stellvertretende Vorsitzende der Marokkanischen Menschenrechtsvereinigung (AMDH), der *taz*. "Marokko gibt sich als modernes, aufgeschlossenes Land. Europa kauft dies gerne ab. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Es gibt weiterhin schwere Verstöße gegen die Menschenrechte."

In Tunesien werden Medien zensiert und Mitglieder der Opposition eingeschüchtert. Im vergangenen Jahr seien mehrere Demonstrationen mit exzessiver Gewalt beendet worden, berichtet Amnesty International. Menschen, die festgenommen wurden, erzählen, sie seien gefoltert worden - etwa durch *Waterboarding*. Gleichgeschlechtliche Beziehungen werden mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft.

Es sei ein Hohn, die Länder als sichere Herkunftsstaaten zu bezeichnen, sagte die Migrationsbeauftragte der Linken, Sevim Dagdelen. Die Regierung opfere die Menschenrechte in Nordafrika auf dem Altar der Flüchtlingsabwehr. Die Verhandlungen seien ein schmutziger Deal.

Load-Date: February 28, 2016

Die Tabus fallen; Das Flüchtlingslager Friedland ist wie andere an der Grenze der Belastung. Die SPD teilt daher Merkels Optimismus nicht mehr und denkt über schärfere Maßnahmen nach.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 41

Length: 1317 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Ein **Flüchtling** hockt vor dem Erstaufnahmелager im niedersächsischen Friedland.

© Ralph Orlowski/Reuters

Die Absperrgitter an der Essensausgabe sind neu, sie sollen das Gedrängel regeln und Reibereien vermindern. Zehn statt sonst vier Sicherheitsbeamte sind jetzt im Einsatz. Sie tragen Schutzwesten. "Sie möchten das so", sagt Heinrich Hörnschemeyer, Leiter des Landeserstaufnahmелagers für **Flüchtlinge** im niedersächsischen Friedland.

Hörnschemeyer wirkt, obwohl sein Lager nur für 750 **Flüchtlinge** ausgelegt ist, derzeit aber bis zu 3.500 Menschen dort leben, recht entspannt. Er macht den Eindruck, dass er von einem Merkelschen Grundoptimismus getragen ist. Wenn er klagt, dann freundlich: "Früher brauchten wir diese Sicherheitsmaßnahmen nicht." Und ja, so weitergehen wie bisher, immer mehr Menschen auf engem Raum, immer mehr Ärger und Frust, das könne es natürlich nicht.

Die Einrichtung gibt es seit 1945. Als "Grenzdurchgangslager Friedland" war es damals erste Zufluchtsstätte für Kriegsflüchtlinge und frühere Wehrmachtssoldaten, die aus den Gefangenenlagern der Sowjetunion zurückkehrten. Nach der Wende kamen dann Übersiedler aus der DDR. Jahrzehntelange Erfahrung hat man hier also mit der Betreuung vieler Menschen in Not, man ist gut organisiert, die Bevölkerung ist gewöhnt an Flüchtlinge und Vertriebene: In der kleinen niedersächsischen Gemeinde verschwimmen Ortskern und Heim, die Einfamilienhäuser stehen in unmittelbarer Nähe zu den Unterkünften der Flüchtlingsfamilien.

Doch die aktuelle Situation überfordert auch das Erstaufnahmелager Friedland, heute Anlaufpunkt für Menschen aus Nahost, die einen Asylantrag in Deutschland stellen wollen. Überall stehen Betten für Neuankömmlinge, selbst auf den Fluren. Dort sollen bestenfalls die alleinstehenden Männer schlafen, damit die Familien wenigstens ein bisschen Privatsphäre haben. Das Zelt, das seit einiger Zeit auf dem Bolzplatz steht, wird nun für den Winter mit einer zusätzlichen Wärmeschicht ausgestattet, damit auch hier weiter Flüchtlinge leben können.

Bis zu zehn Monate warten auf den Asylantrag

Die Tabus fallen Das Flüchtlingslager Friedland ist wie andere an der Grenze der Belastung. Die SPD teilt daher Merkels Optimismus nicht mehr und denkt über sch....

Rund um die Uhr kommen die Flüchtlinge an, sagt Heimleiter Hörnschemeyer. Das Flüchtlingsheim ist kein abgesperrter Bereich, jeder kann rein und raus. Am nächsten Morgen stehen sie Schlange für eine erste Anmeldung. Bis ein Flüchtling offiziell registriert ist, seine Identität abgeglichen und eine Gesundheitsprüfung vorgenommen, dauert es inzwischen bis zu sechs Wochen. Den ersten Termin bei den 35 Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gibt es in fünf Monaten, dann erst kann der Asylantrag gestellt werden. Es wird im Schnitt noch mal mindestens fünf Monate dauern, bis über ihn er entschieden ist.

Der Frust ist riesig, die Konflikte nehmen zu, bei der Essensausgabe, im Supermarkt. Erst am Montag gab es wieder einen Polizeieinsatz: Ein Iraker soll eine Afghanin auf die Wange geküsst haben. "Das fand weder sie gut noch ihr Ehemann", erzählt Hörnschemeyer lapidar. Der Konflikt habe sich hochgeschaukelt, schließlich prügelten sich hundert Menschen. "Das ist etwas, was wir in der Vergangenheit überhaupt nicht gekannt haben", sagt der Heimleiter. Wenn er auf dem Gelände ist, drängen sich die Flüchtlinge um ihn, wedeln mit ihren Papieren. Wieso das alles so langsam gehe mit ihrem Asylantrag, fragen sie.

Niedersachsens SPD-Innenminister Boris Pistorius ist angesichts solcher Bilder der Ansicht, dass die noch frischen Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels im Kanzleramt Ende September nicht ausreichen. Allein in den ersten sechs Oktobertagen seien 6.000 Flüchtlinge neu nach Niedersachsen gekommen, sagt er. Kein Vergleich mit dem gebeutelten Bayern, wo täglich 10.000 ankommen, aber schon mehr als genug. Da hilft nicht nur Geld für Länder und Kommunen, da verlangen die Verantwortlichen in den Einrichtungen, den Kommunen und den Ländern vielmehr eine Perspektive: Wie soll es weitergehen?

Fünf Jahre hätten sie auf eine Verbesserung der Situation in der Heimat gehofft, erzählen syrische Flüchtlinge in Friedland. Weil aber kein Ende des Krieges in Sicht sei, hätten sie sich dann auf den Weg nach Deutschland gemacht. Wie kann man Syrien helfen? "Wir sind verloren", sagt ein Mann aus Aleppo. Er sei Deutschland sehr dankbar für die Gastfreundschaft. Ihm werden noch viele folgen, so viel ist sicher.

Die Kanzlerin betrieb am Mittwochabend im Fernsehen Vorwärtsverteidigung. Sie habe "den Optimismus und auch die innere Gewissheit, dass diese Aufgabe lösbar ist", sagte Angela Merkel. Doch beim Verströmen dieser "inneren Gewissheit" kann sie sich nicht nur nicht mehr auf ihre eigenen Leute verlassen - auch die SPD ist ihr schon längst in den Rücken gefallen.

Man sei "nahe der Belastungsgrenze", sagte Parteichef Sigmar Gabriel zu Beginn der Woche. Fraktionschef Oppermann forderte gar ein Eingeständnis des Scheiterns von Merkel: Man könne nicht mehr so viele Menschen aufnehmen. Oppermann forderte feste Kontingente für Kriegsflüchtlinge - das bedeutet, wenn man es zu Ende denkt: Wenn die erschöpft sind, muss das Land dicht machen, die Genfer Flüchtlingskonvention infrage stellen. Ein solcher Vorschlag genießt in der SPD-Spitze durchaus Sympathien, ebenso wie die Überlegung, Asylzentren an den deutschen Grenzen einzurichten, in denen Flüchtlinge im Schnellverfahren darauf geprüft werden, ob sie eine Bleibeperspektive in Deutschland haben. Alle anderen dürften das Land dann gar nicht erst betreten.

Auch wenn Generalsekretärin Yasmin Fahimi diesen bayerischen CSU-Vorschlag - offenbar in Absprache mit dem Vorsitzenden Gabriel - offiziell noch ablehnt: Allzu fern sind der SPD solche Überlegungen nicht mehr. Es gehe darum, Möglichkeiten vorurteilslos zu prüfen, sagte schon Oppermann. Sozialdemokraten in Bund und Ländern pflichten dem bei, sie sind es leid, den ewigen Gewissheitsappellen der Kanzlerin zu lauschen. Aus ihrer Sicht tut Merkel viel zu wenig, um die Krise einzudämmen.

Viele unregistrierte Flüchtlinge

Und so läuft die sozialdemokratische Überlegung: Wie den Zuzug begrenzen, zurückdrängen, ohne das Grundrecht auf Asyl und Schutz vor Krieg und Gewalt auszuhöhlen, ohne Grenzen dicht zu machen? Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat in der ZEIT gefordert, Deutschland solle sich an der Sicherung der EU-Außengrenzen beteiligen. Ausgerechnet die Sozialdemokraten sind es also derzeit, die öffentlich überlegen, wie Europa seine Schotten dicht machen kann.

Die Tabus fallen Das Flüchtlingslager Friedland ist wie andere an der Grenze der Belastung. Die SPD teilt daher Merkmals Optimismus nicht mehr und denkt über sch....

In Friedland beschäftigt SPD-Innenminister Pistorius noch etwas ganz anderes: Die vielen nicht registrierten Flüchtlinge, die in Deutschland unterwegs sind. Pistorius erzählt von einem Beispiel, wie man es auch aus anderen Ländern und Gemeinden hört: Das niedersächsische Uelzen machte sich in dieser Woche bereit für einen Zug mit 450 Flüchtlingen, die über die Balkanroute bis nach München eingereist waren. Am Uelzener Bahnhof warteten drei Busse auf den Flüchtlingszug aus dem Süden, sie sollten die Menschen auf die verschiedenen niedersächsischen Aufnahmeeinrichtungen verteilen. "Aber 300 von 450 haben sich entschieden, auf eigene Faust woandershin zu reisen", erzählt Pistorius. "Wir haben keine rechtliche Handhabe, sie daran zu hindern."

Der deutsche Umgang mit Flüchtlingen ist bisher ein offener. Menschen werden nicht in Erstaufnahmелagern eingesperrt; sie können hingehen, wo sie wollen, auch wenn sie offiziell natürlich dazu angehalten sind, sich in den Flüchtlingslagern aufzuhalten. Das Problem mit den Menschen wie in Uelzen ist: Sie sind noch nicht registriert, niemand weiß, wer sie sind, und ob sie vielleicht schon einmal in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben. Die Innenminister überlegen nun, wie man diese Menschen schon an den Grenzen registrieren kann, um diese Ungewissheiten zu beseitigen und überhaupt einen Überblick zu bekommen, wie viele Flüchtlinge da sind.

Wie sich Vizekanzler Sigmar Gabriel heute zum Umgang mit Flüchtlingen äußerte, sehen Sie im Video.

Load-Date: October 8, 2015

Ende einer Hängepartie; Wochenlang überzogen sich die Koalitionäre mit Schmähungen, nun ist der asylpolitische Dauerstreit beendet. Das Ergebnis können die Konfliktpartner als Erfolg verkaufen.

ZEIT-online

Donnerstag 28. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 5

Length: 1131 words

Byline: Tilman Steffen

Body

Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel im Kanzleramt (Archiv)

© Soeren Stache/dpa

Am Ende sieht die Einigung doch aus wie am Anfang: Zwei Jahre Wartezeit für den Nachzug der Familien von Kriegsflüchtlings - das war bereits der im November 2015 erzielte Kompromiss der Koalitionspartner. Wer wegen eines Bürgerkriegs nach Deutschland flüchtet, soll Ehepartner und Kinder frühestens nach 24 Monaten nachholen können. Besonders auf viele Syrer trifft das zu - sie erhalten zunächst für ein Jahr einen sogenannten subsidiären Schutz, weil sie vom Tod bedroht sind, wenn sie in ihr Heimat zurückkehren würden. Den vollen Schutz als **Flüchtling** nach der Genfer **Flüchtlingskonvention** erhält nur, wer direkt persönlich verfolgt wird. Er darf zunächst bis zu drei Jahre bleiben und auch weiterhin seine Familie ohne Wartezeit nachholen.

Seit Monaten dominiert der Streit über den Familiennachzug, über Obergrenzen für **Flüchtlinge**, über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen oder die Dauer der **Asylverfahren** die deutsche Innenpolitik. Der Kabinettsbeschluss über eine Reihe der geplanten Gesetzesänderungen, das **Asylpaket** II, verschob sich deshalb immer wieder, wochenlang. Die CSU trumpfte mit der Forderung auf, **Flüchtlinge** mögen sich zur deutschen Leitkultur bekennen. Auch eskalierte sie den Konflikt mit der Drohung, gegen die Bundeskanzlerin vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, weil sie im Sommer vergangenen Jahres in Ungarn gestrandete **Flüchtlinge** nach Deutschland holen ließ. Die SPD sprach vom versuchten Koalitionsbruch, die CSU konterte, die Sozialdemokraten vergifteten das Klima.

In dieser angespannten Lage hatten sich die drei Parteichefs von CDU, CSU und SPD im Kanzleramt zusammengesetzt, um nach Wochen des gegenseitigen Behakeln die größten Konfliktpunkte abzuräumen. Nach zwei Stunden Sitzungsdauer rauschten CSU-Chef Horst Seehofer und SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel in schwarzen Limousinen kommentarlos davon. Seehofer ließ wenig später wissen, es gebe noch Redebedarf. Doch nach einer weiteren Stunde verkündete Gabriel dann die Einigung. Der CSU-Chef saß da schon wieder in einer Konferenz der Ministerpräsidenten, die sich im weiteren Verlauf des Abends noch mit Kanzlerin Angela Merkel trafen.

Ende einer Hängepartie Wochenlang überzogen sich die Koalitionäre mit Schmähungen, nun ist der asylpolitische Dauerstreit beendet. Das Ergebnis können die Konfl....

Die Einigung der drei Parteichefs verändert einerseits den Umgang ankommenden Flüchtlingen, könnte aber auch die Integration derer verbessern, die bleiben dürfen. Der Kompromiss sieht neben der Zweijahres-Sperrfrist für den Familiennachzug vor, Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien und dem Libanon aufzunehmen. Junge Flüchtlinge sollen nach Abschluss einer Ausbildung zwei Jahre Arbeitserlaubnis erhalten, unabhängig von ihrem Status.

Beim Hauptstreitpunkt Familiennachzug hat die CSU auf den ersten Blick erreicht, was sie schon immer wollte: Zwei Jahre Wartezeit für die Familien von Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz. Und durch die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern könnte sich die Zahl der ankommenden Flüchtlinge reduzieren. Den Menschen von dort haben dann nahezu keine Chance auf Anerkennung als Flüchtling oder auf Asyl. Marokko hat die Bundesregierung bereits wissen lassen, dass es Flüchtlinge zurücknehmen will. In München wird Seehofer mit diesem Ergebnis nicht schlecht dastehen.

Ein in den vergangenen Tagen kolportierter Kompromiss sah vor, dass der Familiennachzug nur für ein Jahr ausgesetzt wird. Die CSU sei bereit, die Verkürzung zu akzeptieren, wenn die SPD dafür die Anerkennung der drei Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer schluckt, lautete eine gängige Lesart.

Grüne offen

Letzteres würden wohl auch die von den Grünen mitregierten Bundesländer mitmachen, hieß es, deren Zustimmung zu einer solchen Aufwertung der drei Staaten im Bundesrat erforderlich ist. Von Bundestagsfraktion und Bundespartei sei wenig Widerstand dagegen zu erwarten, weil auch die Grünen im März drei wichtige Landtagswahlen zu bestehen haben. Genau das zeigte sich dann am Nachmittag: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte, er sei offen dafür. Das könnte Seehofer bestärkt haben, auf zwei Jahren Nachzugssperre zu beharren.

Jetzt werden die ersten Diktaturen zu sicheren Herkunftsländern gemacht. Wann kommt die Idee, Syrien auf die Liste zu setzen? #Asylpaket

- Moritz Heuberger (@moritzheuberger) 28. Januar 2016

Ein wenig an Boden gewann aber auch die SPD: Nach Ablauf der Zweijahres-Sperrfrist soll der Familiennachzug automatisch zu heutigen Bedingungen möglich sein - ohne dass dafür noch ein zusätzliches Gesetz beschlossen werden muss, wie es die CSU gefordert hatte. Dem Wunsch der SPD entspricht auch, dass die Flüchtlinge, die Deutschland aus der Türkei, aus Jordanien und dem Libanon aufnehmen will, ihre Familien sofort mitbringen können. Selbst dann, wenn sie nur vorübergehenden, subsidiären Schutz erhalten. Als Triumph lässt sich das aber schwerlich verkaufen. Denn diese Flüchtlinge sollen im Rahmen noch europaweit zu verhandelnder Kontingente kommen. Ein Prozess, der sich noch lange hinziehen kann.

Nur eine kleine Gruppe

In der SPD wird der Streit um den Familiennachzug auch gar nicht so hoch gehalten, weil die Gruppe der von der Wartefrist betroffenen eher marginal ist. Denn Ehepartner und Kinder müssen die Reise nach Deutschland in einem aufwändigen Verfahren bei den Botschaften beantragen. Das zieht sich Monate hin. Fußend auf den Erfahrungen von 2014 geht das Bundesinnenministerium rechnerisch von 20 Prozent Syrern aus, die beim Familiennachzug eine Wartefrist in Kauf nehmen müssen. Bei den 2015 aus Syrien gekommenen Flüchtlingen - grob geschätzt etwa 500.000 - wären das 100.000. So lautete das diskutierte Negativszenario. Doch praktisch sieht es ganz anders aus: Im ersten Halbjahr 2015 reisten laut dem jüngsten Migrationsbericht insgesamt lediglich etwa 4.700 Familienmitglieder nach Deutschland. Ihnen war es gelungen, die dafür notwendige Papiere zu erhalten.

Rechnerisch wären ein Fünftel davon Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz. Selbst wenn man den Anstieg der Zahlen im zweiten Halbjahr 2015 berücksichtigt, beträfe die Einschränkung beim Familiennachzug nur eine kleine Gruppe von wenigen Tausend Menschen.

Ende einer Hängepartie Wochenlang überzogen sich die Koalitionäre mit Schmähungen, nun ist der asylpolitische Dauerstreit beendet. Das Ergebnis können die Konfl....

Zu den Verlierern des Kompromisses gehören die von Bürgerkrieg betroffenen selbst, zumindest aus Sicht von Pro Asyl. Die Zweijahres-Wartefrist treibe die Familienangehörigen der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge auf die gefährliche Fluchtroute, wo sie der Willkür von Schleppern und den Gefahren illegaler Grenzübertritte ausgesetzt sind, beklagt die Organisation. "Das ist ein gravierender Eingriff in das Grundrecht auf das Zusammenleben als Familie", kritisiert Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Den Betroffenen bleibe damit nur, illegale Wege zu gehen. "Das wird das Geschäft der Schleuser und Schlepper beleben."

Load-Date: January 28, 2016

End of Document

The New Deadly Paths to Europe; Europe has closed off the Mediterranean, but refugee desperation has not disappeared. Our graphic shows where the people are now and the routes still open to them.

ZEIT-online

Dienstag 26. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Refugee Routes; Ausg. 17

Length: 911 words

Byline: Philip Faigle; Lea Frehse; Julian Stahnke; Paul Blickle; Sascha Venohr

Body

try{Typekit.load({ async: true });}catch(e){} The Number of Refugees Coming to Europe

Last year, more asylum-seekers arrived in the European Union across the Mediterranean than ever before. The EU has now cut off the most important route across the Aegean -- and the number of arrivals has dropped significantly.

Has the Period of Massive Flight Now Passed?

On the contrary, as a look across the EU's external border shows. There have never been as many people fleeing their homes in the world as there are today. Statistics from the UN Refugee Agency show that, in the countries surrounding Europe, the number of displaced persons increased much earlier and more significantly than in Europe itself. And only a fraction of those taking flight have thus far opted for the dangerous path to the EU.

Refugees and Internally Displaced Persons at the Gates of Europe

*The numbers for 2015 are from June 30, 2015

How Europe Has Closed Itself Off

People began fleeing to the EU across the Mediterranean in the 1990s. Since then, Europe has continually strengthened its external borders. By sealing itself off, Europe has come into conflict with its own principles: The EU recognizes the fundamental right to asylum. Yet there are effectively no longer any legal paths to applying for asylum. To protect its borders, the EU has also relied on dubious partners.

© Juan Medina/Reuters Patrols

Border officials patrol the Mediterranean with warships and airplanes. Refugee boats have allegedly been repeatedly forced back illegally. To avoid the patrols, migrant smugglers have chosen increasingly dangerous routes.

The New Deadly Paths to Europe Europe has closed off the Mediterranean, but refugee desperation has not disappeared. Our graphic shows where the people are now

© Giorgio Perottino/Reuters Fences

In the past, member states already massively increased security on the EU's external borders. Now, fences have been constructed inside the EU: Austria is planning a border facility on the Brenner Pass, the most important border crossing with Italy.

Treaties

The EU has established treaties with several countries in Africa and the Middle East. These third countries agree to prevent asylum-seekers from continuing their journeys or to reaccept rejected asylum applicants -- and receive EU money in exchange. Yet the human rights situations in these countries is often dismal.

New Routes to Europe

The Mediterranean is not the only route refugees use to reach Europe. But it is a particularly dangerous one. In 2015 alone, 3,770 people died off the coastlines of Europe. The EU has blocked the shortest paths to Europe, and for each route the EU has blocked, migrant smugglers have found alternatives. Most of them have been even riskier. Now, the path across the Aegean has likewise been blocked. And once again, refugees must use more dangerous routes.

Central Mediterranean

From Libya, Tunisia or Egypt to the Italian coast: Most asylum-seekers used this route until 2014. Now, the EU border protection agency Frontex believes it could once again come into focus. Since the beginning of 2016, the number of arrivals in Italy has risen.

People from African countries like Gambia and Eritrea, in particular , have recently used the route. There are fewer refugees from the Middle East, partly because Syrians can no longer enter Libya without a visa.

The route from Libya is **particularly dangerous** . The country is beset by civil war and Islamic State is also active. Refugees become victims of forced labor and targeted violence. For the voyage to Europe, migrant smugglers put refugees on boats that are unseaworthy: They allow for the fact that European patrols intercept the refugees and then destroy the small ships.

Eastern Europe

Stranded: More than 57,000 people are holding out along the Balkan Route, most of them in Greece.

Since Macedonia sealed off its border , more than 8,000 people have used the path from Greece across Bulgaria. Should Bulgaria also close off its borders, only the difficult route through the mountains to Albania and from there across the sea to Italy would be left.

The route has a history: After the fall of the communist regime, tens of thousands of Albanians fled to Western Europe by ship in 1991. Otherwise, the narrow sea is mostly used as a drug smuggling route.

Paths Out of Turkey

More than 2 million refugees now live in Turkey, most of them in dire poverty and without the possibility to work. Now, the sea route to Greece is blocked.

They could **shift** to the land route to Bulgaria, across the Black Sea to Romania or to the maritime route to Italy. But the borders to Bulgaria and Romania are considered to be strictly guarded.

The overseas route to Italy is long and expensive, and recently achieved dubious notoriety. Starting in late 2014, migrant smugglers several times packed hundreds of refugees onto container ships and then steered them

The New Deadly Paths to Europe Europe has closed off the Mediterranean, but refugee desperation has not disappeared. Our graphic shows where the people are now

into Italian waters without crews by auto pilot. The Turkish authorities took severe action against the unmanned ships, thus contributing to the shifting of flight routes to the Aegean.

"History has shown that as long as there are crises and war and Europe promises a better life, people will try to come here." -- Fabrice Leggeri, head of Frontex

"Even if you build fences to the heavens, we will overcome them." - Alfa from Mauritania, refugee at the fence in Calais

Sources : Frontex, UNHCR, Eurostat, IOM, Amnesty International, German Interior Ministry, Pro Asyl, Sea Watch, own reporting and calculations

window.Zeit.require(["<http://interactive.zeit.de/2016/fluechtlingsrouten/scripts/main.js>"]);

Load-Date: April 26, 2016

Bitte nicht lachen!; Selten war ein "Tatort" so aktuell: "Schutzlos" zeigt den menschenunwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Ob der Schweizer Krimi gelungen ist, wissen unsere Kritiker.

ZEIT-online

Sonntag 5. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: "Tatort"-Kritikerspiegel; Ausg. 25

Length: 857 words

Body

Navid (Rauand Taleb) und Jola (Marie-Hélène Boyd) sind als Minderjährige ohne ihre Eltern in die Schweiz geflüchtet. Navid aus Syrien, Jola aus Nigeria.

© ARD Degeto / SRF / Daniel Winkler

Was wollen uns die Drehbuchautoren sagen?

Christian Buß: Die Schweiz ist ein ungerechtes Land, und die Schweizer wollen das so. Dieser *Tatort* nimmt das verschärfte Asylrecht des Landes ins Visier, für das die Schweizer in einem Referendum gestimmt haben und wodurch Flüchtlinge pauschal kriminalisiert werden. Ein Politkrimi mit Botschaft gegen einen großen Teil der Zuschauer, schwer in Ordnung.

Lars-Christian Daniels: Sie fanden die Idee mit dem Hirntumor, der dem Wiesbadener *Tatort*-Ermittler Felix Murot (Ulrich Tukur) in der großartigen Krimi-Groteske "Das Dorf" surreale Visionen bescherte, ganz pfiffig? Wir auch. Also lassen wir Kommissar Reto Flückiger (Stefan Gubser) etwas ganz Ähnliches durchmachen - aber kriegen dabei irgendwie nicht die Handbremse gelöst.

Kurt Sagatz: Die Einwanderungspolitik der Schweiz ist noch restriktiver als die der EU, so haben es die Eidgenossen entschieden. Welche Folgen das hat und wie diese Politik schnurstracks in die Kriminalität führen kann, zeigt dieser *Tatort* aus der Feder von Josy Meier und Manuel Flurin Hendry (auch Regie) auf ungeschönte Weise. Unbedingt sehenswert.

Kirstin Lopau: Dieser *Tatort* beschäftigt sich einfühlsam mit der Asylfrage, mit Abschiebung, Diskriminierung, Unterdrückung und Kriminalität von Flüchtlingen. Auf politischer Ebene sind diese Fragen sehr schnell geklärt, das zeigen die Mitarbeiter der Asylbehörde und der Chef des Kommissariats. Auf der emotionalen Ebene hingegen haben wir ein komplexes Problem vor uns, das bereits mit der Ausbeutung des afrikanischen Kontinents beginnt. Man möchte wie Kommissarin Ritschard am Ende heulend um sich schlagen wegen dieser Ungerechtigkeit.

Wie überzeugend sind die Kommissare?

Bitte nicht lachen! Selten war ein "Tatort" so aktuell: "Schutzlos" zeigt den menschenunwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Ob der Schweizer Krimi gelungen ist, w....

Christian Buß: 6 Punkte

Lars-Christian Daniels: Beide 3 Punkte

Kurt Sagatz: Reto Flückiger (Stefan Gubser) 7 Punkte, Liz Ritschard (Delia Mayer) 8 Punkte und für die Marie-Helene Boyd als Nigerianerin Jola West 9 Punkte

Kirstin Lopau: Flückiger steht im Vordergrund, aber Ritschard holt am Ende grandios auf, deshalb beide 8 Punkte.

Was ist Ihre Lieblingsszene?

Christian Buß: Ein junger nigerianischer Flüchtling wird von der Behörde fotografiert. " *Please don't smile!* " Eine Szene, die wehtut.

Lars-Christian Daniels: Das ist so ziemlich jede mit der wunderbaren Nebendarstellerin Mona Petri, die ein heruntergekommenes Drogenwrack mimt: Ihr Auftritt ist eines der wenigen Highlights in diesem durchwachsenen Tatort aus Luzern, der es nicht nur angesichts der sommerlichen Außentemperaturen in Sachen Einschaltquote sehr schwer haben wird.

Kurt Sagatz: "Besonders feinfühlig waren Sie bei der Befragung nicht", sagt Reto Flückiger zum dem Mann von der Einwanderungsbehörde. "Ich bin Beamter", antwortet dieser und betet die Paragraphen des Asylgesetzes vor. Im Film geht es übrigens um UMAs - unbegleitete minderjährige Asylsuchende.

Kirstin Lopau: Emotionslos und abschreckend zugleich ist bereits die erste Szene, die ärztliche Untersuchung des 16-jährigen Asylantragstellenden. " *Please don't smile* " heißt es beim Polizeifotoshooting und dann knallt auch schon der Einmalhandschuh am Handgelenk des Amtsarztes vor der rektalen Untersuchung. *Schutzlos* als Titel ist sehr passend und begleitet den Zuschauer durch die gesamte Handlung. Die Flüchtlinge sind den Behörden ausgeliefert und auch den Kriminellen vor Ort, die mit ihnen umgehen wie mit Tieren. Die absolute Resignation der Asyl-Behörden, die Abgestumpftheit ob des Elends, das diese Menschen auf ihrer Flucht erlebt haben, war sehr berührend. Selten war ein *Tatort* so aktuell.

Was ist der peinlichste Moment?

Christian Buß: In ihrem emotionalen Furor ist Ermittlerin Ritschard dann doch auch für den Zuschauer ein wenig erschöpfend.

Lars-Christian Daniels: Das Peinlichste am Schweizer *Tatort* bleibt weiterhin der grässlich überzeichnete Eugen Mattmann (Jean-Pierre Cornu): Der frisch beförderte Vorgesetzte wirft seinen Kommissaren grundlos Knüppel zwischen die Beine und erweist sich einmal mehr als blitzlichtgeil und vollkommen instinktfrei. Viel zu konstruiert, viel zu bemüht und in jeder Szene unglaublich.

Kurt Sagatz: Das hat zwar nichts mit peinlich zu tun, aber die nüchterne Haltung, die Polizeichef Eugen Mattmann (Jean-Pierre Cornu) in diesem Film zugeordnet wurde, kann durchaus als menschenverachtend bezeichnet werden.

Kirstin Lopau: Flückigers Visionen während seiner Migräneanfälle oder was immer er da zu haben scheint sind ziemlich an den Haaren herbeigezogen. Sein Chef spricht von einem "Dachschaden", mir kam der Mann manchmal wie die Heilige Brigitta vor. Und warum tragen so viele Figuren eine Stedefreund-Gedächtnis-Lederjacke?

Ihre Gesamtwertung für die Folge?

Christian Buß: 7 Punkte

Lars-Christian Daniels: 4 Punkte

Bitte nicht lachen! Selten war ein "Tatort" so aktuell: "Schutzlos" zeigt den menschenunwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Ob der Schweizer Krimi gelungen ist, w....

Kurt Sagatz: 8 Punkte vor allem für Anspruch, auch wenn sich die Spannung in Grenzen hält

Kirstin Lopau: 7 - 8 Punkte

Load-Date: July 5, 2015

End of Document

Integration zahlt sich ökonomisch aus; Viele sehen Flüchtlinge vor allem als Belastung. Dabei könnten sie künftig deutlich zum Wohlstand in Europa beitragen, zeigt eine Studie, die der ZEIT vorliegt.

ZEIT-online

Mittwoch 30. November 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Studie; Ausg. 49

Length: 265 words

Body

Eine Mitarbeiterin ber%ot am 29.11.2016 in Hamburg auf der Messe zur Integration von Flüchtlingen an einem Messestand zwei Besucherinnen über Ausbildungsmöglichkeiten in Gesundheitsberufen. Foto: Markus Scholz/dpa +++(c) dpa - Bildfunk+++ |

© Markus Scholz/dpa

Von 2025 an könnten die Flüchtlinge zum EU-Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich 60 bis 70 Milliarden Euro beisteuern. Das sagt das McKinsey Global Institute (MGI) in seinen Berechnungen voraus. Das gesamte BIP der EU läge laut der Studie, über die die ZEIT in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet, im Jahr 2025 bei etwa 20 Billionen Euro.

Das Institut nimmt in der Untersuchung an, dass von den mehr als zwei Millionen Flüchtlingen, die in den vergangenen beiden Jahren in die EU kamen, etwa 1,3 Millionen bleiben werden. Zudem gehen die Forscher davon aus, dass die Migranten weniger verdienen, seltener Arbeit finden als die einheimische Bevölkerung und einen Job haben, der dem Ausbildungsniveau in ihrem Heimatland entspricht.

Das MGI empfiehlt, Fördergelder gezielt dort einzusetzen, wo Qualifikationen der Flüchtlinge erfasst und verbessert werden. Das Investieren in Sprachkurse und Ausbildungsmaßnahmen werde sich auszahlen, Integration sei eine "ökonomische Notwendigkeit", heißt es.

Außerdem warnen die Autoren der Studie davor, künftige Fluchtbewegungen zu unterschätzen. Auch wenn der Weg nach Europa zurzeit vielerorts versperrt sei, würden wichtige Gründe für die Flucht wie Krieg und Armut bestehen bleiben. Europa müsse sich "auf Migration als dauerhaftes Phänomen einstellen".

Load-Date: November 30, 2016

**Was soll das ganze Theater?; Die Integration von Migranten kostet viel Geld.
Ist Kultur da nur noch Luxus? Viele Theater wollen ihre Relevanz mit
politischen Inszenierungen beweisen. Ein Trugschluss!**

ZEIT-online

Dienstag 8. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Kultursubventionen; Ausg. 11

Length: 948 words

Byline: Volker Hagedorn

Body

Eine Szene aus der "Freischütz"-Inszenierung in der Staatsoper Hannover

© Thomas M. Jauk/Staatsoper Hannover/dpa

Die Melomanen bereiten sich vor auf die Opernspektakel zu Ostern, die Schauspielfreunde räsonieren über die Auswahl des Berliner Theatertreffens im Mai, in Hessen kamen bis Sonntag gut 10.000 Zuschauer zum Festival Tanzplattform. Alles prima, und eine Premiere jagt die nächste. Doch die deutsche Theaterlandschaft, weltweit singulär in ihrer Dichte, beginnt zu erodieren. Wenn allein die Versorgung der noch zu erwartenden **Flüchtlinge** einen Bundeshaushaltsüberschuss von 19 Milliarden Euro locker auf null bringen kann, wächst der Rechtfertigungsdruck auf die sogenannte Hochkultur.

Die jüngsten Nachrichten aus dem Krisenticker: In Weimar soll dem Nationaltheater die Oper weggekürzt werden. In Rostock soll das Sprechtheater Gästen überlassen werden, von 30 bis 60 Kündigungen ist die Rede. In Hagen möchte man Orchester, Oper, Ballett, Jugendtheater behalten, soll aber künftig mit 13,5 Millionen Euro statt mit auch schon zurechtgesparten 15 auskommen. In Bielefeld wurde der Etat in vier Jahren um gut zweieinhalb Millionen reduziert, ab 2018 hat der Stadtrat weitere 600.000 Euro minus verordnet.

Sind das angesichts der bevorstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen alles Luxusprobleme? Als wollten sie diesem Vorwurf begegnen, zeigen Theater überall im Land Inszenierungen, die auf aktuelle politische Entwicklungen reagieren. In Bonn wird Lessings Toleranzklassiker *Nathan der Weise* infrage gestellt von wütenden Kommentaren zwölf muslimischer Bonner Jugendlicher, die der Regisseur Volker Lösch chorisch auftreten lässt. In Hannovers Oper wird der *Freischütz* zur heiß umstrittenen Geisterbahnfahrt durch deutsche Abgründe, Videos zeigen Pegidisten und Listen attackierter Asylunterkünfte.

Ein Drittel so viele Besucher wie die 1. Bundesliga

"Willkommen in der Gegenwart. Frauen und Migranten retten das Theater", so war vor einem halben Jahr ein Feature im Deutschlandfunk betitelt. Es ging davon aus, dass sich männliche Großregisseure über 50 an

Was soll das ganze Theater? Die Integration von Migranten kostet viel Geld. Ist Kultur da nur noch Luxus?
Viele Theater wollen ihre Relevanz mit politischen Ins....

Klassikern und Subventionen mästen, um einer winzigen Bildungselite Freude zu bereiten. Tatsächlich aber sind die 140 subventionierten Theater in Deutschland, ob mit oder ohne tagesaktuelle Inszenierungen, keine Elfenbeintürme. Es gibt kein Haus mehr ohne Projekte und Reihen für Kinder, Jugendliche, Soziokulturen, ohne intensive Arbeit an Vermittlung, Auslastungssteigerung, Rentabilität. Das zeigt offenbar Wirkung: 35 Millionen Besucher im Jahr entsprechen etwa einem Drittel des Publikums der 1. Bundesliga, Tendenz steigend. Aber auch die Tarife für 39.000 Festbeschäftigte steigen.

Trotzdem hält sich hartnäckig das Image von der Luxusanstalt, die endlich auf den Boden der Tatsachen kracht, wo die Künstler zu beweisen haben, dass sie auf gesellschaftliche Entwicklungen konkret eingehen. Dass sie das können, zeigen der Bonner *Nathan*, der hannoversche *Freischütz* und unzählige andere Projekte. Doch es wäre fatal, jede eher poetische als politische Regie für irrelevant zu halten. Und das Ganze sowieso für zu teuer. "Was wir da oben machen, hat per se nichts mit Flüchtlingsproblemen zu tun", sagt ein Opernstar wie der Bariton Michael Voelle ratlos und fast zerknirscht.

Dabei geht es im Theater, ob gesungen, gesprochen oder getanzt, seit Urzeiten um Beziehungen zwischen Menschen, um Outsider, Misstrauen, Masse und Individuum, Hoffen und Scheitern. Wenn aber das Theater unentwegt seine Relevanz im Bezug auf politische Gegenwart nachweisen muss, dann verliert es seine Freiheit, dann sind wir in der DDR. Es ist eben keine Reparaturwerkstatt der Gesellschaft, sondern ein Ort ihres unmittelbaren Zu-sich-Kommens und ihrer Identität, der kommunalen wie der kulturhistorischen, und es ist, ja doch, kulturelles Erbe. Der in Deutschland lebende iranische Schriftsteller Said sagte 2003: "Nur der hat vor Überfremdung Angst, der seine eigene Kultur nicht kennt und nicht schätzt."

Einer der migrantenreichsten Berufszweige

Wenn darüber kein Konsens besteht, gerät das Theater der Bürger mit dem Rücken an die Wand, und genau das beginnt jetzt. Nicht im ganz großen Rampenlicht, wo man gleich Leuchttürme wanken sähe, sondern in den gebeutelten mittelgroßen Städten mit hilflosen Politikern: Die verschuldeten Kommunen liefern mehr als die Hälfte der Zuschüsse für Theater und Musik, der Bund dagegen beteiligte sich nach jüngster Statistik mit knapp einem Prozent an den 3,3 Milliarden Euro. Mit ihnen wird übrigens auch einer der migrantenreichsten Berufszweige finanziert: Opernensembles sind überall international, von den Solisten über die Instrumentalisten bis zu den Choristen.

Eben darum schrieben die Mitarbeiter der Semperoper im Dezember einen offenen Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten: Viele von ihnen fühlten sich durch die Pegida-Versammlungen auf dem Theaterplatz "unwillkommen und ausgegrenzt", "beleidigt und bedroht". Sie baten den Regierungschef um Gegenmaßnahmen, der verwies auf das Versammlungsrecht. Sie befestigten einen großen LED-Monitor draußen an der Oper, der mit Sätzen wie "Wir sind kein Bühnenbild für Fremdenhass" die Tiraden draußen stört.

Dagegen ging bei der Stadt vor zwei Wochen eine Anzeige ein. Jetzt prüft der Denkmalschutz, ob der Monitor genehmigt werden kann: Immerhin verändere er "das Erscheinungsbild des Kulturdenkmals". Um gesellschaftlich relevant zu sein, zeigt der Vorgang, muss sich ein Theater nicht verbiegen.

Load-Date: March 8, 2016

Wie ist es mit deiner Angst, Migrant?; Alle reden über die verunsicherten Deutschen. Unser Autor spürt der Furcht der Ausländer nach.

ZEIT-online

Donnerstag 28. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Angst; Ausg. 4

Length: 799 words

Byline: Michel Abdollahi

Body

*Michel Abdollahi hat **Migranten** in Hamburg gefragt, wovor sie Angst haben. Das Video entstand in Zusammenarbeit mit dem NDR Kulturjournal.*

Im Persischen gibt es das Wort *Nejad-Parast*. Es bedeutet Rassist. Ich kam 1986 als Fünfjähriger mit meinen Eltern aus dem Iran nach Deutschland und hörte es häufig. Deutsche seien Rassisten, so lautete ein gängiges Vorurteil unter vielen **Migranten**. Ich habe das als Kind zunächst nicht verstanden. Doch je älter ich wurde, umso mehr begriff ich, was es bedeutet, pauschal nach dem Äußeren bewertet zu werden. In den 1990er Jahren etwa galten alle Ausländer erst einmal als Türken. So auch ich. "Sie sprechen aber gut Deutsch", war ein gängiger Satz, den ich von älteren Damen im Bus zu hören bekam.

Irgendwann hörte ich auf, den Alltagsrassismus wahrzunehmen. Vielleicht wurde er tatsächlich weniger. Vielleicht hatte ich auch bloß keine Lust mehr, mich aufzuregen. Auf jeden Fall verschwand das Gefühl, die Deutschen seien verkappte Rassisten, die nur drauf warteten, ihre wahre Gesinnung auszuleben. Doch seit besorgte Bürger ihren Hass offen auf die Straße tragen und die AfD mit einer Mischung aus Blödsinn und Hetze echte Chancen auf Mandate hat, ist die Stimme in meinem Kopf wieder da und ruft ganz laut: *"Nejad-Parast!"*

Alle sprechen gerade von der Angst der Deutschen, den besorgten Bürgern, den von der Politik Alleingelassenen und Verunsicherten. Es geht um Angst vor Ausländern, Flüchtlingen, vor dem Islam. Seit den Vorkommnissen der Silvesternacht hat diese Angst auch ein Gesicht: der junge muslimische Mann, so wie ich. Hielten mich die Deutschen früher oft für einen Türken, falle ich nun in eine Kategorie, die wohl erst seit der Silvesternacht existiert: nordafrikanischer Syrer.

Ich habe dieser German Angst schon in mehreren Fernsehbeiträgen nachgespürt. Diesmal wollte ich allerdings wissen, sag mal Migrant, wie hast du's mit der German Angst? Wovor hast du Angst? Im Auftrag der ZEIT und des NDR- *Kulturjournal* zog ich los: auf Migrantensuche in Hamburger Stadtteilen Harburg und St. Georg.

Mehr zu den neuen Ängsten der Deutschen lesen Sie in der ZEIT Nr. 5 vom 28.01.2016. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Wie ist es mit deiner Angst, Migrant? Alle reden über die verunsicherten Deutschen. Unser Autor spürt der Furcht der Ausländer nach.

Da war eine junge Frau, Afghanin, die hatte Angst davor, von Flüchtlingen vergewaltigt zu werden. Sie plädierte dafür, nicht so viele reinzulassen. Wie sie denn hergekommen sei, fragte ich. "Als Flüchtling." Das sei aber schon lange her. Auf die Frage, was sie davon halte, dass der Verkauf von Pfefferspray und Elektroschockern seit Silvester so stark angestiegen sei, antwortete sie, sie habe sich auch eingedeckt. Warum dachte ich eigentlich, dass nur blonde Kölnerinnen Angst vor sexuellen Übergriffen haben?

Da war ein Mann, Türke, um die 30, Familienvater mit Bart. Er sagte, dass er eine Frau, die vor ihm auf der Straße ging, überholt habe. Weil er das Gefühl hatte, dass sie sich unwohl fühlte mit ihm im Rücken. "Ich dachte, bevor sie anfängt schneller zu gehen ... "

Die German Angst ist nicht so German

Da war ein Iraner, Arzt, vielleicht Anfang 50. Er erzählte, er werde nun von seinen Patienten gefragt, ob es in seiner Kultur normal sei, das zu machen, was in der Silvesternacht passiert war. Er sage jetzt wieder, er sei Perser, weil Iraner zu schnell mit Iraker verwechselst werde. Und er sei ja nun mal kein Flüchtling. Sondern Arzt.

Ein weiterer Iraner erzählte mir, er habe mit 23 Jahren sein Land verlassen und hier studiert, jetzt sei er 54. Er lebe schon fast zehn Jahre länger in Deutschland, als er im Iran gelebt habe. Das hier sei seine Heimat, drüben sei er fremd. Nun aber würde er sich auch hier immer fremder fühlen.

Und da bin ich. Michel, 34. Ganz ordentlich angezogen, eigentlich immer ganz nett. Und als ich Anfang Januar abends nach Hause gehe, wechselt eine Frau die Straßenseite, als ich hinter ihr stehe. Einbildung? Ich weiß es nicht. So vieles ist nicht mehr einzuordnen.

Alle, mit denen ich gesprochen habe, haben sich von den Übergriffen der Silvesternacht distanziert und sie ausnahmslos verurteilt. Viele hatten Angst um ihre Zukunft in diesem Land. Vor allem aber machten sie sich auch Sorgen um das Land selbst, das derzeit so durcheinander scheint. Um ein Deutschland, das auch ihres ist.

Was bleibt, ist also, dass die German Angst gar nicht so German ist. Bei so manchem Migrant dachte ich, er wäre auch auf einer Pedida-Demonstration in Dresden ziemlich gut aufgehoben. Anderen ging es vor allem darum, dass es ihren Kindern gutgeht - und diese nicht stigmatisiert werden. Migranten sind eben oft viel germaner, als man denkt. Weil Menschen nun mal ähnliche Ängste haben. Weil sie Menschen sind.

Mehr zu den neuen Ängsten der Deutschen lesen Sie in der ZEIT Nr. 5 vom 28.01.2016. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Load-Date: January 28, 2016

Franziskus entschuldigt sich bei Flüchtlingen; "Ihr werdet als Problem behandelt und seid in Wirklichkeit ein Geschenk." Der Papst hat Flüchtlinge wegen der abweisenden Politik Europas um Entschuldigung gebeten.

ZEIT-online

Dienstag 19. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Papst; Ausg. 17

Length: 290 words

Body

Papst Franziskus trifft **Migranten** in dem abgeriegelten **Flüchtlingslager** Moria auf der griechischen Insel Lesbos. (Bild vom 16. April)

© Andrea Bonetti/Greek Prime Minister's Office/Getty Images

Papst Franziskus hat sich bei Flüchtlingen für die abweisende Haltung Europas entschuldigt. "Viel zu oft haben wir euch nicht aufgenommen. Vergebt die Abschottung und die Gleichgültigkeit", sagte er in einer Videobotschaft an das Zentrum des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes in Rom. Wer immer aufgrund von Verfolgung, Krieg, Umweltschäden oder ungerechter Verteilung von Ressourcen aus seiner Heimat fliehe, sei "ein Bruder, mit dem man das Brot, das Haus, das Leben teilt".

Die Gesellschaften der Aufnahmeländer fürchteten, wegen der Neuankömmlinge das eigene Leben und die Mentalität ändern zu müssen, sagte Franziskus. "Ihr werdet als eine Last, ein Problem, ein Kostenfaktor behandelt und seid in Wirklichkeit ein Geschenk." Flüchtlinge zeigten, wie sich erlittenes Unrecht in etwas Gutes für alle verwandeln könne. Jeder Migrant sei "eine Brücke, die ferne Völker verbindet und die Begegnung zwischen Religionen und Kulturen ermöglicht".

Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe rief er auf, sich ihrerseits von ihren Klienten leiten zu lassen: "Die Flüchtlinge kennen die Wege, die zum Frieden führen, denn sie kennen den herben Gestank des Krieges", so der Papst. "Wenn man gemeinsam geht, macht der Weg weniger Angst." Franziskus äußerte sich zum 35-jährigen Bestehen des Centro Astalli in Rom, das die Flüchtlingsarbeit des Jesuitenordens in Italien koordiniert.

Erst vor wenigen Tagen hatte Papst Franziskus die griechische Insel Lesbos besucht und zwölf Flüchtlinge nach Rom mitgenommen.

Load-Date: April 19, 2016

"Wir haben hier riesige Probleme"; Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke fordert vom Bund eine Kopfpauschale für Asylbewerber. So will er Neid-Debatten in der Bevölkerung verhindern.

ZEIT-online

Donnerstag 24. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Dietmar Woidke; Ausg. 39

Length: 1034 words

Byline: Paul Middelhoff

Body

Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD)

© Ralf Hirschberger/dpa

ZEIT ONLINE: Mit welchen Forderungen gehen Sie in den Bund-Länder-Gipfel, der am Donnerstag in Berlin stattfindet?

Dietmar Woidke: Die Lage in den Ländern sieht etwas anders aus, als viele Bundespolitiker es derzeit darstellen: Wir haben hier riesige Probleme mit den Kosten für Erstaufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge. Länder und Kommunen tragen mit mehr als 95 Prozent der Kosten den Bärenanteil. Mit jeder Zunahme der Flüchtlingszahlen ist dieses Missverhältnis in den letzten Wochen größer geworden.

ZEIT ONLINE: Was fordern Sie also von der Kanzlerin?

Woidke: Uns allen muss klar sein, dass auch die Integration von Asylsuchenden Geld kosten wird. Um soziale Spannungen in Zukunft zu vermeiden, müssen wir jetzt dieses Geld in die Hand nehmen. Zum Beispiel müssen wir in den sozialen Wohnungsbau investieren, damit es nicht zu Neid-Debatten in der Bevölkerung kommt. Ausgehend von den Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kommen in diesem Jahr 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Wir benötigen also ca. 400.000 neue Wohnungen, die bezahlbar sein müssen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, brauchen wir deutlich mehr Geld vom Bund.

ZEIT ONLINE: Der Bund hat den Ländern für dieses Jahr drei Milliarden Euro zugesagt. Ist das genug?

Woidke: Wir haben eine klare Forderung: Wir wollen eine verbindliche Pauschale für Verpflegung und Unterbringung und zwar pro Flüchtling. Aus Brandenburger Sicht sind das 1.000 Euro im Monat. Die Kosten für zusätzliche Kita-Erzieher, Lehrer und weitere Integrationsleistungen kommen noch dazu. Am besten wäre es, wenn der Bund all diese Kosten vollständig übernehme. Durch die Entlastung könnten sich die Länder ganz auf die Integration der Flüchtlinge konzentrieren.

"Wir haben hier riesige Probleme" Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke fordert vom Bund eine Kopfpauschale für Asylbewerber. So will er Neid-Debatten i....

ZEIT ONLINE: Was, wenn ihre Forderungen beim Gipfel mit dem Bund nicht erfüllt werden?

Woidke: Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Frau Merkel hat sich klar positioniert. Sie sagt, Flüchtlinge sind willkommen. Dann ist das eine gesamtstaatliche Aufgabe. Schon jetzt kommen wir in die Situation, dass die Kommunen freiwillige Leistungen einsparen, um den Flüchtlingen Unterkünfte bieten zu können. Wenn nun Jugendclubs, Seniorentreffs, Bibliotheken und Schwimmbäder schließen, weil das Geld für Flüchtlingsunterkünfte gebraucht wird, dann ist das auch nicht im Sinne des Bundes. Denn so würde die Debatte hier in Deutschland in eine Richtung abdrehen, die uns allen nicht gefallen würde. Der Bund hat die breitesten Schultern, deshalb sollte er auch die größte Last tragen.

ZEIT ONLINE: Bislang überlässt Innenminister Thomas de Maizière die Koordination der Flüchtlingskrise weitgehend den Ländern. Wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?

Woidke: Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass wir manche Informationen ein paar Tage früher bekommen hätten. Doch mit Blick auf die Dynamik in den letzten Wochen und Monaten ist ein Vorwurf an den Minister falsch. Die Verwaltungen von Bund und Ländern wurden von diesen Entwicklungen gleichermaßen überrascht. Mit dem Finger aufeinander zu zeigen ist deshalb nicht sinnvoll.

ZEIT ONLINE: Wie reagieren die Menschen in Brandenburg auf die Ankündigung, dass im kommenden Jahr ähnlich viele Asylbewerber nach Deutschland kommen könnten wie in diesem Jahr?

Woidke: Die Menschen in Brandenburg erwarten, dass wir alles tun, damit die Flüchtlinge anständig aufgenommen werden. Umso wichtiger ist es, dass die europäischen Absprachen eingehalten werden. Das ist in den letzten Monaten nicht mehr im vereinbarten Umfang geschehen. In Brandenburg haben wir mittlerweile über 100 Willkommensinitiativen, auch die Kirchen und Sportvereine sind aktiv. Dieses Engagement baut Vorurteile ab. Deshalb erwarten die Menschen aber auch, dass wir ehrlich mit ihnen umgehen. Wenn wir nun also ein Flüchtlingsheim in der Nähe eines Wohngebiets bauen, dann brauchen wir die Zeit, um mit den Menschen zu sprechen - auch über ihre Ängste.

ZEIT ONLINE: Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann schlägt vor, dass Flüchtlinge künftig in den leer stehenden Wohnblocks in Ostdeutschland unterbracht werden sollen. Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?

Woidke: Die Menschen werden nur dort bleiben, wo sie auch Perspektiven finden. Diese Wohnblocks stehen jedoch leer, weil Menschen eben diese Perspektiven in Teilen Ostdeutschlands nicht gesehen haben. Die Wohnungen sollten noch bis vor ein paar Wochen abgerissen werden. Deshalb ist es ziemlich blauäugig, dass man Asylbewerber hier dauerhaft unterbringen will. Sie werden dorthin gehen, wo sie sich beruflich verwirklichen können und wo sie auf Menschen treffen, die aus ihrem Kulturkreis stammen.

ZEIT ONLINE: Was halten Sie davon, Asylbewerbern das Taschengeld zu streichen und sie künftig mit Sachleistungen zu versorgen?

Woidke: Wir sind rechtlich dazu verpflichtet, den Asylbewerbern einen Standard zu gewähren, wie ihn auch deutsche Bürger bekommen. Diesen Standard können wir jedoch nur über ein Taschengeld realisieren. Alles andere ist nicht praktikabel: Wir können doch nicht jedes Mal Gutscheine ausgeben, wenn jemand ins Kino gehen will. Doch dieser Teil der Debatte führt ohnehin am Ziel vorbei. Den meisten Menschen, die derzeit nach Deutschland kommen, geht es nicht darum, ihre finanzielle Situation zu verbessern. Sie suchen Schutz vor Krieg und Verfolgung für sich und ihre Angehörige.

Wichtiger ist, dass wir die Asylverfahren abschließen noch während sich der Bewerber in der Erstaufnahme befindet. Wenn ein Verfahren bis zu einem Jahr oder noch länger dauert, entstehen nicht nur hohe Kosten, sondern auch Erwartungen bei den Antragstellern. Deshalb müssen wir Menschen mit guter Bleibeperspektive schnell in die Gesellschaft integrieren. Menschen ohne Bleibeperspektive müssen wir klarmachen, dass sie innerhalb weniger

"Wir haben hier riesige Probleme" Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke fordert vom Bund eine Kopfpauschale für Asylbewerber. So will er Neid-Debatten i....

Wochen wieder nach Hause müssen. Dadurch ließe sich auch im Ausland eine echte Abschreckungswirkung erzielen.

Fast hätte die Grundschule in Golzow keine erste Klasse mehr gehabt. Doch dank der Flüchtlingskinder kam der Jahrgang doch zustande. Das Video zeigt, wie Eltern und Kinder auf die Einschulung vorbereitet werden.

Load-Date: September 24, 2015

End of Document

Nato weitet Einsatz im Mittelmeer aus; Die Nato hat Richtlinien für den Einsatz gegen Schleuser im Mittelmeer festgelegt. Ihre Schiffe greifen nun auch direkt vor der griechischen und türkischen Küste ein.

ZEIT-online

Donnerstag 25. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 9

Length: 538 words

Body

Ein Schiff der Nato im Hafen von Istanbul

© Ozan Kose/AFP/Getty Images

Die Nato-Staaten haben sich auf Richtlinien für den umstrittenen Bündniseinsatz in der **Flüchtlingskrise** geeinigt. "Wir werden uns an den internationalen Bemühungen beteiligen, die Menschenschleuserei und die illegale **Migration** in der Ägäis zu bekämpfen", sagte der Generalsekretär der Militärallianz, Jens Stoltenberg, nach einem Treffen des Nato-Rates. "Diese Krise betrifft uns alle, und wir müssen alle zusammen eine Lösung finden."

Der Nato-Schiffsverband, der die Aufgabe übernehmen wird, liegt derzeit bei Kreta und wird von Deutschland geführt. Nun sollen die Schiffe der Allianz auch entlang der türkischen und griechischen Küste eingesetzt werden, um die Aktivitäten der Schleuserbanden zu beobachten. Entdecken die Schiffe dann ablegende Flüchtlingsboote, sollen sie diese unverzüglich den Sicherheitsbehörden der Länder melden. Polizei oder Küstenwache könnten die Boote dann stoppen, die Nato hat hierfür kein entsprechendes Mandat.

Die Vertreter der Bündnisstaaten verständigten sich zudem darauf, dass der unter deutscher Führung stehende Nato-Marineverband SNMG 2 aus Seenot gerettete Flüchtlinge in der Regel in die Türkei zurückbringt. Mit dieser Vereinbarung will die Nato Migranten jeden Anreiz nehmen, sich auf die gefährliche Überfahrt zu begeben und damit auch das Geschäftsmodell der Schlepper zerstören.

Die Türkei ist wichtigster Zufluchtsort und auch wichtigstes Transitland für Flüchtlinge aus Syrien. Beim Versuch, von dort nach Griechenland zu kommen, sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) seit Jahresbeginn mindestens 411 Menschen ertrunken oder gelten als vermisst.

Hauptziel des Nato-Einsatzes ist es, Informationen über die Aktivitäten von Schleuserbanden an der türkischen Küste zu sammeln. Daran arbeiten auf die rund 210 Soldaten auf dem derzeitigen Führungsschiff. Die 174 Meter lange *Bonn* ist bereits einigen Tagen in der Ägäis unterwegs, fuhr wegen der noch fehlenden Einsatzrichtlinien bislang aber nicht direkt an die wichtigen Schleuser Routen heran.

Nato weitet Einsatz im Mittelmeer aus Die Nato hat Richtlinien für den Einsatz gegen Schleuser im Mittelmeer festgelegt. Ihre Schiffe greifen nun auch direkt vo....

Grüne kritisieren "hilflosen Aktionismus"

Menschenrechtsorganisationen und die Opposition im Bundestag kritisieren das Nato-Engagement in der Flüchtlingskrise. "Mit den Abschiebungen von Schiffbrüchigen durch die Nato-Kriegsschiffe in die Türkei wird internationales Recht gebrochen", sagte die Linken-Abgeordnete Annette Groth. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter hatte zuletzt von "hilflosem Aktionismus" und einem "Nato-Einsatz zur Flüchtlingsabwehr" gesprochen.

Die Pläne für den Einsatz gehen auf das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu Anfang Februar in Ankara zurück. Sie hatten für viele Bündnispartner völlig überraschend die Nato als Partner im Kampf gegen Schleuserbanden ins Gespräch gebracht. Als bemerkenswert gilt der Einsatz auch, weil er trotz des angespannten Verhältnisses zwischen Griechenland und der Türkei organisiert werden konnte. Die beiden Länder streiten sich seit Jahrzehnten um Hoheitsrechte in diesem Teil des Mittelmeers.

Load-Date: February 25, 2016

End of Document

"Deutschland wird Deutschland bleiben"; Im Bundestag verteidigt die Kanzlerin trotz AfD-Erfolgen ihre Flüchtlingspolitik. "Wenn wir bei der Wahrheit bleiben, gewinnen wir das Vertrauen der Menschen zurück."

ZEIT-online

Mittwoch 7. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Angela Merkel; Ausg. 36

Length: 777 words

Byline: Rita Lauter

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Generaldebatte im Bundestag

© Michael Kappeler/dpa

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat im Bundestag ihre umstrittene **Flüchtlingspolitik** verteidigt. Bei der Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2017 erinnerte sie an die Situation vor einem Jahr, als **Flüchtlinge** zu Tausenden nach Deutschland kamen. Seitdem habe sich viel verändert, die Zahl der **Flüchtlinge** sei zurückgegangen.

Merkel verwies auf die verschärften **Asylgesetze**, auf Verbesserungen beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge**, auf eine bessere Ausstattung bei den Sicherheitsbehörden und auf das neue Integrationsgesetz, das **Flüchtlingen** Angebote wie Sprachkurse mache, aber auch Sanktionen vorsehe. Es gebe allerdings auch noch Probleme, räumte sie ein; so müsse es mehr Rückführungen von Menschen ohne Anspruch auf **Asyl** geben.

Merkel verteidigte auch das umstrittene Abkommen mit der Türkei zur Rücknahme von Flüchtlingen. Wenn die Türkei Menschenrechte verletze, werde das beim Namen genannt. Aber bei Seegrenzen gehe es nicht anders, als dass man mit dem Nachbarn spreche, wenn man nicht wolle, dass Menschen auf der Flucht ertränken. Sie räumte zugleich ein, dass die Solidarität bei dieser Frage innerhalb Europas zu wünschen übrig lasse.

Deutschland stehe vor großen Herausforderungen, unter anderem durch den internationalen Terrorismus. Aber Terrorismus sei kein neues Problem, das erst mit den Flüchtlingen gekommen sei. Die Sicherheitsbehörden würden besser ausgestattet, nicht erst seit den Anschlägen von Ansbach und Würzburg.

Mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD wie am Sonntag in Mecklenburg-Vorpommern sagte sie, Wählerbeschimpfungen brächten gar nichts. Man müsse die Sorgen der Menschen - ob begründet oder nicht - ernst nehmen. Aber sie warnte auch davor, sprachlich zu eskalieren und scheinbar einfache Lösungen anzubieten. "Wenn wir anfangen, uns sprachlich und tatsächlich an denen zu orientieren, die an Lösungen nicht

"Deutschland wird Deutschland bleiben" Im Bundestag verteidigt die Kanzlerin trotz AfD-Erfolgen ihre Flüchtlingspolitik. "Wenn wir bei der Wahrheit bleiben, gew....

interessiert sind, verlieren am Ende wir die Orientierung", ergänzte sie - ohne die scharfe Kritik des Chefs der Schwesterpartei CSU, Horst Seehofer, direkt anzusprechen.

Alle Bundestagsparteien Stimmen hätten an die AfD verloren, rief sie auch die politische Konkurrenz zur Geschlossenheit auf. "Wenn wir untereinander nur den kleinen Vorteil suchen, um noch irgendwie mit einem blauen Auge über einen Wahlsonntag zu kommen, gewinnen nur die, die auf Parolen und einfache Antworten setzen", warnte sie. "Ich bin ganz sicher: Wenn wir uns das verkneifen und bei der Wahrheit bleiben, dann gewinnen wir (...) das wichtigste zurück, was wir brauchen: Vertrauen der Menschen."

"Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem was uns lieb und teuer ist", versicherte Merkel. Deutschland habe trotz vieler Herausforderungen wie Flüchtlingszahlen, Globalisierung und dem Brexit-Votum der Briten einen großen sozialen Zusammenhalt. Die Perspektiven seien gut: So gebe es zum dritten Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung, zudem sei die Kaufkraft der Menschen stark, und der Arbeitsmarkt in sehr guter Verfassung. Die Werte der Bundesrepublik seien Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Bartsch: "Sie machen sich mitschuldig"

Zuvor hatte Oppositionsführer Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken, die Bundesregierung scharf angegriffen. Sie habe die Verunsicherung der Bevölkerung verstärkt, teilweise habe es auch aus den Koalitionsparteien Panikmache und Hetze gegeben.

28 Millionen Kinder seien auf der Flucht, warnte er. Die Koalition habe angekündigt, Fluchtursachen zu bekämpfen, aber stattdessen erhöhe sie die Rüstungsexporte. "Deutschland liefert sogar Waffen in akute Kriege. Sie machen sich mitschuldig", warf er der Regierung vor.

Heftig kritisierte Bartsch auch den Umgang der Bundesregierung mit dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan. Mit dem Abkommen zur Rücknahme von Flüchtlingen mit der Türkei und dem "Kniefall vor Erdogan" habe sich die Bundesregierung erpressbar gemacht. Auf Einschränkungen von Pressefreiheit und Frauenrechten, das türkische Vorgehen gegen die Kurden, auf Geschäfte der Türkei mit der Terrormiliz IS sei die Reaktion der Bundesregierung jeweils "nahezu Null" gewesen.

Auch die Grünen kritisierten die Bundesregierung. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte, es sei falsch zu glauben, Deutschland habe ein von Flüchtlingen überfordertes Volk. Vielmehr sei die Bundesregierung überfordert, und das Hin und Her von Unions-Politikern führe zur Verunsicherung der Bürger. Sie warnte ebenfalls davor, populistische Parolen zu übernehmen. "Wer jeden Blödsinn der Populisten nachplappert, der muss sich nicht wundern, wenn sie dann gewählt werden. "

Load-Date: September 7, 2016

Eingeborene in drei Aggregatzuständen; Der Schweizer "Tatort" widmete sich den Mühlen der europäischen Asylverfahren. Eine wirklich gute Figur machte dabei eigentlich niemand. Eine Twittritik

ZEIT-online

Montag 6. Juli 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: "Tatort" Luzern; Ausg. 25

Length: 684 words

Byline: Jan Freitag

Body

Der Schweizer "Tatort" widmete sich dem unwürdigen Umgang mit **Flüchtlingen**.

© ARD Degeto/SRF/Daniel Winkler

Der Sonntagabend verschreibt sich zusehends der leichten Muse. Zwischen Comedy und Schmunzelkrimi entledigt sich der *Tatort* schließlich auch abseits der Münsteraner Possenreißer zusehends seiner bürokratischen Aura. Es darf also gelacht werden auf dem ernstesten Ermittlungsplatz früherer Tage. Umso bemerkenswerter ist da ein Satz, der dem Schweizer Fall sofort allen Frohsinn austreibt: " *Don't smile* ", mahnt da ein Beamter, als der **Flüchtling** Ebi fürs Polizeifoto die Mundwinkel hebt.

Die europäische Asylpolitik im ersten Satz des #tatort "Bitte nicht lächeln."

- Herr B. (@legereaude) 5. Juli 2015

Das weist dem siebten Einsatz von Reto Flückiger und Liz Ritschard gleich mal den Weg. Er führt in die Tristesse. Denn zu lachen gibt es im 953. *Tatort* wenig, nein: nichts. Niemals.

ach, das war #brennpunkt? dachte, der #tatort hätte schon angefangen.

- tejwo (@tejwo) 5. Juli 2015

Kein Wunder, geht es doch vor allem um Nigerianer, die dem Pandämonium ihrer verheerten Heimat in den vermeintlich sicheren Hafen der Eidgenossenschaft entkommen, dort aber in die Mühle aus Behördenirrsinn, Perspektivlosigkeit und Rassismus geraten - permanent durch ein hässliches Wort verkörpert:

"Da haben wir ihn. Es ist ein Asylant" das #tatort Drehbuch heute von Frauke Petry.

- Christian W (@RALupo) 5. Juli 2015

Eingeborene in drei Aggregatzuständen Der Schweizer "Tatort" widmete sich den Mühlen der europäischen Asylverfahren. Eine wirklich gute Figur machte dabei eigen....

Ermordet wird nämlich eben jener arglose Teenager, der anfangs nicht lächeln darf und dieser emotionalen Abfuhr eine Dealerkarriere folgen lässt. Für allenfalls Geduldete wie ihn ist das schließlich fast der einzige Weg, in irgendeiner Form einer geregelten Tätigkeit nachzugehen.

Und nach kriminellen, schwarzen Drogendealern im #Tatort sehen Sie gleich im Anschluss geldgierige, radikale Griechen bei #Jauch.

- Sascha Blättermann (@baumarktpflanze) 5. Juli 2015

Regisseur Manuel Flurin Hendrys erster *Tatort* in seiner Schweizer Heimat birgt somit allerlei fremdenfeindliche Stolperfallen, wenn der Täter fortan primär unter Afrikanern gesucht wird.

Ich mein, ist ja echt nett, dass die Drehbuchschreiber_innen uns Twitterfutter mit halbverstecktem Rassismus liefern. Aber, come on. #tatort

- Krawalda Müller (@workingrrrrl) 5. Juli 2015

Doch es kommt anders. Der Schweizer *Tatort* zeigte, dass es in Europas Asylverfahren auf allen Seiten Licht und Schatten gibt. Den biedereren Salonrassismus des unsäglichen Polizeikommandanten Mattmann etwa ...

Warum trägt der Chef eigentlich keinen braunen Anzug? #Tatort

- Sara. (@xkopfherz) 5. Juli 2015

... oder den Militaria-Händler, der alles Böse, das die Empfangsgesellschaft oft den Einwanderern unterstellt, in einer einzigen Person bündelt.

Import, Export, Autos, Waffen, Drogen, Haushaltsauflösungen, Schläge ... Der Typ kann noch ALLES! #Tatort

- Stefan Schlierf (@StefanFrank1968) 5. Juli 2015

Und zwischendurch gibt es feine Verweise darauf, dass die Kriminalität von Einwanderern ihre Wurzeln oft in den reichen Ländern Europas hat: Globalisierungsgewinner im Speck einer privilegierten Herkunft, koksende Nutznießer eines mörderischen Grenzregimes, Eingeborene, die in drei Aggregatzuständen vorkommen: offen fremdenfeindlich, eiskalt technokratisch oder dauernd auf Drogen.

Diese Schweizer sind alle ziemlich gedröhnt und abgefickt hier ... #Tatort

- Uns Uwe HH (@uwolf67) 5. Juli 2015

Lediglich zwei Charaktere verkörpern hier jene Zivilisiertheit, die all die fremdenfeindlichen Mattmanns den Asylbewerbern gern absprechen: eine engagierte Sozialarbeiterin im Asylheim, Liz Ritschard, oder ihr Kollege Flückiger, dessen migränebedingten Wahnvorstellungen ein ums andere Mal die hässliche Fratze vieler Landsleute offenbaren.

Ich warte die ganze Zeit darauf, dass sich Flückiger in Hulk verwandelt, wenn er diese Halluzinationen hat. #Tatort

- Anthea (@Anthea1791) 5. Juli 2015

Das passiert zwar nicht, aber seine Visionen verhelfen dem Fall maßgeblich zur Auflösung, was in etwa so kreativ ist wie Kaffeesatzgeständnisse.

Load-Date: July 6, 2015

Eingeborene in drei Aggregatzuständen Der Schweizer "Tatort" widmete sich den Mühlen der europäischen Asylverfahren. Eine wirklich gute Figur machte dabei eigen....

End of Document

Erdogan verrechnet sich ums Hundertfache; Die EU zahlt viel mehr für Flüchtlinge in der Türkei, als Erdogan behauptet. Doch Teile des Flüchtlingsdeals funktionieren bis heute nicht. Das liegt auch an Europa.

ZEIT-online

Dienstag 26. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Türkei; Ausg. 31

Length: 954 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Der türkische Präsident bei einem Auftritt nach dem versuchten Militärputsch

© Umit Bektas/Reuters

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan nutzte sein Interview in der ARD am Montagabend, um vor allem auf die vermeintlichen Verfehlungen anderer hinzuweisen. "Sie haben versprochen, drei Milliarden Euro werden wir leisten", sagte Erdogan über das **Flüchtlingsabkommen** der EU mit der Türkei. Dann die Anschlussfrage: "Was hat der Westen geleistet? Leider nichts. Nur Symbolisches, ein oder zwei Millionen kamen vielleicht mal."

Die knauserigen und verlogenen Europäer, die zwar groß von Menschenrechten reden, aber dann nicht liefern: Das war Erdogans Botschaft. Er sagte: "Die EU hat ihr Versprechen nicht gehalten."

Tatsächlich ist Erdogans Darstellung verzerrend, in manchen Details schlicht falsch. Das beginnt bei den konkreten Zahlen. Nicht "ein oder zwei Millionen" hat die EU bisher als Teil des Flüchtlingsdeals für syrische Flüchtlinge in der Türkei gezahlt, sondern bis Mitte Juni dieses Jahres schon 105,8 Millionen Euro. Das Hundertfache also. Das geht aus einer Aufstellung der EU-Kommission über alle bisher geförderten Projekte hervor, deren Aktualität die Kommission auf Nachfrage bestätigt.

Das heißt nicht, dass die kompletten 105,8 Millionen Euro bereits für die Flüchtlinge ausgegeben wurden. Aber sie stehen den jeweils unterstützten Projekten, zum Beispiel dem Welternährungsprogramm oder Ärzten der Welt, komplett zur Verfügung.

Zählt man noch jene Projekte hinzu, die bis Mitte Juni bereits genehmigt waren und für deren Finanzierung Verträge unterschrieben sind, die aber ihre Mittel noch nicht erhalten haben, liegt die Summe noch höher, nämlich bei etwas mehr als 740 Millionen Euro. Insgesamt will die EU-Kommission die Verwendung von mehr als zwei der drei Milliarden bereits bis Ende Juli zumindest konkretisiert haben, in den kommenden Tagen also. Dabei sieht sie sich "on track", also voll im Zeitplan.

Ein Steuerungskomitee entscheidet

Erdogan verrechnet sich ums Hundertfache Die EU zahlt viel mehr für Flüchtlinge in der Türkei, als Erdogan behauptet. Doch Teile des Flüchtlingsdeals funktionie....

Angesprochen auf Erdogans Vorwürfe, sagt eine Sprecherin der EU-Kommission deshalb, man halte sich an die Vereinbarungen aus dem Deal mit der Türkei. "Gegenteilige Behauptungen, auch zur finanziellen Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei, sind nicht wahr."

Zwei der drei Milliarden Euro kommen von den Mitgliedsstaaten, eine Milliarde aus dem EU-Budget. Über ihre Verwendung entscheidet, wie es für Brüssel typisch ist, ein extra eingerichtetes "Steuerungskomitee", das sich aus Vertretern der Mitgliedsstaaten zusammensetzt und von der EU-Kommission geleitet wird. Die türkische Seite hat eine "beratende" Funktion in dem Komitee.

All das heißt nicht, dass Erdogan mit seiner Kritik im Interview vollkommen Unrecht hätte. Er erwähnt die vielen Milliarden Dollar, zwölf sind es seiner Aussage nach, die die türkische Regierung in den vergangenen fünf Jahren für die Versorgung von Flüchtlingen ausgegeben hat. Allein 2,7 Millionen registrierte Flüchtlinge leben in der Türkei, dazu kommt die Dunkelziffer der Unregistrierten. Ein humanitärer, gesellschaftlicher und ökonomischer Ausnahmezustand, um den sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten erst dann richtig zu kümmern begannen, als viele dieser Flüchtlinge sich auf den Weg aus der Türkei Richtung Europa machten.

Noch in einem anderen Punkt wirft Erdogan in dem Interview der EU ungehaltene Versprechen vor: bei der so wichtigen Visaliberalisierung für Türken, die nach Europa reisen wollen. Man habe sich schließlich 2013 darauf geeinigt, dass die Liberalisierung 2015 kommen solle, sagte Erdogan.

Das stimmt zwar, war allerdings immer an Bedingungen geknüpft. Eine Liste von 72 Benchmarks muss die Türkei vorher erfüllen. Dazu gehört eine Änderung der Terrorgesetze, zu der die Regierung nicht bereit ist.

Freiwillige Aufnahme? Gibt es nicht

So gibt der am 18. März beschlossene EU-Türkei-Deal gut vier Monate später ein widersprüchliches Bild ab. Die Zahl der Menschen, die aus der Türkei auf die griechischen Inseln kommen, ist tatsächlich drastisch gesunken. Das könnte allerdings auch mit der geschlossenen Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland zusammenhängen, wegen der die Migranten sowieso kaum weiter nach Zentraleuropa reisen können.

Der Eins-zu-eins-Austauschmechanismus jedenfalls, der als das Herzstück des Abkommens galt und vorsah, dass die EU für jeden von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgeschickten Migranten einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufnimmt, ist nie wirklich angelaufen. Bis jetzt (Stand 21. Juli) sind nur 468 Personen in die Türkei gesendet worden, die letzten am 16. Juni, also vor knapp sechs Wochen. Die allermeisten sitzen noch immer auf den griechischen Inseln oder auf dem Festland fest, die Asylbehörden kommen trotz EU-Unterstützung mit den Verfahren kaum voran.

Nur auf dem Papier existiert die Regelung für die freiwillige Aufnahme aus humanitären Gründen. Eigentlich wollten die EU-Staaten der Türkei in großem Maßstab Flüchtlinge abnehmen, wenn die Zahlen der auf den griechischen Inseln Ankommenden gravierend zurückgehen. Die Zahlen sind massiv gesunken, im Juli 2016 zum Beispiel kamen bisher 1.293 Menschen, im Juli 2015 waren es 54.899. Doch passiert ist deshalb nichts, die Flüchtlinge bleiben weiter in der Türkei.

So hat Erdogan zwar mit den Behauptungen über EU-Zahlungen Unrecht und legt die komplizierte Lage zwischen der Türkei und Brüssel zu seinen Gunsten aus. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Sachen Flüchtlingsdeal die eigenen Ansprüche tatsächlich erfüllen.

Load-Date: July 26, 2016

Deutschland macht ernst; Heute stimmt der Bundestag über schärfere Asylgesetze ab. ZEIT ONLINE stellt die sechs wichtigsten Veränderungen vor.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Oktober 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Asylgesetz; Ausg. 41

Length: 1878 words

Byline: Lisa Caspari; Paul Middelhoff

Body

Asylbewerber stehen in Berlin Schlange, um sich zu registrieren.

© Kay Nietfeld/AP/dpa

Die **Flüchtlingskrise** macht es möglich: Der Bundestag berät am heutigen Donnerstag über ein äußerst zügig ausgearbeitetes Gesetzespaket zum **Asylrecht**. Wenn am Freitag auch der Bundesrat zugestimmt hat, soll es zum 1. November in Kraft treten. Das Gesetzespaket verfolgt ein doppeltes Ziel: Die Bundesregierung will den Anreiz für sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge vom Westbalkan verringern, einen **Asylantrag** in Deutschland zu stellen. **Flüchtlinge** mit besserer Bleibeperspektive, wie es die Bundesregierung nennt, sollen schneller integriert werden. Außerdem wird viel Geld verteilt, um die Folgen der **Flüchtlingskrise** für die Kommunen abzumildern. Die wichtigsten Vorhaben und Fallstricke:

1. Sichere Herkunftsstaaten

Künftig stehen auch Kosovo, Albanien und Montenegro auf der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Ein **Asylantrag** von Menschen aus diesen Ländern gilt bis zum Beweis des Gegenteils als "offensichtlich unbegründet". Denn das Gesetz geht davon aus, dass in ihren Heimatländern "weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet". Künftig gelten somit alle Staaten des westlichen Balkans als sicher.

Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, die trotzdem einen Asylantrag in Deutschland stellen, müssen laut dem Gesetzentwurf künftig bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder bleiben. Bis über einen Asylantrag entschieden ist, können jedoch mehrere Monate vergehen. Die Antragsteller sind während dieser Zeit oft in überfüllten Kasernen, Turnhallen oder leer stehenden Baumärkten untergebracht. Hinzu kommt, dass Asylbewerber während ihrer Zeit im Aufnahmelager künftig nicht mehr arbeiten dürfen. Bislang galt dieses Verbot nur für die ersten drei Monate nach der Einreise.

Arbeitsmarktkorridore als Kompensation

Deutschland macht ernst Heute stimmt der Bundestag über schärfere Asylgesetze ab. ZEIT ONLINE stellt die sechs wichtigsten Veränderungen vor.

Die Große Koalition hat aber beschlossen, Balkan-Zuwanderern eine andere Perspektive zu eröffnen. Laut einer Verordnung des Bundesinnenministeriums sollen Menschen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien künftig nach Deutschland kommen dürfen, wenn sie ein Arbeitsplatzangebot haben. Bisher ist das nur für Mangelberufe oder sehr gut bezahlte Berufe vorgesehen - jetzt kann sich auch ein niedrig qualifizierter Arbeiter Hoffnungen machen.

Allerdings gibt es für ihn strenge Einschränkungen: So bleibt die Vorrangregelung bestehen, wonach ein gleichqualifizierter Deutscher ein Vorzugsrecht auf diesen Job hätte. Und wenn die Person bereits in diesem Jahr einen Asylantrag in Deutschland gestellt hat, muss sie ausreisen und sich aus seinem Heimatland neu auf die deutsche Stelle bewerben. Es ist also fraglich, wie viele Menschen vom Balkan wirklich von der Regelung profitieren werden. Der Verordnung muss am Freitag noch der Bundesrat zustimmen - das gilt aber als sicher.

Im Video: Der Bundestag verabschiedet Gesetzespaket zur Verschärfung des Asylrechts.

2. Sachleistungen statt Barleistungen

Bislang stellen Länder und Kommunen den Asylbewerbern Unterkunft, Kleidung und Verpflegung zur Verfügung. Zusätzlich bekommen sie im Normalfall 143 Euro im Monat - für Bus-Tickets, Prepaid-Karten für Handys oder Lebensmittel. Dieses Taschengeld soll künftig zum Beispiel durch Gutscheine ersetzt werden - denn auch hier fürchtet die Bundesregierung, dass Menschen durch das Geld nach Deutschland gelockt werden könnten. Hintergrund sind Berichte über Menschen vom Balkan, die von den über mehrere Monate angesparten finanziellen Hilfen in ihrer Heimat gut leben können.

Künftig sollen die Länder selbst entscheiden, ob sie ihr System auf Sachleistungen umstellen. Das Sachleistungsprinzip ist bei den Grünen und in der SPD sehr umstritten, es ist also fraglich, ob sich die rot-grün regierten Bundesländer dem anschließen.

Die Organisation Pro Asyl erinnert daran, dass das Bundesverfassungsgericht erst 2012 anmahnte, Asylbewerber bei Sozialleistungen nicht schlechter als Einheimische zu stellen. "Eine Absenkung von Leistungen unter das vom Verfassungsgericht bestimmte Leistungsniveau, mit der Absicht Menschen, die ausreisen sollen, außer Landes zu treiben, ist inakzeptabel", schreibt die Organisation in einem offenen Brief.

Tatsächlich hatte das Verfassungsgericht damals auch entschieden, dass der Aufenthaltsstatus eines Asylbewerbers nicht unbedingt ausschlaggebend dafür sein kann, welche Sozialleistungen er erhält. Aussichtslose Asylbewerber, die nur kurz in Deutschland bleiben können, dürfen so nur mit sehr guter Begründung schlechter gestellt werden. Doch genau das plant die Bundesregierung, die "vollziehbar ausreisepflichtigen" Asylbewerbern - also solchen, denen eine Abschiebung bevorsteht - die Leistung bis auf Lebensmittel und ein Rückfahrticket radikal kürzen will.

Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarktforschung fürchtet zudem, dass die Umstellung auf Sachleistungen auch die Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive behindert: "Die Barleistungen sind ein wichtiger Baustein für die Mobilität der Empfänger. Der Wegfall kann dazu führen, dass die Menschen noch enger an ihr Umfeld in den Erstaufnahmeeinrichtungen gebunden werden." Auch fehle künftig das Geld, um spontan zu einem Vorstellungsgespräch oder zum Jobcenter fahren zu können. "Ohnehin ist der Betrag von 143 Euro so gering, dass er wohl für niemanden einen echten Anreiz bietet", sagt Brücker.

3. Geld vom Bund

Über Monate hatten Länder und Kommunen die mangelnde Unterstützung vonseiten des Bundes beklagt. Nun bewegt sich die Bundesregierung: Künftig sollen die Kommunen 670 Euro pro Monat und aufgenommenem Flüchtling vom Bund erhalten. Das Geld dient der Unterbringung und Verpflegung der Asylbewerber, sowie der Anstellung neuer Behörden-Mitarbeiter, Erzieher und Lehrer. Bayern hat bereits angekündigt, mit dem Bundesgeld 3.772 Stellen in Verwaltung und Polizei zu schaffen und zusätzlich 1.700 Lehrkräfte einzustellen.

Deutschland macht ernst Heute stimmt der Bundestag über schärfere Asylgesetze ab. ZEIT ONLINE stellt die sechs wichtigsten Veränderungen vor.

Die nun zugesagte finanzielle Unterstützung für alle Bundesländer kostet den Bund ersten Schätzungen zufolge jährlich drei Milliarden Euro. Doch beruft sich diese Summe noch auf die Berechnungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), denen zufolge jährlich 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel geht hingegen bereits davon aus, dass in diesem Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Indem sich die Bundesregierung zu der flexiblen Pauschale verpflichtet, könnten die Kosten für den Bundeshaushalt also auch weit höher ausfallen als erwartet. Schon muss die Kanzlerin Steuererhöhungen für die Flüchtlingskrise öffentlich ausschließen.

Darüber hinaus investiert der Bund auch in den sozialen Wohnungsbau: Die Länder bekommen 500 Millionen Euro, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere 350 Millionen Euro stehen für die Versorgung und Unterbringung von Jugendlichen und Kindern zur Verfügung, die ohne ihre Eltern in Deutschland angekommen sind. "Im Grundsatz ist eine Beteiligung des Bundes richtig, denn die Kommunen und Länder kommen für die Kosten der Unterbringung auf und benötigen Unterstützung", sagt Arbeitsmarkt-Forscher Brücker. "Die Koordination und damit auch die Finanzierung jedoch vollständig zur Bundesaufgabe zu machen, wäre ein Fehler, denn es kommt auf die Expertise der Behörden vor Ort an."

4. Schnellere Integration

Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sollen laut dem Gesetzentwurf schneller in Integrationskurse vermittelt werden. Sie dürfen außerdem als Leiharbeiter beschäftigt werden.

Klingt gut, aber die neuen Integrations- und Sprachkurse müssen erst geschaffen werden. Noch fehlt es an Lehrern. Durch die Aufhebung des Leiharbeitsverbots haben Flüchtlinge bessere Chancen, sich schnell auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren, laufen aber Gefahr, im Niedriglohnssektor zu versauern.

5. Gesundheitskarte

In den rot-grün geführten Bundesländern Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen gibt es sie bereits: eine Gesundheitskarte für Asylbewerber. Krankenkassen und Kommunen fordern ihre bundesweite Einführung seit Monaten. Denn bislang muss jeder Asylbewerber vor dem Arztbesuch beim Amt einen Schein beantragen, den er dann vor der Behandlung einlöst - und das auch nur in Notfällen. Die Gesundheitskarte würde dieses Bürokratie-Chaos vermeiden: Sie funktioniert genau so wie die Karte eines regulär Krankenversicherten - nur dass die Versicherung die Kosten der Behandlung später Land oder Kommune in Rechnung stellt.

Der Widerstand der Union gegen das rot-grüne Projekt hat eine bundesweite Einführung der Karte jedoch verhindert. Länder können die Regelung einführen - müssen aber nicht. Bayern und Sachsen haben bereits erklärt, beim alten System bleiben zu wollen. Dahinter stecken wohl auch finanzielle Erwägungen, denn eine gesundheitliche Versorgung Zehntausender Menschen kann sehr teuer werden.

6. Quasi-Ärzte

Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind überfüllt - oft leben mehr als doppelt so viele Menschen in den Lagern wie vorgesehen. Viele von ihnen sind nach der langen Flucht krank oder traumatisiert. Entsprechend überlastet sind die Ärzte, die seit Monaten Asylbewerber in den Einrichtungen betreuen. Deshalb will die Bundesregierung nun auf Asylsuchende mit medizinischer Ausbildung zurückgreifen.

Menschen, die in ihren Heimatländern als Ärzte und Krankenpfleger gearbeitet haben, sollen künftig deutschen Medizinern bei der Betreuung der Asylbewerber zur Seite stehen. Dazu will die Bundesregierung auf eine ordentliche Berufserlaubnis verzichten und den Helfern eine befristete Ermächtigung erteilen. Der Gesetzentwurf bleibt hier jedoch schwammig.

Die Fachwelt kritisiert die Regelung: "Aus Gründen des Patientenschutzes muss dringend vermieden werden, dass ein Personenkreis ohne ausreichende Kompetenzüberprüfung per Gesetz zu Quasi-Ärzten erklärt werden kann", schrieb Frank Ulrich Montgomery, Chef der Bundesärztekammer, Anfang Oktober an den Innenausschuss.

Deutschland macht ernst Heute stimmt der Bundestag über schärfere Asylgesetze ab. ZEIT ONLINE stellt die sechs wichtigsten Veränderungen vor.

Auch widerspricht die Regelung der gängigen Asylgesetzgebung: Eigentlich dürfen Ausländer in Deutschland nicht arbeiten, solange ihr Asylverfahren läuft. Zudem erhalten sie die Ermächtigung nur, wenn sie eidesstattlich versichern, eine medizinische Ausbildung absolviert zu haben.

Was nicht beschlossen wird

Manche Politiker sagen, dass das Asylpaket der Bundesregierung schon jetzt von der Wirklichkeit eingeholt wurde. Nach wie vor dauern die Asylverfahren zu lange, manche Bewerber warten Wochen, um sich überhaupt in Deutschland registrieren zu können. Dann ist noch kein Asylantrag gestellt. Es fehlt an Mitarbeitern und Entscheidern - überall, ob im Berliner LaGeSo, wo Flüchtlinge Schlange stehen, oder beim Bamf. Die Asylverfahren der vielen Syrer, die zuletzt nach Deutschland kamen, werden sich durch schärfere Regeln für Balkan-Flüchtlinge nicht verkürzen.

Hinzu kommt, dass die Große Koalition weiterhin nicht weiß, wie es an Deutschlands Grenzen weitergehen soll - bisher werden die Tausenden Flüchtlinge, die dort täglich ankommen, nicht registriert, und die Notunterkünfte sind überfüllt. Die von der Union geforderten "Transitzonen" werden von der SPD abgelehnt, weil sie nichts weiter als "Hafteinrichtungen" für Flüchtlinge wären.

Das Video fasst kurz zusammen, wie das Asylverfahren in Deutschland ist.

Load-Date: October 15, 2015

Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge ungebrochen; Jeder dritte Deutsche hat sich bereits für Flüchtlinge eingesetzt, noch mehr haben es vor. 79 Prozent sehen in der Migration aber kurzfristig mehr Risiken als Chancen.

ZEIT-online

Donnerstag 25. Februar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: DIW-Studie; Ausg. 10

Length: 403 words

Body

Ehrenamtliche Helfer sortieren Spenden für **Flüchtlinge** in Leipzig.

© Jan Woitas/dpa

Ein Großteil der Deutschen will sich trotz steigender Skepsis weiterhin für **Flüchtlinge** einsetzen. 44 Prozent der Teilnehmer einer repräsentativen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wollen **Flüchtlingen** in Zukunft helfen. 36 Prozent der Deutschsprachigen gaben an, **Flüchtlinge** bereits materiell, durch politisches Engagement oder durch praktischen Einsatz vor Ort unterstützt zu haben. "Die Hilfsbereitschaft für **geflüchtete** Menschen ist enorm, wenn man bedenkt, dass für alle Spendenanlässe zusammen pro Jahr 40 Prozent der Bürger Geld geben", sagte Jürgen Schupp, einer der Autoren der Studie.

Zwar haben sich 53 Prozent der Deutschen bisher noch nicht für Geflohene eingesetzt und wollen das auch in Zukunft nicht tun. Die Hilfsbereitschaft der bereits aktiven Helfer ist allerdings stabil: Sechs von sieben (86 Prozent) der Menschen, die sich bereits für Flüchtlinge einsetzen, wollen das auch weiterhin tun. Die Hilfsbereitschaft ist dabei größtenteils materieller Natur. 82 Prozent der Deutschen waren und sind nicht dazu bereit, Flüchtlinge durch praktische Tätigkeiten zu unterstützen.

Ungebrochen ist auch die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Im ARD-Deutschlandtrend sprachen sich im Februar 94 Prozent der Befragten für die Aufnahme von vor Krieg und Bürgerkrieg geflohenen Menschen aus - genauso viele wie im Januar 2015.

Trotz aller Hilfsbereitschaft und Akzeptanz mehrt sich eine skeptische Haltung zu Geflohenen. Die Fragen, ob Deutschland durch die Zuwanderung zu einem lebenswerteren Ort werde und kulturell bereichert werde, beantwortete jeweils mehr als die Hälfte der Befragten negativ oder eher negativ. 79 Prozent sehen in der Migration kurzfristig mehr Risiken als Chancen, langfristige Risiken überwiegen in der Einschätzung von 57 Prozent. Die am wenigsten negativen Folgen vermuten die Deutschen für ihre Wirtschaft. Während 47 Prozent der Befragten von einem negativen Effekt ausgehen, gehen 34 Prozent von positiven wirtschaftlichen Konsequenzen für Deutschland aus.

Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge ungebrochen Jeder dritte Deutsche hat sich bereits für Flüchtlinge eingesetzt, noch mehr haben es vor. 79 Prozent sehen in der....

Auch Menschen, die Flüchtlingen zu helfen nach wie vor bereit sind, äußerten sich teilweise skeptisch zu den Effekten der zahlreichen Zuwanderung. Fast gleich groß sind in dieser Gruppe die Anteile derjenigen, die die Auswirkungen des Flüchtlingszustroms positiv beziehungsweise negativ einschätzen.

Load-Date: February 25, 2016

End of Document

Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz?; Gerade mal fünf Prozent aller Zuwanderer würde ein Einwanderungsgesetz betreffen. Brauchen wir es trotzdem - oder gerade deswegen? Und welche Vorschläge gibt es?

ZEIT-online

Dienstag 3. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zuwanderung; Ausg. 5

Length: 1360 words

Byline: Katharina Schuler; Lisa Caspari

Body

Fahnen in den Fenstern eines Berliner Hauses während der Fußball-WM 2014

© Maja Hitij/dpa

Brauchen wir mehr Zuwanderung?

2014 kamen 1,23 Millionen Einwanderer nach Deutschland - so viele wie seit 1993 nicht mehr. In der SPD ist man dennoch überzeugt, dass wir künftig mehr Zuwanderung brauchen. "Wegen des Geburtenrückgangs werden uns allein in den kommenden zehn Jahren über fünf Millionen Fachkräfte fehlen", sagt Burkhard Lischka, der Innenpolitik-Experte der sozialdemokratischen Abgeordneten und beruft sich dabei auf Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Während die Union in dieser Frage uneins ist, bekommt die SPD Unterstützung aus der Wissenschaft. Der unabhängige Sachverständigenrat **Migration** zum Beispiel ist überzeugt, dass man sich mit dem Status quo nicht zufrieden geben kann. "Deutschland braucht mehr qualifizierte Zuwanderung, sowohl von Hochqualifizierten als auch von nicht akademischen Fachkräften", sagt dessen Vorsitzende, Christine Langenfeld.

Die meisten Experten gehen davon aus, dass der Bedarf an Arbeitskräften aus nichteuropäischen Ländern steigen wird. Zwar lag der Anteil der Europäer unter den Zuwanderern 2013 bei 76,8 Prozent. Doch dieser hohe Zustrom muss nicht anhalten. Deutschland dürfe nicht davon ausgehen, dass die Krise in Südeuropa ewig dauere, sagt Arbeitsmarktforscher Herbert Brücker vom IAB. Auch der Zustrom aus Osteuropa - von wo die meisten Menschen in den vergangenen Jahren kamen - wird sich wieder abschwächen, sagt OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig.

Wen betrifft ein Einwanderungsgesetz?

Im Wesentlichen gibt es sechs Gruppen von Zuwanderern: EU-Bürger, Asylbewerber und Flüchtlinge, Menschen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kommen, Studierende und eben Arbeitskräfte aus Drittstaaten.

Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz? Gerade mal fünf Prozent aller Zuwanderer würde ein Einwanderungsgesetz betreffen. Brauchen wir es trotzdem - oder g....

Letztere machten 2013 nur etwa fünf Prozent aller Zuwanderer aus. Nur um sie geht es bei der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz, denn für alle anderen gelten ohnehin andere Regeln. Für EU-Ausländer beispielsweise gilt die Freizügigkeit, d.h. jeder EU-Bürger kann zum Arbeiten nach Deutschland kommen. Bei Flüchtlingen sind humanitäre Kriterien ausschlaggebend - und daran soll sich auch nichts ändern.

Welche Regeln gibt es bisher?

Derzeit gilt: Wer aus einem Nicht-EU-Land zum Arbeiten nach Deutschland kommen will, muss einen Arbeitsplatz nachweisen. Jedoch wurden die Regelungen in den vergangenen Jahren bereits mehrmals geändert und liberalisiert. So wurde zum Beispiel die Mindestverdienstgrenze für Hochschulabsolventen abgesenkt, sie liegt derzeit bei 48.400 Euro. Außerdem dürfen Hochschulabsolventen für ein halbes Jahr zur Jobsuche nach Deutschland kommen.

Nichtakademiker können nach Deutschland kommen, wenn sie in einem sogenannten Mangelberuf arbeiten. Die entsprechende Liste umfasst etwa 50 Berufe und wird halbjährlich aktualisiert. Das Gehalt muss dem eines Deutschen entsprechen, eine feste Grenze gibt es nicht. Geringqualifizierte Arbeitnehmer können ebenfalls in Deutschland arbeiten, sie erhalten jedoch immer nur ein befristetes Aufenthaltsrecht.

Insgesamt kamen 2013 laut Migrationsbericht 33.600 Erwerbskräfte aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland.

Was soll ein Einwanderungsgesetz bringen?

"Es gibt viele Regelungen für Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die für diese sehr verwirrend sind", sagt der SPD-Politiker Lischka. "Unser Ziel ist es, dass ein IT-Spezialist aus Indien künftig ganz einfach im Internet checken kann, welche Chancen er auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat und dass er dafür nicht einen Experten im deutschen Aufenthaltsrecht an seiner Seite braucht." Auch für Fachkräfte ohne Hochschulabschluss müsse der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert werden.

Mehr Transparenz für Zuwanderer, das ist das eine Argument. Zugleich soll ein Einwanderungsgesetz nach dem Willen der SPD genau festlegen, welche Zuwanderer in Deutschland erwünscht sind. Anders als heute käme es dabei wohl nicht ausschließlich darauf an, einen Arbeitsplatz nachweisen zu können - andere Kriterien wie Ausbildung oder Sprachkenntnisse könnten den Ausschlag geben.

Für CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der sich für ein Einwanderungsgesetz ausspricht, geht es vor allem um ein Signal an die Zuwanderer, dass sie in Deutschland dauerhaft willkommen sind. Damit steht Tauber in seiner Partei allerdings ziemlich alleine da. Der innenpolitische Sprecher der CSU, Stephan Mayer, zum Beispiel ist zwar ebenfalls der Meinung, dass man in den kommenden Jahren einen verstärkten Zuzug von Fachkräften brauche. Wie die überwiegende Mehrheit von CDU und CSU ist aber auch er überzeugt: Das lässt sich mit den bisherigen Regelungen erreichen.

Unterstützung bekommt die Union vom OECD-Migrationsexperten Liebig. Deutschland habe - zumindest für Hochqualifizierte - eines der liberalsten Zuwanderungsgesetze aller OECD-Staaten. Neue Instrumente brauche man nicht, im Detail könne man aber sicher noch nachbessern, so Liebig.

Wie funktioniert das kanadische Modell?

Als Vorbild für ein Einwanderungsgesetz wird immer das kanadische Modell genannt. Dort werden Menschen, die sich um einen Aufenthaltsstatus bewerben, Punkte zugeteilt: für Berufsqualifikation, ihre Sprachkenntnisse und ihr Alter. Die Kriterien werden immer wieder angepasst.

Als ideales Alter für einen Einwanderer definieren die Kanadier 20 bis 29 Jahre. Keine Chance hat, wer schwere Verbrechen begangen oder ernste finanzielle oder gesundheitliche Probleme hat.

Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz? Gerade mal fünf Prozent aller Zuwanderer würde ein Einwanderungsgesetz betreffen. Brauchen wir es trotzdem - oder g....

Allerdings: Auch die Kanadier haben sich längst von einem reinen Punktesystem verabschiedet. Inzwischen ist ein Jobangebot vor Ort das wichtigste Kriterium: Die Hälfte der maximal erreichbaren 1.200 Punkte erhält ein Bewerber, wenn er eine Stelle in Kanada vorweisen kann.

Wie könnte ein Einwanderungsgesetz aussehen?

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann spricht sich für ein Punktesystem aus. Welche Eigenschaften dabei genau bewertet werden sollen, steht noch nicht fest. Alter, Berufsausbildung und -erfahrung sowie Sprachkenntnisse würden aber sicher eine Rolle spielen. Tauber hat vorgeschlagen, auch die Integrationswilligkeit von Zuwanderern miteinzubeziehen.

Oppermann kündigte an, den Bedarf an Nicht-EU-Einwanderern jedes Jahr neu festlegen zu wollen, auch die Punktezahlen könnten entsprechend angepasst werden. Die Sozialdemokraten sprechen sich außerdem für einen möglichst unkomplizierten Familiennachzug aus - und dafür, dass Menschen bei Arbeitsplatzverlust nicht einfach des Landes verwiesen werden dürfen.

Allerdings halten nicht alle in der SPD ein Punktesystem für zwingend notwendig: Generalsekretärin Yasmin Fahimi sagte, ihre Partei würde verschiedenste Modelle prüfen, um das beste zu finden.

Auch die Grünen befürworten ein Punktesystem und werden am Mittwoch ihr eigenes Einwanderungskonzept vorstellen. Entwicklungsländer sollen demnach davor bewahrt werden, dass ihre Fachkräfte massiv abgeworben werden. Gleichzeitig soll es ermöglicht werden, dass Menschen, die sich bereits in Deutschland befinden, über das Punktesystem einwandern können. Dies betrifft zum Beispiel jene, die hier bereits einen Asylantrag gestellt haben.

Was sind die Nachteile eines Punktesystems?

Es ist nicht sichergestellt, dass man gut qualifizierte Menschen ohne Arbeitsplatz ins Land holt und diese dann wirklich einen Job finden. Weil man in Kanada genau diese Erfahrung gemacht hat, wurde das Punktesystem entsprechend modifiziert (s.o.).

Arbeitgeber könnten zudem versucht sein, vor allem weniger qualifizierte ausländische Arbeitnehmer schlechter zu bezahlen als deutsche, wenn die gleiche Bezahlung keine Voraussetzung für die Zuwanderung ist.

Hinzu kommt: Fachkräfte werden vor allem in ländlichen Gebieten Deutschlands benötigt. Wie aber das Beispiel Kanada zeigt, zieht es Einwanderer eher in die großen Städte. Wenn ein Arbeitsplatz für die Einwanderung keine Voraussetzung mehr ist, könnte es auch schwieriger werden, ausländische Arbeitskräfte dorthin zu lenken, wo sie gebraucht werden.

Gewarnt wird zudem vor zu viel Bürokratie. Wie legt man fest, wer kommen darf und wer nicht? In Kanada müssen manche Migranten bis zu fünf Jahre auf eine Antwort von der Einwanderungsbehörde warten. Das soll in Deutschland nicht passieren.

Load-Date: February 3, 2015

**Der Basar ist eröffnet; Rücknahme der Flüchtlinge gegen Geld und
Visafreiheit: Die Türkei hat den Preis für eine Einigung in die Höhe getrieben.
Für die EU ist der Deal trotzdem verlockend.**

ZEIT-online

Dienstag 8. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Gipfel; Ausg. 11

Length: 1418 words

Byline: Carsten Luther

Body

Neues Angebot, Verhandlungen vertagt: Der türkische Regierungschef Davutoglu (links) spricht mit EU-Ratspräsident Tusk und Kommissionschef Juncker nach dem Ende des Gipfels über das Treffen in Brüssel.

© Emmanuel Dunand/AFP/Getty Images

Die Grenzen sind geschlossen, der türkische Basar ist eröffnet. Während die EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel zu dechiffrieren versuchten, was Ratspräsident Donald Tusk als "neue und ehrgeizige Ideen" der Türkei verkündete, freute sich Recep Tayyip Erdogan schon auf die Rückkehr seines Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu vom gemeinsamen Gipfel in Brüssel: "Ich hoffe, er bringt das Geld mit zurück", ließ der türkische Präsident wissen. Sein Regierungschef wollte aber weit mehr einpacken für die Rückkehr nach Ankara.

Davutoglu war schließlich nicht als Bittsteller gekommen, die EU will etwas von der Türkei: Sie soll verhindern, dass Ver zweifelte sich in Booten über die Ägäis nach Griechenland aufmachen, am besten gleich das ganze Schleusergeschäft an der EU-Außengrenze trockenlegen, dazu illegale **Migranten** aus Griechenland zurücknehmen und den **Flüchtlingen** im eigenen Land ein lebenswertes Dasein verschaffen, damit sie sich erst gar nicht auf den Weg nach Europa machen.

Auf einem Zettel, so erzählte es Bundeskanzlerin Angela Merkel später, hatte Davutoglu dazu schon am Sonntag einen neuen, weitreichenden Vorschlag mitgebracht - völlig überraschend. Mehr als fünf Stunden saß sie darüber mit ihm und dem niederländischen Regierungschef und amtierenden Ratsvorsitzenden Mark Rutte zusammen, um den Gipfel vorzubereiten. Überrumpelt wurden die meisten der 28 EU-Delegationen von den neuen Vorschlägen der Türken dennoch.

Das Treffen am Montag brachte das gehörig durcheinander, denn was da plötzlich auf den Tisch kam, war zwar ein erstaunlich substanzielles Angebot, aber eben auch mit neuen Forderungen verbunden: über die bereits zugesagten drei Milliarden Euro hinaus weitere drei Milliarden Euro bis Ende 2018, um die Lage der etwa 2,7 Millionen Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern; umfassende Visa-Erleichterungen für türkische Bürger schon ab Juni; die umgehende Öffnung fünf neuer Kapitel in den EU-Beitrittsverhandlungen.

Der Basar ist eröffnet Rücknahme der Flüchtlinge gegen Geld und Visafreiheit: Die Türkei hat den Preis für eine Einigung in die Höhe getrieben. Für die EU ist d....

Dafür ist die Türkei bereit, ab einem zu bestimmenden Zeitpunkt alle neu ankommenden illegalen Migranten von Griechenland zurückzunehmen. Wer nicht schutzbedürftig ist, sich also aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg gemacht hat, soll dann wieder in sein Herkunftsland abgeschoben werden. Für jeden syrischen Flüchtling, den die Türkei zurücknimmt, soll die EU dann aber einen der bereits dort lebenden Flüchtlinge aufnehmen - Zug um Zug. Dahinter steckt die Logik, die erst einmal eine Hoffnung ist: Wer damit rechnen muss, nach seiner Ankunft in Griechenland gleich wieder zurück in die Türkei geschickt zu werden, nimmt die gefährliche Fahrt durch die Ägäis vielleicht nicht auf sich, vor allem wenn er sich anschließend wieder ganz hinten anstellen muss, um sich für die attraktivere direkte Umsiedlung in die EU zu bewerben.

Glaubt man Merkel, waren sich beim Gipfel viele "einig, dass das ein Durchbruch ist". Oder zumindest einer werden kann, denn die intensive Diskussion ging wieder einmal bis spät in die Nacht und die Widerstände sind längst nicht alle aus dem Weg geräumt - jene aus Ungarn etwa, das sich komplett gegen eine Umsiedlung von Flüchtlingen direkt aus der Türkei sperrt, oder jene Zyperns, für das die beschleunigten Beitrittsverhandlungen schwer zu schlucken sind. Deshalb und auch, weil viele technische Details in der Eile nicht geklärt werden konnten und manche Staats- und Regierungschefs sich noch in ihren Ländern abstimmen wollen, ist die Entscheidung am Ende dann doch auf den nächsten regulären EU-Gipfel vertagt worden, der bereits Ende kommender Woche im Kalender steht.

Bis dahin wird vor allem noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Einige EU-Staaten wollen sich nicht abhängig machen von einer Türkei, die ganz offensichtlich Demokratie und Menschenrechte in den Schmutz tritt, zuletzt mit der Übernahme der regierungskritischen Zeitung *Zaman* und der Nachrichtenagentur Cihan, die Flüchtlinge als Druckmittel einsetzt und ihren Krieg gegen die Kurden als Kampf gegen den "Islamischen Staat" verschleiert. Die dann auch noch den Preis für ihren Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in die Höhe treibt. Sie wollen schon gar nicht als Belohnung beide Augen zudrücken, wenn es um den Beitritt geht. Woher Ratspräsident Donald Tusk seinen Optimismus nimmt, wenn er schon jetzt verkündet "Die Tage illegaler Migration nach Europa sind vorbei", ist ein Rätsel.

Days of irregular migration to Europe are over. Turkish PM confirmed Turkey takes back irregular migrants apprehended on Turkish waters.

- Donald Tusk (@eucopresident) March 8, 2016

Warum die EU-Staaten zumindest im Grundsatz so sehr auf eine Einigung mit der Türkei hinarbeiten, ist in diesen Tagen vor allem in Griechenland zu beobachten: Zehntausende Flüchtlinge hängen dort unter erbärmlichen Bedingungen fest, weil es kaum noch eine Möglichkeit gibt, weiter in andere Länder zu gelangen und das Krisenland mit der Situation überfordert ist. Faktisch ist Griechenland das Auffanglager für die Flüchtlinge geworden, die in vielen anderen Ländern gefühlt zu schnell und zu zahlreich eingetroffen oder gleich gänzlich unerwünscht sind, wie in Teilen Osteuropas.

Und es stimmt ja auch, dass die Griechen lange zu wenig getan haben, konkret etwa beim Aufbau der Hotspots, von denen aus die Flüchtlinge registriert und verteilt werden sollen, und auch was die Sicherung der Ägäis angeht als Außengrenze der EU zur Türkei. Doch genauso wenig haben die meisten EU-Staaten dazu beigetragen, dass dies besser gelingt und waren obendrein kaum dazu zu bewegen, aus den bereits im vergangenen Jahr beschlossenen Kontingenten Flüchtlinge in größerer Zahl aufzunehmen. Von 160.000, die aus Italien und Griechenland kommen sollten, sind gerade einmal 872 verteilt worden.

Vor gut einer Woche hatte die Kanzlerin noch einmal vor nationalen Alleingängen in der Flüchtlingskrise gewarnt, die sich erst im Durchwinken Richtung Nordeuropa, dann in der Abschottung gezeigt haben: "Wenn der eine seine Grenze definiert, muss der andere leiden. Das ist nicht mein Europa." Das war eine Reaktion insbesondere auf den zuletzt bis hoch nach Österreich betriebenen Versuch, die sogenannte Balkanroute für Flüchtlinge und Migranten mit Zäunen, Kontrollen und Obergrenzen mehr oder weniger undurchlässig zu machen. Die kleinste gemeinsame Priorität der EU-Staaten bleibt: Die Zahl derer, die sich in Länder nördlich von Griechenland

Der Basar ist eröffnet Rücknahme der Flüchtlinge gegen Geld und Visafreiheit: Die Türkei hat den Preis für eine Einigung in die Höhe getrieben. Für die EU ist d....

durchschlagen, soll sinken - möglichst auf null. Im vergangenen Jahr waren Hunderttausende diesen Weg gegangen.

"Geschlossen" sei dieser Weg nun, so stand es auch im Entwurf für das Abschlussdokument des Gipfels, und das hätte auch eine Mehrheit unterschrieben. Bis Merkel die Formulierung noch vor Beginn der Gespräche beiseite fegte. "Es kann nicht darum gehen, dass irgendetwas geschlossen wird." Ebenso entschieden stemmten sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras gegen den Passus. Merkel wollte die unabgestimmten Schließungen von EU-Binnengrenzen nicht im Nachhinein absegnen, die Realität sehe schließlich anders aus, weil immer noch Hunderte täglich auf diesem Weg nach Deutschland kämen. Dabei ist auch das die Realität: Die ost- und südosteuropäischen Staaten wie auch Österreich haben Fakten geschaffen, hinter die Europa so schnell nicht wieder zurückkommt.

Frankreichs Präsident François Hollande beschrieb die Kette, die mit der Blockade der Balkanroute begann, so: "Sie ist geschlossen, damit wird Griechenland den wesentlichen Teil der Flüchtlinge nehmen. Wir müssen Griechenland helfen und verhindern, dass weiter Flüchtlinge in Griechenland ankommen, deswegen müssen wir mit der Türkei zusammenarbeiten." Das ist auch weiterhin der Plan, aber wie immer dauert es noch - und wer weiß, wie sich die Flüchtlingsbewegungen und Routen bis dahin entwickeln. Die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė hatte in Brüssel bereits eine Ahnung: "Die Migranten bewegen sich schneller, als wir handeln."

Load-Date: March 8, 2016

"Warum sollte die Türkei die ganze Arbeit übernehmen?"; Die Türkei ist mit den vielen Flüchtlingen im Land überfordert, sagt der türkische Migrationsforscher Murat Erdogan. Sie brauche eine gemeinsame Asylstrategie mit der EU.

ZEIT-online

Sonntag 8. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 17

Length: 1823 words

Byline: Andrea Backhaus

Body

Ein syrischer Junge in einem Zeltlager am Rande der türkischen Stadt Izmir

© Chris McGrath/Getty Images

ZEIT ONLINE: Herr Erdogan, hat der **Flüchtlingsdeal** der Beziehung zwischen der EU und der Türkei eher geholfen oder geschadet?

Murat Erdogan: Das ist eine Beziehung zwischen zwei Verlierern. Die Türkei hat keine Freunde mehr, und die EU hat keine Hoffnung mehr. Deshalb ist das keine strategische Partnerschaft, sondern eine reine Notbeziehung. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.

ZEIT ONLINE: Warum nicht?

Erdogan: Die Türkei hat außenpolitisch nicht viel Spielraum. Sie will die EU natürlich an sich binden. Und die EU hat ihre Prioritäten verändert und ihre eigenen Prinzipien vergessen. Die **Flüchtlingsfrage** dominiert alles. Daneben sind Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit zweitrangig geworden. Für die EU ist die Rolle der Türkei klar: Sie soll die Menschen davon abhalten, nach Europa zu gelangen. Im Gegenzug bekommt sie Geld und vielleicht Visafreiheit. Aber so ein geldbasiertes Tauschgeschäft à la "Euros statt **Flüchtlinge**" hilft weder den **Flüchtlingen** noch der Beziehung von EU und Türkei. Auch sind drei bis sechs Milliarden Euro als Zahlungen an die Türkei sehr unmenschlich. Ich frage die EU: Wie viel Milliarden Euro hat die Finanzkrise in Griechenland gekostet?

ZEIT ONLINE: Welche Folgen hat das Abkommen für die Flüchtlinge in der Türkei?

Erdogan: Völlig klar ist: Die Flüchtlinge werden weiterhin kommen. Sie stammen mittlerweile nicht mehr nur aus Syrien, sondern auch aus Afghanistan, Pakistan, Eritrea oder Äthiopien. Mit dem Pakt werden auch sie zurück in die Türkei geschickt. Aber warum sollte die Türkei die ganze Arbeit übernehmen? Auch Deutschland, Frankreich

"Warum sollte die Türkei die ganze Arbeit übernehmen?" Die Türkei ist mit den vielen Flüchtlingen im Land überfordert, sagt der türkische Migrationsforscher Mur....

oder Holland können diese Flüchtlinge nicht einfach in ihre Heimatländer zurückschicken, weil die Menschenrechtslage es nicht zulässt. Also schickt man sie zurück in die Türkei, wo sie keine Perspektiven haben. Das hat dramatische Folgen für die Menschen und für die Türkei.

Murat Erdogan ist einer der bekanntesten Migrationsforscher der Türkei. Er ist Professor an der Hacettepe-Universität in Ankara und leitet dort das Forschungszentrum für Migration und Politik (HUGO). Zudem ist er im Akademischen Board des Masterstudiengangs für Friedens- und Konfliktstudien.

© privat

ZEIT ONLINE: Was sind die größten Herausforderungen?

Erdogan: Wir haben mittlerweile rund 3,2 Millionen Flüchtlinge in der Türkei. Trotzdem sehen die türkische Regierung und Bevölkerung das als ein vorübergehendes Problem an. Die Türkei tut immer noch so, als werde Syriens Präsident Assad morgen gestürzt und die Syrer könnten dann alle wieder nach Hause fahren. Dabei werden sie natürlich auf Dauer bleiben. Sich das einzugestehen, ist vor allem dann zentral, wenn die Türkei nun mehr Syrer als bisher im Land behalten soll. Wir haben uns immer zu sehr auf Damaskus konzentriert, nicht auf die Flüchtlinge. Das war ein großer Fehler.

ZEIT ONLINE: Das heißt, es gibt keine Pläne, wie man mit den Flüchtlingen künftig umgehen will?

Erdogan: Nein. Es gibt keine Integrationspolitik, keine kontrollierte Einwanderung in die Türkei, keine klaren Daten über Beruf oder Religion der syrischen Flüchtlinge. Wir haben eine 911 Kilometer lange Grenze mit Syrien und niemand weiß, wer genau ins Land kommt. Das ist ein Sicherheitsproblem, nicht nur für die Türkei. Auch hat die Türkei den Übergang von der Erstaufnahme der Menschen hin zu einer wirklichen Integration versäumt. Selbst das Wort "Integration" wird von Regierung und Behörden gemieden, weil es so etwas wie ein Eingeständnis bedeuten würde.

Der verlorene Krieg in Syrien

ZEIT ONLINE: Ein Eingeständnis, dass man die Lage nicht im Griff hat?

Erdogan: Ja. Und ein Eingeständnis, dass man den Krieg in Syrien verloren hat. Kurz nach Beginn des Kriegs war die Haltung der Türkei: Syrien kann es nur ohne Assad geben. Dann zogen sich die Kämpfe hin und es wurde darüber diskutiert, welche Rolle die Türkei spielen könnte. Dabei wurde völlig der Einfluss Russlands und des Irans vergessen sowie die vielen komplizierten Verflechtungen, die diesen Krieg so schwierig machen. Die Türkei hat eine enorm naive Außenpolitik betrieben. Spätestens jetzt ist das allen bewusst. Und in dem Moment, wo man beginnt, die Menschen dauerhaft zu integrieren, wirkt das wie eine Kapitulation.

ZEIT ONLINE: Die Türkei hat mehr Syrer aufgenommen als jedes Nachbarland. Hat man sich da wirklich nicht überlegt, wie man diese Menschen integrieren kann?

Erdogan: Gleich zu Beginn des Syrien-Kriegs hatte sich die Regierung zu einer "Politik der offenen Tür" bekannt, die jedem Flüchtling ein Bleiberecht zusprach. Die Syrer, die nicht bei ihrer Familie oder bei Bekannten unterkommen konnten, wurden in Lager gebracht, von denen es 25 in zehn Städten gibt und die sehr gut ausgestattet sind. In den Camps gibt es Moscheen, Krankenstationen und Schulen. Doch bei der so massiv gewachsenen Zahl der Flüchtlinge reichen die Camps nicht mehr aus. Heute leben nur noch rund neun Prozent der Menschen, also knapp 269.000, in den Lagern. Die anderen wohnen bei Verwandten, in angemieteten Wohnungen oder auf der Straße, und das in allen türkischen Provinzen. Man muss auch ihnen einen geordneten Zugang zu Arbeit, Bildung sowie eine Gesundheitsversorgung ermöglichen.

ZEIT ONLINE: Erhöht sich durch das Abkommen der Druck auf die Flüchtlinge im Land?

Erdogan: Auf jeden Fall. Die Menschen haben mehr Angst. Denn klar ist: Jeden Tag werden die Probleme größer. In der Türkei sind mehr als die Hälfte der syrischen Flüchtlinge unter 18 Jahre alt. Mindestens 900.000

"Warum sollte die Türkei die ganze Arbeit übernehmen?" Die Türkei ist mit den vielen Flüchtlingen im Land überfordert, sagt der türkische Migrationsforscher Mur....

Kinder sind im Schulalter. Davon besucht die Mehrheit keine Schule, etliche sind schon seit Jahren raus aus dem Schulbetrieb. Das hat desaströse Auswirkungen auf die künftigen Generationen. Wir bräuchten in der Türkei allein 35.000 neue Lehrer und Lehrerinnen, um den Bedarf halbwegs zu decken. Es gibt einige fundamentalistische Gruppen, die das ausnutzen wollen, und versuchen, die Kinder mit Bildungsangeboten zu erreichen, die ideologisch durchsetzt sind. Das ist hochproblematisch. Nicht nur für die Türkei, sondern für alle.

ZEIT ONLINE: Würde man angesichts dieser Probleme nicht mehr gesellschaftliche Spannungen erwarten?

Erdogan: Die soziale Akzeptanz der Türken gegenüber den Flüchtlingen war bisher sehr hoch. Aber auch das ändert sich langsam, weil die Konflikte schon lange schwelen. Wir haben in der Türkei eine Arbeitslosigkeit von 10,8 Prozent, die Gewerkschaften sprechen von einer deutlich höheren Zahl. Mehr als 3,2 Millionen türkische Bürger warten auf einen Arbeitsplatz. Vor drei Monaten hat die Regierung ein Arbeitsrecht für die Flüchtlinge verabschiedet, was ich sehr begrüße. Und obwohl wir in allen Studien feststellen, dass viele Türken große Zukunftsängste haben, spricht niemand darüber. Weder die Gewerkschaften noch die Nichtregierungsorganisationen oder Medien. Die meisten Türken vertrauen Präsident Erdogan und folgen seinem Kurs. Klar ist: Sobald Erdogan umschwenken und eine kritische Haltung zu den Flüchtlingen einnehmen würde, würde die Stimmung im Land kippen.

Wachsende Polarisierung der türkischen Gesellschaft

ZEIT ONLINE: Was ist der Grund für das Schweigen?

Erdogan: Es gibt einige Gründe. In der Türkei finden immer weniger Leute den Mut, offen Probleme anzusprechen. Auch beobachten wir eine wachsende Polarisierung in der Gesellschaft. Jeder kämpft gegen jeden, es gibt nur "Freunde" oder "Feinde", keine Grauzonen, wo man bei Problemen beide Seiten diskutieren kann. Die Flüchtlingsfrage ist in der Türkei ein sehr emotionales Problem. Die Regierung will nicht darüber diskutieren, der Opposition fehlen die Alternativen. Dabei sitzen alle im selben Boot und sollten Lösungen finden. Man muss aber sagen: Sowohl die türkische Regierung als auch die türkische Gesellschaft haben sich viel Mühe mit den Flüchtlingen gegeben. Es ist nicht einfach, in fünf Jahren mehr als drei Millionen Flüchtlinge aufzunehmen. Auch gab es fast keine Solidarität vonseiten der Europäer. Die Türkei hat fast alles mit ihren eigenen Mitteln bestritten. Aber es gibt eben auch Probleme, und die müssen diskutiert und angegangen werden.

ZEIT ONLINE: Welche Einschränkungen erleben Sie da?

Erdogan: Ich habe für eine große Studie mit vielen Flüchtlingsfamilien über ihre Lage an der türkisch-syrischen Grenze gesprochen. Die Regierung sieht natürlich, was da los ist. Aber sie will es nicht wahrhaben. Und wir Akademiker stellen ja genau diese Dinge, also die Lebensbedingungen, die strukturellen Probleme, die Versorgungsengpässe in der Flüchtlingsfrage in den Mittelpunkt unserer Forschung. Das will die Regierung unbedingt vermeiden und hat diese Umfragen anfangs verhindern wollen. Es hat sehr viel Mühe gekostet, dafür eine Erlaubnis vom Innenministerium zu bekommen. Das Thema der Flüchtlinge ist in der Türkei keine humanitäre, sondern eine rein politische Frage.

Die übertriebene Furcht der Europäer

ZEIT ONLINE: In Europa ist das nicht unbedingt anders. Wie nimmt man die Querelen beim Thema Flüchtlinge in der Türkei wahr?

Erdogan: Dass Europa wegen der Flüchtlinge angeblich kollabieren würde, wie einige Bevölkerungsgruppen und Politiker es vermitteln, ist völlig überzogen. Das ist auch eine Mentalitätsfrage. In der Türkei machen die Flüchtlinge 3,5 Prozent der Bevölkerung aus, im Libanon 24 Prozent, in Jordanien zehn. In Europa machen sie gerade mal 0,25 Prozent aus. Die Panik der Europäer ist völlig übertrieben und steht in keinerlei Verhältnis. Es braucht etwas Empathie mit Menschen, die aus der puren Not heraus fliehen. Da kann es nicht immer nur darum gehen, die eigenen Grenzen zu schützen, sondern auch darum, sich um die anderen zu kümmern. Die Einstellung muss sich ändern.

"Warum sollte die Türkei die ganze Arbeit übernehmen?" Die Türkei ist mit den vielen Flüchtlingen im Land überfordert, sagt der türkische Migrationsforscher Mur....

ZEIT ONLINE: Wie könnte eine konstruktive Zusammenarbeit von EU und Türkei aussehen?

Erdogan : Wir brauchen eine dauerhafte und enge Beziehung zueinander. Die EU muss verstehen, dass die Türkei ihr Verhandlungspartner und Beitrittskandidat und nicht nur ihr Gehilfe ist. Die EU und die Türkei müssen vor allem eine gemeinsame Asyl- und Integrationspolitik entwickeln. Die EU hat leider noch immer keine strategischen Entscheidungen dazu getroffen. Im Moment setzt Brüssel nur auf Sicherheit und Stabilität und nicht auf Demokratie. Das ist fatal und riskant für die Zukunft der Türkei. Was man in Deutschland verstehen muss: Die Türkei ist da und wird immer da bleiben. Man darf die Politik nicht nur an bestimmten Politikern oder Personen festmachen, sondern an der Türkei selbst. Man muss in das Land investieren, in die Strukturen und Organisationen. Die EU ist ein wichtiges Instrument für Menschenrechte und Werte. Das sollte sie nicht aus den Augen verlieren.

Load-Date: May 8, 2016

End of Document

CDU plant Integrationsverpflichtung für Migranten; In dem Vertrag soll die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Existenzrecht Israels festgeschrieben werden. Bei Verstößen sollen Sozialleistungen gekürzt werden.

ZEIT-online

Samstag 28. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 48

Length: 336 words

Body

Migrantinnen bei einem Alphabetisierungskurs der Volkshochschule in Berlin.

© Hannibal Hanschke/dpa

Die CDU will auf ihrem Parteitag Mitte Dezember beschließen, dass Zuwanderer verpflichtet werden sollen, eine Art Integrationsvertrag einzugehen. Die Idee für eine Vereinbarung zwischen Staat und **Migranten** stamme von der rheinland-pfälzischen Unionschefin Julia Klöckner, berichtet der *Spiegel*.

Demnach sollen sich Migranten verpflichten, unter anderem die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie den Vorrang der deutschen Gesetze vor der Scharia anzuerkennen. Eine Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen und Andersgläubigen dürfe nicht als Ausdruck religiöser Vielfalt akzeptiert werden. Außerdem sollten die Einwanderer zusichern, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Bei Verstößen solle es die Möglichkeit geben, Sozialleistungen zu kürzen oder den Aufenthaltsstatus zu ändern.

Auch die SPD wolle in der kommenden Woche ein eigenes Integrationskonzept präsentieren, das zusätzliche Milliarden für die Bildung vorsieht, schreibt der *Spiegel* weiter. Die Ministerinnen Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Barbara Hendricks sowie die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz wollen demnach ein Papier mit der Bezeichnung "Neustart in Deutschland - 12 Punkte für einen Integrationsplan Deutschland" vorstellen. Darin vorgesehen sei eine Aufhebung des Kooperationsverbots, das Finanzhilfen des Bundes im Schul- und Kitabereich untersagt. Der Bund solle zwei Milliarden Euro für die Schaffung von 80.000 zusätzlichen Kitaplätzen bereitstellen.

Außerdem schlagen die Autorinnen vor, dem Bund wieder eigene Kompetenzen für den Bau von Wohnraum zu geben. Die Länder sollten beim Bau von Sozialwohnungen fünf Jahre lang auf die Grunderwerbsteuer verzichten. Ferner will die SPD geduldeten Migranten mit abgeschlossener Ausbildung einen Anspruch auf mindestens ein Jahr Aufenthalt in Deutschland zugestehen, damit sie sich einen Job suchen können.

Load-Date: November 28, 2015

CDU plant Integrationsverpflichtung für Migranten In dem Vertrag soll die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Existenzrecht Israels festgeschrieben wer....

End of Document

Keine Angst vor Grenzüberschreitungen; Terroranschläge und Flüchtlingskrise zwingen uns, über Grenzen neu nachzudenken. Welche sind gut, welche schlecht? Und welche werden nur aus Furcht errichtet?

ZEIT-online

Freitag 29. Juli 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU; Ausg. 32

Length: 1228 words

Byline: Hella Dietz

Body

Aktivisten demonstrieren am Weltflüchtlingstag in Gijón in Spanien gegen das **Flüchtlingsabkommen** zwischen der Türkei und der EU.

© Mercedes Menendez/RoverImages/Pacific Press/LightRocket via Getty Images

Die Krise der **Flüchtlingspolitik**, der Brexit, die Ereignisse in der Türkei, die Anschläge in Deutschland - so unterschiedlich diese Ereignisse sind, sie zwingen uns, über Grenzziehungen zu diskutieren: Darüber, wer zur EU gehören soll und wer nicht. Darüber, wie ein Ausstieg aus der EU vonstattengehen kann. Darüber, ob Grenzen für **Flüchtlinge** wieder aufgemacht werden müssen oder ob man den Zuzug begrenzen sollte, ob man die Sicherheit erhöhen oder den Terror gar verhindern könnte?

In den letzten Jahrzehnten war der **Abbau** von Grenzen die prägende Erfahrung für EU-InländerInnen: Als Kind und Jugendliche hatte ich sie noch erlebt, die umständlichen Grenzkontrollen bei Reisen ins europäische Ausland, die ungemütlichen Durchsuchungen an der deutsch-deutschen Grenze, den allfälligen Währungsumtausch. Doch als ich meinen Schulabschluss machte, fiel die Mauer, und in den Jahren danach wurde der Binnenmarkt der EU zu einer selbstverständlich scheinenden Normalität.

Diese Normalität ging allerdings nicht mit einem generellen Bedeutungsverlust von Grenzen einher. Denn der spürbare Abbau der Binnengrenzen war von Anfang an mit einer Aufwertung der Außengrenzen der EU einhergegangen, mit dem Ausbau der "Festung Europa". Diese Festung steht im Moment nicht durch Angriffskriege unter Druck. Die Bedrohung geht vielmehr von Schleusern und Schmugglern, Migrant*innen oder Terroristen aus, die sie punktuell überwinden und unterwandern.

Grenzen markieren politische und kulturelle Unterschiede

Grenzen haben also nicht an Bedeutung verloren, ihre Bedeutung hat sich lediglich gewandelt. Die Soziologen Monika Eigmüller und Georg Vobruba betonen in ihrem Plädoyer für eine Soziologie der Grenze, dass Staatsgrenzen nicht nur ein Territorium begrenzen, sondern zugleich politische, kulturelle und soziale Unterschiede

Keine Angst vor Grenzüberschreitungen Terroranschläge und Flüchtlingskrise zwingen uns, über Grenzen neu nachzudenken. Welche sind gut, welche schlecht? Und wel....

markieren. Die Grenze organisiert diese Unterschiede und ihre Funktion ist, Beziehungen zwischen diesem Unterschiedlichen zu regulieren. Die jüngsten Katastrophen an den Außengrenzen der EU haben wieder einmal das hässliche Gesicht von Grenzen gezeigt: Menschen, die sterben, weil sie diese Grenze überwinden wollen.

Hella Dietz ist Soziologin. Sie arbeitet an der Georg-August-Universität Göttingen. Ihr Buch "Polnischer Protest. Zur pragmatistischen Fundierung von Theorien sozialen Wandels" ist erschienen bei Campus. Sie ist Mitglied der Redaktion von "10 nach 8".

© Katrin Penschke

Doch es sind keine beliebigen Menschen, sondern in ihrer Mehrzahl Flüchtlinge, denen wir - so jedenfalls unser durch das Grundgesetz kodifiziertes Selbstverständnis - durchaus die Möglichkeit einräumen, Asyl zu beantragen. Ich teile dieses Selbstverständnis. Und ich glaube, dass wir auch für andere MigrantInnen transparentere Zuwanderungsregelungen brauchen.

Die Ereignisse der letzten Wochen aber haben bei vielen diffuse Ängste ausgelöst. Herfried Münkler hat jüngst auf die Gefahr hingewiesen, diesen Ängsten mit Kriegsrhetorik zu begegnen oder Muslime de facto zu Feinden zu erklären, denn damit würden wir nur in die Falle der TerroristInnen tappen.

Doch was kann ich jemandem eigentlich entgegnen, der sich bedroht fühlt, und deshalb die Grenzen enger ziehen will, sich vor Fremden schützen und beispielsweise Obergrenzen für Flüchtlinge festlegen will? Was ist die Alternative zu markiger Rhetorik auf der einen, hochmoralischen Appellen auf der anderen Seite? Und wie können wir eine Debatte führen, ohne dass sie sogleich zu einem ideologischen Grabenkampf wird?

Eine Möglichkeit ist, sich genauer anzuschauen, was Grenzziehung eigentlich bedeutet, was sie leisten kann - und was nicht. Eine Grenze ist zunächst, wie der Philosoph Konrad Paul Liessmann in Anlehnung an den Soziologen Georg Simmel betont, schlicht eine gedachte oder tatsächliche Linie, die zwei Dinge voneinander trennt und dadurch das eine vom anderen unterscheidbar macht. Anders ausgedrückt: Eine Grenze ist eine symbolische Markierung, durch die sich eine schon existierende soziale Einheit einen Rahmen gibt und sich dadurch von anderen Einheiten sichtbar abgrenzt: Ich und Du, EU-InländerInnen und EU-AusländerInnen. Flüchtlinge und andere Migranten. Deutsche und Franzosen. Eltern und Kinderlose. Veganer und FleischliebhaberInnen.

Dass wir Grenzen ziehen, ist an sich weder gut noch schlecht. Es ist unhintergebar. Denn wir können ohne Unterscheidungen nicht denken und nicht leben. Mehr noch: Wir wissen nicht einmal bei unseren persönlichen Grenzen immer eindeutig, wo sie verlaufen. Oft werden wir uns ihrer erst bewusst, wenn jemand sie verletzt.

Auch persönliche Grenzen sind keine natürlichen Grenzen, wir können sie ausweiten oder verschieben, sie verändern sich (Kinderlärm stört mich weniger, seit ich Kinder habe) und ob wir etwas als Grenzverletzung empfinden, hängt nicht allein von dem ab, was passiert, sondern davon, wie wir dieses Geschehen bewerten (Kinderlärm stört mehr, wenn er als Rücksichtslosigkeit interpretiert wird).

Das Risiko der Überschreitung

Grenzen sind also nicht absolut. Dadurch unterscheiden sie sich - zumindest für alle nichtreligiösen Menschen - vom Tod als dem radikal gedachten Ende. Grenzen grenzen uns zwar gegen etwas ab, regeln jedoch zugleich die Beziehungen zu diesem Anderen (und wären ohne dieses Andere sinnlos). Die Abgrenzung wirft für alle Beteiligten immer die Frage auf, ob man sie akzeptieren oder das Risiko ihrer Überschreitung auf sich nehmen soll. Darin besteht die menschliche Freiheit.

Für den Umgang mit Grenzen folgt daraus zweierlei: Dass es erstens nicht sinnvoll ist, für eine Welt ohne Grenzen zu plädieren, dass wir uns also, in Abwandlung einer Bemerkung des Begründers der gewaltfreien Kommunikation, Marshall Rosenberg, mutig abgrenzen sollten, um deutlich zu machen, wer wir sind und wo wir stehen. Dass wir, zweitens, prinzipiell mit der Gefahr leben müssen, dass Menschen unsere persönlichen Grenzen und unsere Staatsgrenzen überschreiten. Denn verhindern lassen sich die Grenzverletzungen ohnehin nicht - und das wäre, nimmt man den Vergleich mit dem Tod ernst, letztlich auch gar nicht wünschenswert.

Keine Angst vor Grenzüberschreitungen Terroranschläge und Flüchtlingskrise zwingen uns, über Grenzen neu nachzudenken. Welche sind gut, welche schlecht? Und wel....

Deshalb sollten wir versuchen, die Angst vor möglichen Grenzverletzungen nicht allzu groß werden zu lassen. Das gelingt aller Erfahrung nach eher, wenn wir über diese Ängste reden, statt sie zu unterdrücken. Und wenn wir sie mit anderen Gefährdungen (wie denen des Autofahrens zum Beispiel) ins Verhältnis setzen. Und vielleicht auch, indem wir die "affektiven Erregungsräume" einfach eine Weile lang meiden.

Und wir sollten darüber streiten, was gute Grenzen sind. Liessmanns Kriterium ist, dass gute Grenzen das Leben erleichtern. Dass sie Distanz und Respekt fördern und dennoch Nähe zulassen. Was bedeutet das für unseren Umgang mit Flüchtlingen? Und was für unsere Beziehungen zur Türkei? Wie sollen die Beziehungen zu Großbritannien geregelt sein? Und wie können wir sinnvoll auf die Bedrohung durch terroristische Anschläge reagieren? Auch wenn gegenwärtig allenthalben zu hören ist, dass Volksentscheide Grenzen haben (für Versuche, Volksentscheide strategisch einzusetzen, leuchtet mir das sogar ein). Doch über komplexe Themen müssen wir nicht weniger, sondern mehr reden.

Load-Date: July 29, 2016

End of Document

Eine kleine Chance für die Rentenkasse; Viele Flüchtlinge sind jung und die eingessenen Deutschen leben immer länger. Können die Neuankömmlinge helfen, den Generationenvertrag zu stabilisieren?

ZEIT-online

Mittwoch 4. November 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 44

Length: 970 words

Byline: Anne-Sophie Lang

Body

Flüchtlinge auf dem Tempelhofer Feld in Berlin

© Klaus-Dietmar Gabbert/dpa

Alexander Gunkel hat gute Laune: Von der "größten Rentenanpassung seit der Jahrhundertwende" sprach der Chef der Deutschen Rentenversicherung kürzlich, als er bekannt gab, dass die Bezüge im kommenden Jahr um vier bis fünf Prozentpunkte steigen könnten. Und auch in der Ankunft der vielen **Flüchtlinge** sieht Gunkel eine Chance für die Rentenkasse. Wenn es gelingt, **Flüchtlinge** in den Arbeitsmarkt zu integrieren, steigen die Beitragszahlungen.

Das käme der Rentenversicherung gelegen, der es zwar momentan wegen der steigenden Löhne und der niedrigen Arbeitslosigkeit gut geht, die aber auf Dauer vor einem altbekannten Problem steht: Die deutsche Bevölkerung wird immer älter. 2013 waren 61 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren - das Statistische Bundesamt schätzt, dass es 2060 nur noch etwa 51 Prozent sein werden. Demnächst gehen die Babyboomer in Rente und pro Jahr werden nur etwa halb so viele Kinder geboren wie im Rekordjahr 1964. Immer weniger Junge müssen also die Renten für immer mehr Alte erwirtschaften.

Deutschland braucht mehr Kinder

Können die Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland kommen, diesen Prozess aufhalten? Viele von ihnen sind jung: Im ersten Halbjahr 2015 war etwas mehr als die Hälfte der Asylbewerber zwischen 18 und 34 Jahren alt, fast 30 Prozent waren minderjährig. "Viele Flüchtlinge werden eines Tages die Rente für die heutige Erwerbsgeneration bezahlen", sagte SPD-Bundestagsfraktionschef Thomas Oppermann im September der Tageszeitung *Die Welt*.

Doch Bevölkerungsforscher warnen vor zu viel Optimismus. "Man darf sich nicht versprechen, dass wir demografische Probleme lösen", sagt Eckart Bomsdorf, Emeritus am Institut für Ökonometrie und Statistik der Universität zu Köln. Um den steigenden Altenquotienten - das Verhältnis zwischen Menschen im Rentenalter und im erwerbsfähigen Alter - zu stabilisieren, müssten dauerhaft noch mehr Einwanderer kommen als derzeit.

Eine kleine Chance für die Rentenkasse Viele Flüchtlinge sind jung und die eingesessenen Deutschen leben immer länger. Können die Neuankömmlinge helfen, den Gen....

Die Flüchtlinge aber werden voraussichtlich eine einmalige Welle darstellen. Vom demografischen Effekt her also quasi eine neue Babyboomer-Generation ohne Babys, die um 2060 herum geballt in Rente gehen wird. "Langfristig muss man skeptisch sein, ob das die demografischen Probleme nicht verstärkt", sagt Bomsdorf. "Es sei denn, die Kinderzahl steigt deutlich." Optimismus sei eher im Hinblick auf die nächsten 20, 30 Jahre gerechtfertigt.

Holger Bonin sieht das ähnlich. Der Ökonom vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sagt: Wenn Flüchtlinge, die jetzt jung sind dereinst in Rente gehen, könnte das den Altenquotienten zusätzlich in die Höhe treiben. Aber vorher könnten sie durchaus zur Entlastung der Rentenkassen beitragen. In rund 20 Jahren könnten ehemalige Flüchtlinge voll im Berufsleben stehen - zu einem Zeitpunkt, an dem das wegen der vielen Babyboomer-Rentner sehr gelegen käme. "Aber das ist kein Selbstläufer", warnt Bonin, man müsse investieren. Flüchtlinge müssten vor allem schnell Deutsch lernen, am besten in Verbindung mit beruflicher Qualifizierung. Innerhalb von etwa zehn Jahren, sagt Bonin, sollten Flüchtlinge auf dem Niveau einer abgeschlossenen Berufsausbildung qualifiziert sein, damit sie für den Staatshaushalt nicht zur Belastung würden. "Das ist schaffbar." Der Ökonom sieht hier auch die Unternehmen in der Pflicht, die ihrerseits Unterstützung bräuchten, etwa Lohnsubventionen und Beratung durch die Jobcenter. "Jedes Jahr, das wir schneller integrieren, bedeutet Rückflüsse."

Für die Rentenversicherung gibt es dabei nur ein geringes Risiko, da sie Renten proportional zu eingezahlten Beiträgen auszahlt. Ob sie durch die Flüchtlinge tatsächlich entlastet wird und falls ja, wie stark, ist schwer abzuschätzen. Alle Prognosen seien spekulativ, sagt Axel Börsch-Supan, Direktor des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. Um das zu zeigen, hat er eine Modellrechnung aufgestellt: "Wenn wir dieses und nächstes Jahr 1,5 Millionen Nettoeinwanderer bekommen würden, wenn diese die Altersstruktur bisheriger Einwanderer hätten und wenn wir von diesen zwei Drittel in den Arbeitsmarkt integrieren würden, dann würden wir mittelfristig die Rentenversicherung um etwa den Betrag entlasten, den uns die Mütterrente und die Rente mit 63 zusätzlich gekostet haben."

Schneller integrieren

Alles hängt davon ab, wie gut die Integration wirklich gelingt. Bisher gibt es keine belastbaren Daten, aber es scheint, dass die Flüchtlinge durchschnittlich schlechter qualifiziert sind als andere Migrantengruppen. Aber weil sie jung sind, kann man sie ausbilden. Deshalb fordern viele, ihren Übergang in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse zu erleichtern. Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln empfiehlt etwa, den Zugang zu Universitäten zu vereinfachen, den Abschiebestopp bei einer begonnenen beruflichen Ausbildung auch auf über 21-Jährige auszudehnen und Integrationskurse für Asylbewerber zu öffnen, die Chancen haben, bleiben zu dürfen. Derzeit müssen sie für die Kurse erst Asyl gewährt bekommen, was ein Jahr oder länger dauern kann. Außerdem sollte die Vorrangprüfung wegfallen. Momentan dürfen Asylbewerber drei Monate nach ihrer Ankunft einen Job nur anfangen, wenn kein Deutscher oder EU-Bürger dafür infrage kommt.

Gunkels Laune dürften solche Maßnahmen weiter heben. Die Deutsche Rentenversicherung, der er vorsitzt, kommuniziert derzeit gern eine Faustformel: 100.000 zusätzliche Beschäftigte steigern die Beitragseinnahmen um rund 500 Millionen Euro im Jahr.

Load-Date: November 4, 2015

"Deutsche und Flüchtlinge stehen nicht in Konkurrenz"; Hunderttausende Flüchtlinge werden in diesem Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen. Kann das funktionieren? Ja, es braucht nur Zeit, sagt BA-Vorstand Detlef Scheele.

ZEIT-online

Montag 2. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Arbeitsmarkt; Ausg. 17

Length: 1592 words

Byline: Marcus Gatzke; Lea Frehse

Body

350.000 **Flüchtlinge** könnten in diesem Jahr auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen

© Ina Fassbender/Reuters

ZEIT ONLINE: Herr Scheele, 2015 kamen rund eine Million **Flüchtlinge** nach Deutschland. Bald werden viele von ihnen einen Job suchen. Verkraftet der Arbeitsmarkt das?

Detlef Scheele: Auf jeden Fall. Wir gehen davon aus, dass rund 350.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter bis Jahresende dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen - gleichzeitig entstanden 2015 insgesamt 700.000 neue Arbeitsplätze. Die wahre Herausforderung ist es, die **Flüchtlinge** möglichst schnell in die Lage zu versetzen, auch Arbeit zu finden. Das ist eine Aufgabe, vor der wir in diesem Land so noch nie gestanden haben. Aber wir haben einen Plan und können das schaffen. Es braucht nur Zeit.

ZEIT ONLINE: Ein Großteil der **Flüchtlinge** ist gering bis gar nicht qualifiziert. Viele können kaum lesen und schreiben. Droht da nicht Verdrängungswettbewerb im Niedriglohnssektor, wo die Jobs sowieso knapp sind?

Detlef Scheele ist ein deutscher Politiker (SPD). Von 2008 bis 2009 war er beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Von März 2011 bis Oktober 2015 war er Hamburger Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Am 15. Oktober 2015 wurde er Vorstandsmitglied bei der Bundesagentur für Arbeit.

© dpa

Scheele: Ich sehe keine Gefahr, dass einheimische Arbeitskräfte und Flüchtlinge in direkte Konkurrenz treten. Dazu sind die Voraussetzungen bei Sprache und Qualifikation zu verschieden. Anders kann es in einzelnen Branchen wie im Bereich Gaststätten oder Logistik aussehen, wo verstärkt Migranten mit Migranten um Jobs konkurrieren können. Doch diesen Wettbewerb können wir vermeiden. Wir müssen verhindern, dass die Flüchtlinge immer nur Hilfskräfte bleiben. Arbeit muss mit Weiterbildung verbunden werden. Wir bieten seit Kurzem Sprachkurse in Kombination mit Berufsbildung an - 40.000 Plätze sind bereits ausgeschrieben.

"Deutsche und Flüchtlinge stehen nicht in Konkurrenz" Hunderttausende Flüchtlinge werden in diesem Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen. Kann das funktionieren? Ja....

ZEIT ONLINE: Bräuchten wir dafür nicht ein eigenes Eingliederungsprogramm für Flüchtlinge?

Scheele: Nein. Denn Flüchtlinge brauchen abgesehen von Sprachkursen nichts anderes als andere Arbeitssuchende. Flüchtlinge sollen die gleichen Weiterbildungen besuchen wie Einheimische.

Wir haben alle nötigen Instrumente, um diese Menschen zu unterstützen, in Arbeit zu kommen und können auch die Arbeitgeber unterstützen: Wenn sie jemanden einstellen, finanzieren wir bei entsprechendem Bedarf die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen während der Beschäftigung und erstatten den Arbeitgebern die Ausfallzeiten während der Weiterbildung. Und wenn jemand anfangs im neuen Job weniger leisten kann, dann helfen wir mit einem Eingliederungszuschuss. Das alles zahlt die BA nicht nur für Flüchtlinge, sondern unter anderem auch für Langzeitarbeitslose.

ZEIT ONLINE: Das alles kostet viel Geld.

Scheele: Aber die Ausgaben lohnen sich! 70 Prozent der Flüchtlinge sind unter 35 Jahren alt. Es wäre töricht, nicht in ihre Ausbildung zu investieren. Es wird einige Jahre dauern, bis sie zu ausgebildeten Arbeitskräften werden. Aber wir haben die Zeit und das Geld dafür. Auch, weil der Arbeitsmarkt sehr gut dasteht.

ZEIT ONLINE: Nicht alle Flüchtlinge kommen ohne berufliche Qualifikationen. Wie kann sichergestellt werden, dass Abschlüsse hier auch anerkannt und genutzt werden?

Scheele: Wir stehen hier vor einem ganz neuen Problem: Viele Flüchtlinge geben an, ausgebildet zu sein oder studiert zu haben, aber nur die wenigsten haben Zeugnisse und Zertifikate auf der Flucht mitgenommen. Auch gibt es in den Herkunftsländern meist kein vergleichbares System der Berufsausbildung, zum Beispiel im Handwerk. Einer sagt, er habe Autos repariert, hat aber kein Zeugnis. Also müssen wir ein Verfahren entwickeln, um zu prüfen, ob er wirklich Autos repariert hat und auf welchem Stand. Wir erarbeiten solche Testverfahren gemeinsam mit den Kammern. Im Spätherbst sollen sie für die ersten Berufsfelder fertig sein.

ZEIT ONLINE: Können die Flüchtlinge helfen, den Fachkräftemangel in Deutschland auszugleichen?

Scheele: Das glaube ich nicht. Die Menschen sind nach Deutschland gekommen, weil sie vor Krieg geflohen sind. Sie sind keine Arbeitsmigranten. Aber wir können ihnen und uns ermöglichen, die mitgebrachten Fertigkeiten hier für sich und die Gesellschaft einzusetzen und auszubauen. Die Grundvoraussetzung dafür sind Sprachkurse. Dann folgen die Erfassung und eventuelle Anerkennung von mitgebrachten Abschlüssen und Fertigkeiten oder eine Ausbildung. Es sollen eben nicht alle Hilfsarbeiter bleiben, sondern nach und nach aufsteigen können.

ZEIT ONLINE: Wie motiviert sind denn die Flüchtlinge, sich schnell zu integrieren?

Scheele: Ich bin überzeugt: Wer Haus und Hof zurücklässt und über das Mittelmeer flieht, der ist hoch motiviert, sich hier etwas aufzubauen. Wir sehen schon jetzt, dass die Angebote beispielsweise für Sprachkurse auf großes Interesse stoßen. Bei den Einstiegskursen wurde uns regelrecht die Bude eingerannt, da hatten wir 250.000 Anmeldungen - ausgegangen waren wir von 100.000 Teilnehmenden.

In der Praxis zeigt sich aber auch, dass es teilweise Verständnisprobleme gibt. Viele Menschen wollen möglichst schnell arbeiten, auch um ihre Familien in den Heimatländern mit zu versorgen. Und dann raten unsere Berater in den Jobcentern ihnen erst einmal zu einer Ausbildung, bei der man zwar in den ersten Jahren weniger verdient, anschließend aber bessere Perspektiven hat. Diese mittelfristige Perspektive ist jemandem, der das Prinzip Berufsausbildung nie kennengelernt hat, oft schwer zu vermitteln. Zunächst überwiegt der Anreiz, einfache Hilfsjobs anzunehmen.

ZEIT ONLINE: Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat angekündigt, 100.000 Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge zu schaffen. Ist das sinnvoll?

"Deutsche und Flüchtlinge stehen nicht in Konkurrenz" Hunderttausende Flüchtlinge werden in diesem Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen. Kann das funktionieren? Ja....

Scheele: Diese Jobs sind sinnvoll, weil sie eben nicht für anerkannte Flüchtlinge gedacht sind, sondern nur für Menschen, die noch auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten müssen. Tausende Menschen warten noch immer in Erstaufnahmeeinrichtungen und dürfen nicht arbeiten. Nach außen hin kann das den Eindruck erwecken, da längeren Leute nur rum, im Innern wächst das Konfliktpotenzial. Ein-Euro-Jobs können da Abhilfe schaffen. Für anerkannte Flüchtlinge aber wären solche Programme falsch. Da gehen Sprachkurse und Qualifizierung vor.

ZEIT ONLINE: Viel war jüngst in der Debatte um Integration die Rede vom Fördern und Fordern. Schafft das Integrationsgesetz, das die Koalition nun verabschiedet, die richtige Mischung?

Scheele: Natürlich muss das Angebot stimmen, bevor man über Sanktionen redet. Aber am Ende braucht es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Fördern und Fordern. Und das schafft das Integrationsgesetz. Es bietet einige Neuerungen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Dazu gehören die Aussetzung der Vorrangprüfung wie auch die Öffnung der Zeitarbeit für Flüchtlinge. Beides hatten wir schon lange gefordert.

ZEIT ONLINE: Besonders umstritten aber ist die sogenannte Wohnsitzauflage: Flüchtlinge sollen solange an einem ihnen zugewiesenen Ort wohnen bleiben, bis sie Arbeit finden. Ist das vernünftig?

Scheele: Als ehemaliger Staatssekretär im Bund und Senator in der Großstadt Hamburg habe ich diese Frage schon aus allen Perspektiven betrachten können. Hier muss zwischen verschiedenen Zielen abgewogen werden: Einerseits sollen die Menschen frei sein, dort eine Wohnung und eine Arbeit zu suchen, wo sie die besten Chancen für sich sehen. Andererseits sind zum Beispiel Großstädte schon jetzt überdurchschnittlich stark belastet. Wohnraum ist dort knapp. Ich plädiere deshalb für eine Wohnsitzauflage, bis der Spracherwerb zumindest soweit abgeschlossen ist, dass der oder die Einzelne eine Chance hat, Arbeit zu finden. Schließlich handelt es sich nicht um eine Residenzpflicht. Es ist nicht verboten, den Wohnort auch mal zu verlassen. Wenn man im Umland von Berlin in einer Unterkunft lebt und dort hinfahren kann, um Arbeit zu suchen, ist das ein gangbarer Kompromiss.

ZEIT ONLINE: Viele Kritiker fürchten, dass sich neue Parallelgesellschaften bilden, wenn Migranten ihren Wohnort frei wählen können.

Scheele: Das einzig wirksame Instrument gegen Parallelgesellschaften ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Sich in die deutsche Gesellschaft einzufinden, ohne zu arbeiten, ist nahezu aussichtslos. Arbeit ist mehr als Gelderwerb, sie bedeutet soziale Kontakte und Anerkennung. Dazu sollten die Menschen die Möglichkeit erhalten, Deutsch zu lernen, ihre Kinder in die Kita und in die Schule zu schicken und sofort Kontakt zur einheimischen Bevölkerung zu bekommen. Und da ist auch ausschlaggebend, ob die Mehrheitsgesellschaft - die Eltern der einheimischen Schulkinder, die Kollegen - das mit trägt.

ZEIT ONLINE: Trägt die aktuelle politische Debatte dazu bei, damit genau das geschieht?

Scheele: Wir sollten nicht den Fehler machen, geflüchtete Menschen nur als Belastung und Gefahr darzustellen. Wir achten sehr darauf, die Chancen und Risiken der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt wahrhaftig und konsequent darzustellen. Das ist der beste Schutz vor politischem Populismus.

Load-Date: May 2, 2016

Wie viele Menschen müssen sterben, bevor Europa handelt?; Tausende Flüchtlinge finden im Mittelmeer den Tod. Die EU hat versprochen, mehr dagegen zu tun. Doch es fehlt der politische Wille, diesen Menschen wirklich zu helfen.

ZEIT-online

Freitag 20. Februar 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 8

Length: 1286 words

Byline: Judith Sunderland

Body

Anfang Oktober 2013: In einem Hangar des Flughafens von Lampedusa stehen die Särge von **Flüchtlingen**, mindestens 366 Menschen starben bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen, als ihr Boot sank.

© ALBERTO PIZZOLI/AFP/Getty Images

Aman, ein 29-jähriger Eritreer, hatte mir gerade von seiner beschwerlichen Reise nach Europa erzählt, als ich die Nachricht vom Tod Hunderter **Flüchtlinge** im Mittelmeer erhielt. Er und viele andere, mit denen ich eine Woche zuvor in Dresden sprach, hatten im vergangenen Sommer ihr Leben riskiert, um in überfüllten, nicht seetüchtigen Booten aus dem zerfallenden Libyen nach Italien zu gelangen. Sie alle wurden im Rahmen der groß angelegten Such- und Rettungsoperation Mare Nostrum von Schiffen der italienischen Marine gerettet.

Unzählige andere starben bei der gefährlichen Mittelmeerpassage, der zweifellos tödlichsten **Migrationsroute** unserer Zeit. Am 8. Februar kamen in der winterlich-stürmischen See rund 300 Männer, Frauen und Kinder ums Leben, die dicht an dicht in kleinen Schlauchbooten ausgeharrt hatten. 29 von ihnen waren lebend herausgeholt worden, starben jedoch an Unterkühlung. Schuld an ihrem Tod sind nicht nur die Naturgewalten, die Schleuser oder das bloße Schicksal. Europa ist mitverantwortlich.

Während die Krisen in vielen Weltregionen andauern und Libyen im Chaos versinkt, besteht kein Zweifel daran, dass auch in den kommenden Monaten wieder Tausende ein "Boot in den Tod" besteigen werden. Angesichts des Aufstiegs von Extremistengruppen wie dem "Islamischen Staat" auch in Libyen und der Zunahme des Terrors in Europa könnte sich die EU in ihrer Grenzpolitik bestärkt sehen, die vor allem von Sicherheitsinteressen geleitet wird. Doch Menschen ertrinken zu lassen, bedeutet moralisches Versagen und ist durch nichts zu rechtfertigen. Die EU muss endlich entschlossen handeln, um weitere Tragödien zu verhindern.

Die Reaktion der EU auf die lebensgefährliche Bootsmigration konzentriert sich auf Polizeiarbeit, Überwachung und Grenzschutz. Dies wird auch bei den Treffen des Europäischen Rats immer wieder betont. Doch es besteht ein beschämender Mangel an politischem Willen, wenn es darum geht, Menschen, die vor Verfolgung und Gewalt

Wie viele Menschen müssen sterben, bevor Europa handelt? Tausende Flüchtlinge finden im Mittelmeer den Tod. Die EU hat versprochen, mehr dagegen zu tun. Doch es....

fliehen, vor den Gefahren einer irregulären Einreise zu schützen. Das beste Mittel dazu wäre die Schaffung von legalen und sicheren Wegen in die EU, flankiert mit verstärkten Bemühungen bei der Seenotrettung für all jene, die keinen anderen Ausweg sehen.

Europa auf dem falschen Kurs

Nach der Tragödie von Lampedusa im Oktober 2013, bei der mindestens 366 Menschen ums Leben kamen beim Versuch, nach Europa zu gelangen, versprach die EU, mehr gegen das Sterben im Mittelmeer zu unternehmen. Es wurden Reden gehalten, Treffen einberufen, und eine Arbeitsgruppe erarbeitete Empfehlungen. Doch die jüngsten Tragödien zeigen, dass Europa sich nach verhaltenen Fortschritten wieder auf dem falschen Kurs befindet. Knapp eineinhalb Jahre nach Lampedusa und mehr als 3.800 Todesfälle später - dies sind Schätzungen der UN - ist die EU bei der Seenotrettung keine greifbaren Verpflichtungen eingegangen und tritt bei der Schaffung legaler und sicherer Einreisewege auf der Stelle.

Nach der Tragödie im Oktober 2013 forderte die damalige EU-Kommissarin für Innenpolitik Cecilia Malmström eine europäische Such- und Rettungsoperation im gesamten Mittelmeer von Zypern bis nach Spanien. Das Büro des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR), der Menschenrechtskommissar des Europarats und der Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wiederholten diese Forderung. Derzeit ist jeder Mittelmeerstaat in einem zugewiesenen Gebiet für die Seenotrettung verantwortlich. Libyen ist dazu ganz offensichtlich nicht in der Lage, und die unmittelbar betroffenen EU-Staaten wie Italien und Malta können nicht auf Unterstützung durch die EU als Ganzes zählen.

Dennoch begann Italien im Alleingang die Rettungsoperation Mare Nostrum und schickte seine Marineschiffe in die internationalen Gewässer vor der libyschen Küste, wo sie in Seenot geratene Bootsmigranten retten sollten. Mindestens die Hälfte der rund 218.000 Menschen, die im Jahr 2014 auf dem Seeweg die EU erreichten, wurde von der italienischen Marine sicher ans Festland gebracht. Laut UNHCR starben im vergangenen Jahr etwa 3.500 Menschen im Mittelmeer. Wer vermag sich vorzustellen, wie hoch diese Zahl ohne Mare Nostrum gewesen wäre?

Mit ihren Anstrengungen stieß die italienische Regierung jedoch sowohl im Inland als auch im Mittelmeerraum auf Kritik, da sie angeblich die Bootsmigration fördere. Die Tatsache, dass die Hälfte der Bootsmigranten vor Menschenrechtsverletzungen in Eritrea und dem Krieg in Syrien fliehen, straft dieses Argument Lügen, ebenso wie die Erkenntnis, dass seit Anfang des Jahres, also nach dem Ende von Mare Nostrum, mehr als 7.000 Menschen trotz widrigster Bedingungen und fehlender Aussicht auf Rettung die Überfahrt riskierten. Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass allein seit dem 13. Februar fast 4.000 Flüchtlingen die Passage gelang.

Als Italien die Kosten und Verantwortung für die Seenotrettung nicht mehr allein tragen konnte, beendete es Mare Nostrum im vergangenen November. Als Ersatz beauftragte die EU ihre Grenzschutzbehörde Frontex mit einer weitaus kleineren Operation, welche nur über ein Drittel des monatlichen Budgets von Mare Nostrum verfügt. Obwohl auch Schiffe der Frontex-Operation Triton in den vergangenen Monaten an Rettungsaktionen beteiligt waren, war es die italienische Regierung, nicht Frontex, die mehr als zwei Drittel der insgesamt 19.000 Menschen in Sicherheit brachte, welche seit Beginn der Operation gerettet wurden.

Die jüngsten Todesfälle zeigen auf erschreckende Weise, wie begrenzt die Ressourcen und die geografische Reichweite der Operation sind. Die reduzierte Operation Triton war nicht in der Lage, auf die Notrufe aus den Schlauchbooten zu reagieren. Das Hauptschiff der Frontex-Flotte war nicht verfügbar, da es angeblich zur Wartung in Malta angelegt hatte. Und die Frontex-Beamten werden nicht müde zu betonen, dass das vorrangige Mandat der Agentur der Schutz der Grenzen ist und nicht die Seenotrettung.

Deutschland bietet noch die meisten Plätze

Der EU-Kommissar für Innenpolitik Dimitris Avramopoulos hat alle EU-Regierungen aufgerufen, konkrete Vorschläge zu unterstützen, etwa die Annahme von Asylanträgen durch EU-Botschaften und -Konsulate oder die verstärkte Erteilung humanitärer Visa. Seine Appelle blieben jedoch fruchtlos. Ebenso gering scheint die

Wie viele Menschen müssen sterben, bevor Europa handelt? Tausende Flüchtlinge finden im Mittelmeer den Tod. Die EU hat versprochen, mehr dagegen zu tun. Doch es....

Bereitschaft, Einschränkungen für Familienzusammenführungen abzubauen, welche dazu beitragen könnten, dass Bedürftige sicher in die EU gelangen.

Die Europäische Kommission und das UNHCR appellieren seit Langem an die Mitgliedstaaten der EU, Programme zur Umsiedlung von Flüchtlingen einzurichten beziehungsweise zu forcieren. 15 EU-Staaten verfügen über gar keine derartigen Kontingente. Mit 5.000 dauerhaften Plätzen und dem Angebot, zusätzlich 30.000 Flüchtlinge aus Syrien umzusiedeln, zeigt sich Deutschland hier am großzügigsten. Alle anderen EU-Staaten zusammen haben lediglich die Aufnahme von 6.000 Syrern versprochen. Großbritannien hat bislang nur 90 Menschen aufgenommen.

Um nach Deutschland zu gelangen, floh Aman vor der Unterdrückung in Eritrea und kämpfte sich durch den Sudan und Ägypten. Auf der Halbinsel Sinai wurde er von Menschenhändlern so lange gefoltert, bis er das Lösegeld für seine Freilassung bezahlen konnte. Eine Hilfsorganisation half ihm, nach Äthiopien zu gelangen. Von dort aus machte er sich erneut auf die Reise, dieses Mal durch den Sudan und Libyen, wo er in ein Boot nach Italien stieg. Wir dürfen nicht zulassen, dass es so schwer ist, Zuflucht zu finden.

Load-Date: February 20, 2015

End of Document

Hunderte Flüchtlinge auf Überfahrt nach Italien ertrunken; Nur wenige Menschen haben ein Unglück im Mittelmeer überlebt. Auf dem gekenterten Boot mit Flüchtlingen aus Somalia könnten mehr als 400 Menschen gewesen sein.

ZEIT-online

Montag 18. April 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingskrise; Ausg. 17

Length: 380 words

Body

Küstenschutz eskortiert ein Boot mit **Flüchtlingen**

© Antonio Parrinello/Reuters

Mehrere Hundert **Flüchtlinge** haben die Überfahrt über das Mittelmeer nicht überlebt. Es habe sich eine Tragödie auf See ereignet, bei der offenbar mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen seien, sagte Italiens Präsident Sergio Mattarella. Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sagte am Rande des EU-Außenministertreffens in Luxemburg, nach seinen Informationen seien bei dem Versuch einer Überfahrt mehr als 300 Menschen ums Leben gekommen. Das Boot habe offenbar in Ägypten abgelegt.

Von den Insassen von vier Booten seien nur 29 gerettet worden, berichtete der arabische Dienst der BBC, den der italienische Sender RAI zitierte. In dem Boot waren demnach Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea und Äthiopien.

Der somalische Botschafter in Ägypten hatte zuvor laut dem arabischen Dienst der BBC gesagt, er befürchte, dass mehr als 400 Menschen ertrunken sind, hieß es. Das UN-Flüchtlingshilfswerk bestätigte den Vorfall ebenfalls, aber nicht die Zahl der Opfer.

Vor genau einem Jahr hatte es ein ähnlich folgenreiches Unglück im Mittelmeer gegeben. Hunderte wurden vermisst, nachdem ein in Libyen abgelegtes Boot mit Hunderten Passagieren gekentert war, wenige Tage später starben weitere 700 Menschen im Mittelmeer. Auch damals konnten nur wenige gerettet werden. Im Oktober 2013 waren fast 400 Menschen vor der italienischen Insel Lampedusa ertrunken.

Die EU hatte ihre Rettungsaktivitäten im Mittelmeer 2015 verstärkt, Schiffe der EU-Mission EUNAVFOR MED bewahrten Tausende vor dem Ertrinken. Die Zahl der Opfer ging dadurch zurück.

In den vergangenen Monaten waren Flüchtlinge vor allem über den Landweg nach Europa gekommen. Seit der durch Zäune, Grenzkontrollen und internationale Abkommen mit der Türkei erschwert ist, weichen Fluchtwillige offenbar wieder auf die Route übers Mittelmeer aus.

Hunderte Flüchtlinge auf Überfahrt nach Italien ertrunken Nur wenige Menschen haben ein Unglück im Mittelmeer überlebt. Auf dem gekenterten Boot mit Flüchtlinge....

Italienische Rettungskräfte fanden schon am Sonntag auf einem im Mittelmeer vor der libyschen Küste in Seenot geratenen Boot sechs Leichen. 108 weitere Migranten seien gerettet und von einem Schiff aufgenommen worden, nachdem sie zuvor einen Notruf abgesetzt hatten, teilte die Organisation SOS Mediterranee mit. Die Migranten sollen nach Sizilien gebracht werden.

Load-Date: April 18, 2016

End of Document

"Wir werden gerade abgeschoben"; Familie Mohamad aus Syrien lebt in Hamburg und soll nach Zypern abgeschoben werden - obwohl die Zustände dort fragwürdig sind, und die Mutter psychisch krank ist.

ZEIT-online

Freitag 8. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 17

Length: 1739 words

Byline: Anne-Sophie Balzer

Body

Familie Mohamad: Fairoz, Amad, Zackey und Selaheddin (v.l.)

© privat

In der Nacht zum 10. Februar 2015 fällt das Thermometer in Hamburg-Bergedorf leicht unter null. Familie Mohamad schläft, wie Menschen um drei Uhr nachts eben schlafen, als Polizisten an ihre Zimmertür hämmern. "Es ging alles furchtbar schnell", erinnert sich der Vater der Familie, Selaheddin: "Wir sollten so schnell wie möglich unsere Koffer packen. 'Jeder nur einen', haben sie geschrien."

Zeit, ihre Rechtsanwältin anzurufen oder sonst jemandem Bescheid zu sagen, hatten sie nicht. Nur Amad, einer der zwei Söhne, schrieb aus dem Polizeiauto eine SMS an einen Fußballfreund: "Wir werden gerade abgeschoben und uns wahrscheinlich nicht wiedersehen."

Die syrisch-kurdische Familie wurde aus ihrer **Flüchtlingsunterkunft** im Hamburger Osten zum Flughafen gefahren. Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** hatte ihren **Asylantrag** abgelehnt, eine Klage gegen die drohende Abschiebung war vom Verwaltungsgericht Hamburg abgewiesen worden.

Die Mohamads sollten dorthin zurück, wo sie bereits 1998 als Flüchtlinge anerkannt wurden: nach Zypern. Doch auf der Mittelmeerinsel gibt es weder Arbeit noch finanzielle Unterstützung. Eine einzige medizinische Einrichtung behandelt Flüchtlinge, sofern sie selbst dafür bezahlen. Menschenrechtsorganisationen fordern seit Langem einen Abschiebestopp.

Selaheddin war mit 17 das erste Mal im Gefängnis

Aus der Abschiebung der Familie wurde nichts, vorerst. Gut drei Monate nach dem Hämmern an der Tür lebt die Familie noch in denselben zwei Zimmern wie damals. Ein Wohnzimmer mit einer Couch, einem kleinen Tisch, einem Kühlschrank und Vorhängen vor dem Fenster. Im Schlafzimmer stehen drei Stockbetten.

"Wir werden gerade abgeschoben" Familie Mohamad aus Syrien lebt in Hamburg und soll nach Zypern abgeschoben werden - obwohl die Zustände dort fragwürdig sind, u....

Als die fünfköpfige Familie im Februar im Flieger nach Lárnaka saß, begann Selaheddin panisch zu schreien. Seine Frau Fairouz wurde ohnmächtig. Die Piloten weigerten sich, die Maschine zu starten. Fairouz wurde ins Krankenhaus gebracht und blieb in stationärer Behandlung. "Eine Abschiebung nach Zypern ist aus gesundheitlichen Gründen kontraproduktiv und humanmedizinisch nicht zu vertreten", steht in dem Entlassungsbericht des Hamburger Asklepios-Westklinikums. Die Ärzte diagnostizieren eine posttraumatische Belastungsstörung.

Der Ausländerbehörde liegen mehrere Gutachten zum kritischen Zustand der 40 Jahre alten Mutter vor. Von ihrem Plan, die Mohamads abzuschieben, ist sie deshalb aber nicht abgewichen. Er wurde nur noch nicht umgesetzt, weil Fußballfreunde der Söhne Dalsouz und Amad eine Petition gestartet und mehrere Einrichtungen sich für sie eingesetzt haben. Nun wird der Eingabeausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft entscheiden. Er tagt jeden Montag, aber der Aktenordner der Mohamads ist nur einer von vielen.

"Wir können den ganzen Tag nichts tun, außer zu warten, das macht einen verrückt", sagt Selaheddin Mohamad. Dabei müht er sich ein Lächeln ab. "Wir wollen eine Chance und hier in Deutschland neu anfangen." Er wäre mit seiner Familie weder nach Zypern noch nach Deutschland gekommen, wenn sie in Syrien hätten bleiben können. "Fast meine ganze Familie ist noch in Syrien, wieso sollten wir irgendwo anders hingehen, wenn es nicht um Leben und Tod ginge?"

Selaheddin war 17 Jahre alt, als er das erste Mal ins Gefängnis musste. Er lebte in der syrischen Kleinstadt Afrin, unweit der türkischen Grenze, fast ausschließlich von Kurden bewohnt. Ein junger Mann mit linken politischen Idealen, der Arabisch studierte. Als er das in Syrien jahrzehntelang verbotene kurdische Neujahrsfest Newroz feierte, wurde er festgenommen. 28 Tage Haft.

In den Jahren danach wurde er immer wieder eingesperrt und wie alle Gefangenen in Syrien gefoltert. An einem Reifen aufgehängt schlug man ihn mit Stöcken, Kabeln und Gewehrkolben, malträtierte seinen Körper mit Elektroschocks. All das berichtet Selaheddin nicht persönlich. Es steht in einem Bericht, den seine Rechtsanwältin verfasst hat und der an die Hamburgische Bürgerschaft adressiert ist. Er soll einen Abschiebestopp aus humanitären Gründen erwirken.

Anfang der 1990er Jahre gelang es der jungen Familie, über die Türkei und mit Booten in die Republik Zypern zu fliehen. Der zweite Sohn kommt zur Welt und die Familie wird als Flüchtlinge anerkannt. Selaheddin gründet ein Baugeschäft mit mehreren Mitarbeitern. Aber er hat großes Heimweh. Weil Anwälte ihm versichern, er werde nicht mehr gesucht, kehrt er zunächst allein zurück in seine Heimat. Noch am Flughafen in Aleppo wird er verhaftet. 40 Tage lang wissen seine Frau und seine Kinder nicht, wo er ist. Fairouz kann nicht mehr schlafen, hat Herzrasen und Panikanfälle.

Familie Mohamad, Zackey, Fairouz, Selaheddin und Amad (v.l.)

© Conrad Schoo

Nach drei Jahren kommt Selaheddin frei. Doch in Syrien herrscht mittlerweile Krieg, der "Islamische Staat" gewinnt an Macht. Wieder reist Familie Mohamad, nun mit drei Kindern, über die Türkei und mit Booten nach Zypern. Dann bricht in der Republik die Finanzkrise aus. Selaheddin verliert seine Arbeit, niemand will jetzt mehr Häuser bauen lassen. Nach und nach verkauft die Familie alles, was sie besitzt. Als sie ihre Wohnung verlieren, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu betteln und in verlassenen Häusern zu schlafen. Für die Reise nach Deutschland verkauft Fairouz den wenigen Schmuck, den sie noch besitzt. Im April 2014 beantragt Familie Mohamad in Hamburg Asyl - vergeblich.

Asyl unter dem Dach der Kirche

"Überfallartige Abschiebungen" in der Nacht würden in der Stadt zur gängigen Praxis gehören, sagt Herman Hardt vom Hamburger Flüchtlingsrat. Der Senat gehe seit Jahren äußerst rigide vor. "Das war unter der CDU-Regierung so und hat sich unter der SPD auch nicht merklich gewandelt", sagt er. Hardt schätzt, dass nur Bayern noch rigoroser mit Asylbewerbern umgehe.

"Wir werden gerade abgeschoben" Familie Mohamad aus Syrien lebt in Hamburg und soll nach Zypern abgeschoben werden - obwohl die Zustände dort fragwürdig sind, u....

Die Hamburger Anwältin Petra Dervishaj ist spezialisiert auf Ausländer- und Asylrecht und wundert sich nicht, dass Familie Mohamad gegen den Rat der Ärzte abgeschoben werden soll. Vergleichbare Fälle gäbe es einige. Sie sagt: "In der Regel ist das Ergebnis der flugmedizinischen Untersuchung, dass auch kranke Flüchtlinge in ärztlicher Begleitung reisefähig sind. In einzelnen Fällen wird noch ein Medikamentenvorrat mit auf den Weg gegeben." Ob die Betroffenen nach ihrer Abschiebung medizinische oder psychologische Betreuung erhielten, werde häufig nicht überprüft.

Wie hart Hamburg bei Abschiebungen im Vergleich mit anderen Bundesländern wirklich vorgeht, lässt sich schwer belegen. Ein Blick auf die Kirchenasylstatistik ist jedoch hilfreich. Das Asyl unter dem Dach der Kirche ist oft die letzte Chance für Flüchtlinge und kann als Indikator für die Härte der Behörden gelten. Im Ländervergleich besetzt Hamburg den dritten Platz hinter Bayern und Hessen. In dem Stadtstaat hatten im Jahr 2014 insgesamt 106 Menschen Schutz in kirchlichen Einrichtungen gesucht, unter ihnen viele Dublin-III-Fälle wie Familie Mohamad, die in einem anderen EU-Land bereits anerkannte Flüchtlinge sind. Für ein so kleines Bundesland eine hohe Zahl. Deutschlandweit stieg die Zahl der Kirchenasyle 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 500 Prozent, eine Reaktion auf deutlich mehr Abschiebungen als in den Jahren zuvor.

Wie rigoros Verwaltungsgericht und Ausländerbehörde in Hamburg vorgehen, zeigt sich daran, dass sie Familie Mohamad überhaupt nach Zypern zurückschicken wollen. Ein Land, in das es 2014 nur 53 Übernahmeersuche gegeben hat, so heißen Abschiebeentscheide in der Amtssprache. Von den 53 Ersuchen wurde in nur zwei Fällen Menschen zurück auf die Mittelmeerinsel gebracht (Drucksache 18/3850, Seite 24 und 36).

Nach Griechenland, dessen Situation die Anwältin der Familie Mohamad, Cornelia Ganten-Lange, mit Zypern vergleicht, gibt es seit 2009 ein vom Bundesverfassungsgericht erlassenes Abschiebeverbot, nicht so nach Zypern. Doch die Verwaltungsgerichte der Bundesländer halten sich offenbar an die Empfehlungen von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, in dieses Land zurzeit keine Flüchtlinge zu überstellen - mit Ausnahme von Hamburg und eines Verwaltungsgerichts in Niedersachsen.

Cansu Özdemir, Fraktionsvorsitzende der Linken in Hamburg, kennt Familie Mohamad aus der kurdischen Community. "Der Senat muss beantworten, wieso die Zustände auf Zypern nicht erneut überprüft werden und wieso er die Kritik des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht ernst nimmt. In Zypern gibt es reichlich Menschenrechtsverstöße, ein sicheres Leben ist dort nicht möglich", erklärt die junge Politikerin am Telefon.

Eingabenausschuss als letzte rechtliche Möglichkeit

Doch vom Senat kommt keine Antwort. Der zuständige Innensenator Michael Neumann verweist lediglich auf den Status der Familie als anerkannte Flüchtlinge in der Republik Zypern und auf den Eingabenausschuss. "Dem laufenden Verfahren möchte ich nicht vorgreifen", sagt er.

Auch Aydan Özoguz, Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, möchte sich nicht zu einzelnen Fällen äußern. Es sei gut, dass man sich an den Eingabenausschuss gewandt habe, lässt ihr Arbeitsstab ausrichten. Doch der Gang vor den Ausschuss wird erst nötig, weil andere Rechtswege ausgeschöpft sind. Özoguz und ihre Behörde sind die entscheidende Schaltstelle, die daran etwas ändern könnte, indem sie festlegt, dass nicht mehr nach Zypern abgeschoben werden darf.

Selaheddin Mohamad versucht vor seiner Frau und den Kindern positiv zu bleiben. Doch nachts kann er nicht mehr schlafen. Dann holen ihn die Foltergefängnisse und die Sorgen um seine Familie ein. Er sitzt stundenlang im Wohnzimmer und starrt die Wände an.

Fairoz hat schon zwei Mal versucht, sich das Leben zu nehmen. Einmal hat Selaheddin sie an den Bahngleisen gefunden. "Ich habe sie gefragt: Was machst du hier? Sie wusste es nicht. Sie sagte, wir würden ohne sie besser leben."

"Wir werden gerade abgeschoben" Familie Mohamad aus Syrien lebt in Hamburg und soll nach Zypern abgeschoben werden - obwohl die Zustände dort fragwürdig sind, u....

Was, wenn der Eingabenausschuss gegen ein dauerhaftes Bleiberecht entscheidet? "Wir wollen auf keinen Fall schwarz hier bleiben, dafür ist die Situation meiner Frau viel zu schwierig", sagt Selaheddin. Zurück nach Zypern wolle er aber auf keinen Fall, dann lieber wieder in die Heimat. Er sagt: "Lieber sterbe ich in meinem Heimatland, als in Zypern auf der Straße zu leben."

Load-Date: May 8, 2015

End of Document

"Das macht mir Angst, Frau Merkel"; Angela Merkel trifft in Duisburg-Marxloh, das zuletzt als No-Go-Area verschrien wurde, auf Bürger. Zu deren Sorgen fällt der Kanzlerin jedoch nur wenig Konkretes ein.

ZEIT-online

Dienstag 25. August 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bürgerdialog; Ausg. 34

Length: 961 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Bürgerdialog in Duisburg-Marxloh

© Jesco Denzel/Bundesregierung/dpa

Der Mann in der langen weißen Soutane weiß, was er sich von der Bundeskanzlerin wünscht: "Große Ohren", sagt er. Der grauhaarige Bartträger ist Pater Oliver Potschien. Seit Jahren kümmert er sich in Duisburg-Marxloh um **Asylsuchende**, Zuwanderer und sozial Benachteiligte.

Nun sitzt er mit 60 anderen Bürgern der Kanzlerin gegenüber, um mit ihr über Lebensqualität zu reden. Es ist mal wieder Bürgerdialog. Zum dritten Mal seit Anfang Juni ist Merkel in Deutschland unterwegs, um sich von Bürgern sagen zu lassen, was für sie "Gut leben in Deutschland" bedeutet. Zuletzt war es dabei zum Eklat gekommen, als Merkel nicht die richtigen Worte fand, um ein **Flüchtlingsmädchen** zu trösten.

Diesmal hat sich Merkel für ihren Auftritt ein Ziel ausgesucht, das man gemeinhin als sozialen Brennpunkt bezeichnet. Von den 19.000 Einwohnern in dem Duisburger Stadtteil Marxloh haben mehr als 60 Prozent einen Migrationshintergrund, die Arbeitslosigkeit liegt bei 16,2 Prozent, über 40 Prozent der Marxloher sind auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Zuletzt machte der Stadtteil im Norden Duisburgs mit Berichten über Straßenkriminalität und gewalttätige Ausschreitungen gegen die Polizei Schlagzeilen. Die Polizeigewerkschaft warnt vor dem Entstehen eines rechtsfreien Raumes. Von einer No-Go-Area war die Rede. Nicht nur Pater Oliver, auch andere Teilnehmer des Bürgerdialogs sind darüber frustriert. "Die Medienberichterstattung über Marxloh in den vergangenen Tagen hat uns mitgenommen", sagt der Geistliche.

Zu viele Armutszuwanderer

Denn als No-Go-Area sieht er seinen Stadtteil keineswegs. Dass es Probleme gibt und sich viele von den ehrenamtlich Tätigen, die nun vor Merkel sitzen, alleingelassen fühlen, will Pater Oliver aber keineswegs leugnen. Gerade deshalb wünscht er sich ja die großen Ohren bei Merkel - für all das, was nicht so gut läuft.

"Das macht mir Angst, Frau Merkel " Angela Merkel trifft in Duisburg-Marxloh, das zuletzt als No-Go-Area verschrien wurde, auf Bürger. Zu deren Sorgen fällt der....

Da ist vor allem die Sache mit den Armutszuwanderern aus Osteuropa. Die Auswirkungen bekommt man in Marxloh besonders zu spüren, weil es hier viele heruntergekommene Immobilien gibt, die von Schleppern zu völlig überzogenen Preisen an Roma vermietet werden. "Die Zuwanderer sind wie eine Invasion über uns hereingebrochen", sagt der Vertreter einer Bürgerinitiative. Und ein Berufsschullehrer hat einen Brief mitgebracht, in dem Anwohner die Probleme mit dieser Zuwanderergruppe schildern - 200 Marxloher haben ihn spontan unterschrieben.

Pater Oliver treiben andere Sorgen um. Er versucht, mit seinem pastoralen Zentrum Petershof zu reparieren, wo der Staat versagt. Zuwanderern aus Osteuropa, die nicht krankenversichert sind, bietet er eine Gesundheitssprechstunde an. Sein Arbeitszimmer räumte er, damit dort Schulkinder aus Bulgarien und Rumänien unterrichtet werden konnten. Aber so kann es nicht weitergehen, findet er. "Wir brauchen Hilfe."

Es gehört zu der Krux der Bürgerdialoge, dass Merkel für all diese Probleme, mit denen sich die Politik längst auf unterschiedlichen Ebenen auseinandersetzt, natürlich auch keine schnellen Lösungen anzubieten hat. Man müsse sehen, wie man das Geschäftsmodell derjenigen austrocknen könne, die Menschen in Schrottimmobilien unterbrächten, sagt sie zum Beispiel. Und dass Toleranz nicht Regellosigkeit bedeute. An Pater Oliver gewandt verspricht sie, sich weiter dafür einzusetzen, dass die Lebensbedingungen für die Roma in ihren Heimatländern besser würden. Das hilft dem Geistlichen erst mal wenig.

Natürlich geht es auch darum, wie der große Zustrom von Flüchtlingen aus anderen Ländern bewältigt werden soll. Routiniert spult Merkel ihre Lösungsansätze ab: Die Flüchtlinge müssten in Europa fair verteilt werden, fordert sie, sichert den Ländern und Kommunen aber auch weitere Unterstützung durch den Bund zu.

Weil Marxloh eine bunt gemischte Bevölkerung hat, hat auch ein Großteil der Diskussionsteilnehmer einen Migrationshintergrund. Einer der Teilnehmer berichtet, in Marxloh heiße die Veranstaltung inoffiziell nicht Bürgerdialog, sondern "Mutti kommt zu Multikulti". Die Zusammensetzung des Publikums führt immerhin dazu, dass an diesem Tag nicht nur über die Probleme geredet wird, die Deutsche mit Zuwanderern haben, sondern auch umgekehrt. Ein Vertreter der alevitischen Gemeinde beklagt zum Beispiel, dass in der Bezirksregierung kein einziger Vertreter mit Migrationshintergrund sitze.

Merkel wirkt ehrlich erschrocken. In dieser Hinsicht sei "die CDU nicht immer vorne mit dabei" gewesen, räumt sie ein. Aber das werde sie "mal verbreiten". Zumindest in diesem Fall könnte Merkels Intervention womöglich sogar direkte Folgen zeitigen.

Ein ganz besonderes Biotop

Über Gewalt gegen Zuwanderer wird an diesem Tag trotz der Proteste in Heidenau nicht gesprochen. Eine junge Frau, die bei der Stadtverwaltung arbeitet, bringt das Thema indirekt zur Sprache. "Ich habe das Gefühl, dass immer mehr Menschen hassen - das macht mir Angst, Frau Merkel", sagt sie. Ob die Politik in der Lage sei, diese Emotionen zu bekämpfen?

Auch dazu hat Merkel wenig Konkretes zu sagen. Die Politik müsse eben die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, aber auch jeder Einzelne müsse sich dafür einsetzen, dass Menschen nicht hassen müssten, sagt sie.

Von Menschen, die gegen den Hass aktiv werden, hat Marxloh jedenfalls viele, auch das zeigt dieser Bürgerdialog. Da ist zum Beispiel der Rentner, der seit 1978 hier lebt und die vielen Wandlungen seines Stadtteils in den vergangenen Jahrzehnten miterlebt hat. Ein türkisches Mädchen habe ihn als Opa adoptiert, erzählt er. Für ihn ist Marxloh ein Biotop, in dem er sich trotz allem wohlfühlt - immer noch. Alle, die mehr machen wollten als das Übliche, sollten doch hierherkommen, meint er. "Dann machen wir aus Marxloh etwas ganz Besonderes."

Load-Date: August 25, 2015

"Das macht mir Angst, Frau Merkel " Angela Merkel trifft in Duisburg-Marxloh, das zuletzt als No-Go-Area verschrien wurde, auf Bürger. Zu deren Sorgen fällt der....

End of Document

Mazedonien schließt Grenze zu Griechenland; Die Balkanroute ist unterbrochen: Seit dem Morgen ist der Grenzübergang nahe der griechischen Stadt Idomeni geschlossen.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Januar 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Balkanroute; Ausg. 4

Length: 533 words

Body

Flüchtlinge an der griechisch-mazedonischen Grenze nahe Idomeni

© Socrates Baltagiannis/dpa

Mazedonien hat die Grenze zu Griechenland geschlossen. Die Polizei am Grenzübergang nahe der griechischen Ortschaft Idomeni bestätigte *Spiegel Online*, dass die Grenze bereits seit dem Morgen nicht mehr passiert werden kann. Die *Bild*-Zeitung berichtet, die Grenze solle nur noch alle 12 Stunden geöffnet werden - für jeweils einige Hundert Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan.

Der Schritt kommt nicht überraschend: In der vergangenen Woche hat Mazedonien unter Angabe unterschiedlicher Gründe die Grenze bereits zeitweise geschlossen. Seit November vergangenen Jahres ist der Übergang unter verschärfter Kontrolle. Passieren dürfen ihn nur noch Syrer, Afghanen und Iraker wenn sie schriftlich versichern, dass sie nach Deutschland oder Österreich weiterfahren werden.

Tausende Migranten und Flüchtlinge warten seit Tagen wegen verstärkter Kontrollen auf die Weiterreise nach Westeuropa. Die Menschen harren in Bussen und in einer Tankstelle etwa 20 Kilometer südlich des Grenzübergangs von Idomeni aus. Insgesamt sollen etwa 2.400 Menschen dort festsitzen.

Die EU-Staaten diskutieren derzeit, ob die mazedonisch-griechische Grenze gesichert werden muss. Griechenland wird vorgeworfen, seine Außengrenze in Richtung Türkei nicht effektiv zu sichern. Die EU-Kommission billigte in diesem Zusammenhang einen Bericht, der Griechenland in der Flüchtlingskrise "ernsthafte Mängel bei der Sicherung der Außengrenzen" vorwirft, wie ihr Vizechef Valdis Dombrovskis in Brüssel sagte. Damit wurde zugleich die Prüfung einer weiteren Verlängerung der Kontrollen im Schengenraum eingeleitet.

Der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas sprach von einem schlechten Bericht für sein Land, der aber etwas dokumentiere, "was wahr ist". Im Fernsehsender Skai sagte er, er habe dabei ein ungutes Gefühl, "weil es Versuche gibt, eine Atmosphäre gegen Griechenland zu schaffen".

Mehr als 850.000 Flüchtlinge sind Schätzungen zufolge im vergangenen Jahr über Griechenland in die EU gekommen. Griechenland selbst hat nur Unterkünfte für 10.000 Migranten. Die griechische Küstenwache und

Mazedonien schließt Grenze zu Griechenland Die Balkanroute ist unterbrochen: Seit dem Morgen ist der Grenzübergang nahe der griechischen Stadt Idomeni geschlossen....

andere Grenzschutzbehörden sind überfordert, Zehntausende Flüchtlinge reisten über die sogenannte Balkanroute nach Österreich, Deutschland, Schweden und andere wohlhabende EU-Länder weiter.

Da einige dieser Schengen-Staaten zeitweise Grenzkontrollen eingeführt und damit das visafreie Reisen innerhalb dieser EU-Mitglieder außer Kraft gesetzt haben, könnte der Bericht der EU-Ermittler noch eine zentrale Rolle spielen. In Deutschland können Grenzkontrollen als Ausnahme bis zum 13. Mai durchgeführt werden. Sollte die EU-Kommission aber zu dem Schluss kommen, dass es in Griechenland "schwere Mängel bei der Kontrolle der Außengrenze" gibt, könnten Deutschland und andere Schengen-Staaten mit dieser Begründung ihre Grenzkontrollen bis zu zwei weitere Jahre aufrechterhalten, wenn die EU-Mitglieder dies mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Dass diese Formulierung in dem Bericht verwendet wird, kann als Zeichen dafür verstanden werden, dass es in diese Richtung gehen könnte.

Load-Date: January 27, 2016

End of Document

Küstenwache rettete erneut Tausende Flüchtlinge; Auf kleinen Schiffen und Schlauchbooten waren sie im Meer vor Libyen unterwegs. Die italienische Küstenwache hat seit Wochenbeginn 14.000 Menschen aus Seenot geborgen.

ZEIT-online

Donnerstag 1. September 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mittelmeer; Ausg. 36

Length: 230 words

Body

Rettung von **Migranten** vor der libyschen Küste am 29. August

© Emilio Morenatti/AP/dpa

Die italienische Küstenwache hat bei einem Großeinsatz vor der libyschen Küste mehr als 1.700 **Flüchtlinge** aus Seenot gerettet. Nach Angaben der Behörde waren die insgesamt 1.725 Menschen auf zwei kleinen Schiffen und 14 Schlauchbooten unterwegs. Sie wurden von mehreren Schiffen der EU-Mission Sophia und italienischen Booten aufgenommen.

Insgesamt seien innerhalb von fünf Tagen mindestens 14.000 Menschen vor der Küste Libyens gerettet worden. Allein am Montag waren es 6.500. Die meisten Flüchtlinge stammten aus Ländern südlich der Sahara. Wegen des guten Sommerwetters und des ruhigen Meeres wagen derzeit wieder mehr Flüchtlinge die gefährliche Überfahrt von Afrika über das Mittelmeer.

Das Sterben im Mittelmeer

Seit 2014 sind auf dem Seeweg mehr als 10.000 Menschen umgekommen oder gelten als vermisst. Die Karte zeigt im Zeitraffer die einzelnen Unglücksfälle.

Quelle: Missing Migrants IOM, Stand: 25.8.2016 Copyright: ZEIT ONLINE var
embedDeltas={"100":852,"200":622,"300":555,"400":497,"500":470,"600":450,"700":450,"800":450,"900":450,"1000":450},chart=document.getElementById("datawrapper-chart-dm3Bg"),chartWidth=chart.offsetWidth,applyDelta=embedDeltas[Math.min(1000,Math.max(100*(Math.floor(chartWidth/100)), 100))]|0,newHeight=applyDelta;chart.style.height=newHeight+"px";

Load-Date: September 3, 2016

Küstenwache rettete erneut Tausende Flüchtlinge Auf kleinen Schiffen und Schlauchbooten waren sie im Meer vor Libyen unterwegs. Die italienische Küstenwache hat....

End of Document

Die Schlüsselfrage; Deutschland nimmt 200.000 Asylbewerber auf, Portugal nur 500. Die EU will Flüchtlinge nun gerechter verteilen. Was das für jedes Land bedeuten würde, nachgerechnet

ZEIT-online

Mittwoch 13. Mai 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 19

Length: 1320 words

Byline: Paul Blickle;Karsten Polke-Majewski;Sascha Venohr;Lena Klimkeit

Body

Italienische Küstenwächter retten Bootsflüchtlinge. Doch wer wird sie danach aufnehmen?

© Alessandro Di Meo/ANSA/AP/dpa

Die EU-Kommission sucht einen Schlüssel. Sie hat auch schon eine Idee, in welches Schloss er passen soll: Im besten Fall öffnet er die Tür zu einer neuen **Flüchtlingspolitik** in Europa. Und falls er dort klemmt, hoffen die Beamten in Brüssel, könnte er zumindest eine Hintertür aufschließen.

Der *redistribution key*, der Verteilschlüssel, den die Kommission in ihrem Entwurf für eine Europäische **Migrationsagenda** vorschlägt, ist eine Formel. Mit ihr könnte in Zukunft berechnet werden, wie **Flüchtlinge** innerhalb der EU verteilt werden sollen. In Deutschland gibt es eine solche Formel schon. Der sogenannte Königsteiner Schlüssel war ursprünglich dafür gedacht, die Kosten für gemeinsame Wissenschaftseinrichtungen wie die Deutsche Forschungsgesellschaft gerecht auf die Bundesländer aufzuteilen. Heute beantwortet Deutschland mit diesem Schlüssel auch die Frage, welches Bundesland wie viele **Flüchtlinge** zu versorgen hat.

An diesem Mittwoch will Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein "System zur Verteilung der Flüchtlinge in der gesamten Europäischen Union" vorlegen. Das ist bitter nötig. Denn während Deutschland, Schweden oder Italien im vergangenen Jahr Zehntausende Flüchtlinge ins Land ließen, durften nur wenige Tausend nach Polen, Spanien oder Finnland kommen. Tschechien registrierte nicht einmal tausend Asylbewerber, Portugal sogar weniger als 500.

Eine Formel für die Haustür

Angesichts der täglichen Katastrophen im Mittelmeer ist diese ungleiche Lastenverteilung für Mitgliedsländer mit einer liberaleren Aufnahmepolitik nur noch schwer hinzunehmen. Auch Konflikte wie in Syrien, die Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, verlangen nach einem neuen Umgang mit Flüchtlingen. Die Kommission schlägt deshalb vor, eine Quote je Staat festzulegen, berechnet nach dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Bevölkerungszahl, der Arbeitslosenquote und der Zahl der Asylbewerber, die schon im jeweiligen Land leben.

Die Schlüsselfrage Deutschland nimmt 200.000 Asylbewerber auf, Portugal nur 500. Die EU will Flüchtlinge nun gerechter verteilen. Was das für jedes Land bedeute....

Was würde das ändern? ZEIT ONLINE hat versucht, die Quoten für die einzelnen EU-Länder zu berechnen. Die Rechnung ist ein Modell, das so sicher nicht umgesetzt wird. Denn noch sind die genauen Bedingungen für die Verteilung nicht abschließend formuliert. Welches Gewicht haben die einzelnen Kriterien? Wiegt das BIP schwerer als die Bevölkerungszahl, wie wichtig ist die Arbeitslosenquote? Wer gilt als Asylbewerber, der schon im Land lebt: Auch solche Menschen, deren Anträge schon länger anerkannt sind? Und wie will man sie überhaupt zählen? Es gibt noch sehr viele Unwägbarkeiten.

Die ZEIT-ONLINE-Rechnung folgt deshalb dem Vorbild des Königsteiner Schlüssels und bezieht sich auf Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft. Das BIP geht mit zwei Dritteln in die Berechnung ein, die Bevölkerungszahl mit einem Drittel. Am Ergebnis lässt sich ein ungefähres Kräfteverhältnis der Mitgliedsländer ablesen. Dazu stellen wir die Arbeitslosenquoten. Denn die Eurokrise hat vor allem die südlichen Länder der EU hart getroffen und viele Arbeitnehmer ihrer Jobs beraubt. Wenn Flüchtlinge aber nicht nur untergebracht, sondern auch integriert werden sollen, ist es wichtig, zu wissen, wie aufnahmefähig der jeweilige Arbeitsmarkt ist. Ein wirtschaftlich prosperierendes Land wie Deutschland bietet da wesentlich mehr Möglichkeiten als beispielsweise Griechenland oder Spanien, wo die Arbeitslosenquoten bei rund 25 Prozent liegen.

Trotz aller Einschränkungen zeigt die Rechnung unmittelbar, wie ungleich Flüchtlinge in Europa verteilt sind. Und man erkennt, warum sich einige Staaten schon vehement gegen den Plan der Kommission wehrten, bevor er überhaupt fertig war.

Großbritanniens Innenminister ließ beispielsweise schon am Montag mitteilen, sein Land werde jegliche Vorschläge ablehnen, unfreiwillige Quoten einzuführen. Offensichtlich wurde auch in London gerechnet. Das Vereinigte Königreich hat 2014 rund 31.000 Erstanträge auf Asyl registriert. Nach dem von ZEIT ONLINE berechneten Verteilschlüssel müsste das Land jedoch weitere 47.000 Flüchtlinge aufnehmen. Zwar ist Großbritannien das beliebteste Einwanderungsziel für andere EU-Bürger, Polen beispielsweise. In dieser Rechnung zählt das jedoch nicht, denn für sie gilt Freizügigkeit.

Auch Polen, Ungarn und Lettland wehren sich gegen eine Quote, alle mit eigenen Gründen. In Polen wird im Herbst gewählt, schon jetzt hat das konservative Lager Auftrieb. In Ungarn betreibt Ministerpräsident Viktor Orbán eine offensive Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge. Lettland argumentiert mit der großen russischen Minderheit, die es zu integrieren gelte.

Mit der Flüchtlingsrealität haben diese Argumente wenig zu tun. Lettland müsste statt bislang 365 nun 1.000 Flüchtlinge aufnehmen - eine Zahl, die selbst ein so kleines Land verkraften könnte. Polen müsste zu den bisherigen 5.000 weitere 20.000 Flüchtlinge ins Land lassen. Nordrhein-Westfalen hat alleine zwischen Januar und April dieses Jahres mehr Menschen untergebracht. Ungarn, das zum Anlaufpunkt vieler Kosovaren geworden ist, könnte sogar darauf pochen, dass es schon jetzt fast 35.000 Flüchtlinge mehr beherbergt als die Quote vorsähe.

Auch aus weiteren Ländern ist Widerstand zu erwarten: In Finnland haben die "Wahren Finnen" gerade stark an Einfluss gewonnen, eine rechtspopulistische Partei. Sie lehnen Zugeständnisse ab. Ähnlich sieht es in Frankreich mit dem rechtspopulistischen Front National aus. Spanien hat sich bislang still verhalten. Doch Madrid wird nicht hinnehmen wollen, statt bislang 5.000 nun 46.000 Flüchtlinge aufnehmen zu sollen, und könnte mit der hohen Arbeitslosigkeit argumentieren.

Dagegen bleibt der Kreis der Länder klein, die Interesse an einem Schlüssel haben, weil sie dadurch entlastet würden: Die drei großen Aufnahmeländer Deutschland, Schweden und Österreich, dazu Dänemark und Bulgarien. Malta und Zypern gehören auch in diese Runde - hier geht es aber nur um wenige Hundert Menschen.

Zwei Hintertüren

Alle diese Einzelinteressen sind der EU-Kommission natürlich bekannt. Die Beamten haben in ihrem Papier deshalb zwei Hintertüren offen gehalten, durch die sie doch noch zum Ziel gelangen wollen. Die erste: Die

Die Schlüsselfrage Deutschland nimmt 200.000 Asylbewerber auf, Portugal nur 500. Die EU will Flüchtlinge nun gerechter verteilen. Was das für jedes Land bedeute....

Quoten sollen nicht zwingend generell gelten, sondern zunächst nur in Ausnahmesituationen, wenn ein Land übermäßig belastet ist. Wann das der Fall ist, bleibt offen.

Feststellen müsste diesen Ausnahmefall der Europäische Rat, also die Versammlung der Staats- und Regierungschefs. Vermutlich täten sie sich damit schwer. Denn der Ausnahmefall würde das Dublin-Abkommen vorübergehend außer Kraft setzen. Es legt fest, dass immer dasjenige Land für einen Flüchtling zuständig ist, in dem er ankommt. Bootsflüchtlinge müssen also in Italien bleiben oder können dorthin zurückgebracht werden, wenn sie nach Norden weiterreisen. Der britische Premierminister David Cameron hatte nach den jüngsten Unglücken im Mittelmeer sehr darauf gedrängt, dass es so bleibt.

Die Brüsseler Beamten haben sich deshalb einen weiteren, noch kleineren Testfall ausgedacht. Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen hat die EU aufgefordert, jährlich 20.000 besonders bedrohte Menschen aus Krisengebieten aufzunehmen. Konkret heißt das: Syrer. Sie sollen, ähnlich wie die Flüchtlinge des Bosnien-Kriegs, so lange in Europa bleiben dürfen, bis sich die Lage zu Hause beruhigt hat. Auf diese scharf abgrenzbare Gruppe könnte der Verteilschlüssel ebenfalls angewandt werden. Der Vorteil: Alle bisherigen Regeln blieben bestehen. Gleichzeitig könnte jedoch eine Methode etabliert werden, die sich später ausweiten ließe. Es wäre kein großer Wurf, aber vielleicht wenigstens der kleinste gemeinsame Nenner.

Load-Date: May 13, 2015

So könnte der Deal mit der Türkei aussehen; Die Türkei soll Flüchtlinge aus Griechenland zurücknehmen. Aber wie? Und was erhält sie dafür? Ein erster Entwurf gibt Aufschluss über mögliche Ergebnisse des EU-Gipfels.

ZEIT-online

Donnerstag 17. März 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Türkei-Abkommen; Ausg. 13

Length: 711 words

Byline: Sasan Abdi-Herrle

Body

Die Staats- und Regierungschefs beim Auftakt des EU-Gipfels in Brüssel

© Carl Court/Getty Images

Beim EU-Sondergipfel könnte Angela Merkels "europäische Lösung" der **Flüchtlingskrise** einen entscheidenden Schritt vorangebracht werden. Im Zentrum des Treffens stehen die Verhandlungen mit der Türkei. Das Land soll **Flüchtlinge** zurücknehmen, die über die Ägäis nach Griechenland gelangen. Im Gegenzug soll die Türkei neben finanziellen Hilfen Vergünstigungen wie etwa Visaerleichterungen erhalten. Zudem verpflichten sich die EU-Staaten, der Türkei eine bestimmte Anzahl von **Flüchtlingen** über sogenannte "legale Verfahren" abzunehmen. In den vergangenen Tagen ist viel gerätselt worden, wie genau das Abkommen aussehen könnte. Ein erster Entwurf gibt jetzt Aufschluss darüber.

Der "Eins-zu-Eins"-Mechanismus

Wer als Flüchtling illegal von der Türkei nach Griechenland gelangt, soll wieder zurückgeschickt werden. Das ist das zentrale Ziel des Abkommens. Die Flüchtlinge sollen dann zwar formal noch um Asyl ersuchen können, so ist es rechtlich vorgeschrieben. "Migranten die auf den griechischen Inseln ankommen, werden ordnungsgemäß registriert und von den griechischen Behörden weiterbehandelt", heißt es im Entwurf. Praktisch aber sollen sie "schnell" wieder in der Türkei landen, weil das Land als sicherer Drittstaat eingestuft wird und die allermeisten also auch dort um Asyl ersuchen können und nicht erst in der EU. Im Gegenzug für jeden so zurückgeschickten Flüchtling will wiederum die EU der Türkei einen Flüchtling abnehmen. Bei der Bewerbung um diese "europäischen Kontingente" sollen dann diejenigen, die schon illegal in Griechenland waren, schlechtere Karten haben.

Diese Regelungen sollen vor allem den Anreiz schaffen, sich in der Türkei um ein legales Ticket nach Europa zu bewerben und so auch die Zahl der Todesopfer in der Ägäis zu reduzieren.

So könnte der Deal mit der Türkei aussehen Die Türkei soll Flüchtlinge aus Griechenland zurücknehmen. Aber wie? Und was erhält sie dafür? Ein erster Entwurf gib....

Noch ungeklärt ist, wie das jetzt schon überforderte Griechenland auf seinen Inseln die für den Plan nötigen Schnellverfahren stemmen soll. Dazu bleibt der Entwurf ebenso schwammig wie zu der Frage, wie genau denn die Flüchtlinge ausgesucht werden, die aus der Türkei in die EU dürfen.

Wie viele Flüchtlinge werden umgesiedelt?

Ein Problem bei der Umsetzung dieses Austauschs ist auch, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Türkei von zahlreichen EU-Staaten abgelehnt wird. Der Entwurf umgeht das Problem nun, indem er sagt, ein entsprechendes Kontingent sei bereits beschlossen. Im Juli 2015 verpflichteten sich die EU-Staaten, 22.000 Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen. Da ist bei circa 4.000 geschehen, bleiben also noch 18.000 freie Plätze. Die Bundesregierung glaubt, dass das reicht, um den Mechanismus lang genug am laufen zu halten. Denn wenn erst einmal der Rücktransport in die Türkei begonnen habe, werde sich das schnell bei den Schleppern herumsprechen; die Bootsfahren über die Ägäis würden dann rasch zum Erliegen kommen. Und falls nicht, soll die EU-Kommssion ein weiteres Kontingent von 56.000 Flüchtlingen, die eigentlich für die Umsiedlung innerhalb der EU vorgesehen waren, auf die Türkei umwidmen.

Das kriegt die Türkei

Im Gegenzug soll die Türkei bereits ab Juni 2016 Visafreiheit erhalten. Was jahrelang verschleppt wurde - die Reisefreiheit für türkische Staatsbürger - würde so binnen weniger Monate umgesetzt werden. Als Zugeständnis an die Skeptiker in der EU, allen voran an Frankreich, sieht der Entwurf allerdings die Einschränkung vor, dass die Türkei dazu alle "notwendigen Schritte unternehmen wird, um die noch offenen Anforderungen zu erfüllen". Von 72 Kriterien für die Visafreiheit entspricht das Land bisher etwa der Hälfte. Zudem müsste die Türkei Zypern anerkennen - eine nicht unerhebliche Hürde.

Darüber hinaus ist in dem Entwurf erstmals festgehalten, dass die EU zumindest bereit ist, über weitere drei Milliarden Euro Förderung an die Türkei zu entscheiden, zusätzlich zu den bisher schon zugesagten drei Milliarden.

Bei der Beitrittsperspektive bleibt das Papier schließlich sehr vage. Man werde die Entscheidung vorbereiten, sobald wie möglich weitere Kapitel in den Verhandlungen zu eröffnen, heißt es. An dieser Stelle kann anders als bei der Visafreiheit also nicht von einer Beschleunigung, sondern nur von einer Wiederaufnahme die Rede sein.

Load-Date: March 17, 2016

Mit Orbán gegen Merkel; Ungarns Regierungschef präsentiert sich beim Besuch bei der CSU als Wahrer europäischer Werte. Seehofer inszeniert sich mit ihm - gegen die Kanzlerin.

ZEIT-online

Mittwoch 23. September 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Horst Seehofer; Ausg. 38

Length: 956 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer gibt mit seinem Gast, Ungarns Premierminister Viktor Orbán, eine Pressekonferenz im Kloster Banz bei Bad Staffelstein.

© Matthias Schrader/AP/dpa

So einen Empfang hätte Viktor Orbán in der Refugees-Welcome-Republik Deutschland sicher nicht erwartet: Vor der Einfahrt zum Kloster Banz, dem traditionellen Ort der CSU-Klausurtagungen, stehen Demonstranten und schwenken rot-weiß-grüne Ungarnflaggen: "Wir wollen unsere Solidarität bekunden mit dem Mann, der als einer der letzten die europäischen Regeln achtet", grantelt ein rundlicher Mann in Funktionsjacke. Gekommen sind zwar nur sieben Demonstranten, dafür haben sie zwei große Plakate dabei: "Merkel: Du bist SCHULD!!!" und "Merkel: Das ist nicht mein Deutschland". Sie seien zum Teil CSU-Mitglieder aus Südbayern und verträten die Mehrheitsmeinung, sagen sie.

Da sitzt Orbán, der Gottseibeius der **Flüchtlingsfreunde**, schon seit mehreren Stunden zwei Stockwerke höher in dem ehemaligen Benediktinerkloster, das gewaltig auf einem Hügel über dem Main thront, und stellt der Parteispitze und der Landtagsfraktion der CSU seine Pläne für den Umgang Europas mit der **Migration** vor. Wegen seiner rabiaten **Flüchtlingspolitik** mit Grenzzäunen, Natodraht, Tränengas und Wasserwerfern war der nationalkonservative ungarische Ministerpräsident europaweit in die Kritik geraten. Als Gegenbild zu Angela Merkel, der deutschen Willkommenskanzlerin.

Teilweise offene Unterstützung bekam Orbán dabei von der CSU. Die rebelliert immer deutlicher gegen Merkels Flüchtlingspolitik und vor allem ihre Entscheidung, Zehntausende Migranten aus Ungarn unkontrolliert nach Deutschland zu lassen. Die ostentative Einladung an den Hardliner aus Ungarn ist da nur die nächste Eskalationsstufe, die in der CDU viele ärgerte. Und die Inszenierung mit dem Gast aus Osteuropa entfaltet zumindest unmittelbar ihre kalkulierte Wirkung.

Orbán verdiene Unterstützung, keine Kritik, so Seehofer:

Mit Orbán gegen Merkel Ungarns Regierungschef präsentiert sich beim Besuch bei der CSU als Wahrer europäischer Werte. Seehofer inszeniert sich mit ihm - gegen d....

Den sieben Orbán-Demonstranten gegenüber stehen etwa 30 Flüchtlingsaktivisten. Vor dem Kloster-Parkplatz haben sich auch Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag und Margarethe Bause, seine bayerische Amtskollegin eingefunden. Zwischen Fahnen der Antifa und der Grünen Jugend entrollen sie ein mannshohes Poster. Es zeigt den Stacheldraht an der ungarischen Grenze, darunter steht: "Herr Seehofer: ist das ihr Vorbild für Bayern?" "Es ist okay, mit Orbán zu reden - aber dafür muss man ihm nicht diese Bühne geben", kritisiert Christine Kamm, Integrationspolitikerin der Grünen im Landtag. "Er tritt die Rechte der Flüchtlinge mit Füßen."

Solchen "moralischen Imperialismus" verbittet sich Orbán bei der anschließenden Pressekonferenz mit Seehofer im prunkvollen Kaisersaal. "Wir sehen Dinge durch ungarische Augen. Wir werden uns nicht ändern", sagt er. Stattdessen gefällt er sich in der Rolle des Garanten für die deutsche und europäische Sicherheit. "Bayerns Südgrenze wird in Ungarn verteidigt", und, an Seehofer gewandt: "Ich stehe hier als Ihr Grenzschützer." Da huscht ein Grinsen über das Gesicht des CSU-Chefs. Immer wieder betont Orbán, Ungarn setze europäisches Recht um und stemme sich gegen das Chaos in Europa.

Als "Grenzschützer" hat er der CSU sechs Vorschläge mitgebracht, die er am Abend auch beim EU-Gipfel präsentieren will: Wenn es nach ihm ginge, würde Griechenland seine Grenzen dicht machen, gerne mit Unterstützung anderer EU-Staaten. Flüchtlinge und "Wirtschaftsmigranten" möchte Orbán noch außerhalb des Schengen-Raumes trennen, mehr sichere Herkunftsländer benennen, Ausgaben für Flüchtlinge kürzen, Abkommen mit der Türkei und Russland schließen und schließlich Flüchtlinge in einem Kontingent weltweit verteilen. So dürften auch Schutzsuchende nach Ungarn kommen, Quoten, wie von den EU-Innenministern beschlossen, lehnt er jedoch weiter entschieden ab.

Gefragt, ob er kein Mitgefühl empfinde, wenn an seiner Grenze Flüchtlinge mit Gummiknüppeln traktiert werden, antwortet Orbán: "Ich empfinde Mitgefühl für diejenigen, die betrogen wurden von Schleusern und die mit falsche Versprechen angelockt wurden - auch durch EU-Politiker."

Eine klare Breitseite gegen die Kanzlerin. Wer den Taktiker Seehofer kennt, weiß, dass solche Ausfälle des Gastes eingepreist waren. Ohne die Vorschläge im Detail zu bewerten, lassen CSU-Chef Seehofer und die meisten der Abgeordneten durchblicken, dass sie in Orbáns Punkten zumindest eine gute Gesprächsgrundlage sehen. Er werde den "lieben Viktor" darin unterstützen, europäisches Recht wieder herzustellen, sagt Seehofer an seinen Gast gewandt. Merkels Fehlentscheidung habe das Flüchtlingschaos in Europa mitverursacht, stimmt er ihm zu.

Unverhohlen macht Seehofer klar, was für ihn neben Integration die zweite, "gleichwertige" Säule in der Flüchtlingspolitik ist: die Begrenzung von Zuwanderung. Ein klarer Versuch, sich von der Linie der Kanzlerin abzusetzen: "Politisches Asyl kennt keine Obergrenze", hatte Merkel betont. Der ungarische und der bayerische Regierungschef sehen das offenkundig anders.

Sowohl Seehofer als auch Orbán glauben, mit ihrer Politik mehr Realität in die Flüchtlingsdebatte zu bringen. Jeder CSU-Vorschlag in der Flüchtlingsdebatte habe am Anfang "Dresche" bezogen, wie es Fraktionschef Kreuzer ausdrückte, und sich am Ende dann doch durchgesetzt. "Selbst Münchens SPD-Bürgermeister Reiter sagt, es geht nicht mehr", sieht sich Seehofer bestätigt. "Und nach einer neuen Umfrage von uns wünscht sich die Mehrheit der Deutschen weniger Zuwanderung."

Zumindest die Orbán-Fans vor dem Tor von Kloster Banz sehen das so. Eine Erklärung dafür, warum nicht mehr zum Jubel für Orbán gekommen sind, liefern sie auf einem Faltblatt gleich mit: "Grund ihrer Abwesenheit: Sie arbeiten."

Load-Date: September 23, 2015

"Wir brauchen Sie hier nicht"; In Baden-Württemberg soll das Integrationsministerium abgeschafft werden. Noch-Ministerin Bilkay Öney spricht über ihre Arbeit, die Kretschmann-Grünen und andere Sorgen.

ZEIT-online

Dienstag 3. Mai 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bilkay Öney; Ausg. 19

Length: 1228 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Die scheidende Integrationsministerin Bilkay Öney

© Marijan Murat/dpa

ZEIT ONLINE: Frau Öney, Sie sind SPD-Integrationsministerin in Baden-Württemberg. Jetzt geht ihre Partei in die Opposition. Und Grün-Schwarz will ihr Ministerium schließen und die Aufgaben auf das Innen- und Sozialressort aufteilen. War Ihre Arbeit so überflüssig?

Bilkay Öney: Im Gegenteil. Die Arbeit war sehr wichtig. Und auch anstrengend: Während der **Flüchtlingskrise**, als über 100.000 **Flüchtlinge** nach Baden-Württemberg kamen, haben mich nicht alle um meinen Job beneidet. Es gibt jetzt leider die falsche Annahme, dass sich mit sinkenden **Flüchtlingszahlen** auch das Thema Integration erledigt hätte. Ich sehe das anders. Es geht jetzt erst los. Wir wissen alle, dass Integration nicht per Knopfdruck und auch nicht per Gesetz innerhalb kurzer Zeit einfach passiert, sondern einen langen Atem braucht. Insofern braucht das Thema weiterhin die nötige politische Beachtung.

ZEIT ONLINE: Schon 2011 war ein eigenständiges Integrationsministerium ein SPD-Projekt. Winfried Kretschmann musste damals überzeugt werden. Jetzt sieht er offenbar keinen Grund, es beizubehalten.

Öney: In Baden-Württemberg hatte das Integrationsministerium von Anfang an einen schweren Stand, hatte sehr wenig Personal und sehr wenig Ressourcen, bekam dafür aber massiven Widerstand. Ich erinnere mich an meine erste Sitzung hier im Landtag, wo mich der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk mit den Worten begrüßte: "Frau Öney, gehen Sie zurück nach Berlin, wir brauchen Sie hier nicht." Deutlicher hätte man das Desinteresse an diesem Thema nicht ausdrücken können.

ZEIT ONLINE: Nun übernimmt die CDU das Ministerium für Inneres, Digitales und Migration. Bereitet Ihnen das Sorgen?

Öney: Ich merke schon, dass jetzt offenbar ein anderer Wind weht. Es sieht danach aus, als ob es in einigen Bereichen eine Rolle rückwärts geben wird. Zum Beispiel hat die SPD die verbindliche Grundschulempfehlung beim

"Wir brauchen Sie hier nicht" In Baden-Württemberg soll das Integrationsministerium abgeschafft werden.
 Noch-Ministerin Bilkay Öney spricht über ihre Arbeit, di....

Übergang aufs Gymnasium abgeschafft, denn wir wissen, dass viele Migrantenkinder deutlich schlechtere Schulempfehlungen bekommen, weil man ihnen weniger zutraut. Bestes Beispiel ist übrigens Grünen-Chef Cem Özdemir, der selbst erzählt, dass er eine Hauptschulempfehlung hatte und sich nach oben boxen musste. Deshalb finde ich es sehr schade, dass die Empfehlung nun doch wieder quasi-verbindlich werden soll.

Es geht beim Thema Integration um Teilhabe. Integration ist eine Frage von Wollen, Können und Dürfen. Natürlich müssen Migranten ihren Beitrag dafür leisten, aber sie müssen auch die Möglichkeiten haben. Wir haben zum Beispiel durch meine Politik eine liberale Einbürgerungspraxis auf den Weg gebracht. Wenn ich daran denke, dass das Staatsangehörigkeitsrecht wieder an einen CDU-Innenminister geht, mache ich mir Sorgen. Eingebürgerte Menschen identifizieren sich sehr viel mehr mit Deutschland, sie sind eher bereit, ihren Integrationsbeitrag zu leisten. Dass sie bessere Jobs haben und bessere Einkommen, kommt hinzu. All das kommt dem Staat zugute. Ich finde's schade, dass das Ressort unter dem Kostenaspekt "eingespart" wird. Ich glaube, dass die Kosten von Nicht-Integration sehr viel höher sind.

ZEIT ONLINE: Der grün-schwarze Koalitionsvertrag setzt vor allem den Fokus auf einen Ausbau der inneren Sicherheit. Welche Hoffnungen setzen Sie auf die Grünen, die in Bezug auf Fragen der Migration bisher als aufgeschlossen galten?

Öney: Ich merke, dass die Grünen hier in Baden-Württemberg anders sind als in Berlin. Ich merke auch, dass Kretschmann weiß, wie er in der Bevölkerung mit dieser konservativen Politik punkten kann und das auch bewusst für sich nutzt. Es wäre aber schade, wenn die Grünen 2017 ihren Wahlkampf im Bund in diesem Politikfeld an CDU-Positionen ausrichten würden. Die Grünen wurden schließlich nicht für die sogenannte Pizza-Connection gegründet. Deshalb hoffe ich, dass es auch innerhalb der Grünen weiterhin Stimmen geben wird, die diese Politik mit Sachverstand kritisch begleiten. Wie gesagt: Es ist uns unter schwierigen Bedingungen gelungen, all das aufzubauen.

ZEIT ONLINE: Welches wird die wichtigste Integrationsherausforderung für Baden-Württemberg in den kommenden Jahren?

Öney: Ich habe vorgeleistet und habe mehr gemacht, als manch einer sich erhoffte. Wir haben zum Beispiel ein Partizipations- und Integrationsgesetz auf den Weg gebracht, das im Januar in Kraft getreten ist. Eine gute Vorlage für das Integrationsgesetz im Bund übrigens. Ich habe auch die schwierigen Themen nicht ausgespart, ich habe zum Beispiel schon vor langer Zeit eine Kopftuchstudie gemacht, eine Studie zu den Integrationsleistungen der Migranten hier, eine Drei-Generationen-Studie. Die Weichen sind gestellt, davon kann die CDU profitieren. Sie sollte jetzt nicht den Fehler machen, diese Dinge rückabzuwickeln - es hat viel Mühe gekostet.

ZEIT ONLINE: Welchen Teil Ihrer Arbeit sollte man denn auf den Bund übertragen?

Öney: Wir brauchen eine Art *intercultural mainstreaming* in allen Behörden. Das Schulgesetz, das Beamtengesetz, all diese Sachen müssen sich ändern. Dass zum Beispiel interkulturelle Kompetenz auch schon in der Ausbildung erlernt wird, nicht nur bei der Polizei.

ZEIT ONLINE: Hier in Berlin heißt es, es fehlt überall an Sprachkursen.

Öney: Sprachkurse sind ein wichtiger Punkt, aber vor allen Dingen fehlt es an Personal. Wir haben hier im ländlichen Raum das Problem, dass Mitarbeiter für die Ausländerbehörden fehlen, man findet kein Behördenpersonal, ähnlich ist das an den Schulen, es fehlen Lehrer, auch Sprachkurslehrer. Was auch problematisch ist: Die Flüchtlinge werden ja vor allem in die bevölkerungsreichen Bundesländer und Kommunen geschickt. Das führt dazu, dass die drei Bundesländer, NRW, Bayern und Baden-Württemberg, knapp 50 Prozent der Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen müssen. Man schickt Flüchtlinge in Ballungsgebiete, in eine direkte Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in Schulen, Kitas. Vielleicht sollten wir in Baden-Württemberg beginnen und eine andere Verteilung überlegen, um die Ballungsgebiete nicht noch mehr zu belasten.

"Wir brauchen Sie hier nicht" In Baden-Württemberg soll das Integrationsministerium abgeschafft werden.
Noch-Ministerin Bilkay Öney spricht über ihre Arbeit, di....

ZEIT ONLINE : Ein Gegenargument ist, dass Flüchtlinge dann auf dem strukturschwachen Land leben müssen, wo die Stimmung häufig deutlich skeptischer ihnen gegenüber sei als in Städten. In urbanen Gebieten würde man eher das Miteinander verschiedener Nationalitäten kennen.

Öney: Das ist ein Vorurteil. Mich haben die Schwaben sehr positiv überrascht: Als ich auf einer Bürgerversammlung war und die Leute überzeugen musste, eine Flüchtlingseinrichtung in ihrem Ort einzurichten, gab es so herzliche Rückmeldungen, das hätte ich nicht für möglich gehalten. Gerade auf dem Land ist das ehrenamtliche Engagement sehr stark ausgeprägt. In manchen Kommunen kamen auf 28 Flüchtlinge etwa 70 Ehrenamtliche. Die Voraussetzungen für Integration im ländlichen Raum sind also sehr gut. Zudem ist der Integrationsdruck für Migranten dort auch größer, weil sie sich nicht in eine "Parallelwelt" zurückziehen können. Da gibt's keine Shisha-Bar, da müssen sie bei der freiwilligen Feuerwehr mithelfen.

ZEIT ONLINE : Wie geht es persönlich für Sie weiter? Gehen Sie zurück nach Berlin?

Öney: Die CDU hat mich hier ja mit den Worten begrüßt "Gehen Sie dahin zurück, wo Sie hergekommen sind". Das mache ich jetzt (lacht). Alles andere wird sich zeigen. Der Herr ist mein Hirte.

Load-Date: May 3, 2016

Niederländischer Rechtspopulist will Koran verbieten; Sein Ziel: die "Ent-Islamisierung". Die Partei von Geert Wilders fordert die Schließung aller Moscheen und will Migranten aus muslimischen Ländern die Einreise verwehren.

ZEIT-online

Freitag 26. August 2016 12:01 AM GMT

Copyright 2016 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Geert Wilders; Ausg. 36

Length: 221 words

Body

Geert Wilders

© Remko de Waal/AFP/Getty Images

Die Partei des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zieht mit der Forderung nach Schließung aller Moscheen und nach einem Verbot des Korans in die Parlamentswahl 2017. Der Chef der Partei PVV veröffentlichte über den Kurznachrichtendienst Twitter ein einseitiges Wahlprogramm, in dessen Zentrum eine "Ent-Islamisierung" der Niederlande steht. Aktuelle Umfragen zufolge könnte die PVV bei der Wahl stärkste Kraft werden.

In dem Programm findet sich die Forderung "Schließung aller Moscheen und islamischen Schulen, Verbot des Koran". Nähere Ausführungen macht der Text dazu nicht. Wilders will zudem Migranten aus muslimischen Ländern die Einreise verwehren, die Aufnahmezentren für Asylbewerber in den Niederlanden schließen und das öffentliche Tragen des Kopftuchs verbieten.

Die staatlichen Zahlungen für Entwicklungshilfe und Kunstförderung sollten zugunsten einer "beträchtlichen" Erhöhung des Verteidigungs- und Polizeibudgets wegfallen, heißt es in dem Programm.

Wilders PVV liegt in Umfragen seit Monaten vorne. Allerdings ist sie von einer regierungsfähigen Mehrheit weit entfernt. Eine Erhebung des Instituts Ipsos von Anfang August sah die PVV bei 27 Sitzen in dem 150 Sitze zählenden niederländischen Parlament.

Load-Date: August 26, 2016

Taxi Prishtinë-München; Zehntausend Kosovaren kommen derzeit nach Deutschland. Sie erwarten ein Begrüßungsgeld - und landen in Notquartieren, die Abschiebung vor Augen. Beobachtungen aus Bayern

ZEIT-online

Montag 2. März 2015 12:01 AM GMT

Copyright 2015 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Kosovo-Flüchtlinge; Ausg. 9

Length: 1100 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Asylbewerber in einem Münchner Flüchtlingsheim

© Michael Rehle/ reuters

Durim und Luan blinzeln in die kalte Februarsonne von Passau und ziehen noch mal an ihren Zigaretten. Gleich fährt die Regionalbahn, in zwei Stunden wollen sie in München sein. Aus dem Kosovo sind die beiden über Budapest nach Wien gefahren und weiter mit dem Zug nach Deutschland. Alles, was sie dabei haben, ist ein Rucksack pro Person und eine blaue Plastiktüte mit Sandwiches aus dem Bahnhofskiosk. Langsam ruckelt der Zug los, Durim und Luan, die in Wahrheit anders heißen, fläzen erleichtert in den blauen Sitzen, als vor ihrem Fenster ein zweistöckiges gelbes Haus vorbeigeleitet. Was sie nicht wissen: Hier jagt die Bundespolizei Passau Leute wie sie, illegale Einwanderer.

Im zweiten Stock des gelben Hauses knarzen die abgewetzten Dielen unter den Stiefeln der Beamten. An einer Zimmertür hängt ein Zettel: "Verhör". Darin sitzt ein Kosovare, Mitte 30, schwarze Haare, Jeans, Pulli, Lederjacke. Neben ihm übersetzt eine Dolmetscherin, zwei Beamten tippen gegenüber ein Protokoll. Bis unter die Decke stapeln sich die Aktenordner, jeder steht für ein Schicksal, jeder mit dem Foto eines Illegalen auf dem Rücken.

Michael Wolf arbeitet seit fünf Jahren hier. Für ihn sind die steigenden Flüchtlingszahlen nicht nur eine abstrakte Nachricht, sie bedeuten Stress. Denn sein Revier in Passau, der Stadt an der Grenze zu Österreich, liegt auf einer der größten Schleuser Routen für Menschen, die auf dem Landweg vom Balkan nach Deutschland kommen. Es werden immer mehr, besonders aus dem Kosovo.

Seit Anfang des Jahres sollen rund 18.000 Kosovaren nach Deutschland gekommen sein - so viele, dass jüngst sogar der deutsche Botschafter in Prishtinë Alarm schlug: Das kleine, junge Balkanland werde ausbluten. Die Zahl der Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo ist sprunghaft angestiegen, nur aus dem bürgerkriegsgeplagten Syrien kamen zuletzt mehr.

Die Mär vom Begrüßungsgeld

Taxi Prishtinë-München Zehntausend Kosovaren kommen derzeit nach Deutschland. Sie erwarten ein Begrüßungsgeld - und landen in Notquartieren, die Abschiebung vor....

Viele Kosovaren wandern illegal nach Deutschland ein - über die Grenze von Serbien nach Ungarn und damit in den Schengenraum, wo die Grenzen offen sind. Wenn er nach illegalen Einwanderern sucht, steuert Fahnder Wolf daher seinen dunklen Kombi auf den Grünstreifen der Autobahnauffahrt Pocking - wenige Kilometer vor der bayerisch-österreichischen Grenze. Er klappt den Sonnenschutz runter und lässt seine Augen über die Autos wandern, die vorbeifahren. Nur rund 0,3 Prozent des Grenzverkehrs kontrollierten sie, heißt es bei der Bundespolizei. Doch allein in Passau erwischten die Beamten im Januar rund 300 Kosovaren, im Februar werden sie die 400er-Marke sprengen. "Fast so viele Flüchtlinge hatten wir hier im ganzen Jahr 2010 insgesamt", sagt Wolf. Wie viele ihnen durchgehen, kann er nicht mal schätzen. Viele Kosovaren fahren im "Taxi" über die Grenze, wie sie es nennen. In Wahrheit ist es der Minivan eines Schleusers.

Durim und Luan haben den Zug bevorzugt. Sie wollen in München Asyl beantragen. Dort könnten sie auf Elisabeth Ramzews treffen. Sie leitet den Sozialdienst der Inneren Mission in der Bayernkaserne - das 48 Hektar große ehemalige Militärgelände im Münchner Norden ist eine von drei Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge in Bayern. Im Moment sind rund 1.000 Plätze belegt, zu zwei Dritteln von Kosovaren. Nur noch ein paar Hundert mehr und die Kaserne hat ihr Limit erreicht.

"Im Prinzip kommt jeden Herbst ein Strom vom Balkan", sagt Ramzews. Normalerweise sind es die Ärmsten, die die Not vertreibt und die Hoffnung auf ein besseres Leben. Doch dieses Mal war es anders. "Selbst die Mittelschicht gibt ihre Jobs auf und fährt los", sagt Ramzews. Immer wieder hört sie dieselbe Geschichte: Jemand verspricht den Kosovaren, in Deutschland warte ein Arbeitsplatz und ein Begrüßungsgeld. Ramzews fragt sich manchmal, ob die Leute das wirklich glauben oder in ihrer Verzweiflung nur glauben wollen.

Begrüßungsgeld gibt es nicht. Und in der Regel auch kein Asyl - das ist Menschen vorbehalten, die politisch verfolgt und nicht denen, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Das Bundesinnenministerium hat angekündigt, die Asylanträge von Kosovaren im Schnellverfahren abzulehnen. In einigen Bundesländern soll das künftig innerhalb von zwei Wochen geschehen. Tatsächlich dürfte aber kaum ein Asylantrag so schnell bearbeitet werden: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist jetzt schon ausgelastet, außerdem können Flüchtlinge gegen eine Abschiebung klagen. Und das dauert.

Vergangene Woche setzte der Freistaat Bayern medienwirksam 30 Kosovaren in ein Flugzeug zurück nach Prishtinë. Offenbar sollte da ein abschreckendes Signal gesetzt werden. Vor zwei Wochen reiste Bayerns Europaministerin Beate Merk (CSU) in den Kosovo, um der Bevölkerung klarzumachen: Kommt nicht. Inzwischen fordern einige Mitglieder der bayerischen Staatsregierung, an Flüchtlinge vom Balkan wieder nur Essenspakete und nicht Essensgeld auszuteilen.

Trotz aller Abschreckungsversuche: Die vielen Flüchtlinge, die schon da sind, müssen versorgt werden. In Bayern greift weiter das Winternotfallprogramm - Gemeinden mussten Unterkünfte für Asylbewerber vorhalten. Gerade schlafen 180 Flüchtlinge im VIP-Bereich des Münchner Olympiastadions, direkt unter dem Spinnenweben-Dach. In Bad Tölz wurde ein leer stehendes Kurhotel angemietet, in Taufkirchen bekamen 130 Flüchtlinge Feldbetten in einer Turnhalle zugewiesen.

Im Kosovo gehörte ihnen ein Haus

In Germering, südwestlich von München, sind im November die ersten Flüchtlinge in ein ehemaliges Altersheim gezogen. Von den aktuell 70 Bewohnern stammen 22 aus dem Kosovo. Enis ist mit seiner Familie gekommen. Am 29. Januar packten sie ihre Koffer, drei Erwachsene, vier Kinder, sie fuhren erst mit dem Bus nach Serbien, liefen dann zu Fuß durch den Wald nach Ungarn. Von dort ging es weiter mit dem "Taxi". Vor der Münchner Allianz-Arena schmiss sie der Fahrer raus und drehte um. Sie riefen selbst die Polizei.

Jetzt rollen die Kinder mit dem Dreirad über den grauen Läufer der ehemaligen Seniorenresidenz. Im Gemeinschaftsraum flimmert eine Fernsehröhre, Enis lümmelt auf einem der Holzstühle. Im Kosovo gehörte ihnen ein Haus, Enis hatte sogar Wirtschaft studiert. "Das Kosovo hat keine Zukunft", schimpft er. "Jeder, der was anderes sagt, lügt." Auch ihn lockten die Versprechen von Arbeit und Wohlstand für alle in Deutschland. Ob er

Taxi Prishtinë-München Zehntausend Kosovaren kommen derzeit nach Deutschland. Sie erwarten ein Begrüßungsgeld - und landen in Notquartieren, die Abschiebung vor....

wisse, dass weniger als ein Prozent der Asylanträge aus dem Kosovo anerkannt wird? Enis zuckt mit den Schultern. "Mir ist das egal, ich bin 28, mein Leben ist gelaufen. Aber für meine Tochter werde ich wiederkommen."

Load-Date: March 2, 2015

End of Document